

150 Jahre Gothaer Programm

Ein kritischer Rückblick

- Das Gothaer Programm der SAP von 1875
- *Karl Marx*: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei
- *Karl Friedrich Brockschmidt*: Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes
- *Kurt Mandelbaum*: Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895-1914)
- *Willy Huhn*: Etatismus, „Kriegssozialismus“, „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie
- *Karl Korsch*: Einleitung zu den Randglossen
- *Anhang*: Zum Verhältnis von Staat, Eigentum, Freiheit, Krieg und Frieden (*Herausgeber*)

Redaktionelle Anmerkungen

Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text der Originalausgabe.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt oder fett gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkription: Privatarchiv, IISH (INTERNATIONAL INSTITUTE OF SOCIAL HISTORY, Amsterdam) und gemeinfreie Reproduktionen im Internet.

Herausgeber: Thomas Königshofen

Transkription und Layout: Thomas Königshofen

Inhaltsverzeichnis

Vorrede	5
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands: Das Gothaer Programm. 8	
Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei	10
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes 22	
Vorwort	26
Einleitung.....	29
Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Geschichte der SD.	29
Erster Teil. Die politische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz.	34
Erstes Kapitel. Der Lassalleanismus.	34
Zweites Kapitel. Der Lassalleanismus der ersten „Marxisten“ in Deutschland.....	43
Drittes Kapitel. MARX-ENGELS UND DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG IM ZEITRAUM 1865-75	52
Zweiter Teil. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz	58
Viertes Kapitel. Die SD zu Beginn des Sozialistengesetzes.	58
5. DIE PARLAMENTARISCHE PRAXIS DER SD UNTER DEM SOZIALISTENGESETZ	69
6. DER KAMPF DER SD GEGEN DEN „ANARCHISMUS“ UNTER DEM SOZIALISTENGESETZ.....	74
7. DER DAMPFERSUBVENTIONSSTREIT UND DIE ANTIPARLAMENTARISCHE STRÖMUNG IN DER SD	79
SCHLUSS	86
Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die SD	86
Literaturverzeichnis	96
Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895-1914)	100
Erstes Kapitel: Der Charakter und die innerparteilichen Gruppierungen der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit.	101
Zweites Kapitel: Die allgemeine Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zu außenpolitischen Fragen und der Standpunkt der Revisionisten in der Imperialismusdebatte.....	110
Drittes Kapitel: Die Imperialismus-Analyse des Parteizentrums und der Linken.	119
Viertes Kapitel: Zentristische und linke Politik.	126

I. WERKE UND BROSCHÜREN.....	137
II. ZEITSCHRIFTEN, PROTOKOLLE etc.....	147
LEBENS LAUF	148
Etatismus, „Kriegssozialismus“, „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1952)	149
Die Lassalle-Legende	151
Der Streit um den Staatssozialismus.....	158
Vom Sozialistengesetz zum Kriegssozialismus	167
Die Ideen von 1914 und die Folgen.....	177
Einleitung von Karl Korsch.....	188
1. Die äußere Geschichte des Gothaer Programmbriefes.	188
2. Die Wiedererstarkung der Arbeiterbewegung von 1849-1875.	190
3. Marx und Lassalle.....	192
4. Die materialistische und die ideologische Gesellschaftsauffassung.....	193
5. Die dialektische Methode.	195
6. Von Marx zu Lenin.....	196
7. Die Gliederung des Programmbriefes.....	196
8. Zwei schwierige Fragen (Ehernes Lohngesetz, und Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe).....	198
9. Der Kern des Programmbriefes.	200
Anhang	203
Zum Verhältnis von Staat, Eigentum, Freiheit, Krieg und Frieden	203
Der Staat.....	203
Die Freiheit	204
Der Staat als Werkzeug des Kapitals oder umgekehrt?.....	204
Krieg und Frieden	205

Vorrede

„Keine Gewissheit aus den Arsenalen der alten Arbeiterbewegung, an der Huhn nicht seinen methodischen Zweifel erprobt hätte, kein naiver Glaube an Fortschritt und Friedfertigkeit, der nicht von ihm bei uns allmählich zum Wanken gebracht wurde.“¹ So beschreibt *Christian Riechers* in seiner „biographische Notiz“ die Bedeutung der Kritik *Huhns* auf die linken Bewegungen im Nachkriegsdeutschland. „Eine radikale, permanent selbstkritische Neuorientierung der Arbeiterbewegung, jenseits von Sozialdemokraten, Stalinisten und der zwischen ihnen vergeblich vermittelnden Sekten, war zeitlebens Huhns politische raison d’être. [Daseinszweck]“²

In einer Buchbesprechung beschreibt *Fabian Kettner*³ mit einem Rückgriff auf kernige Thesen des Satirikers *Karl Kraus* die von *Willy Huhn* benannten wesentlichen Kennzeichen der Sozialdemokratie⁴:

Durch Sozialismus zur Nation!

„... wir müssen uns endlich klar werden, dass es, seitdem sich Menschheit von Politik betrügen lässt, nie ein größeres Misslingen gegeben hat als das Tun dieser Partei, und dass die Entehrung sämtlicher Ideale, die sie benützt haben, um mit der Bürgerwelt teilen zu können, vollendet ist.“ *Karl Kraus* (Oktober 1932)

Die Überschrift ist eine Losung von *Baldur von Schirach*, Reichsjugendführer der NSDAP, und sie fasst die historische Leistung der Sozialdemokratie, dieser „staatlich konzessionierten Anstalt für den Verbrauch revolutionärer Energien“ (*Kraus*), zusammen. Der Nationalsozialismus ist, so resümiert *Huhn*, „das unvermeidliche Ergebnis der ganzen Geschichte der Sozialdemokratie“⁵.

Das *Gothaer Programm* von 1875 der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, dem Zusammenschluss von ADAV und SDAP, ist eine Erklärung, die ganz im Sinne des Urvaters der deutschen Arbeiterbewegung, *Ferdinand Lassalle*, verfasst ist. *Karl Marx* hat dieses Programm in seinen Randglossen einer grundsätzlichen Kritik unterzogen und seine fehlerhaften theoretischen Grundlagen und praktischen Folgen für die Arbeiterbewegung beschrieben.

Von dem Autor *Karl Friedrich Brockschmidt* (1902 – 1951?) alias *Kurt Brandis* ist außer seiner Promotion im Jahre 1927 an der Frankfurter Universität nur sehr wenig bekannt. Hingegen hat *Kurt Mandelbaum* (1904 – 1995), der ebenfalls an der Frankfurter Universität seine hier abgedruckte Dissertationsschrift veröffentlichte, sich als Emigrant in Großbritannien einen Namen als kritischer Ökonom gemacht.

Brockschmidt und *Mandelbaum* untersuchen die Entwicklung der Sozialdemokraten von ihren Anfängen als radikale Arbeiterpartei bis zur Zustimmung zu den Kriegskrediten zu Beginn

¹ Christian Riechers: Eine biographische Notiz. In: Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. ça-ira-Verlag 2003, S. 196

² ebenda S. 191

³ Fabian Kettner ist Redakteur in der Medienanalyse und seit 2000 freier Publizist und Referent. https://literaturkritik.de/public/mitarbeiterinfo.php?rez_id=1787

⁴ <https://rote-ruhr-uni.com/cms/Rezensionen/Willy-Huhn-Der-Etatismus-der>

⁵ Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. ça-ira-Verlag 2003, S. 151

des Ersten Weltkrieges. Entgegen der gängigen linken Geschichtsbetrachtung kennzeichnen sie das Verhalten der SPD im Verlauf des Ersten Weltkrieges nicht als Verrat, sondern weisen nach, dass Staatstreue und Nationalismus trotz gegenteiliger Äußerungen in programmatischen Schriften immer schon ein wesentlicher Bestandteil des ideologischen Inventars der Arbeiterpartei waren. So verwundert es nicht, dass die SPD nach dem verlorenen Krieg umstandslos die Staatsgewalt übernehmen konnte und mit aller Härte gegen „vaterlandslose Gesellen“ vorgehen konnte.

Willy Huhn, in eine streng konservative, nationalistische und religiöse Familie im Jahre 1909 geboren, musste sich zunächst aus den Fesseln der reaktionär – religiösen Indoktrination befreien. Über die Gewerkschaften fand er den Zugang zu marxistischer Literatur. In kritischer Auseinandersetzung mit Parteikommunisten und Bolschewisten entwickelte er eine Sichtweise auf die traditionellen Arbeiterbewegungen, die den großen Arbeiterorganisationen fremd war. Die Begriffe von *Vergesellschaftung* und *Verstaatlichung*, die – auch im Rückbezug auf alte Klassiker der Arbeiterbewegung – oft synonym gebraucht wurden, differenzierte er und fand heraus, dass sie das genaue Gegenteil darstellen. In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie finden wir beide Richtungen vor. Die marxische Linie geht von einem „Absterben“ des Staates aus, wenn der Gegensatz gesellschaftlicher Interessen in der Gesellschaft aufgehoben ist. Die lassallsche Richtung hingegen will für ihren Sozialismus die staatliche Gewalt instrumentalisieren. Letztlich, so behauptet Huhn, hat sich nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie die lassallsche Linie durchgesetzt. Weltweit, und allen voran in der Sowjetunion, standen sozialistische Veränderungen und Umstürze fast immer auf einem staatssozialistischen Boden.

Der Unterschied zwischen den beiden Vorstellungen über den Sozialismus wird deutlich, wenn die Rolle des Staates in der Gesellschaft bestimmt wird. Der Staat ist die gewaltsame Klammer, die eine Gesellschaft trotz ihrer innewohnenden gegenseitig ausschließenden Interessen zusammenhält. Ohne ihn wird jede Klassengesellschaft auseinanderbrechen, im Chaos versinken. Anschauungsbeispiele finden sich heutzutage insbesondere als Hinterlassenschaften von Kriegen, die unter Führung der USA und tätiger Mitwirkung befreundeter Staaten stattfinden.

Dabei gilt diese Bestimmung des Staates nicht nur für kapitalistische Gesellschaften. Auch für die realsozialistischen Staaten, die tatsächlich das Privateigentum als Möglichkeit zur produktiven Nutzung der Arbeitskraft weitgehend abgeschafft und durch die staatliche Kontrolle der Produktion ersetzt haben bzw. hatten, ist es die Gewalt des Staates, die Partei und Volk zusammenhalten muss, weil die Zwecke der Staatsgewalt sich von den Lebensbedürfnissen nicht nur unterscheiden, sondern auch im Gegensatz zu diesen stehen. In der Sowjetunion war es zunächst der Gegensatz zwischen den Bauern und dem städtischen Proletariat, dessen Regulierung zahlreichen Bauern das Leben kostete. Grundsätzlich beanspruchte die Kommunistische Partei als Vorhut der Arbeiterklasse die Führung und Kontrolle des produktiven Lebens, so dass der Arbeiter als Lohnempfänger – bis auf eine etwas sicherere Existenz gegenüber dem Leben seines Klassengenossen im Kapitalismus – den gleichen sozialstaatlichen Bedingungen einer sparsamen Betreuung unterworfen war.

Die weltpolitische Konkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA erforderte in den realsozialistischen Staaten des Ostblocks das Aufbringen riesiger Ressourcen für das Militär, was die Spannungen zwischen Staat und werktätigem Volk noch weiter verschärfte.

Dass die realsozialistischen Großmächte nicht nur Opfer imperialistischer Kriegspolitik waren, zeigt deren Rivalität um die Vormacht innerhalb des sozialistischen Lagers. Spätestens 1960 brach ein offener Konflikt zwischen China und der Sowjetunion aus, der zum Inhalt entweder die atomare Aufrüstung Chinas oder einen atomaren Schutzschild über China hatte und somit deren Abhängigkeit von der Sowjetunion bedeutete hätte. Es ging also den Realsozialisten darum, auf weltpolitischer Ebene eine mitentscheidende, selbstständige Rolle zu

spielen, deren Kosten die arbeitende Bevölkerung zu tragen hatte. Das war schon etwas mehr als eine friedliche sozialstaatliche Betreuung der Volksgenossen.

Im Gegensatz zum Staatssozialismus einer Sowjetunion oder Volksrepublik China und dem klassischen Kapitalismus westlicher Prägung gibt es die Vorstellung einer vergesellschafteten Produktion, in der die Produzenten *selbst* die Kontrolle über die Produktion und das übrige gesellschaftliche Leben übernehmen. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Ausräumen von gegensätzlichen, sich ausschließenden Interessen in der Gesellschaft. Dazu gehört vor allem die produktive Nutzung der Arbeitskraft für die Mehrung des Kapitals oder des Staatsvermögens, die zur Voraussetzung die Eigentumslosigkeit breiter Schichten der Bevölkerung hat und eben diese Lage permanent reproduziert.

Vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten Kommunisten Strategien zur Bekämpfung und Überwindung einer staatlichen Ordnung mitsamt seiner Ökonomie, die nicht eine Reproduktion oder schlechte Kopie von Verhältnissen darstellten, die man ursprünglich abschaffen wollte. Rätekommunisten schufen ein realistisches Modell einer sozialistischen Gesellschaft, die unter der direkten Kontrolle der Gesellschaftsmitglieder steht.⁶ *Willy Huhn* hat seinen Beitrag dazu geleistet, indem er kompromisslos den Staat als Mittel zur Durchsetzung sozialistischer Politik bekämpfte. Am Beispiel der Entwicklung der Sozialdemokratie zeigt er exemplarisch, wie ein von der staatlichen Gewalt beeindruckter Verein – vielleicht auch, weil sie deren Macht in Bezug auf die eigene Partei erfahren durfte –, selbst die staatlichen Hebel in die Hand nimmt und eine Zeitlang mit Bravour die Staatsgeschäfte mit allem Drum und Dran führt, bis ihre Vorstellungen vom demokratischen Staatssozialismus von der Variante des noch konsequenteren Nationalsozialismus abgelöst werden.

Im Folgenden lösen sich die Herausgeber aus der engen Bindung an die Schriften Willy Huhns und versuchen das Wesen und die Erscheinungsformen des Staates zu beschreiben und zu erklären. So erhoffen wir uns, durch diesen kleinen Beitrag die Sichtweise auf eine kommunistische Erklärung von Staat und Ökonomie deutlicher werden zu lassen, die heutzutage gänzlich ungewöhnlich ist.

Der Herausgeber

⁶ Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland): Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung. Hermann Lueer (Hrsg.) Red & Black Books 2020. ISBN: 978-3-9822065-4-7

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands: Das Gothaer Programm

Beschlossen auf dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha im Jahre 1875.

I. Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewusst und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt hat, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehöriger vom zwanzigsten Lebensjahr an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muss ein Sonntag oder Feiertag sein.

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands:
Das Gothaer Programm

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Mögliche Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausarbeit durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-, Hilfs- und Unterstützungskassen.

[SAPD: Gothaer Programm \(1875\)](#)

Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

I

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, *und da* nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Erster Teil des Paragraphen: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als *unterstellt* wird, dass die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die *Bedingungen* zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Nur soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit *übernatürliche Schöpfungskraft* anzudichten; denn grade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, dass der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muss, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlussfolgerung erwartet? Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen, außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Stattdessen wird durch die Wortschraube „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlussfolgerung zu ziehn.

Zweiter Teil des Paragraphen: „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, dass keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebenso gut sagen können, dass nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, dass man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann etc. etc. – kurz, den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder – und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat, Affe zu sein – der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt etc., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

Drittens: Die Schlussfolgerung: „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist – gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Schöner Schluss! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft – und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur soviel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten *von den Verfechtern des jedesmaligen Gesellschaftszustands* geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem, was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentümern, denn die verschiedenen Sorten Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft etc. Man sieht, man kann solche hohlen Phrasen drehn und wenden, wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit“ oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“. Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelte Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtum noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andre Satz:

„In dem Maße, wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf Seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf Seiten des Nichtarbeiters.“

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen.

In der Tat ist aber der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlte Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ als Losungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, „das gleiche Recht“ etc., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“

Der dem internationalen Statut entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) *und* der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „*Monopol der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen*“; der Zusatz „Lebensquellen“ zeigt hinreichend, dass der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbezogen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, *nur* die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“

„Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut“! Soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“. Doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertag“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall, der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertag“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte“ Verteilung?

Behaupten die Bourgeois nicht, dass die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte Verteilung“ vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, dass „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern gehört“. „Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da „der unverkürzte Arbeitsertag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, dass in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertag“ erhalten muss.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertag *das gesellschaftliche Gesamtprodukt*.

Davon ist nun abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten *Produktionsmittel*.

Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Missfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

Erstens: die *allgemeine, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten*.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Zweitens: was zur *gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist*, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

Drittens: *Fonds für Arbeitsunfähige* etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluss, bornierterweise allein ins Auge fasst, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrags“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrags“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch – dem Prinzip nach – das *bürgerliche Recht*, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur *im Durchschnitt*, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses *gleiche Recht* stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen *proportionell*; die Gleichheit besteht darin, dass an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muss der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies *gleiche Recht* ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab messbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite fasst, z.B. im gegebenen Fall sie *nur als Arbeiter* betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat

mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Misstände zu vermeiden, müsste das Recht, statt gleich, vielmehr ^[2] ungleich sein.

Aber diese Misstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den „unverkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, aber Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. *Verteilung* Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, dass die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärtsgehn?

4. „Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen *nur eine reaktionäre Masse* sind.“

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein“; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien – was? „die Arbeit“. Begreife, wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle andern Klassen *nur eine reaktionäre Masse* bilden“.

Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehn, ist nur das Proletariat eine *wirklich revolutionäre Klasse*. Die übrigen Klassen verkommen und gehn unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefasst – als Trägerin der großen Industrie – gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht *zusammen mit der Bourgeoisie* nur eine reaktionäre Masse.

Andrerseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: dass die „Mittelstände ... revolutionär (werden) ... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, dass sie „zusammen mit der Bourgeoisie“ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und *Bauern* zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wusste das „Kommunistische Manifest“ auswendig wie seine Gläubigen die von ihm verfassten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitsspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck missfällige, eine jener wohlfeilen Flegeleien, worin der Berliner Marat macht.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst *im Rahmen des heutigen nationalen Staats*, sich bewusst, dass das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“

Lassalle hatte, im Gegensatz zum „Kommunistischen Manifest“ und zu allem früheren Sozialismus, die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefasst. Man folgt ihm darin – und dies nach dem Wirken der Internationalen!

Es versteht sich ganz von selbst, dass, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muss als Klasse, und dass das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das „Kommunistische Manifest“ sagt, „der Form nach“ national. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats“, z.B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen des Weltmarkts“, politisch „im Rahmen des Staatensystems“. Der erste beste Kaufmann weiß, dass der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in einer Art *internationaler* Politik.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewusstsein, dass das Ergebnis ihres Strebens „*die internationale Völkerverbrüderung sein wird*“ – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. *Von internationalen Funktionen* der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbrüdereten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms *noch unendlich tief* unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „*die internationale Völkerverbrüderung*“. Sie *tut* aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewusstsein – dass alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „*Internationalen Arbeiterassoziation*“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg, aber in *seiner ersten historischen Form* nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „Norddeutsche“ war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.

II

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den *freien Staat* – und – die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems *mit dem ehernen Lohngesetz* – und – der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Auf den „freien Staat“ komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“ zu glauben! Damit es nicht verlorengelht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems“ (sollte heißen: System der Lohnarbeit) „*mit dem ehernen Lohngesetz*“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sog. Gesetz. Um daher zu beweisen, dass die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muss das „Lohnsystem *mit dem ehernen Lohngesetz*“ aufgehoben werden und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen „ewigen, ehernen, großen Gesetzen“ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort *ehern* ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muss ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz *nicht* aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern *jedes* gesellschaftliche System beherrscht. Grade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, dass der Sozialismus das *naturbegründete* Elend nicht aufheben, sondern nur *verallgemeinern*, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. *Ganz abgesehen* von der *falschen* Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in *unsrer* Partei Bahn gebrochen, dass der *Arbeitslohn* nicht das ist, was er zu sein *scheint*, nämlich der *Wert* respektive *Preis der Arbeit*, sondern nur eine maskierte Form für den *Wert* resp. *Preis der Arbeitskraft*. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohnes sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für alle Mal über den Haufen geworfen und klargestellt, dass der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eignes Leben zu arbeiten, d.h. *zu leben*, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzehrer am Mehrwert) arbeitet; dass das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Entwicklung der Produktivität, resp. größere Spannung der Arbeitskraft etc.; dass also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt. Und nachdem diese Einsicht unter unsrer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen musste, dass Lassalle *nicht wusste*, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolge der

bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm. Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: Die Sklaverei muss abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann! Die bloße Tatsache, dass die Vertreter unsrer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen – beweist sie nicht allein, mit welchem <frevelhaf-ten> Leichtsinn, <mit welcher Gewissenlosigkeit> sie bei der Abfassung des Kompromissprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlussphrase des Paragraphen, „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“, war zu sagen, dass mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

III

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“

Nach dem Lassalleschen „ehernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise „angebahrt“! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase – „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus der „Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, dass man mit Staatsanlehn ebenso gut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus <einem Rest von> Scham stellt man „die Staatshilfe“ – „unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes“? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewusstsein ausspricht, dass es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis-Philippe im Gegensatz gegen die französischen Sozialisten verschriebnen und von den reaktionären Arbeitern des „Atelier“ angenommenen Rezepts ist es überflüssig, hier einzugehen. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, dass man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern dass man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Dass die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich, auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, dass sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe! Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie *nur* Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

IV

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst nach II erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat – was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat „frei“ zu machen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in Russland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei – wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht – zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen, indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als *Grundlage* des bestehenden *Staats* (oder künftigen, für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen „geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen“ besitzt.

Und nun gar der wüste Missbrauch, den das Programm mit den Worten „*heutiger Staat*“, „*heutige Gesellschaft*“ treibt, und den noch wüsteren Missverstand, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „*Der heutige Staat*“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer, trotz ihrer bunten Formverschiedenheit, alle das gemein, dass sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinn kann man von „*heutigem Staatswesen*“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts, außer der aller Welt bekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits *realisiert* sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte „*Zukunftsstaat*“ ist *heutiger Staat*, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existierend.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also ihres Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen – ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man noch nicht hat –, so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich dass alle jene

schönen Säckelchen auf der Anerkennung der sog. Volkssouveränität beruhen, dass sie daher nur in einer *demokratischen Republik* am Platze sind.

Da man nicht in der Lage ist – und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht –, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis-Philippe und unter Louis-Napoleon taten – so hätte man auch nicht zu der <weder „ehrlichen“ noch würdigen> Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist, <und diesem Staat obendrein noch zu beteuern, dass man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt!>

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, dass grade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist – selbst sie steht noch berghoch über solcherart Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Un-erlaubten.

Dass man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besondern, eignen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt *als wirtschaftliche Grundlage des Staats*: eine einzige progressive Einkommensteuer etc.“ Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, dass die Financial Reformers von Liverpool – Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze – dieselbe Forderung stellen wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und *gleiche Volkserziehung* durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.“

Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, dass in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen *gleich* sein kann? Oder verlangt man, dass auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung – der Volksschule – reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert in Deutschland, das zweite in der Schweiz [und] den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch „höhere“ Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentums-konflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „*Volkserziehung durch den Staat*“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem

Einfluss auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, dass man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiss zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben.

„*Freiheit der Wissenschaft*“ lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier? „*Gewissensfreiheit*“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muss seine religiösen wie seine leiblichen Bedürfnisse verrichten können, ohne dass die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei musste doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewusstsein darüber aussprechen, dass die bürgerliche „*Gewissensfreiheit*“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten *religiöser Gewissensfreiheit*, und dass sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen *charakteristischen* Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

„2. *Normalarbeitstag*.“

Die Arbeiterpartei keines andern Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstags fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

„3. *Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit*.“

Die Normierung des Arbeitstags muss die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen etc. des Arbeitstags bezieht; sonst kann sie nur Ausschluss der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder die für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so musste es gesagt werden.

„*Verbot der Kinderarbeit*“! Hier war absolut nötig, die *Altersgrenze* anzugeben.

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch.

Durchführung desselben – wenn möglich – wäre reaktionär, da, bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

„4. *Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie*.“

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, dass die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; dass jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; dass sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

„5. *Regelung der Gefängnisarbeit*.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls musste man klar aussprechen, dass man aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher nicht wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, nicht abschneiden will. Das war doch das Geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

„6. *Ein wirksames Haftgesetz*.“

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehn, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr etc. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Dixi et salvavi animam meam. [Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.]

Die Neue Zeit, 9. Jg., 1. Bd. Heft 18, S 561 ff.

/var/www/library.fes.de/neue-zeit/print/189091a/189091a_0561.tif

Die deutsche Sozialdemokratie
bis zum Fall
des Sozialistengesetzes

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Frankfurt a. M.

vorgelegt

von

Karl Friedrich Brockschmidt
aus Dortmund

Druck von W. Kohlhammer ★ Stuttgart 1929

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

[handschriftlicher Eintrag eines Lesers in der Rotbuch-Ausgabe von 1975:]

Diese Arbeit erhielt seitens der Partei-Kommunistischen Geschichtsschreibung folgendes Gütezeichen: „Eine unhistorische, ultralinke Darstellung, die zu beweisen sucht, dass die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an nur eine kleine bürgerliche Arbeiterpartei war.“ (H. Duncker / A. Goldschmidt / K.A. Wittvogel (ed.), Marxist. Arbeiterschulung. Kursus: Gesch. d. Intern. Arb.Bew., Wien / Bln 1930; H. 6)

[Ergänzende Literatur zu Heft 6]

**DIE
DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE
BIS ZUM FALL DES
SOZIALISTENGESETZES**

VON

KURT BRANDIS



VERLAG VON C. L. HIRSCHFELD
LEIPZIG 1931

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Referent:

Prof. Dr. C. Grünberg

Korreferent:

Prof Dr. H. Platzhoff

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1927

Die Arbeit erscheint in den „Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M.“, als Teil des Band IV „Studien zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ (Sammelband) im Verlag von C. L. Hirschfeld, Leipzig.

[III]

Vorwort

Bei den Vorarbeiten für eine Darstellung der linken Opposition in der deutschen Sozialdemokratie¹ (*R. Luxemburg, Pannekoek, Mehring* usw.) in den Jahren 1898–1914 ergab sich für den Verfasser die Notwendigkeit, ein klares Bild der Vorläufer dieser Gruppierung, der oppositionellen Strömungen in der Partei unter dem Sozialistengesetz und zur Zeit der Annahme des Erfurter Programms, zu gewinnen. Zugleich erschien es ihm unmöglich, jene Untersuchung durchzuführen, ohne das Fundament, das sie benutzen muss, die Geschichtsschreibung über die Frühzeit der SD, einer genauen Prüfung unterzogen zu haben.

Schon bei einem flüchtigen Überblick über die parteigeschichtliche Literatur ergibt sich nun, daß eine zusammenhängende und eingehendere Darstellung der Entwicklung der SD seit dem Fall des Sozialistengesetzes fehlt und die vorliegenden Skizzen und polemischen Betrachtungen über Entwicklung und Charakter der Partei in ihrer Blütezeit 1891–1914 sich in den entscheidenden Punkten widersprechen. Bei gründlicher Durcharbeitung des historischen Materials ist für die oft bearbeitete Frühzeit der SD eine ähnliche negative Feststellung nicht zu vermeiden. Hier wie dort differieren die Geschichtsbilder der einzelnen Historiker in vielfacher Hinsicht.

Diese Widersprüche zu überwinden und ein eindeutiges Urteil zu gewinnen, ist nach der Meinung des Verfassers heute möglich.

Die Spaltung der SD und die Kämpfe innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung im Weltkrieg und in der Nachkriegskrise ermöglichen – und erfordern – *eine Neuorientierung der Geschichtsschreibung der SD*. Die Geschichte hat den Streit um den Charakter der Partei in der [IV]Vorkriegszeit, die Auseinandersetzungen darüber, ob die SD eine revolutionäre Klassenpartei oder eine reformistische „Volks“-Partei sei, entschieden. Mit dem Abschluss dieser Epoche ist ihre historische Würdigung möglich geworden. Die mit dem Kriegsausbruch einsetzende offene Krise der Arbeiterbewegung gestattet, die in ihr sich durchsetzenden Kräfte der „friedlichen“ Vorkriegszeit richtig einzuschätzen². Damit können Ideologien³

¹ Das Wort „Sozialdemokratie“ ist im Folgenden zu: SD abgekürzt.

² Da die Beobachtung der pathologischen Abweichungen, der Krisenzeiten, die beste Einsicht in den normalen Verlauf bietet.

3) Zur begrifflichen Klärung: Der Terminus „Ideologie“ wird in dieser Arbeit in der u. E. einzig haltbaren Bedeutung gebraucht – als (objektiv) das Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht adäquat 'treffendes und ausdrückendes, wenn auch (subjektiv) berechtigtes und verständliches „*falsches Bewusstsein*“.

in der Parteigeschichtsschreibung enthüllt, Überschätzungen und einseitige Bewertungen einzelner Tendenzen jener Epoche durch ihre Zeitgenossen aufgezeigt werden.

Von dem Standpunkt aus, den die neue historische Situation bietet, können die von der bisherigen parteigeschichtlichen Forschung verarbeiteten Materialien neu geordnet und die Zusammenhänge, in die sie gestellt wurden, kritisch untersucht werden. Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit, an zahlreichen neuerschlossenen Quellen den Wert der bisherigen Geschichtsbilder zu beurteilen.

Diesen Vorteilen gegenüber darf man die Gefahr einer Übertragung von Maßstäben, die der heutigen Parteienkonstellation entnommen sind, als gering veranschlagen.

Mit dieser im Sommer 1927 verfassten Untersuchung soll ein Stück Vorarbeit zur Geschichtsschreibung der SD für den Zeitabschnitt 1891–1914 geleistet werden. Sie versucht, ein Bild der *inneren Geschichte* der Partei, ihrer Ideologie und Struktur und ihrer Richtungskämpfe in den Jahren 1863–1891 zu geben. Sie reicht bis zu dem Zeitpunkt, in dem die wesentlichen Züge ausgeprägt sind, die den Charakter der SD in ihrer Blütezeit ausmachen.

Eine bis ins Einzelne gehende Darstellung der Entwicklung der SD in dem zur Erörterung stehenden Zeitabschnitt ist selbstverständlich im Rahmen dieser Arbeit nicht beabsichtigt, [V] obwohl die in ihr vertretenen Auffassungen darauf beruhen, dass unbekannte, nicht gewertete oder vergessene Einzelheiten ins Bewusstsein gehoben werden.

Ebenso gehört die Entwicklung der wissenschaftlichen Theorien im sozialdemokratischen Lager, soweit sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen Ideologie der Partei stehen, nicht zum Stoff dieser Schrift.

Ihre Gliederung beruht auf der Kombination zweier sich ständig überkreuzender Darstellungsweisen. Sie zeigt einerseits die allgemeinen Tendenzen der Entwicklung der SD in ihrer Frühzeit. Andererseits wird die Fruchtbarkeit einiger methodischer Gesichtspunkte für die historische Betrachtung der Partei überhaupt dargestellt und – über ihre Anwendung für die erörterte Periode hinaus – für die Parteientwicklung bis 1914 angedeutet.

Isoliert bewertet lässt jede dieser Erörterungen (z. B. die rein ideengeschichtliche Betrachtung der Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Lassalleanismus) die Geschichte der SD in verkürzter Perspektive erscheinen. Erst in ihrer Gesamtheit ergeben sie ein den Verhältnissen der Wirklichkeit nahekommendes Bild.

Es sind vor allem zwei Einsichten, zu denen die vorliegende Arbeit führen will: Die Feststellung, dass die „Verfälschung“ des Marxismus in der sozialdemokratischen Ideologie, mit deren Nachweis der Bolschewismus in die internationale Arena trat⁴, nicht erst ab 1908 bzw. 1914 datiert werden kann, sondern die gesamte Entwicklung der SD kennzeichnet. Und – der gleiche Zusammenhang, von einer anderen Seite gesehen – der Beweis, dass der

⁴ Vgl. vor allem Lenin und Sinowjew, *Gegen den Strom*, Hamburg 1921, und Lenin, *Staat und Revolution* (Elementarbücher des Kommunismus, Bd. X), Berlin 1926.

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung nicht erst mit dem formellen Sieg des revisionistischen Flügels die Herrschaft über die sozialdemokratische Partei antrat, sondern die Quintessenz ihrer Praxis und Ideologie von Anbeginn an ausmachte.

Damit wendet sich diese Schrift in entscheidenden Fragen gegen das Standardwerk über die Entwicklung der SD bis 1891, [VI] Franz *Mehring's* „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“⁵, das ungeachtet aller Größe der Darstellung und allen Materialreichtums einer von Mehring selbst überwundenen Epoche seines Lebens angehört.

Der Standort dieser Kritik ist mit den Konsequenzen gegeben, zu denen die von Mehring publizistisch vertretenen Anschauungen in der jüngsten Etappe der Arbeiterbewegung gelangen mussten.

Kiel, den 7. Febr. 1929.

Karl Fr. Brockschmidt.

⁵ 4 Bände, 11. Auflage, Stuttgart und Berlin 1921. Das Werk ist in seiner heutigen Gestalt mit der zweiten Auflage 1903 abgeschlossen. Die Inkompetenz seines Überblicks über die Parteidentwicklung von 1891 bis 1903 wurde von *Mehring* selbst (Bd. IV, 360) betont.

[1]

Einleitung.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Geschichte der SD.

Ein Vergleich zwischen der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Geschichte der Sozialdemokratie erweist die bis ins einzelne gehende Abhängigkeit der Parteientwicklung von den strukturellen und konjunkturellen Wandlungen in der Ökonomie. In seinen allgemeinen Formen ist dieser Zusammenhang leicht festzustellen bei einer Partei, in deren Bewusstsein ihr Charakter als politischer Ausdruck einer sozialen Bewegung offen zutage tritt. Die Vermittlungen zwischen der politischen Region und dem wirtschaftlichen Unterbau sind hier am wenigsten durch allgemeine Ideale verdeckt.

Festzustellen ist jedoch bei näherer Betrachtung eine über diese allgemeine Beziehung hinausreichende *Parallelität zwischen Abfolge der Konjunkturzyklen und innerer Parteigeschichte*. Jedem einschneidenden Wandel der Konjunktur entspricht eine Zäsur in der Entwicklung der Partei, eine neue Formung ihres Charakters und eine Umlagerung ihrer inneren Gruppierungen.

Voraussetzung einer umfassenden Darstellung dieser Abhängigkeiten wäre die Erforschung der psychologischen Einzelinhalte des proletarischen Klassenbewusstseins auf seinen verschiedenen Entwicklungsstufen; eine Typologie der Schichten des Proletariats; die Untersuchung ihrer voneinander abweichenden Reaktionen auf die verschiedenen Phasen der Konjunkturzyklen und die präzise Einsicht in die Umsetzung wirtschaftlicher Kämpfe in politische. Erst von hier aus würden die Wandlungen der Sozialdemokratie, die als sozial differenzierte Organisation auf die Änderungen in der Ökonomie in ihren verschiedenen Teilen verschieden reagiert, voll verständlich. Wir berühren damit einen Problemkreis, dessen theoretische Bewältigung erst in den Anfängen steht. Für unsere Zwecke genügt der schematische, bewusst monistische Nachweis der Parallelität zwischen Wirtschafts- und Parteientwicklung, mit dem wir keineswegs beanspruchen, die zahlreichen Vermittlungen zwischen Ökonomie und politischer Arbeiterbewegung in ihrer Mannigfaltigkeit aufzuzeigen.

Die tiefgehende Wirtschaftskrise des Jahres 1857, die insbesondere den jungen aufsteigenden Kapitalismus in Deutschland stark erschütterte, war zu Beginn der 60er Jahre überwunden.¹ Mit der Belebung des Arbeitsmarktes, mit der Neueinstellung von Arbeitern in neugegründeten Unternehmungen konnte auch die Depression in der Arbeiterbewegung, die das Jahrzehnt 1850-60 kennzeichnet, weichen. Im Gefolge des industriellen Aufschwungs konstituierte sich die Arbeiterbewegung in Deutschland von neuem.²

¹ Für das folgende vgl. A. Sartorius v. Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914. II. Aufl., Jena 1923; L. Pohle, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert, V. Aufl., Leipzig 1923; W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, V. Aufl., Berlin 1921; Parvus, Die Handelskrisis und die Gewerkschaften, München 1901; ders. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896.

² Zeichen dafür: die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen (Entsendung einer Delegation deutscher Arbeiter zur Londoner Weltausstellung 1862); die Arbeiteragitation Lassalles; die - vorerst liberal-demokratische-Arbeitervereinsbewegung.

Die Traditionen der in der bürgerlichen Revolution 1847/48 herauskristallisierten Organisationen des Proletariats, in denen theoretisch wie praktisch-organisatorisch das Niveau späterer Phasen der Arbeiterbewegung vorweggenommen schien, blieben allerdings für Deutschland vorderhand verschüttet.

Von 1860-1870, in Jahren eines gemächlichen Aufschwungs, wurde die Industrialisierungspolitik des Bürgertums noch zu sehr durch die Sorgen der auswärtigen Politik, durch Rücksichten auf die im Interesse der Herstellung eines national-einheitlichen Wirtschaftsgebietes geführten Kriege gehemmt, als dass sie sich aggressiv hätte entfalten können. Erst unmittelbar nach dem Kriege von 1870/71 setzte die alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens kennzeichnende Überspekulation ein, die der sozialistischen Bewegung Deutschlands das erste umfassende Anschauungsmaterial für die Propaganda gegen den Kapitalismus bot. In der Krise 1873/75, die auf den Exzess der Gründerjahre folgte, wurden die geringfügigen taktischen Gegensätze (*Schweitzer-Liebknicht*) in der Sozialdemokratie in der gemeinsamen Frontstellung gegen Kapital und Grundbesitz ausgeglichen. In ihr erstarkten die ab 1868 gegründeten *Gewerkschaften*. In dem Bestreben, in der allgemeinen Krise die geringfügigen, bisher errungenen wirtschaftlichen Positionen der Arbeiterschaft zu sichern, wurden zahlreiche neue gewerkschaftliche Organisationen gegründet.

Die durch die Krise 1873-75 eingeleitete wirtschaftliche Rückentwicklung erreichte erst 1878/79 ihren Tiefstand. Um diese Zeit traten jene Änderungen in der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches und seiner führenden Schichten ein, die in den folgenden Jahrzehnten dem Wirtschaftsleben ihr Gepräge gaben. 1878/79 vollzog sich der endgültige Umschwung der *Bismarckschen* Wirtschaftspolitik, der sich am deutlichsten in der äußeren Handelspolitik durch die Absage an den Freihandel und in dem Übergang zu einem weitverzweigten Schutzzollsystem ausdrückte. Durch den 1876 gegründeten Zentralverband deutscher Industrieller vertreten, drang die deutsche Großindustrie im Kampf gegen die Nachwirkungen der Krise auf die Abwehr der ausländischen Konkurrenz durch Schutzzölle, auf die Sicherung des inneren Marktes und die Ermöglichung einer erfolgreichen Konkurrenz auf dem Weltmarkt durch Gewinne, die durch die Abschnürung des einheimischen Marktes durch Schutzzölle erzielt wurden. Die großagrarisches Schichten wandten sich endgültig vom Freihandel ab. Während noch 1876 der deutsche Landwirtschaftsrat den Freihandel für landwirtschaftliche Produkte verlangt hatte, forderte er 1878 Zölle auf die wichtigsten Nahrungsmittel. Ursache dieses Umschwungs war das Sinken der Grundrente infolge des enormen Niedergangs der Getreidepreise um das Jahr 1875 (der bis 1892 andauerte). Die Konkurrenz der nordamerikanischen Weizenproduktion auf dem deutschen Markte konnte nur durch Schutzzölle abgewehrt werden. Die Erweiterung des Eisenbahn- und Städtebaus - Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der 60er Jahre - ermöglichte die Ausdehnung des inneren Marktes für die Industrie, die zu einer starken Zersetzung der Mittelschichten führte.

Die Pauperisierung des Kleinbürgertums vergrößerte die Gefolgschaft der Sozialdemokratie, vermannigfaltigte jedoch gleichzeitig das soziale Schichtenmosaik, als das sich die Partei darstellte, und trug neue, nichtproletarische Momente in ihre Politik.

In der Opposition gegen die Schutzzollpolitik, das System der indirekten Steuern und die auf beiden aufgebaute Rüstungspolitik, welche die Reichsregierung durchsetzte, fanden Arbeiterschaft und Kleinbürgertum eine gemeinsame Plattform.³

Nach der Auffassung der Sozialdemokratie lag die Wirtschaftspolitik *Bismarcks* seit 1878 nicht im Interesse der *gesamten* Bourgeoisie. Bestärkt wurde sie in dieser Meinung durch die

³ Hier ist die wirtschaftliche Basis für die Doppelfunktion der Sozialdemokratie als parlamentarische Organisation des Proletariats und als allgemeine Oppositionspartei im Hohenzollernreich zu suchen.

Opposition des Exporthandels gegen das Schutzzollsystem, durch die Nichtbeteiligung eines Teiles der Fertigwarenfabrikanten an dem Zentralverband deutscher Industrieller⁴ und durch die Tatsache, dass das Hauptgewicht des Schutzzollsystems von 1878/79 in den Getreidezöllen lag. Das Bürgertum trieb, auch nachdem es sich wirtschaftlich durchgesetzt hatte, in den folgenden Jahren keine großzügige Klassenpolitik. Die Führung im Bündnis mit ihm lag unbestritten bei den Agrariern. Diese wirtschaftliche Konstellation bildete die Grundlage für die Propagierung einer im wesentlichen liberalen Wirtschaftspolitik durch die Sozialdemokratie in den folgenden Jahrzehnten. Nach ihrer Auffassung (besser gesagt: der Meinung der Parteilichheit) waren Schutzzoll und Militarismus „feudale“ Methoden rückständiger, vorkapitalistischer Schichten und der Schwerindustrie – entbehrlich für die auch von der Sozialdemokratie als kulturell-fortschrittlich bejahte Entfaltung der Produktivkräfte *durch den Kapitalismus*.

Der Wunsch nach Sicherung und Fruktifizierung des wirtschaftlichen (und politischen) Kompromisses zwischen Großbürgertum und Agrariern in Jahren äußerster wirtschaftlicher Depression; das Bestreben, das weitere Übergreifen der sozialdemokratischen Ideen auf außerproletarische Schichten zu verhindern, waren die wichtigsten Antriebe für den Erlass des Sozialistengesetzes. Durch ihn wurde den politischen Parteien des Bürgertums endgültig der Zugang zur Arbeiterbewegung abgeschnitten.

Die Jahre 1878-93 waren gekennzeichnet durch eine allgemeine wirtschaftliche Depression. Es war eine Zeit mit „Perioden eines geringen Aufschwungs, die jedoch so rasch durch den Niedergang abgelöst wurden, dass weder die Prosperität noch die Krise scharf empfunden wurden“⁵. Dieses wirtschaftliche Relief bildete den Hintergrund für die Entwicklung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. Die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit lähmten die Widerstandskraft der breiten Massen. Nur so wurde die völlige Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Ausnahmegesetz und die Selbstauflösung der Partei im ersten Jahre des Sozialistengesetzes möglich. In der Reaktion darauf entstand die erste sogenannte anarchistische Sezession. In den innerparteilichen Debatten über das *Bismarcksche* Schutzzollsystem bildete sich zum ersten Male ein rechter Flügel der Partei. Die Gruppierungen in der Partei in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes waren weitgehend der Ausdruck der Differenzen zwischen den in die Partei eingeströmten kleinbürgerlichen Schichten und dem Gros der proletarischen Parteimitgliedschaft.⁶

Die 80er Jahre waren die Zeit der Entfaltung des überseeischen Handelsverkehrs in größerem Maßstabe. Die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches begann. Im Jahre 1884 wurde die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male vor das Imperialismus-Problem gestellt. In den Debatten über die ersten kolonialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung ist bereits die spätere Dreigliederung der Partei in Radikale, Zentristen und Rechte angedeutet.

Da die Zeit des Sozialistengesetzes für Lohnkämpfe ungünstig war, wurde die Parteiarbeit ausschließlich auf die parlamentarische Politik konzentriert. Als einzige Möglichkeit, bereits innerhalb des Kapitalismus die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, erschien der parlamentarische Weg, die Kritik und Verbesserung der *Bismarckschen* sozialen Gesetzgebung.

Für bestimmte proletarische Schichten der Partei jedoch bewiesen die Erörterungen des Reichstags unter dem Sozialistengesetz endgültig die Unmöglichkeit, durch die

⁴ Sartorius v. Waltershausen, a.a.O. 317. 320.

⁵ Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, 11.

⁶ Im wesentlichen Holz-, Metall- u. Tabakarbeiter. Vgl. W. Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912, 33.

parlamentarische Gesetzgebung entscheidend in das Verhältnis von Kapital und Arbeit einzugreifen. Die Ohnmacht des Parlaments, das nach der Reichsgründung und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Jahre 1878/79 keine großen politischen Aufgaben zu lösen hatte, schien ihnen offenbar. An diese Stimmungen knüpfte die zweite „anarchistische“, in Wirklichkeit antiparlamentarische Opposition in der Sozialdemokratie gegen 1887 an.

Die Depressionsperiode von 1878/93 bildete die Atmosphäre, in der der *fatalistische Ökonomismus* der deutschen Sozialdemokratie, der seinen prägnantesten Ausdruck im Erfurter Programm erhielt, ausgebildet wurde. Eine Periode innerer Sammlung des deutschen Kapitalismus wurde für seine Endphase angesehen. „Es schien, als ob ein schleichendes Fieber die kapitalistische Produktion befallen habe, das die Gesellschaft langsam abquälte.“⁷ Der automatische Zusammenbruch des kapitalistischen Systems schien nur eine Frage der Zeit. Der „Kladderadatsch“, wie *Bebel* ihn nannte, schien unvermeidlich. Ihn abzuwarten und die Arbeit der Partei auf die Stärkung der Organisation zur Auswertung dieses Augenblicks einzustellen, schien die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Der *Organisationspatriotismus*, der die führenden Schichten der Sozialdemokratie kennzeichnete, hatte hier seine psychologische Wurzel und fand hier seine Begründung.

Der relativ geringe industrielle Aufschwung 1889-90 brachte eine starke Belebung der ökonomischen Kämpfe. Eine Streikbewegung in internationalem Ausmaße setzte ein, deren Höhepunkte der englische Dockerstreik und der deutsche Bergarbeiterstreik bildeten. Die Gewerkschaften konnten wieder neu organisiert werden. Ihre Organisationsprobleme trugen neue Differenzpunkte in die innerparteilichen Debatten.

Die Neubelebung der Arbeiterbewegung in dem wirtschaftlichen Aufschwung 1889/90 ermöglichte in letzter Instanz die Gründung der Zweiten Internationale. In Deutschland stärkte die Besserung der Konjunktur derart die Widerstandskraft der Massen, dass die Aufhebung des Sozialistengesetzes unvermeidlich wurde.

In den Erörterungen innerhalb der Sozialdemokratie über ihre Politik in der durch die Aufhebung des Ausnahmegesetzes geschaffenen Situation gruppieren sich aufs Neue in der Fortsetzung der Debatten des verflossenen Jahrzehnts die drei Fraktionen in der Sozialdemokratie: die radikalen „Jungen“ oder „Unabhängigen“, das Zentrum um *Bebel-Liebknicht* und die Rechte um *Vollmar*.

Das Bild der Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1891 steht erst in der rechten Beleuchtung, wenn man Anfänge und Blütezeit im Zusammenhange sieht. Daher sei hier ergänzend für den Zeitraum 1891-1914 auf die Parallelität von Konjunkturgeschichte und innerer Parteigeschichte hingewiesen:

Die Jahre 1895-1914 sind gekennzeichnet durch eine relative Stabilität des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Es war eine Zeit, in der die Krisen zu Depressionen abgedämpft waren, die ökonomischen Kämpfe des Proletariats nur in die „indirekte“, parlamentarischpolitische Aktion mündeten. Sie brachte die Hebung bestimmter Arbeiterschichten auf kleinbürgerliches Niveau, deren Ideologie ab 1896 im Revisionismus *Bernsteins* ihren theoretischen Ausdruck erhielt.

Die Gegensätze zwischen der Parteimehrheit und der linken Opposition der Jahre 1890/91, soweit sie im Rahmen der Partei geblieben waren, verwischten sich zu Beginn dieser Zeit. Die „Selbstzwecktendenzen“ der Parteiorganisation dominierten. Eine mächtige Parteibürokratie konzentrierte die Parteipolitik auf das Wachstum einer massiven Wahlmaschinerie. Das

⁷ *Parvus*, Die Gewerkschaften usw., 11.

soziale Machtzentrum der Arbeiterbewegung rückte von der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaften, die Organisationen der gehobenen Schichten des Proletariats.

Das Sinken der Löhne seit Beginn des Jahrhunderts, die scharfe Depression 1902-05 und die Einwirkung der ersten russischen Revolution zeitigten die ersten Ansätze der neomarxistischen linken Parteiopposition, die bereits 1898 in der Haltung einiger Parteitheoretiker (z. B. R. Luxemburgs) angedeutet war. In der Depression 1909/10 konsolidierten sich die Linksradi-kalen in der Sozialdemokratie als eine theoretisch ausgeprägte Strömung ohne besondere organisatorische Formen. Die „Revolte des fünften Standes gegen den vierten“⁸ wurde in der Berufung der Opposition auf die gewerkschaftlich Unorganisierten sichtbar. Der nur theoretische, *in der reformistischen Praxis stets aufgehobene* Gegensatz zwischen „radikalem“ Partei-zentrum und Revisionisten, der das innere Parteileben seit 1898 kennzeichnete, verschwand in der Abwehr gegen links.

Erst die allseitige Krise des Weltkrieges als Entladung der innerhalb des Kapitalismus auf-gehäuften ökonomischen Konflikte brachte den Zusammenbruch der II. Internationale und die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie als politischen Ausdruck der nicht mehr zu über-brückenden Gegensätze innerhalb des Proletariats.

⁸ R. Brunhuber, *Die heutige Sozialdemokratie*, Jena 1906, 135.

Erster Teil. Die politische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz.

Erstes Kapitel. Der Lassalleanismus.

A. Marxismus und Lassalleanismus in der Entwicklung der Sozialdemokratie

Die innere Geschichte der Sozialdemokratie ist – *rein ideengeschichtlich* betrachtet - nur zu begreifen als permanente Auseinandersetzung zwischen der Ideologie, deren erster und entscheidender Repräsentant *Lassalle* war, und Elementen des Marx'schen Systems. In diesem *Kampf zwischen Lassalleanismus und Marxismus* um die Herrschaft über die Gesamtpartei entscheidet nicht der Erkenntniswert der Theorien, ihre sachliche Gültigkeit. Ihr spezifisches Gewicht in der Organisation wird bestimmt durch Momente, die in der *Praxis* der Partei, der Entwicklung des Proletariats, den Spannungen zwischen seinen verschiedenen Schichten und in seinem Verhältnis zu anderen Bevölkerungsgruppen liegen. Es ist vor allem ein Kampf beider Theorien (insofern der Lassalleanismus trotz seines Mangels an Originalität das Prädikat einer Theorie beanspruchen kann) und ihrer Leitsätze und Kriterien für die praktische Realpolitik der Partei *innerhalb* der Köpfe der Beteiligten, der dahin *tendiert*, sich in organisierten Gruppen zu manifestieren.

Die Sozialdemokratie trägt anfänglich in ihren *beiden* Wurzeln, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein *Lassalle-Schweitzers* und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei *Bebel-Liebknichts*, *lassallesches* Gepräge, unbeschadet der Selbsttäuschungen der zweiten Richtung. Nach der Übernahme des Marxismus als der für die Partei offiziell gültigen Doktrin im Jahre 1891 - einer sich derart vollziehenden Rezeption einzelner Teile des *Marx-Engelsschen* Systems, dass seine realistischen Theorien zur Ideologie verzerrt, *ideologisiert* werden, - bekennt sich die Sozialdemokratie als Schülerin von *Marx* und *Lassalle*¹. Sie glaubt Lassalle jedoch im Wesentlichen nur die Betonung des Klassenstandpunktes durch Trennung der Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Demokratie, die Abschließung gegenüber allen bürgerlichen Parteien, die Disziplin ihrer Organisation und die Grundlagen ihrer parlamentarischen Taktik zu verdanken. Da besondere Erscheinungsformen der spezifisch lassalleschen Organisation (Sektencharakter und „tory chartism“) nach ihrem Aufgehen in der *Bebel-Liebknichtschen* Bewegung 1875 mit Recht als erledigt angesehen werden, erscheint auch das System Lassalles in der Partei überwunden, obwohl nur einzelne seiner Theorien (das „*eherne Lohngesetz*“; die Losung der Produktivassoziationen mit Staatshilfe) und die sprachliche Form verabschiedet sind.

Im Rahmen der marxistischen Terminologie, die das Fortwuchern des Lassalleanismus verdeckt, reproduziert sich der Kampf beider Gedankenmassen auf einer anderen Ebene. Die Gruppierung Revisionismus - „orthodoxer“ Marxismus spiegelt ihre Polarität nur sehr unvollkommen wider, wenn auch der Revisionismus (ideengeschichtlich!) eine *Reaktion gegen das Eindringen des Marxismus* bedeutet.

Erst in den Jahren 1914-1918, in denen die Problemstellung Staat und Revolution für die Arbeiterbewegung akut wird, findet der klassenmäßige Gegensatz jener geschichtlichen Kräfte

¹ Der Name „Lassalle“ ist in diesem Kapitel zu L. abgekürzt; Lassalles Gesammelte Reden und Schriften (herausg. von E. Bernstein, 12 Bde., Berlin 1919 ff.) werden abgekürzt als G. W. angeführt.

seinen organisatorischen Ausdruck, deren größte ideelle Exponenten Marx und Lassalle sind. Mit der Verschärfung der Kämpfe zwischen reformistischem und revolutionärem Lager in der proletarischen Bewegung setzt die Besinnung auf den fundamentalen Widerspruch zwischen Marxismus und Lassalleanismus ein, den in seiner ganzen Tiefe zu durchdenken freilich eine von der Praxis gestellte Aufgabe der Lebenden ist.²

b. Die politische Theorie Lassalles

Zum Verständnis der skizzierten Entwicklung ist eine Analyse der Grundmomente der politischen Theorie Lassalles³ erforderlich, soweit sie nicht nur Eigenheiten seiner Person und seiner Weltanschauung sind, sondern die Entwicklung der Sozialdemokratie kennzeichnen.

In ihrer Grundkonzeption verlässt die Theorie Lassalles nicht den Boden der naturrechtlich-demokratischen Ideologie. Die politische Physiognomie Lassalles ist die des *radikalen Demokraten*. Aus seiner demokratischen Gesinnung empfängt er die Antriebe für seinen Appell an den „Arbeiterstand“, für die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. In ihr ist seine Taktik gegenüber der bürgerlichen Demokratie, seine „nationale Politik“ und schließlich auch sein „tory chartism“⁴, seine Politik gegenüber *Bismarck* im Verfassungskonflikt beschlossen. Der Sozialismus L.s ist die gedankliche Konsequenz des Demokratismus und bleibt reine Theorie. Nicht der Sozialismus, sondern der Demokratismus ergibt die leitenden Gesichtspunkte für die Praxis.

L. tritt mit seiner Arbeiteragitation auf den Plan zu einer Zeit, da das Bürgertum, wie er immer und immer wiederholt, „das Banner nicht mehr einer demokratischen, sondern einer liberalen Bourgeoisbewegung“⁵ aufgepflanzt hat. Das Bürgertum ist unfähig geworden zum Kampf um die Demokratie, an dem es nicht nur „die Furcht vor den Regierungen, sondern auch die Furcht vor dem Volke“⁶ hindert. „Unsere liberale Bourgeoisie, sage ich, kann den Militärstaat nicht brechen, kann die politische Freiheit nicht erkämpfen.“⁷ Die politische Freiheit kann nicht errungen werden, solange sie nur von einer dünnen Intelligenzschicht konsequent vertreten wird.

„Wer steht denn mit Energie und Aufopferung hinter der politischen Freiheit? Wer? Ich und noch etwa tausend Ideologen in Deutschland.“⁸

L. als *konsequenter Demokrat von 1848*, der die Ideale jenes Jahres von dem Bürgertum verraten sieht, findet im „Arbeiterstand“ die Kraft, um die Prinzipien der bürgerlichen Revolution in einem Maße durchzusetzen, zu dem das Bürgertum nicht mehr fähig ist.

² 2 Eine eingehende Behandlung des Problems *Marx-L.* kann hier nicht gegeben werden. Die Problemstellung ist umrissen in zwei Aufsätzen von G. Lukács: „Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen“ in: Grünbergs Archiv Jg. XI. 401-423, und „Lassalle als Theoretiker der V.S.P.1.“, in: Die Internationale, Jg. VII, 622 ff., auf die nachdrücklichst verwiesen sei.

³ Um das Bild dieser Theorie klar herauszustellen, ist auf dem zur Verfügung stehenden Raume eine gewisse Häufung von Zitaten nicht zu umgehen.

⁴ „Lassalle hat der Bewegung einen tory-chartist-Charakter gegeben.“ Engels im Briefwechsel zwischen Marx und Engels (im Folgenden abgekürzt zu; BFW), Bd. II, vom 13. II. 1865. 5

⁵ Arbeiterlesebuch, G. W. III, 273. 6

⁶ A.a.O. 279. 7

⁷ A.a.O. 278.

⁸ A.a.O. 282. 9

„Es ist also gerade das größte Interesse der politischen Freiheit, ein *Klasseninteresse*, ein *soziales Interesse* hinter sich zu werfen (!), und zwar gerade das Interesse *der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden unbemittelten Klassen überhaupt*.“⁹

Die Bewegung, die Lassalle ins Leben rufen will, ist in erster Linie eine demokratische. „Das Banner, das ich erhoben, ist das demokratische Banner überhaupt.“¹⁰ „Es ist eine allgemeine demokratische Volksbewegung und *keine Klassenbewegung*, zu der ich rufe.“¹¹

Die Stellung Lassalles zur Bourgeoisie ist nicht allein aus den besonderen Bedingungen der politischen Konstellation verständlich, in der er wirksam wurde. Seine feindliche Haltung gegenüber der Bourgeoisie wurzelt nicht allein in der Opposition des *intransigenten* Achtundvierzigers gegen das Dreiklassenwahlrecht der oktroyierten preußischen Verfassung von 1850 und in der Unversöhnlichkeit gegenüber allen Elementen, die sich, wie die preußische Fortschrittspartei, auf den Boden dieser Verfassung stellten. Sie ist Ausdruck seiner allgemeinen Auffassungen. Der Kampf Lassalles gilt nicht der Bourgeoisie als Klasse, als ökonomischer Kategorie, er richtet sich gegen den Bürger nur, *insoweit er die Stellung eines Feudalen beansprucht*.¹² „Dass sich der Großbürger... des großen Vorteils erfreue, welchen ein großer bürgerlicher Besitz für den Besitzenden in sich schließt, – nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das!“¹³ „Wenn aber der Großbürger, nicht zufrieden mit der *tatsächlichen* Annehmlichkeit eines großen Besitzes, *den bürgerlichen Besitz*, das *Kapital*, auch noch als die *Bedingung* hinstellen will, an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes teilzunehmen, dann erst wird der Großbürger zum Bourgeois, dann macht er die Tatsache des Besitzes zur *rechtlichen* Bedingung der politischen Herrschaft, dann charakterisiert er sich als einen *neuen privilegierten* Stand im Volke, der nun das herrschende Gepräge seines Privilegiums allen gesellschaftlichen Einrichtungen ebenso gut aufdrücken will, wie dies der Adel im Mittelalter... mit dem *Privilegium* des Grundbesitzes getan.“¹⁴

Die Bourgeoisie ist also eine – *nur politische* Kategorie. Das Wort „Bourgeoisie“ ist nur der europäische Ausdruck für die politischen Ansichten, deren „spezifisch preußischer Ausdruck die Fortschrittspartei ist.“¹⁵ Diese wird ihren etwaigen Sieg im Verfassungskonflikt nur zur Aufrechterhaltung der privilegierten Stellung der Bourgeoisie und nicht zur Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts benutzen, „welches durch die demokratischen Grundsätze und legitimen Interessen des Arbeiterstandes geboten ist“¹⁶.

Die lassallesche „Idee des Arbeiterstandes“ ist durch das soziale Milieu gekennzeichnet, in dem sie entsteht. Das industrielle Proletariat im heutigen Sinne ist, entsprechend der geringen Entwicklung der Großindustrie, erst in Ansätzen vorhanden. Die meisten „Lohnarbeiter“ sind noch Handwerksgehilfen. Der „Arbeiterstand“, an den L. sich wendet, ist ein

⁹ A.a.O. 285.

¹⁰ 10 A.a.O. 286.

¹¹ A.a.O. 287. Von mir gesperrt. Br.

¹² Vgl. *Bernstein*, Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Kämpfers und Lehrers, Berlin 1919, 162 ff

¹³ Arbeiterprogramm (!) G. W. II. 173.

¹⁴ Arbeiterprogramm, G. W. II, 174. Ähnliche Gedanken bei Lorenz v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Bd. I, 52 f. und 57 ff. Vgl. auch das Vorwort von G. Salomon dazu, XL ff. Auf die weitreichende Abhängigkeit Lassalles von L. v. Stein können wir in diesem Zusammenhange nur aufmerksam machen.

¹⁵ Der Prozess wider F. L. ... zu Düsseldorf am 27. Juni 1864, G. W. III. 428.

¹⁶ Offenes Antwortschreiben, G. W. III. 43 s.

Schichtenkonglomerat, ein großes Heerlager von „Werk tätigen“, das aus Handwerkern, Hausindustriellen, industriellen Lohnarbeitern, landwirtschaftlichem Gesinde usw. zusammengesetzt ist. Dementsprechend erscheint der Klassenkampf des Proletariats bei L., ähnlich wie bei Babeuf, auf den Kampf der Armen gegen die Reichen reduziert. Die Begriffsbestimmung der Klassen wird aus der Verteilung der Einkommen, nicht aus ihrer Stellung im Produktionsprozess gewonnen. Auf Grund der preußischen Einkommensstatistik gelangt L. zur Konzeption seines Begriffes des „Arbeiterstandes“, der „89-95 Prozent Notleidenden“, in die „doch alle Klassen, Berufsstände und Arten von Arbeitern eingeschlossen sind“. L. will, „dass allen unbemittelten Klassen geholfen werden solle und müsse „... *das Interesse aller Kapitallosen (ist) ein solidarisches.*“¹⁷ Man wird später sehen, wie diese ökonomisch nicht haltbaren Definitionen Lassalles von der Sozialdemokratie zwar theoretisch überwunden werden, wie aber in ihrer praktischen Agitation immer wieder der Klassenkampf des Proletariats auf den Gegensatz zwischen Armen und Reichen oder zwischen Werk tätigen und Müßigen aus den praktischen Agitations-Bedürfnissen des Tages heraus reduziert wird.

Es ist von größter Wichtigkeit für das Verständnis der „revolutionären“ Sozialdemokratie, festzustellen, welche Bedeutung der Begriff der *Revolution* bei Lassalle hat, dessen Erbe die Partei auch in dieser Frage antrat.

Die Konzeption der Revolution bei Lassalle ist eine idealistisch-starre Abstraktion aus den Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen. Im Bilde bürgerlicher Revolutionen dominiert in der Tat, ohne dass sich ihr „Wesen“ erschöpft, die Tendenz, bereits vorhandene ökonomische Existenzformen zur rechtlichen Anerkennung zu bringen. Die Konzentrierung auf die Rechtsformen der Umwälzung entspricht den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie. Für das dogmatische Denken ergibt sich als gedankliches Substrat der *bürgerlichen* Revolution die Konzeption „der“ Revolution als der Durchsetzung naturrechtlicher Prinzipien gegen das positive Recht, über die der L.'sche Revolutionsgedanke nicht hinausgelangt.

Das Schema der späteren sozialdemokratischen Literatur über die Frage „Reform oder Revolution“ ist bereits vorgezeichnet in der Erläuterung des Begriffes der Revolution „im wissenschaftlichen Sinne“, die Lassalle der „Polizeiauffassung“ entgegenhält, die stets nur geschwungene Heugabel sehe, wenn sie Revolution meine. Die Revolution als Durchsetzung eines neuen *Prinzips* - als Durchdringung der konkreten Historie mit einer neuen Idee - ist für ihn an sich nicht gekennzeichnet durch die *Form*, in der sie sich geltend macht. Die Frage, ob sie sich gewaltsam oder auf friedlichem Wege durchsetzt, ist untergeordnet.

„Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt - auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an -, ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird.“¹⁸ Die Revolution hängt nicht von dem Willen derer ab, die sich berufen fühlen, das neue Prinzip zu vertreten, nicht von der Entscheidung der Revolutionäre.

„Die Staatsidee des Arbeiterstandes“ setzt sich von selbst durch, ihre Verwirklichung vollbringt sich „auf objektivem Wege durch die geschichtliche Entwicklung von selbst“. Subjektive Aufforderung kann zu ihrer Verwirklichung „meiner Geschichtsauffassung gemäß auch nicht das geringste beitragen“¹⁹.

¹⁷ Arbeiterlesebuch, G. W. III, 261.

¹⁸ Die Wissenschaft und die Arbeiter. G. W., 275 f.

¹⁹ A.a.O.

Für Lassalle ist die Geschichtsperiode, „welche den *großen bürgerlichen Besitz* oder das Kapital zu ihrem Prinzip hat und diesen als das *Privileg* gestaltet²⁰, innerlich bereits mit der französischen Februarrevolution 1848 abgelaufen. An ihrer Stelle erheischt das Prinzip des Arbeiterstandes *rechtliche Anerkennung*.²¹ In der Erleichterung der rechtlichen Registrierung der „in den Eingeweiden der Gesellschaft bereits eingetretenen Revolution erschöpft sich die Aufgabe der Sozialisten.²² Die Revolution wird sich durchsetzen, ohne dass die bewusste Aktion der Menschen diesen Prozess erzwingen könnte.

Diese Auffassung der Revolution als Sieg eines Prinzips, das sich wie eine Naturkraft durchsetzt, ist *in ihrem Wesen fatalistisch-mechanistisch*.²³

Ohne dass wir uns hier auf eine ausführliche Darlegung der *Marxschen* Theorie der proletarischen Revolution einlassen können, springt doch ihr Gegensatz zur L.'schen Auffassung ins Auge, wenn festgestellt wird, dass nach *Marx* die proletarische Revolution nicht in der Legalisierung des Gewordenen besteht. Als Transformationsperiode, deren wichtigste Phase der „gewaltsame Umsturz aller bestehenden Gesellschaftsordnung“²⁴ ist, in der die ökonomischen Kräfte und die realen Machtmittel entscheidend sind, erschöpft sie sich nicht in der Begründung eines neuen Rechtssystems. Die Revolution, nach *Marx* „eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse ... durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden“²⁵, ist bei Lassalle gekennzeichnet durch einen deklaratorischen Akt. Nach *Marx* ist das Recht das Produkt einer antagonistischen Gesellschaftsordnung, eine Anwendung des gleichen Maßstabs auf ungleiche Menschen, und damit ein Recht der Ungleichheit. Für den Marxisten kann die Lassallesche Auffassung der Revolution als der Durchsetzung eines neuen Prinzips durch *Änderung des Rechts* das Wesen der proletarischen Revolution, deren Inhalt die Herstellung der *ökonomischen Gleichheit* ist, nicht erfassen.

Der Sieg der Revolution, ob durch Gewalt, ob auf friedlichem Wege, hängt nach Lassalle von der *Aufklärung der Köpfe* ab. Die Frage nach dem Wege und den Mitteln der proletarischen Revolution wird nicht - wie bei *Marx* - durch die realen Verhältnisse, den Antagonismus der Klassen, entschieden. Es ist Angelegenheit der Einsicht und des *guten Willens* der herrschenden Klassen, es hängt von der Aufklärung des gesamten Volkes und insbesondere von der theoretischen Einsicht der „Gebildeten“ ab, ob die Revolution „mit allen Segnungen des Friedens und von oben herab“ kommt.²⁶

Die Aufgabe gerade der Revolutionäre ist es, durch aufklärende Agitation die kommende Revolution „zu humanisieren, zu zivilisieren“.

„Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft... der stößt vielmehr einen Schrei der *Versöhnung* aus..., in den alle einstimmen sollten, welche

²⁰ Arbeiterprogramm, G. W. II. 185.

²¹ Vgl. dazu L. v. Stein, a.a.O. 1, 92 f.

²² „Man kann nie eine Revolution machen, man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere *rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung* geben.“ Arbeiterprogramm G. W. II, 165.

²³ *Knief*, der in seinem Aufsatz „Lassalle“ (Grünbergs Archiv, Jg. XI, 1 ff.) diese Seite der L.'schen Theorie herausarbeitet, verkennt den *idealistischen* Charakter der L.'schen Geschichtsphilosophie, wenn er sie als Auferstehung *La Mettries* kennzeichnet.

²⁴ Kommun. Manifest, MEW 4. 493

²⁵ K. *Marx*, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17. 343.

²⁶ Die indirekte Steuer, G. W. II, 478.

Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen.“²⁷ In dieser Darstellung der „sozialen Revolution“ als Angelegenheit aller Aufgeklärten, die den „leidenden Massen“ helfen wollen, kehren Gedanken des utopistischen Sozialismus wieder. Darüber hinaus enthalten sie, weit davon entfernt, den Klassenkampf - den „Klassenhass“ - zu proklamieren, die Apologie der Klassenversöhnung oder (um ein Losungswort eines revisionistischen Publizisten²⁸ zu gebrauchen) der „Kultursolidarität“.

Erst wenn diese Bedeutung des Wortes „Revolution“ bei L. klargelegt ist, kann man begreifen, dass jenes oft genannte Wort, das L. in vertrautem Kreise gesprochen, nicht im geringsten einen *esoterischen Lassalle* enthüllt: „So oft ich „allgemeines Wahlrecht sage, muss es von Euch Revolution und wieder Revolution verstanden werden.“²⁹

Die Idee Lassalles, dass das allgemeine Wahlrecht den arbeitenden Klassen den Staat überantwortet und „somit (!)... die *freie Arbeit* als das herrschende Prinzip der Gesellschaft einsetzt“³⁰, diese Identifizierung von sozialistischer Zukunftsgesellschaft und parlamentarischer Demokratie erweist noch von einer anderen Seite her den Demokratismus Lassalles. Demokratie wird hier nicht in jenem umfassenden Sinne des Zustandes der Gleichheit und Brüderlichkeit aufgefasst, wie sie den Ausgangspunkt, wenn auch nicht die Basis, der *Marxschen* politischen Theorie bildet, sondern als eine durch soziale Verbesserung der Lage der Arbeiter unterbaute politische Freiheit, als „soziale Republik“.

Auf dem Nachweis, dass die „Werkstätigen“ die Mehrheit des Staates bilden (Staat und Gesellschaft werden hier als Synonyme gebraucht³¹), baut sich der Gedanke auf, dass sich der Sieg des Arbeiterstandes (qua Werkstätige) in einem Staate mit voller politischer Freiheit, in der parlamentarischen Republik, automatisch ergeben muss. Die Erfahrungen, die die französische Arbeiterklasse unter dem zweiten Kaiserreich mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gemacht hatte, haben wegen der besonderen historischen Umstände jenes Experimentes nicht die genügende Beweiskraft, um Lassalle in seinem Glauben an das allgemeine Wahlrecht als das Emanzipationsmittel des Arbeiterstandes zu erschüttern.

„Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also... nicht nur ihr *politisches*, es ist auch ihr *soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe*. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.“³²

Nur durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts kann die Umwandlung des „bürgerlich beschränkten Staates“ in den „die sittliche Freiheitsidee voll erfüllenden sozialistischen Staat“ vollzogen werden. Erst dieser „zukünftige Staat...“, der wiedergeborene demokratische Staate³³, kann durch Errichtung von Produktivassoziationen mit Staatshilfe die erste praktische Maßregel zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes treffen. Nicht der „heutige Staat“, der „Polizeistaate“³⁴, kann diese ökonomischen Maßregeln in genügendem Maße

²⁷ Arbeiterprogramm, G. W. II, 187.

²⁸ *Kampffmeyers*.

²⁹ Fr. Weyrich, im „Volksstaat“ v. 30. 7. 1870. Vgl. auch G. W. III. 176.

³⁰ Die Wissenschaft und die Arbeiter, G. W. II, 238.

³¹ Vgl. auch F. L., Nachgelassene Schriften und Briefe, Stuttgart und Berlin 1921/2), Bd. 1, 134.

³² Offenes Antwortschreiben, G. W. III. 89.

³³ A.a.O. 48.

³⁴ Berliner Ansprache, G. W. IV. 53.

durchführen.³⁵ Die Maßregeln des „sozialdemokratischen Zukunftsstaates“, die Lassalle vorschlägt (er rechnet dazu u. a. Aufhebung der Kautionen und Stempelsteuern für die Zeitungen³⁶), beweisen, dass das Endziel Lassalles ein „trüber Mittelzustand“³⁷ ist, dass eine Übergangsphase bei ihm als Endzustand erscheint.

Sein Hauptziel, die Errichtung des demokratischen Staates, bestimmt auch die Politik L. gegenüber *Bismarck* und der preußischen Monarchie. Da der Staat „der ärmeren Klassen große Assoziation“³⁸, da dies seine wahre sittliche Natur ist, muss sein Wesen entweder gegen den Willen der momentanen Leiter des Staates oder ... mit ihrer Hilfe, aber ohne dass sie sich der Konsequenzen bewusst werden können, durchgesetzt werden. Hier ist die Lösung der Paradoxien, von denen das Spiel L.s gegen *Bismarck* beherrscht zu sein scheint.

Der Weg der „Volksrevolution“, d. h. der gewaltsamen Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts als Voraussetzung einer *künftig friedlichen* Entwicklung, dieser Weg ist nach 1848 verschlossen. Die Schwäche der radikalen Demokratie gegenüber der Reaktion ist offensichtlich. Auf der anderen Seite hat das Verhalten der Bourgeoisie im Verfassungskonflikt die Unmöglichkeit dargetan, sie im Kampf für die Demokratie voranzutreiben.³⁹ Die Bekämpfung der Lassalleschen Bewegung durch die Bourgeoisie hat ein übriges getan, um „die Unterschiede und Gegensätze, welche sonst die reaktionäre Partei und die Fortschrittspartei trennen“, verschwimmen zu lassen. „Vor mir also sinken sie, trotz dieser Unterschiede, zu einer gemeinsamen reaktionären Partei zusammen.“⁴⁰

Ist die Herstellung des allgemeinen usw. Wahlrechts (die Eroberung oder - die Oktroyierung) der entscheidende Akt zur Durchsetzung der „Idee des Arbeiterstandes“, der über sich selbst hinaustreibt⁴¹, so ist jede „Realpolitik“ geboten, wenn der Staat zur Einführung dieses Wahlrechts die Hand bietet. Das „Listen mit der Idee“ ist gerechtfertigt durch die Tatsache, dass sich auf diese Weise, „die wahre und höhere Aufgabe des Staates“, seinen *augenblicklichen Leitern unbewusst*, durchsetzt.⁴² Sobald dieser „realpolitische“ Standpunkt (in einer Formulierung aus der Revisionistendebatte: „Kanonen gegen Volksrechte!“) einmal erreicht ist, kann es bei unhistorischer Betrachtung der gegnerischen Klassen als einer reaktionären Masse gleichgültig erscheinen, mit welcher der Gegenparteien man Gegenwerte tauscht, mit welcher man sich koalitiert.

³⁵ „Habe ich euch denn auf den *gegenwärtigen* Staat verwiesen?“ Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, G. W. III. 245.

³⁶ A.a.O.

³⁷ K. *Korsch*, Einleitung zu Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1922. 20. „Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch-juristisch, kann man sagen, stehen aus dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois.“ (Lothar *Bucher* an Lassalle, Januar 1862, zit. bei H. *Oncken*, Lassalle, 3. Aufl., Stuttgart 1920, 227.)

³⁸ Offenes Antwortschreiben, G. W. III, 81.

³⁹ Die starre Gegenüberstellung des allgemeinen Wahlrechtes als politischen Prinzips des Arbeiterstandes gegenüber dem „Zensus“ als dem Prinzip der Bourgeoisie entspricht den Grundauffassungen L.'s und ist nur zu einem geringen Teil durch jene historische Situation bedingt, in der das Bürgertum das Dreiklassen-Wahlrecht der oktroyierten Verfassung akzeptierte.

⁴⁰ Berliner Ansprache 1864 im „Sozialdemokrat“ vom 31. 7. 1865. Hier ist die Wurzel des Schlagworts von der „*einen* reaktionären Masse“, das erst in der Nachfolge Lassalles geprägt wurde. Siehe darüber: Franz *Mehring*, Die Geschichte eines Schlagworts, in: Neue Zeit, Jgg. XV, 2, 513 ff.

⁴¹ Da es feststeht, „dass das allgemeine Wahlrecht sich schwer mit einem reaktionären Staat verträgt“. Arbeiterlesebuch, G. W. III. 272.

⁴² Arbeiterprogramm, G. W. II, 198.

Ein letztes Moment der politischen Theorie Lassalles, das die Geschichte der Sozialdemokratie erläutert, ist seine *Stellung zur nationalen Frage*. Gerade die Beziehung zwischen Demokratismus und Nationalismus bei Lassalle ist eindeutig – was in der *Lassalle*-Literatur nur zu häufig verdeckt ist. Der L.sche Nationalismus ist die Übertragung und Erweiterung des Freiheitsprinzips vom Individuum auf die ethnische Kollektivität. Erst in der sozialen Demokratie ist ein Vaterland geschaffen, das allen gleiche Rechte gibt, alle Privilegien beseitigt und damit – gleiche Liebe beanspruchen kann: erst in ihr wird der Staat der Ausdruck des „wahren Volkes“.

Das Nationalitätenprinzip ist die denknotwendige Voraussetzung der Demokratie. „Wie sehr man auch über den speziellen Inhalt des Begriffs der Demokratie auseinandergehen möge, da hinein werden sich alle demokratischen Fraktionen vereinen, dass dieser Begriff, auf einen allgemeinsten Ausdruck reduziert, nichts anderes bedeutet als: Autonomie, Selbstgesetzgebung des Volkes nach innen. Woher aber sollte dieses Recht auf Autonomie nach innen kommen, wie sollte es nur gedacht werden können, wenn ihm nicht zuvor das Recht auf Autonomie nach außen, auf freie vom Ausland unabhängige Selbstgestaltung eines Volkslebens vorausginge! Das Prinzip der freien, unabhängigen Nationalitäten ist also die Basis und Quelle ... des Begriffs der Demokratie überhaupt.“⁴³

Das Recht auf nationale Existenz kann jedoch nur solchen Völkern zugebilligt werden, in denen „ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozess des ganzen (der Weltgeschichte. Br.) schritthaltender Volksgeiste sich manifestiert.“⁴⁴ Die Eroberung von Völkern, die, „obwohl nicht ohne eigene Entwicklung, doch von dem rascheren und mächtigeren Entwicklungsprozess ihrer Nachbarn überholt werden“⁴⁵, oder überhaupt „ohne geschichtliches Dasein“ sind, ihre Eroberung wird ein „Recht des höheren kulturhistorischen Berufs“, wie es „die Franzosen auf Algier, die Engländer auf Indien haben“⁴⁶ – eine geschichtsphilosophische Begründung aktiver Kolonialpolitik!

Wenn man den Begriff der Nation bei Lassalle umreißen will, so geschieht das am besten durch den Hinweis, dass er sich abgesehen von der in ihm zum Ausdruck kommenden philosophischen Erbmasse – mit der in der revisionistischen Bewegung (durch *Kampffmeyer*) geprägten Gleichung: Nation als „Schicksals- und Kulturgemeinschaft“ deckt.

Der *demokratische Kulturnationalismus* Lassalles⁴⁷ ist eine Komponente seiner Feindschaft gegen Militärstaat und Monarchie.⁴⁸ Er bestimmt im konkreten Falle seine Haltung in der

⁴³ Der italienische Krieg, G. W. I. 31.

⁴⁴ A.a.O. 34.

⁴⁵ A.a.O. 33.

⁴⁶ A.a. O. 35.

⁴⁷ Die Parallele zu Pisacane, dem ersten nationalen Sozialisten Italiens, liegt auf der Hand. (Über P. vgl. R. Michels, *Der sozialistische Patriotismus bei Carlo Pisacane* in: *Sozialismus und Faschismus in Italien*, München 1925, Bd. II, 3-11). Bei Pisacane finden wir, wie bei Lassalle: Demokratismus als denknotwendige Voraussetzung des Patriotismus; die auf dem Begriff der Freiheit aufgebaute Konzeption der Nation; den Gedanken des sozialistischen Appells an die Massen, um den Kampf für Freiheit und Einheit der Nation siegreich durchführen zu können. Nicht zuletzt: in der gleichen historischen Situation wirkend, werden Lassalle wie Pisacane durch die Geschichte desavouiert. Nicht durch die demokratische Massenbewegung, wie sie glaubten, sondern durch die *Revolution von oben* wurde in Deutschland wie in Italien die nationale Einheit hergestellt.

⁴⁸ „Noch dreimal hassenswerter aber als der äußere Feind ist der innere, der des Landes Freiheit niedertritt.“ *Assisenrede*, *Ausgew. Wke.*, Berlin 1892/93. Bd. 1, 240.

deutschen Frage⁴⁹ und seine Gegnerschaft gegen ausschließlich im Interesse der *Dynastien* geführte Kriege.⁵⁰

Zieht man die Summe der politischen Auffassung Lassalles und hält ihr die *Marxsche* Theorie entgegen, wie sie in den wichtigsten hier zur Erörterung stehenden Fragen heute bewusst gemacht ist⁵¹, so lässt sich der *prinzipielle Gegensatz* beider nicht verdecken. Die Tradition der Vorkriegs-Sozialdemokratie - und dies bereits kennzeichnet ihr Verhältnis zum Marxschen Gedankenbau - ist sich der tiefgehenden Differenzen zwischen L. und Marx in der Revolutionstheorie z. B. nicht bewusst gewesen. Wie sehr Revisionisten und „Radikale“ in der Auffassung der Parteivergangenheit auseinander gehen mochten, in beider Darstellungen erscheint Lassalle als Sozialist, der sich nicht nur (den Personen *Marx* und *Engels* gegenüber) als Schüler *Marxens* bekannte⁵², sondern es auch in Wirklichkeit war. Beide Richtungen kennzeichnen z. B. das „Arbeiterprogramme L.'s als „eine der Zeit und den Umständen angepasste Umschreibung des Kommunistischen Manifestes“ (so *Bernstein*⁵³ und ähnlich *Mehring*⁵⁴). Durch die rein äußerlich dem Kommunistischen Manifest entnommenen und mit dem Sinn der eigenen Ideologie erfüllten Schemata des Stufenbaus der Klassengeschichte im L.'schen „Arbeiterprogramm“ und eine Reihe weiterer äußerer Parallelen wurde verdeckt, dass hier (ähnlich wie im Verhältnis *Bakunins* und *Kropotkins* zum Marxismus) die rein zeitliche Nachfolge, gemessen an dem erreichten geschichtlichen Niveau, in Wirklichkeit Vorläufertum ist. Ideengeschichtlich und entsprechend der Entwicklungsstufe des Proletariats, die er repräsentiert, ist L. *vormarxistischer Sozialist*.

⁴⁹ „Wir müssen alle wollen: Großdeutschland moins les dynasties.“ Brie L.s an *Rodbertus* vom 2. V. 63, F. L., Nachgelassene Briese und Schriften, Bd. VI. 335.

⁵⁰ S. den Schluss des „Italienischen Krieges“. Die Kommentare des „esoterischen“ Lassalle dazu in seinen Briefen an Marx verdeutlichen seinen antidynastischen Standpunkt.

⁵¹ Durch den Bolschewismus, „dessen zweifelloses Verdienst es ist, die eigentliche Staatslehre von *Marx* und *Engels* restituiert zu haben“. So H. *Kelsen*, Marx oder Lassalle, in: Grünbergs Archiv, XI. 264. Dies festgestellt zu haben, ist das zweifellos einzige Verdienst der *Kelsenschen* Schrift „Sozialismus und Staat. (Leipzig 1925). Die Hauptthese dieser Abhandlung, dass die durch den Bolschewismus restituierte „politische Theorie“ des Marxismus „reiner Anarchismus“ sei, ist allerdings schon deshalb fragwürdig, weil *Kelsen* mit einem nicht analysierten Begriff des Anarchismus arbeitet.

⁵² *Engels* in der Einleitung von 1890 zum Kommun. Manifest, MEW 4. 584.

⁵³ Vgl. E. *Bernstein*, Ferdinand Lassalle, 161.

⁵⁴ F. *Mehring*, a.a.O., Bd. II. 343 und 349.

Zweites Kapitel. Der Lassalleanismus der ersten „Marxisten“ in Deutschland.

A. Die Kämpfe zwischen der Organisation Lassalles und der Bebel-Lieb-knechtschen Richtung.

Der Kampf zwischen Marxisten und Lassalleanern, der die erste Phase der wiedererwachten Arbeiterbewegung in Deutschland kennzeichnet, kann nicht als adäquater Ausdruck des Gegensatzes Marxismus-Lassalleanismus bezeichnet werden. Der im Namen der „historischen Gerechtigkeit“ geführte literarhistorische Nachweis *Mehring's*, dass die unter dem Lösungszeichen Marxens kämpfenden „Eisenacher“ das Prädikat „Marxisten“ eher weniger beanspruchen durften als die Epigonen *Lassalles*, erscheint jedoch über die Korrektur der von *Bebel* und *Lieb-knecht* verfochtenen Traditionen hinaus in einem neuen Lichte, wenn nachgewiesen wird, dass der Gegensatz zwischen *Marx* und *Lassalle* viel tiefer reicht, als er in der Darstellung *Mehring's*, des glühenden Verehrers des publizistischen Kämpfers *Lassalle*, erscheint.

Es darf als feststehend angesehen werden, dass der Marxismus als *theoretisches* System keine Rolle bei dem Prozess der Ablösung und Verselbständigung der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber der bürgerlichen Demokratie gespielt hat.¹ Er hat ebenso wenig beigetragen zur Verschärfung der Kämpfe zwischen ihren beiden, 1863 vorwiegend in Preußen und 1868/69 im wirtschaftlich rückständigeren Mittel- und Süddeutschland konstituierten Zweigen. Entscheidend für ihre Differenzen waren nicht prinzipielle Gesichtspunkte, sondern taktische Fragen, die allerdings für prinzipielle angesehen wurden.

Die Losungen „Hie *Marx!*“ - „Hie *Lassalle!*“, unter denen sich die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (die sogenannten Eisenacher) und der „Allgemeine Deutsche Arbeitervereine *Schweitzers* bekämpften, mystifizierten nur den *taktischen* Gegensatz zweier demokratisch-sozialistischer Gruppen in einer bestimmten geschichtlichen Situation: der Entstehung des Deutschen Reiches.

Die gegensätzlichen Positionen wurden bestimmt durch die Neuordnung pro oder contra Bismarck und durch die Einschätzung der Rolle des radikalen Bürgertums. Zu einem bedeutenden Teile stellte der am deutlichsten in den Personen *Schweitzers* und *Lieb-knechts* verkörperte Gegensatz beider Richtungen den Reflex der Fraktionen im bürgerlichen Lager im Kampf um die nationale Einheit Deutschlands dar. Mit der Gründung des Deutschen Reiches war dem „Bruderzwist“ in der Arbeiterbewegung im Wesentlichen der Boden entzogen.² Er reduzierte sich auf persönliche oder organisatorische Differenzen.

b. Die politische Ideologie der Partei Bebel-Lieb-knecht bei ihrer Gründung

Entscheidende Momente der späteren Entwicklung der Sozialdemokratie sind in der Entstehung der SDAP, ihrer politischen Ideologie und ihrer Praxis aufzufinden. Von ihren Gründern und Führern *Bebel* und *Lieb-knecht*, deren politischer Charakter um 1869/70 voll ausgeprägt war, wurde der eine der Repräsentant der Gesamtpartei bis zu seinem Tode, der beinahe

¹ Vgl. u. a. H. *Oncken*. a.a.O. 487.

² Die Etappen dieses Fraktionskampfes und das Detail seiner Kampfobjekte sind, wenn man von den entsprechenden Teilen des *Mehring'schen* Werkes absieht, in den vorbildlichen Arbeiten G. *Mayers* dargestellt. Vgl. G. *Mayer*, J. B. v. *Schweitzer* und die Sozialdemokratie. Jena 1909. *Ders.*, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in Grünbergs Archiv II, ferner kleinere Aufsätze desselben Autors.

zusammenfällt mit dem Ende ihrer Blütezeit, der andere ihr unbestrittener theoretischer Wortführer und „Lehrmeister“ bis 1891 und das Urbild des intransigenten revolutionären Sozialdemokraten in ihrer späteren Tradition.

Die Feststellung des Grades ihrer Loslösung von der bürgerlichen Demokratie, ein Vergleich ihrer politischen Ideologie mit der *Lassalles* und die Darstellung ihres Verhältnisses zum Marxismus ist eine Voraussetzung für das Verständnis der späteren Sozialdemokratie.

Bei *Lassalles* Nachfolger *Schweitzer* ist, ähnlich wie bei *Lassalle* selbst, durch seine realpolitische Taktik im Deutschen Kriege 1866 und durch die Abschnürung seiner Organisation von der „einen reaktionären Masse“ die Tatsache verdeckt, dass auch für ihn das wichtigste Ziel die Durchsetzung demokratischer Forderungen als Voraussetzung einer gründlichen sozialen Umgestaltung war.³ Das Vorwiegen demokratischer Motive in der Politik der „Eisenacher“ dagegen liegt klar zutage.

Liebknrecht war, als er nach 12jährigem Aufenthalt in der Umgebung *Marxens* 1862 seine Tätigkeit in Deutschland wieder aufnahm, im Wesentlichen noch der alte Achtundvierziger-Demokrat, bei dem die sozialistische Theorie und der proletarische Klassenkampf zurücktraten hinter dem Kampf für die Einheit der Nation auf demokratischer Grundlage und gegen die Herrschaft feudaler Schichten. Seine radikal-demokratischen Ideale bestimmten seine Politik des engsten Bündnisses zwischen demokratischem Bürgertum und Arbeiterschaft im Kampfe „gegen die Reaktion“ bis 1870. Dieses Bündnis basierte auf dem Gedanken von der Notwendigkeit, den Kampf um sozialistische Ziele zurückzustellen, bis die politische Freiheit errungen sei. Die Konzeption der Errichtung der demokratischen Republik als ersten und wichtigsten Aktes sozialistischer Politik musste den Sozialismus zu einer vorderhand rein theoretischen Frage machen und ein Zusammengehen mit dem radikalen Bürgertum rechtfertigen, das das gleiche politische Ziel hatte. Gerade hier liegt das Grundmotiv der *Bebel-Liebknrecht*-schen Polemik gegen *Schweitzer*, der – Skeptiker gegenüber der Kraft und dem Willen des Bürgertums zum Kampf um die Losung der Demokratie – die Demokratie verraten haben sollte.

Vollends verständlich jedoch wird die *Bebel-Liebknrechtsche* Bündnispolitik erst aus der Wiederbelebung der Gedanken- und Gefühlsatmosphäre, deren Signatur das Jahr 48 ist. In den Jahren 1865/66 wurde im Süden Deutschlands der Gedanke, durch eine allgemeine *Volksrevolution* die deutsche Einheit herzustellen, von neuem propagiert.⁴

Nur aus der Hoffnung auf bewaffnete Hilfe von außen in diesem demokratischen Kampfe gegen die deutsche Reaktion wird der vor 1870 stärker als später in Erscheinung tretende Internationalismus der „Eisenacher“ verständlich, der – weit davon entfernt, proletarischer Internationalismus im Sinne *Marxens* zu sein – eine „soziale“ Pointierung des Kosmopolitismus der reinen Demokratie im Süden Deutschlands darstellte.⁵

In die Propaganda des revolutionären Demokratismus mischten sich gerade auch bei *Liebknrecht-Bebel* und ihren Anhängern in Sachsen, Braunschweig und Süddeutschland

³ Siehe darüber G. Mayer, *Schweitzer*, 268.

⁴ Vgl. die Flugschrift: „Deutschlands Befreiung aus tiefster Schmach“, Koburg 1865.

⁵ Man vergleiche über diese Fragen die Debatten über die „Vereinigten Staaten von Europa im sozialistischen Sinne“ auf den Kongressen zu Eisenach 1869 und Stuttgart Juni 1870, ferner G. Mayer, *Schweitzer*, 381 und ders., *Die Trennung usw.*, 22. Die Kritik des „Internationalismus der frühen Sozialdemokratie durch *Marx* ist, wenn man von zahlreichen Stellen seines Briefwechsels mit *Engels* absieht, im Gothaer Programmbrief niedergelegt. MEW 19, 11 ff.

föderalistische Motive. Die Reaktion schien ihnen in dem „Caesarismus *Bismarcks* verkörpert, ihre Bekämpfung identisch mit dem Kampf gegen die Lösung der deutschen Frage durch die „preußische Spitze“.

Je mehr nun das Interesse der linksliberalen Parteien an den demokratischen Forderungen aus den Revolutionsjahren erkaltete, ihr Anschluss an die *Bismarcksche* Politik sich vollzog, desto mehr musste die Schwäche der nichtproletarischen Kreise, die weiter unter dem Banner der Demokratie fochten, auch für *Bebel-Liebkecht* deutlich werden. Das Bündnis mit dem Bürgertum gegen die Reaktion reduzierte sich auf ein Zusammengehen mit einflusslosen Intellektuellenschichten. Auf der anderen Seite musste der Gedanke *Liebkechts*, dass die Ziele der Demokratie nur durchzuführen und zu sichern seien im Kampf um soziale Forderungen, zur Absage an die reine Demokratie führen. Diese Konstellation, die Aufgabe der illusionär gewordenen Hoffnungen auf eine „Volks“-Revolution und die Position der „sozialen“ Demokratie gegenüber der „nur politischen“ reinen Demokratie bestimmte die Verselbständigung der Sozial-Demokratie, die Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ als selbständiger Arbeiterorganisation.

Um die Bedeutung des neuen Parteinamens zu ermessen, genügt es, auf eine Feststellung G. Mayers⁶ hinzuweisen: „Das Wort „Sozialismus deckte sich (1869) im Wesentlichen mit dem heutigen Begriff der „Sozialreform“, und selbst ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ bezeichnete seine Richtung bei Gelegenheit auch mal als „sozialdemokratisch.“⁷ *Liebkecht* selbst interpretierte den Namen der Partei durchaus lassallisch: „Dass wir uns Arbeiterpartei nennen, ist getadelt worden; man hat gesagt, dadurch beschränkten wir die sozialistische Bewegung... auf eine bestimmte Bevölkerungsklasse. Der Einwand ist aber nicht stichhaltig. Das Wort Arbeiter hat durchaus keinen exklusiven Charakter. Arbeit ist Betätigung des Menschentums.“⁸

Das Eisenacher Programm von 1869, das Gründungsprogramm der verselbständigten SD⁹ war im Wesentlichen¹⁰ eine Zusammenstellung der Forderungen, die der Gründungsparteitag der „Sächsischen Volkspartei“ zu Chemnitz 1866 und der 5. Verbandstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg 1868 aufgestellt hatten. Während jenes großdeutsch-demokratisch war, keine sozialistischen Forderungen aufstellte und z. B. forderte, dass „der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit *ausgeglichen* werde“, hatte das Nürnberger Programm seine *teilweise* Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation erklärt. Dass diese Übereinstimmung nicht sehr weit geht, lehren ein Vergleich zwischen der *Marx*-schen Inauguraladresse von 1864 mit den Programmreden *Liebkechts* und *Schweichels* in Nürnberg und die Kommentare des Marx-Engelsschen Briefwechsels von 1868.¹¹

⁶ Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, 47.

⁷ Siehe dazu auch *Engels'* Vorwort von 1894 zu „Internationales aus dem Volksstaat“ [MEW 22, 417] und seinen Brief an Marx vom 5. 9. 1869 (BFW III.) [MEW 32, 369 f.]. Der Name -Arbeiterpartei“ wurde von *Liebkecht* erst, als die seiner Organisation 1869 beigetretenen Lassalleaner darauf bestanden, akzeptiert. Auch der Baseler Beschluss der Internationalen Arbeiter-Assoziation über die Enteignung von Grund und Boden, der den Anlass zur endgültigen Loslösung von der bürgerlichen Demokratie bildete, wurde erst auf das Drängen einer starken Arbeiteropposition von *Liebkecht* öffentlich ratifiziert.

⁸ *Liebkecht* zu Gotha 1875. Protokoll 35.

⁹ Wir werden seine Betrachtung in die Analyse der politischen Anschauungen der SDAP einbeziehen.

¹⁰ Wie *Bebel* im Hochverratsprozess 1872 erklärte. Vgl. Der Hochverratsprozess wider *Liebkecht*, *Bebel*, *Hepner* vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11.-26. 3. 1872, 2. Aufl. Berlin 1894. 72.

¹¹ Vgl. auch das Protokoll von Nürnberg in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus, 1906. 6. Halbjahresband; ferner G. Mayer, Die Trennung usw., 25, und A. *Bebel*, Aus meinem Leben, Stuttgart 1910-14, Bd. I. 164.

Die Identität von Sozialismus und Demokratie¹² war das wesentlichste Merkmal der politischen Ideologie der Sozialdemokratie gerade in ihren Anfängen. Die Auffassung der Sozialdemokratie als denotwendiger Konsequenz der politischen Demokratie war bei *Bebel* und *Liebknecht*, die so oft als die Überwinder *Lassalles* angesehen wurden und dafür angesehen werden wollten¹³, ebenso deutlich ausgeprägt als bei *Lassalle* selbst: „Die Demokratie muss sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie wirkliche Demokratie sein will.“¹⁴

Auf der „sozialen“ Pointierung der Forderung des demokratischen Staates beruhte die Hauptlosung der frühen Sozialdemokratie, die Forderung des „freien Volksstaats“, die, späterhin wegen der grammatikalischen Schwächen dieses Ausdrucks und seiner Unvereinbarkeit mit der marxistischen Terminologie in dieser Formulierung zwar aufgegeben, dennoch das Leitmotiv ihres politischen Programms blieb.

Interpretiert wurde diese Losung, die rein sprachlich bereits das Gepräge der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie verrät, als „soziale und demokratische“ parlamentarische Republik.¹⁵

Wurde die Errichtung der demokratischen Republik als erste Voraussetzung sozialistischer Maßregeln betrachtet¹⁶, so lag verständlicherweise der Akzent der gesamten Tätigkeit der Partei auf dem Kampf für die Ziele der politischen Demokratie. Hier war die gedankliche Basis für die Funktion der Sozialdemokratie als allgemeiner „Volks“-Partei, als demokratischer Oppositionspartei im Hohenzollernstaat, für ihre Rolle als „Vorkämpferin der bürgerlichen Freiheit“¹⁷, für die der Sozialismus ein fernes *Gedankenziel* bleiben musste.

Analog der demokratisch-staatssozialistischen Theorie *Lassalles* erscheint bei *Liebknecht* der Weg zum Sozialismus als fortschreitende Demokratisierung des Staates, als Sozialisierung mit den der Demokratie eigenen Mitteln: Aufklärung der Mehrheit des Volkes und Gewinnung der sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament.¹⁸ Der Gedanke einer sozialistischen Diktatur wurde ausdrücklich abgelehnt.¹⁹

Die Differenz zwischen der hier entwickelten Auffassung und der *Marxschen* Theorie der proletarischen Diktatur ist offensichtlich. Es genügt, auf die Kritik Marxens an der parlamentarischen Republik als dem „reinsten Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie“²⁰, deren

¹² „Demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke.“ *Liebknecht* in der Programmrede zu Nürnberg 1868, a.a.O. 90.

¹³ Siehe die Programmrede *Liebknechts* auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

¹⁴ *Liebknecht* zu Nürnberg 1868. a.a.O.

¹⁵ Siehe die Aussagen *Bebels* und *Liebknechts* im Hochverratsprozess, a.a.O. 145, 159.

¹⁶ 16 „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat“, gleichlautender Passus der Programme von Nürnberg und Eisenach.

¹⁷ *Liebknecht* in der Einleitung von 1894 zum „Hochverratsprozess“, 45.

¹⁸ Hochverratsprozess, III.

¹⁹ A.a.O. 407.

²⁰ K. *Marx*, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Stuttgart 1914, 78 und 100 [MEW 8, 176 u. 197].

Sturz erst „dem Keime nach den Triumph der proletarischen Revolution in sich enthält“²¹ hinzuweisen. Der Glaube an diese Staatsform war nach *Marx* „parlamentarischer Kretinismus“²². In diesem Zusammenhange ist die Korrektur einer weitverbreiteten Legende über den „Antiparlamentarismus“ *Liebknachts* im Jahre 1869 am Platze. Auf seine bekannte Rede „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag vom 31. Mai 1869“ beriefen sich in der Folgezeit die antiparlamentarischen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung. An sie knüpfte die linksradikale Gruppe um R. *Luxemburg* nach 1908 an, wenn sie das Schema der Entwicklung der Sozialdemokratie von einer intransigenten, revolutionären Klassenkampfpartei zur opportunistischen Reformpartei aufstellte. Alle diese Urteile über den frühen *Liebknecht* leiden an dem Mangel, dass sie die Verabsolutierung einer historischen Situation durch *Liebknecht* für eine allgemeine Lehre ansehen. Die Argumente *Liebknachts* gegen die Beteiligung der sozialistischen Partei an den Arbeiten des Parlaments, über die Nutzlosigkeit des Parlamentarismus für die sozialistische Bewegung überhaupt, stellen sich bei näherer Betrachtung dar als Anathema des radikalen Demokraten gegen den Reichstag des Norddeutschen Bundes, der ein „Werk der Gewalt und des Unrechts“ sei. *Liebknecht* hat späterhin selbst²³ zur Genüge auf die nur zeitweilige Gültigkeit seiner Auffassung von 1869 und ihre Überwindung mit der Konstituierung des Deutschen Reiches hingewiesen. Die Polemik *Liebknachts* richtete sich nicht gegen das allgemeine Wahlrecht als Mittel der sozialistischen Emanzipation überhaupt, sondern nur gegen ein Wahlrecht, das in bonapartistischem Sinne missbraucht würde und in seiner Durchführung nicht genügend durch bürgerliche Freiheiten gesichert sei. Nur in diesem Sinne wurden von ihm die Anschauungen *Marxens* über den Parlamentarismus und die Lehren, die *Engels* in der „Preußischen Militärfrage“ über den Wert des allgemeinen Wahlrechts entwickelt hatte, übernommen. Für *Liebknecht* war der Parlamentarismus, sobald seine „Verfälschung“ als „Scheinparlamentarismus“²⁴ einmal aufgehoben war, nicht nur „Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“, wie für *Engels*²⁵, sondern Vehikel der sozialen Emanzipation.

Die eigentliche Konsequenz der „antiparlamentarischen“ Anschauungen, die *Liebknecht* 1869 entwickelte, – die übrigens keineswegs symptomatisch für die Gesamtpartei waren, wie *Bebel* geschildert hat²⁶ –, verdeutlicht das Verhalten des intransigenten Achtundvierzigers *Johann Jakoby*, der nach seinem Beitritt zur Sozialdemokratie als der einzigen Verfechterin der Ideale von 1848 ein Mandat in den Reichstag mit der Begründung ablehnte: Er habe seine Wahl nur als entschiedenen Protest gegen das auf Gewalt gegründete Kaiserreich vollziehen lassen. Seine Teilnahme am Reichstag müsse er ablehnen, da er von der Unmöglichkeit überzeugt sei, dadurch einen Militärstaat in einen freien Volksstaat zu verwandeln.²⁷ *Liebknecht* konnte

²¹ A.a.O., 99.

²² A.a.O., 73. „Der achtzehnte Brumaire“ wurde von *Marx* 1869 neu veröffentlicht zur Nutzenanwendung durch die deutsche Arbeiterbewegung.

²³ Im Vorwort von 1885 zur 2. Auflage seiner Rede „Über die politische Stellung usw.“ (Sozialdem. Bibliothek, Bd. XXV, London 1889) und in der Staatssozialismusdebatte des Erfurter Parteitags 1891.

²⁴ Der gleiche Gedanke ist bereits bei *Lassalle* entwickelt. Vgl. Die Feste, die Presse usw., G. W. III, 379.

²⁵ „An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“ *Engels*, Ursprung der Familie, Stuttgart 1922, 182.

²⁶ *Bebel*, Aus meinem Leben, Bd. II, 164.

²⁷ Vgl. „Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie“. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. 5. 1903. S. 62.

an diesem Standpunkt der reinen Negation schon deshalb nicht festhalten, weil er als Führer der Gesamtpartei den praktischen Bedürfnissen der sozialdemokratischen Bewegung, die Massenbewegung wurde, Rechnung tragen musste. Prinzipiell konnten gegenüber dem Reichstag des Deutschen Reiches die gleichen Bedenken geltend gemacht werden wie gegenüber dem Parlament des Norddeutschen Bundes. Beide waren, in der Beleuchtung des *Lieb knecht* von 1869 gesehen, Institutionen des „Scheinkonstitutionalismus“²⁸.

Mit der Konsolidierung des Deutschen Reiches nach 1871 mussten die Illusionen über seine gewaltsame Demokratisierung endgültig begraben werden. Für eine demokratisch-sozialistische Auffassung blieb als einziger der Weg „innerer organischer Entwicklung“²⁹. Die Anerkennung dieser neugeschaffenen historischen Situation durch Absage an die Gewalt als politisches Mittel kennzeichnet den *Sozialpazifismus* der Sozialdemokratie nach 1871. Im Hochverratsprozess zu Leipzig 1872, der sich bekanntlich nicht gegen die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Kriege 1870/71, sondern gegen ihre allgemeinen „revolutionären“ Anschauungen richtete, legten *Bebel* und *Lieb knecht* in deutlicher Parallele zu *Lassalle* den prinzipiell friedlichen Charakter der sozialdemokratischen Bewegung dar. Bereits hier ist die Taktik vorgezeichnet, die die SD unter dem Sozialistengesetz befolgt. Die Entscheidung über Reform oder gewaltsame Revolution als Mittel des Klassenkampfes - heißt es schon hier - ist abhängig von dem guten Willen und der Einsicht der der Arbeiterbewegung gegenüberstehenden Reaktion.³⁰ Während *Marx* aus der Analyse der realen Klassenverhältnisse die Überzeugung von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution gewinnt³¹, deren Vorbereitung für ihn ein entscheidendes Problem der sozialistischen Massenbewegung ist³², ist in der sozialdemokratischen Lehre der *Gegner* vor die Alternative: Gewalt oder Reform gestellt.

Ein Motiv der Anarchistendebatte unter dem Sozialistengesetz klingt bereits an - die Reaktion wird für den „Anarchismus“ verantwortlich gemacht: „Mögen die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische, d. h. (!) gewaltsam-revolutionäre Bahnen drängen!“³³

²⁸ Nur so lässt sich der als private Stimmung vorhandene Antiparlamentarismus *Lieb knechts* Ende der 80er Jahre erklären. (Vgl. darüber G. Mayer, Schweitzer, 307.)

²⁹ *Lieb knecht*, Über die politische Stellung usw., Vorwort, 4.

³⁰ Hochverratsprozess, 107, 153, 427. Ähnlich *Bebel* in: „Unsere Ziele“, Zürich 1885. 42: „Zwei Wege gibt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach Herstellung des demokratischen Staates, die allmähliche Verdrängung der privaten Unternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, beizeiten zur Einsicht gelangten ... Der andere, entschieden kürzere, aber auch gewaltsamere Weg wäre die gewaltsame Expropriation... Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab.“

³¹ „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Komm. Manifest. (Schluss.) Für die Umdeutung des Marxismus durch die Sozialdemokratie ist übrigens die Interpretation des Komm. Manifests durch *Lieb knecht* im Hochverratsprozess kennzeichnend. (a.a.O. 71): „Aus dem „Kommunistischen Manifeste erhellt sonnenklar, dass diese vielverleumdete Gesellschaft (der Kommunistenbund) wohl eine revolutionäre war, indem sie eine durchgreifende Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse anstrebte, dass sie aber, gerade weil die Revolution als einen organischen Prozess auffassend, jeder mechanischen Revolutionsmacherei fremd, ja feindlich war.“

³² *Marx*, Enthüllungen über den Kommunistenprozess, Berlin 1914, 133; *ders.*, Briefe an Kugelmann, Berlin 1924, 79 und an anderen Orten. Es dürfte für jeden Kenner der *Marx-Engelsschen* politischen Schriften klar sein, dass die hier gegebenen Hinweise und Zitate beliebig vermehrt werden können.

³³ *Löwenstein* (Fürth) auf dem Nürnberger Kongress 1868, von *Lieb knecht* im Hochverratsprozess zustimmend zitiert; a. a. O. 153. Die gleichen Gedankengänge finden sich in einer Reichstagsrede *Schweitzers* von 1869 (vgl. G. Mayer, a.a.O. 278).

Die Parallele zu *Lassalle* ist auch hier deutlich. Unter ausdrücklicher Berufung auf ihn entwickelten *Bebel* und *Liebknecht* im Hochverratsprozess den Standpunkt der Sozialdemokratie, die die Revolution immer nur in „friedlichem Sinne“³⁴, als „organischen Umwandlungsprozess“³⁵ verstanden habe. Analog der lassalleschen Konzeption der Revolution als der Durchsetzung eines neuen Prinzips, die nicht notwendigerweise Gewalt erfordere, wird von ihnen die „wissenschaftliche Bedeutung“ des Wortes Revolution dargelegt. Die Sozialdemokratie sei nicht revolutionär im Sinne „mechanistischer Revolutionsmacherei“³⁶: „Revolutionär ist unser Programm allerdings, aber nicht im Sinne der rohen Gewalt, sondern nur insofern, als wir eine *gründliche* Umgestaltung der öffentlichen Zustände und Verhältnisse anstreben.“³⁷

Eine folgenreiche Verwechslung kann hier jedoch aufgedeckt werden: *Der agitatorische Gebrauch einer revolutionären Terminologie, hinter der ein reformistischer Sinn stand*, sicherte der Sozialdemokratie die Gefolgschaft radikaler Teile des Proletariats, ermöglichte Selbsttäuschungen der revolutionären, oppositionellen Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie über den Charakter ihrer Partei und führte manchen Historiker in die Irre. Nur infolge eines puren Gleichklangs von *Worten* konnte - um ein bezeichnendes Beispiel anzuführen - *W. Liebknecht*, der „Soldat der Revolution“³⁸ (wie *er* sie verstand), als „Bolschewik vor dem Bolschewismus“ gefeiert werden.³⁹

In die skizzierten allgemeinen Linien der politischen Ideologie der SDAP ordnen sich ihre Teilforderungen, die zum größten Teil der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie entlehnt sind, sinngemäß ein: so die Forderung der Miliz an Stelle der stehenden Heere⁴⁰, die Propaganda allgemeiner Abrüstungen und die Forderung des Nationalstaats.⁴¹

Fassen wir zusammen:

Wie für *Lassalle* festgestellt werden musste, dass „die ganze Konzeption der Revolution – bei allen proletarischen Einzelinhalten - innerhalb der ideologischen Schranken der bürgerlichen Gesellschaft (verbleibt)“⁴², so gilt für die *Bekämpfer* der lassalleschen Organisation und seiner direkten Epigonen, des „spezifischen Lassalleanismus“⁴³, dass sie die Loslösung aus der bürgerlichen Ideenwelt nur teilweise vollzogen. Sie streiften die Ideologie der bürgerlichen Demokratie nicht ab. *Die Trennung von ihr blieb im Organisatorischen stecken.*

³⁴ A.a.O. 108.

³⁵ So die Interpretation der im Hochverratsprozess entwickelten Auffassungen durch *Liebknecht* noch im Jahre 1894. (Hochverratsprozess, Vorwort 24.)

³⁶ A.a.O. 71.

³⁷ A.a.O. 160. Dagegen *Marx*: „Entweder ist man revolutionär, und akzeptiert die Folgen der Revolution, sie seien welche sie wollen (!), oder man wird der Konterrevolution in die Arme gejagt (!) und findet sich, vielleicht ganz wider Wissen und Willen, eines Morgens Arm in Arm mit Nikolaus und Windischgrätz“ (Neue Rheinische Zeitung 1849. Aus dem literarischen Nachlass von Marx und Engels, Bd. III, 263).

³⁸ So nennt sich *Liebknecht* im Hochverratsprozess, a.a.O. 76.

³⁹ Von *H. Duncker* in einem einleitenden Aufsatz zu einem Abdruck der bekannten *Liebknechtschen* Rede zur Bodenfrage 1869 in: *Die Internationale*, Jg. X. 213.

⁴⁰ *Engels* dagegen: „Die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit“ (Die preuß. Militärfrage, Hamburg 1865, 21) [MEW 16, 37].

⁴¹ „Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen.“ *K. Kautsky*, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, 11. Vgl. auch *Liebknecht* im Hochverratsprozess, a.a.O. 91.

⁴² *G. Lukacs*, Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen, Grünbergs Archiv XI, 414

⁴³ Ausdruck *Engels'* BFW IV vom 6. April 1869 [MEW 32, 295].

Verständlich wird dieser Zusammenhang jedoch erst durch zwei Momente: die geringe Entwicklung der Arbeiterklasse in Deutschland von 1871 (wir wiesen auf diese Tatsache bereits zur Erklärung der lassalleschen „Idee des Arbeiterstandes“ hin) und den relativ friedlichen, „organischen“ Charakter der Periode, in der sich die deutsche Arbeiterbewegung verselbständigte. Die Traditionen des Kommunistenbundes von 1847/48, Privatbesitz einer kleinen Elite und von ihr selbst als vorderhand nicht völlig übertragbar erkannt⁴⁴, wurden nicht übernommen.

Sie wurden als „mechanische Revolutionsmacherei“, als „Blanquismus“ abgelehnt, als Requisitionen der Sektenbewegung in einer Epoche, in der dem Proletariat keine friedlichen Emanzipationsmittel zur Verfügung gestanden hätten.⁴⁵

Die spätere Praxis und Theorie der SD beweisen, dass die wichtigsten Elemente der von der bürgerlichen Demokratie übernommenen Gedankenmassen nicht zu jenen Überbleibseln ihrer Embryonalperiode gerechnet werden können, die sie allmählich überwand. Mit dem Wachstum der Arbeiterklasse in Deutschland jedoch macht diese Erbmasse einen *Funktionswandel* durch: sie wurde in erster Linie ideologischer Ausdruck der in die sozialistische Bewegung einströmenden kleinbürgerlichen Schichten und der sich bildenden Arbeiteraristokratie.

Der letzte Grund dafür, dass von ihren Anfängen bis 1914 in der Ideologie der SD demokratische und sozialistisch-proletarische Gedanken neben- und ineinander gelagert sind, liegt in dem teilweisen, nur ökonomischen, nicht politischen Sieg des Bürgertums in Deutschland nach 1871. Die Existenz des bürokratischen Militärstaates verhinderte jene Durchsichtigkeit der Klassenverhältnisse, die die parlamentarische Republik in Frankreich (nach *Marx*) kennzeichnet. Der Kampf gegen ihn bereits musste der SD als die eigentlich „revolutionäre“ Position erscheinen.⁴⁶

Unter bestimmten Vorbehalten gilt gerade für die Anfänge der deutschen Sozialdemokratie eine Charakteristik, die *Marx* für eine andere politische Gruppe in einem anderen Lande prägte: „Den sozialen Forderungen des Proletariats ward die revolutionäre Pointe abgebrochen und eine demokratische Wendung gegeben, den demokratischen Ansprüchen des Kleinbürgertums die bloß politische Form abgestreift und ihre sozialistische Pointe herausgekehrt. So entstand die Sozialdemokratie.“⁴⁷

Gemessen an ihrer Haltung zu den zentralen Fragen der politischen Theorie *erweisen sich die „Marxisten“ der Jahre 1865-75 in Deutschland auch prinzipiell als Lassalleaner.*

⁴⁴ Der veränderte Stil der Schriften *Marx'-Engels'* nach 1852 ist durch die Erwägung diktiert, dass es „Zeit bedarf, bis die wiedererwachte Bewegung die alte Kühnheit der Sprache erlaubt.“ *Marx* über die Inauguraladresse BFW III, 191 vom 4. 11. 1864 [MEW 31, 9 ff.].

⁴⁵ Am konsequentesten ist diese Darstellung des revolutionären Kommunismus *Marx'-Engels'* als Ideologie des Proletariats, solange es „außerhalb von Staat und Gesellschaft“ stand, später bei *Bernstein* ausgebildet (besonders anschaulich in „Von der Sekte zur Partei“, Jena 1911). Der Vorwurf des Blanquismus, der das Stichwort der Parteitagpolemiken gegen die Bewegung der „Jungen 1890-92 und die Linksradikalen um *Rosa Luxemburg* seit 1898 bildete, ist bei *Marx* wie folgt gekennzeichnet: Es „gruppiert sich das *Proletariat* immer mehr um den *revolutionären Sozialismus, den Kommunismus*, für den die Bourgeoisie selbst den Namen *Blanqui* erfunden hat“ (Klassenkämpfe in Frankreich, Berlin 1895, 94 [MEW 7, 89]).

⁴⁶ „Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört (Engels in der Einleitung von 1891 zu: K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, [MEW 22, 199]).

⁴⁷ K. *Marx*, Der 18. Brumaire, [MEW 8, 141].

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Auf der anderen Seite tritt die *Diskrepanz zwischen Sozialdemokratismus und Marxismus* zutage. In jenen Jahren wurde jedoch ihr innerer Widerspruch nicht an die Oberfläche getrieben. Ihre Sätze und Forderungen schienen sich zu decken, da ihre Taktik, die auf beiden Seiten grundsätzlich verschiedenen Motiven entsprang, nach außen hin identisch erschien. Die Parallelität in der Taktik und die Berufung auf den Marxismus (dessen Sätze „in ein starres, auswendig zu lernendes Dogma verwandelt werden“⁴⁸) um der Legitimation willen⁴⁹, die sein wissenschaftliches System ihren aus *anderen* Antrieben gewonnenen politischen Zielen verlieh, erzeugte in den unter dem Losungszeichen „Marx!“ Agierenden die Selbsttäuschung, de facto Marxisten zu sein.

⁴⁸ Engels in: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedr. Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge, Stuttgart 1906, 363. Dieses Urteil betrifft ausdrücklich die Agitation der Richtung *Bebel-Lieb-knecht*.

⁴⁹ Sehr anschaulich dokumentiert dies die Programmrede *Schweichels* zu Nürnberg 1868. A.a.O. 78.

Drittes Kapitel. MARX-ENGELS UND DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG IM ZEITRAUM 1865-75

A. Die Auffassungen des Marxismus über die Politik der proletarischen Partei in Deutschland 1865-71

Der Marxismus¹ beruht auf der untrennbaren Einheit von Theorie und Praxis. Er gewinnt die Richtlinien der sozialistischen Politik aus der Einsicht in die Tendenzen des Geschichtsprozesses selbst. Für den Marxismus ist eine Trennung von „ökonomischer Theorie“ und „politischer Theorie“, von denen die eine mechanistisch, fatalistisch, die andere aktivistisch, „reiner Anarchismus“ sei, wie sie *Kelsen*² vornimmt, unmöglich. Sie ist nicht zugänglich für den wissenschaftlichen Sozialismus, der seine „ökonomische Theorie“ selbst als Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes des Proletariats³ interpretiert.

Die Orientierung nach den ökonomischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und die Analyse des realen Antagonismus der Klassen in seinen verschiedenen Stadien ermöglicht die Einheitlichkeit in der praktischen Politik, deren oberste Richtschnur die materielle und ideelle Vorbereitung des Proletariats auf die Eroberung der politischen Macht zur Durchführung des Sozialismus ist. Jede politische Handlung, die nicht der Konstitution der „Klasse für sich selbst“ dient⁴, die sein Klassenbewusstsein verdunkelt⁵, die nicht dazu beiträgt, bessere „Kampfbedingungen“ zu schaffen, wird abgelehnt. Aus diesen allgemeinen Zusammenhängen heraus ist die Politik Marx'-Engels' in dem zur Erörterung stehenden Zeitabschnitt zu begreifen.

Die Politik, die sie der deutschen Arbeiterbewegung in den Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und feudalen Schichten, insbesondere gegenüber Bismarck, empfohlen, ist in ihren Grundzügen bereits im Kommunistischen Manifest enthalten und ausführlich in der „Preußischen Militärfrage“ von Engels entwickelt: Proletariat und Bourgeoisie „haben zwar unter sich einen sehr ernsthaften Kampf auszumachen, aber dieser Kampf kann erst ausgefochten werden, wenn sie einander allein gegenüberstehen“⁶. Weil die „Herrschaft der Bourgeoisie ihnen mehr Mittel bieten wird, ihre eigenen Zwecke zu erreichen“⁷, müssen die Arbeiter,

¹ Zur Vermeidung von Missverständnissen sei betont, dass hier unter „Marxismus- die marxistische Theorie in der ursprünglichen „historischen“ Form, die sie bei *Marx* und *Engels* im Zeitraum 1845-83 hat, verstanden wird, somit die Frage nach der „Orthodoxie“ des späten *Engels* und dem Erbtitel der *Marx-Epigon* unerörtert bleibt.

² H. *Kelsen*, *Sozialismus und Staat*, Leipzig 1920.

³ Nach *Engels* ist die Aufgabe des Sozialismus, „den geschichtlichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen, dem diese Klassen (Proletariat und Bourgeoisie) und ihr Widerstreit mit Notwendigkeit entspringen, und in der dadurch geschaffenen ökonomischen Lage die Mittel zur Lösung des Konflikts zu entdecken“. (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft) „Ihre (der Revolution) geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“ (a.a.O., MEW 19, 343).

⁴ K. *Marx*. *Elend der Philosophie*, Stuttgart 1892. 162.

⁵ *Kommunistisches Manifest*, 52 [MEW 4. 485]. Vgl. auch G. *Lukacs*, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Berlin 1923, 80 ff., 327 ff.

⁶ *Engels*, *Die preußische Militärfrage*, 52.

⁷ *Marx-Engels* in einem Artikel vom Jahre 1847, auf den *Marx* in seinem bekannten Brief vom 13. 10. 1868 an *Schweitzer* hinweist (vgl. J. B. v. *Schweitzer*, *Politische Aufsätze und Reden*, hsgg. v. *Mehring*, Berlin 1912, 279 ff.).

„sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei“⁸ kämpfen. Der erste und wichtigste Schritt der Arbeiterbewegung ist die selbständige Organisation der proletarischen Partei. Diese darf es jedoch keinen Augenblick unterlassen, „bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als ebenso viel Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können“⁹. Zu den Bedingungen eines erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse – und nur in diesem quasi strategischen Sinne wird diese Forderung erhoben – gehört die Herstellung der nationalen Einheit Deutschlands, denn „die Vielstaaterei wird für das Proletariat ein Bewegungshindernis sein“¹⁰.

Entsprechend ihrer These, sich in allen kriegerischen Konflikten immer und „unbedingt auf die revolutionäre Seite, sei sie vertreten durch Franzosen oder Chinesen“¹¹, zu stellen, billigten sie den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, solange er ein Krieg „für die Befreiung Europas von dem erdrückenden Alp des zweiten Kaiserreichs“¹² sei. Nur in diesem Sinne *der Verteidigung besserer Kampfmöglichkeiten für die Arbeiterbewegung* gegen die - international gesehen - bedrohlichste Reaktion billigten sie die Beteiligung der deutschen sozialistischen Bewegung am Kriege bis zum Sturze Napoleons III. als Unterstützung des Defensivkrieges.¹³

Die Jahre 1870/71 stellen jedoch den entscheidenden Wendepunkt in der marxistischen Politik dar. Nach der Reichsgründung und dem endgültigen Kompromiss zwischen Bürgertum und feudalen Schichten in Deutschland¹⁴, vor allem jedoch nach den Erfahrungen der Pariser Kommune war die Bourgeoisie für sie endgültig reaktionär geworden. *Verteidigungs- oder Angriffskrieg waren für sie in Zukunft gleichgültig für die innerhalb des Kapitalismus prinzipiell negative Außenpolitik der Arbeiterpartei.* „Die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat!“; „der Nationalkrieg erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen anderen Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“¹⁵

⁸ Komm. Manifest, 51 [MEW 4, 484].

⁹ A.a.O. 485.

¹⁰ Engels, Die preußische Militärfrage, 38.

¹¹ Neue Rheinische Revue, Heft 4, 71.

¹² K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, 28.

¹³ „Kugelmann verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen ... Der want an Dialektik guckt allen diesen Leuten aus jedem Wort heraus.“ (Marx BFW IV v. 17. 8. 70, [MEW 32, 366]). „Siegen die Preußen, so die Zentralisation der state power nützlich der Zentralisation der deutschen Arbeiterklasse.“ (Marx, 20. 7. 70, MEW 33, 5 s.) „Die französischen Arbeiter... werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. (Engels, BFW IV vom 15. 7. 70).

¹⁴ Vgl. Engels, Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches in: Neue Zeit Jg. XIV, Bd. I.

¹⁵ K. Marx, Der Bürgerkrieg usw., 80 [MEW 17, 361].

b. Die Stellung von Marx und Engels zu den deutschen „Marxisten 1865-71

Man kann feststellen, dass diese „Strategie des Klassenkampfes“¹⁶ keineswegs Eigentum der Sozialdemokratie geworden war und ihre Politik weder in dem Zeitraum 1865-69 noch im Deutsch-Französischen Kriege bestimmte.

Der Briefwechsel zwischen *Marx* und *Engels* beweist, wie sehr sie ihrerseits sich des prinzipiellen Abstandes der Gruppe *Liebnecht-Bebel* von ihnen (ihre Differenzen mit *Schweitzer* sind nie geleugnet, eher übertrieben worden) bewusst waren. Dies gilt für den Zeitraum 1865-69¹⁷ ebenso wie für die Jahre 1870/71¹⁸.

Wir müssen hier darauf verzichten, die Politik der sozialistischen Fraktionen im Kriege 70/71 darzustellen (z. B. das Nebeneinander sozialistischer und demokratisch-antidynastischer Kundgebungen).¹⁹ Wir begnügen uns mit dem Hinweis, dass die Protesttaktik *Bebel-Liebnechts* nach Sedan, auf die sich ihr Parteiruhm gründete, bestimmt wurde durch das moralisch gefärbte Kriterium der „Kriegsschuldfrage“. Ihre Kriegspolitik ging nicht über den Rahmen einer radikal-demokratischen Politik hinaus. „Die Sätze, mit denen er (*Liebnecht*) und *Bebel* die Nichtbewilligung der Kriegsanleihe motivierten, ... enthalten einen Protest gegen die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik, der in jenem Moment eine überaus mutige, charaktervolle Tat war, den aber jeder bürgerliche Demokrat, jeder bürgerliche Friedenspolitiker unterschreiben konnte. Sie enthalten jedoch nichts von revolutionärer Gegnerschaft gegen Bund und Staat.“²⁰

¹⁶ Der in der marxistischen Literatur heimisch gewordene Begriff „Strategie“ wird unterschiedlich gebraucht. Seine Präzisierung (analog seiner militärwissenschaftlichen Bedeutung) als: *allgemeine* Lehre von den *Bedingungen* und dem Ziel des Krieges und dem durch beide bestimmten Kriegsplan verdeutlicht, ins rein Politische des „Klassenkrieges“ übertragen, wiederum die Untrennbarkeit von ökonomischer und politischer Theorie im Marxismus.

¹⁷ „*Liebnechts* Blättchen (das „Demokratische Wochenblatte) missfällt mir in höchstem Grad. Nichts als versteckter süddeutscher Föderalismus.“ *Marx*, BFW IV, vom 2. 2. 68. *Liebnechts* Ansichten laufen nach *Engels* darauf hinaus, „dass die bürgerliche Gesellschaft oder, wie er sagt, das ‚Soziale‘ von ‚dem Politischen‘ bestimmt wird und nicht umgekehrt. Naturam furca expellas usw.“ (BFW IV, vom 14. 10. 68.) „Auch gut, dass er (*Liebnecht*) die Internationale auf den Titel seines Blättchens setzen will, das dann *zugleich* Organ der Volkspartei und der Internationalen Arbeiterassoziation sein würde! Organ der deutschen Spießbürger und der europäischen Arbeiter! (*Engels*, BFW IV, vom 6. 7. 69.) „Es ist ein wahres Glück, dass er (*Liebnecht*) noch ein gut Stück in der süddeutsch-föderalistischen Sauce befangen ist, so dass er mit großer singleness of purpose und mit ungebrochener sittlicher Entrüstung gegen die Bismärckerei auftreten kann. Eine etwas kritischere und dialektischere Ansicht würde in seinem Kopf nur Konfusion anrichten.“ „Im Übrigen ist die Preußenfeindlichkeit das Pathos, dem er allein Verve und singleness of purpose verdankt.“ (*Marx*, BFW III, vom 22. 10. und 17. 12. 67.

¹⁸ „*Liebnecht* schließt seine Übereinstimmung mit mir 1. aus der Adresse der Internationale; 2. aus dem Umstand, dass ich seine und *Bebels* Erklärung im Reichstag (zur 1. Kriegsanleihe) gebilligt habe. Das war ein Moment, wo die Prinzipienreiterei un acte de courage war, woraus aber keineswegs folgt, dass dieser Moment fort dauert, und noch viel weniger, dass die Stellung des deutschen Proletariats in einem Kriege, der national geworden ist, sich in *Wilhelms* Antipathie gegen die Preußen zusammenfasst.“ (*Marx*, BFW IV vom 17. 8. 70.) „In meinem ausführlichen Antwortschreiben an das Braunschweiger Komitee habe ich die schöne Identität mit mir, worin unser *Wilhelm* (*Liebnecht*) sich, sobald es seinen Zwecken dient, anderen vorstellt, ein für alle Mal beseitigt. (*Marx*, BFW IV vom 2. 9. 70).

¹⁹ Vgl. vor allem: *Bebel*, Aus meinem Leben, II. 177 ff. und 183, und *R. Michels*, Die Sozialdemokratie im internationalen Verbands, in: Archiv f. Sozialwissenschaften usw. Bd. XXV. 18 ff.

²⁰ *E. Bernstein*, Von der Sekte zur Partei, Jena 1911. 18. Sein Bestreben, die revisionistische Bewegung als die Hüterin der Traditionen der Partei erscheinen zu lassen, führt *Bernstein* dazu, sehr scharf die reformistischen, nichtrevolutionären Tendenzen in den Anfängen der Sozialdemokratie zu sehen. Der Versuch *G. Sinowjews*

Ähnlich kann die Differenz in der Haltung *Marx'-Engels'* und der Sozialdemokratie zur Pariser Kommune aufgezeigt werden. Die Gesamtanschauungen der SD bildeten eine Zensur, welche die neuen Probleme, die für die Arbeiterbewegung durch die Kommune aufgeworfen wurden, nicht in ihr Bewusstsein treten ließ. Die Lehren, die *Marx* aus diesem „geschichtlichen Experiment“ ziehen zu können glaubte, die aus ihnen gewonnene Fundierung und Vertiefung seiner Theorie der proletarischen Diktatur konnten in ihr nicht wirksam werden. Dass sie sich auch praktisch von der vorbehaltlosen Verteidigung der Kommune durch *Marx* unterschied, beweisen die bekannten Reichstagsreden *Bebels* vom 10. April und 25. Mai 1871.²¹

Die Tatsache, dass die Unterschiede zwischen marxistischer Strategie und sozialdemokratischer Politik nach außen hin nicht in Erscheinung traten, erklärt sich durch die organisatorischen Auffassungen *Marx'-Engels'*. Sie „stellen keine Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen“²². Ihr Verhalten gegenüber den deutschen „Marxisten“ war nur die besondere Anwendung der Politik, die sie allgemein gegenüber den in Ideologie und Praxis verschiedensten Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation befolgten: Anknüpfen an den bisher erreichten Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern – Verschonung mit den „letzten Fragen“, sofern sie nicht durch die praktischen Bedürfnisse der Massenbewegung selbst aufgerollt würden.²³

c. Marxismus und Sozialdemokratismus in der Frühzeit der SD.

Die Kritik *Marx'-Engels'* an den Formen der Vereinigung der beiden Flügel der SD im Jahre 1875 jedoch beweist, so scharf sie auch ihren Abstand von der politischen Ideologie der SD zum Ausdruck bringt, dass sie den Reifegrad der „Eisenacher“ noch überschätzten.²⁴ Handelte es sich doch um die *Verschmelzung zweier im wesentlichen lassallscher Richtungen*²⁵, die für keine von beiden ein Aufgeben von Prinzipien bedeutete.

In seinem *Kerne* ist der bekannte Gothaer Programmbrief *Marxens*²⁶ denn auch weniger eine Kritik der vermeintlichen Kapitulation der „Eisenacher“ vor dem „spezifischen Lassalleanismus“, als ein Pronunziamento gegen den lassallschen Geist in beiden Fraktionen. Er ist, trotz seiner außerordentlichen Bedeutung für die Staatstheorie des Marxismus, keine Auseinandersetzung mit der Gesamtheorie *Lassalles*, insbesondere ihren philosophischen

(Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924, Teil 1), die Protesttaktik *Bebel-Liebknichts* im Kriege 1870/71 auf eine Stufe mit der Antikriegspolitik der revolutionären Marxisten im Weltkriege zu stellen, ist misslungen. In dieser Frage wie in der Betrachtung der Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1908 überhaupt trübt ihm die „Verliebtheit“ der Bolschewiki in die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit (um ein Zugeständnis *Sinowjews* selbst aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe seines 1916 abgeschlossenen Buches anzuführen) den Blick.

²¹ Vgl. *Bebel*, Aus meinem Leben, II, 350. „Ich erklärte (im Reichstag), dass ich die Erklärungen der Kommune zwar nicht in allen Stücken billige, aber nichtsdestoweniger die Kommune verteidige.“ Von der Rede *Bebels* am 25. 5. 71 erklärte *Bismarck* in der Sozialistengesetzdebatte 1878, dass sie ihm zum ersten Male den „staatsgefährlichen Charakter“ der SD gezeigt habe. Ein bürgerlicher Kritiker schätzte sie anders ein: Eine radikale Rede und der Umsturz seien zweierlei. „*Bebel* zündet keine Zigarre an - und er sollte Paläste anzünden?“ *Bebel*, a.a.O. II, 225.

²² Komm. Manifest, 33 [MEW 4, 474].

²³ Vgl. *Marx*, BFW III, vom 4. 11. 64; auch K. Korsch, Marxismus und Philosophie, Grünbergs Archiv. Bd. XI. 80/81.

²⁴ Vgl. den Brief *Engels'* an *Bebel* vom 12. 10. 75 in: *Bebel*, Aus meinem Leben, II, 336 ff.

²⁵ Die Programmschrift der Eisenacher- *Bebels* „Unsere Ziele“, die bis 1885 (!) unverändert herausgegeben wurde, enthält die kennzeichnendsten Programmpunkte *Lassalles*.

²⁶ K. *Marx*, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, MEW 19, 15 ff. 27

Voraussetzungen. Er richtete sich nur (da seine Kritik sich am konkreten Stoff des Gothaer Programmtextes entfaltete) gegen ihre Ausstrahlungen.

Es ist bekannt, dass die *Marxsche* Kritik des Vereinigungsprogramms nicht berücksichtigt wurde.²⁷ Sie ist - auch 1891 nach ihrer Veröffentlichung nicht verstanden - für die deutsche Arbeiterbewegung erst mit der Übersetzung der *Leninschen* Schrift „Staat und Revolution“ 1918 in ihrer wahren Bedeutung wirksam geworden. Sie kann, da hier nicht die Weiterentwicklung des *Marxismus* zur Erörterung steht, füglich unberücksichtigt bleiben.

Von 1875 bis zum Beginn der Periode des Sozialistengesetzes vollzogen sich in der politischen Ideologie der SD keine wesentlichen Änderungen. Mit dem Einströmen deklassierter Mittelschichten im Gefolge der Krise 1873-75, mit der Aufnahme zahlreicher Akademiker in die Organisation, die in die Bewegung ihre eigenen Theoreme zu tragen versuchten, vergrößerte sich die theoretische Unsicherheit der Partei.²⁸ der Abwehr gegen besondere theoretische Richtungen, die in den parteiführenden Schichten an Boden gewannen, setzte die populäre Propaganda des Marxismus durch *Engels* ein, die der SD die *allgemeine* Weltanschauung des Marxismus näherbrachte. Sie wurde jedoch erst unter dem Sozialistengesetz wirksam.²⁹

Die für die erste Phase der SD aufgezeigte Verschiedenheit zwischen Sozialdemokratismus und Marxismus wird in der späteren Parteigeschichte, wie wir zeigen werden, keineswegs aufgehoben.³⁰

Der Marxismus tritt mit dem Anspruch auf, dass in ihm das industrielle Proletariat die seinem „historischen Interesse“ seinen historischen Aufgaben und seinen Zielen - entsprechende Bewusstseinsform gefunden habe. Er will nicht nur anderen Theorien gegenüber den Nachweis erbringen, dass nur er eine rationelle Erklärung der Totalität des gesellschaftlichen Prozesses geben kann. Er glaubt seine Gültigkeit letzten Endes in der *Praxis* des Proletariats zu erweisen. Man darf jedoch feststellen, dass *Marx* und *Engels* (besonders der letztere) sich Illusionen über das Tempo der Rezeption des Marxismus gerade durch das deutsche Proletariat und die Widerstände, die ihr entgegenstehen, hingegeben haben. Die *Engelssche* Auffassung, dass, die Konstituierung einer selbständigen Arbeiterpartei einmal vollzogen, diese durch die Logik der Tatsachen allein marxistisch werden müsse³¹, ist von der Geschichte widerlegt worden. Sein Optimismus, dass der „kleinbürgerliche Sozialismus“, der nur durch bestimmte

²⁷ Die Behauptung *Mehring*s (F. *Mehring*, K. *Marx*, Leipzig 1918, 515), dass die Kritik des Westdeutschen Arbeitertages 1875 am Gothaer Programmtext sich mannigfach mit der *Marxens* gedeckt habe, trifft übrigens nicht zu. Dieser Kongress der lassalleanischen Organisation in Westdeutschland (unter dem Vorsitz *Tölckes*) kritisierte zwar die Systemlosigkeit des Programmtextes, verteidigte jedoch das (individualistische) Recht auf den vollen Arbeitsertrag und grenzte sich scharf gegen den „blanken Kommunismus“ ab. Vgl. den „Volksstaat“ v. 30. 4. 75.

²⁸ Vgl. F. *Mehring*, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. IV. 114124. Sehr interessant: Die *Höchbergsche* Zeitschrift „Die Zukunft“ 1877/78. In ihrem Programmartikel wird ein ethisch-sentimentaler Sozialismus propagiert. Eine Polemik über die Stellung der Partei zur Religion zwischen *M(ost)* und *K(ayser)* bildet eine gute Illustration zu der späteren Parteilosung „Religion ist Privatsache“ und erläutert die Debatten in der Partei über die Propaganda des Massenaustritts aus der Kirche, die *Most* 1878 eröffnete.

²⁹ Vgl. F. *Engels*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [MEW 20, 16 ff.] und die Debatte darüber auf dem Gothaer Kongress 1877.

³⁰ Die Verkennung dieser Verschiedenheit bei Überbetonung der Zusammenhänge zwischen der Ideologie von 1879 und der Sozialdemokratie kennzeichnet das Buch von F. *Lenz*, Staat und Marxismus (vgl. insbesondere Teil II. Die deutsche Sozialdemokratie, Stuttgart und Berlin 1924).

³¹ Vgl. K. *Kautsky*, Sekte oder Klassenpartei? in: Neue Zeit Jg. XXVII, 2. 10 ff.

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Führerschichten vertreten sei, „ganz ungefährlich bei dem wunderbar gesunden Sinn unserer Arbeiter“ sei³², hat sich nicht gerechtfertigt.

Die „Herstellung des Klassenbewusstseins“ erweist sich nicht als so gradlinig und spontan, die Beziehung zwischen Marxismus und Proletariat nicht als derart unvermittelt, als sie in der Vorstellung von *Engels* erscheinen. Dies zeigen die frühe und spätere Geschichte der SD.

³² F. *Engels*, Zur Wohnungsfrage, Hottingen-Zürich 1887, 6. [MEW 18, 218 ff.]

Zweiter Teil. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz

Viertes Kapitel. Die SD zu Beginn des Sozialistengesetzes.

Für die frühe SD in ihrer Entwicklung bis 1878 hatten wir bereits nachgewiesen, dass auf sie die weitverbreitete Auffassung nicht zutrifft: sie sei eine „Sekte der Utopisten, Revolutionäre und Prinzipienreiter“ gewesen, aus der erst später im 20. Jahrhundert die „große Partei der Opportunisten und Akkomodisten geworden“¹ sei.

Auch für die Zeit des Sozialistengesetzes kann jedoch gezeigt werden, dass sie keineswegs die „heroische Periode“ war, als die sie in der parteigeschichtlichen Legende der radikalen Mehrheit der SD in ihrer Blütezeit gefeiert wurde. Die parteioffizielle Darstellung Mehrings, nach der die SD in dem „großen Gang dieses zwölfjährigen Heldenkampfes... einen modernen Staat mit seinen ungeheuren Machtmitteln besiegt“² habe, muss als unrichtig zurückgewiesen werden. Die Politik der Gesamtpartei, insbesondere das Verhalten einer großen Anzahl ihrer Führer gegenüber dem Bismarckschen Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878, das bis zum Jahre 1890 in Geltung blieb, war alles andere als heroisch.

Die Entwicklung der SD unter dem Sozialistengesetz darf vor allem aus zwei Gründen eine nähere Betrachtung beanspruchen. Die Jahre 1878-1890 stellen den einzigen Abschnitt in der Parteigeschichte dar, in dem die SD gesetzlich rechtlos war und mit illegalen Methoden für ihre Ziele werben musste. In ihnen war die deutsche SD unter ähnliche Bedingungen gestellt, wie die Arbeiterbewegung Russlands während ihrer gesamten Entwicklung bis 1917.³ Es ist damit die Frage nahegelegt, ob und inwiefern der Struktur und Ideologie der SD durch diese Illegalitätsperiode ähnliche Züge aufgeprägt wurden wie den russischen sozialistischen Parteien durch die äußerste Entrechtung unter dem Zarismus.

Betrachten wir nur die politische Ideologie der SD, so bedarf die Auffassung *aller* Parteihistoriker einer Nachprüfung, dass unter dem Sozialistengesetz der Lassalleanismus endgültig überwunden worden sei und der Marxismus die Herrschaft über das Bewusstsein der gesamten Partei angetreten habe.⁴

a. Die Bürokratie der SD und das Ausnahmegesetz

Mit dem Beginn des Sozialistengesetzes tritt zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung die Parteibürokratie als entscheidender Faktor bei der Bestimmung der politischen Linie der SD auf den Schauplatz. Durch die Gunst der geschichtlichen Konstellation – Verbot der Massenorganisation, Legalität der parlamentarischen Arbeit wird sie an der

¹ W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 4. Aufl., Berlin 1919, 454.

² F. Mehring, a.a.O. Bd. IV. 360.

³ Vgl. G. Sinowjew, Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands, Hamburg 1922.

⁴ Unter den nichtsozialistischen Schriftstellern vertritt Oncken (z. B. a.a.O. 497) diese Auffassung mit besonderem Nachdruck. Die folgenden Teile dieser Abhandlung, die zu einem anderen Ergebnis über die Entwicklung der Kontroverse Marx-Lassalle kommt, richten sich damit auch gegen Oncken, insbesondere gegen das 3. Buch „Historische Perspektiven“, um das die 3. Auflage seiner Lassalle-Biographie erweitert ist. Die nationalpolitischen Werturteile über den vermeintlichen Siegeszug des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung nach 1875 bzw. 78, die den größten Teil dieses Anhangs ausmachen, interessieren hier selbstverständlich nicht.

politischen Willensbildung der Partei in einem weitaus größeren Maße beteiligt, als es ihrem zahlenmäßigen Umfang entspricht.

Die Kritik der sich mit dem Sozialistengesetz bildenden linksradikalen Gruppen in der Arbeiterbewegung, die in diesem Frühstadium noch vor das Forum der Gesamtpartei dringt und nicht, wie späterhin, in engen Zirkeln vorgetragen wird, ohne das innerorganisatorische Leben der SD zu tangieren, fasst ihren Kampf gegen den Reformismus in der Parole „Gegen die Bürokratie!“ zusammen. Da in der Kampfnähe Personen und Sache eng verschmolzen sind, die antireformistischen Kräfte erst beginnen, sich in eigenen Organisationen und Ideologien zu formieren, reduziert sich der Kampf gegen den Reformismus auf die Bekämpfung der herrschenden Führergarnitur und ihres beamteten Anhangs, der Bürokratie. Der Reformismus wird hier als subjektive Bedingtheit angesehen, nicht als objektiv unvermeidlich kraft ökonomischer Faktoren und auf Grund der bisherigen Parteientwicklung. Die prinzipielle Abwendung von ihm ist nach dieser Auffassung durch einen organisatorischen Kurswechsel zu bewerkstelligen.⁵

Gegenüber dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der SD“ von 1878 blieben der Führerschicht der SD zwei Möglichkeiten: *entweder* völlige Kapitulation vor dem Gesetz, d. h. Aufgeben ihrer bisherigen, als intransigent empfundenen Agitation, *oder* geheime Verbreitung der bisher öffentlich propagierten sozialistischen Ideen. Eine gewaltsame Beseitigung des Sozialistengesetzes konnte unter den damaligen Umständen nicht in Frage kommen. Sie ernsthaft zu erörtern, lag ohnehin außerhalb des Denkbereichs der SD. In den Anfängen des Sozialistengesetzes entschied sich die Parteiführung in der Hoffnung auf eine baldige Aufhebung des Ausnahmegesetzes für die Kapitulation, um die Existenz der Parteiangestellten, ihrer Zeitungen und Druckereien zu sichern.

Erst die Unmöglichkeit, auf dem anfänglich eingeschlagenen Wege erfolgreich zu agitieren und auch nur den Parteiapparat zu erhalten, erst die Rebellion der proletarischen Mitglieder der Partei brachten es zu einer Kursänderung der Führer.

Durch die Umstellung auf die geheime parteioffizielle Verbreitung einer den Wünschen der proletarischen Mitgliedschaft nahekommenden radikalen Ideologie wurde der entstandene Gegensatz zwischen Mitgliedschaft und Parteibürokratie überdeckt.

Auf der anderen Seite erforderte die dem Parteiapparat innewohnende Tendenz zur Vergrößerung der Anhängerschaft eine gemäßigte Taktik während der Parlamentswahlen und im Parlament, um außerproletarische Bevölkerungskreise zu gewinnen. (Nur durch die Erzeugung einer allgemeinen Volksstimmung gegen das Sozialistengesetz konnte zudem seine Aufhebung erzwungen werden.)

Fortan hatte die Parteiführerschaft also eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: erstens den Stimmungen des radikalen Gros der Mitgliedschaft zu entsprechen, und zweitens den vorwiegend

⁵ Die idealistisch-aufklärerische, nicht materialistische Substanz der anarchistischen und der deutschen syndikalistischen Ideologien bewirkte, dass auch in den späteren Phasen ihrer Entwicklung die unsystematische, ressentiment-durchsetzte Theorie der „Selbstzwecktendenzen- das A und O der Kritiken der anarchistischen und syndikalistischen Strömungen an der Sozialdemokratie bildete. Nach dieser Theorie muss jede sozialistische Massenbewegung, sofern sie sich zentralistisch-strafer organisatorischer Formen bedient, durch den stets zur Bürokratie entartenden differenzierten organisatorischen Apparat in ihrem Wesen verfälscht, korrumpiert und zur Durchsetzung ihrer sozialistischen Ziele unfähig werden. Der Parteiapparat wird aus einem Mittel zum „Selbstzweck“. Anstelle der historischen Ziele des Proletariats bestimmt die Rücksicht auf die Erhaltung und Vergrößerung der Organisation, aus die gefüllte Parteikasse die Politik der Partei. (In besonders prägnanter Form sind diese Gedankengänge in einem Artikel von G. Hippe, „Unsere Organisationsformen- in der syndikalistischen „Einigkeit“ - Jg. 1911, 37 ff. - formuliert. Außer der später im Text erwähnten Literatur vgl. u. a. F. D. Nieuwenhuis, Der staatssozialistische Charakter der deutschen Sozialdemokratie - Archiv s. Sozialw. u. Sozialpol., Bd. 28.)

nur dem Wählerkreis der Partei angehörenden gemäßigten Elementen Rechnung zu tragen. Dieser Sachverhalt macht die Zweideutigkeit und Unentschiedenheit der parteiführenden Schicht bei einer Reihe von Anlässen unter dem Sozialistengesetz verständlich. Die zeitweilige Verteilung der gekennzeichneten Funktionen auf verschiedene Gruppen der Führerschaft erklärt ihre internen Kämpfe.⁶

In diesen allgemeinen Formeln sind die Taktik der SD und ihrer internen Auseinandersetzungen im „Jahre der Verwirrung“⁷ (Ende 1878 bis Mitte 1880) vorgezeichnet.

b. Die anfängliche Kapitulation der SD vor dem Ausnahmegesetz

Um die in Frage stehenden Interessen der in den 70er Jahren innerhalb der SD entstandenen Parteibürokratie zu veranschaulichen, seien einige Zahlen über den Angestelltenkörper der Partei, ihr Finanzwesen, ihre Presse und ihren Wählerkreis wiedergegeben: Nach dem Bericht des Parteivorstands auf dem Kongress zu Gotha 1876 beschäftigte die Partei 22 besoldete Agitatoren. Außer diesen standen ihr 46 Beamte (Redakteure, Expedienten usw.) zur Verfügung. Die Einnahmen der Partei beliefen sich im Zeitraum von einem Jahr auf über 58 000 Mark. Seit dem Vereinigungskongress zu Gotha wurden 18 neue Zeitungen gegründet. Die SD verfügte über 24 Organe mit insgesamt nahezu 100 000 Abonnenten. Der Broschürenvertrieb innerhalb eines Geschäftsjahres wurde auf „mehrere Hunderttausende“ geschätzt.⁸ 1877, verfügte die SD bereits über ein neu gegründetes Zentralorgan mit 12 000 Abonnenten, außerdem über 41 politische Zeitungen und 14 Gewerkschaftsorgane, die im Geiste der Partei redigiert wurden. Ihre Abonnentenzahl hatte sich gegenüber 1876 fast verdoppelt. Der größte Teil dieser Blätter wurde in Parteidruckereien hergestellt, deren die Partei 14⁹ besaß. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen hatte sich von 1874 bis 1877 von ca. 380 000 Stimmen auf ca. 560 000 erhöht.¹⁰ Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten war mit den Wahlen von 1877 auf 12 angewachsen.¹¹ Besonders bemerkenswert war bei den Wahlen kurz vor dem Sozialistengesetz die Tatsache, dass die SD zum ersten Male in den Industriestädten einen großen Anhang aufzuweisen hatte. Der Schwerpunkt der Partei, die sich vorher vorwiegend aus halbproletarischen Schichten rekrutiert hatte (die Handwerker in Sachsen z. B.), verlagerte sich zusehends auf das industrielle Proletariat. Erst kurz vor dem Sozialistengesetz war die SD eine Bewegung in nationalem Maßstabe geworden.¹²

Das Sozialistengesetz unterbrach vorerst jäh diesen raschen Prozess des Wachstums der Parteianhängerschaft und der Vergrößerung des Parteiapparates. Im Vordergrund des Interesses

⁶ In dieser Beziehung findet man unter dem Sozialistengesetz eine spätere Konstellation in der Partei (1903-1908) vorgebildet: den Gegensatz zwischen dem Parteivorstand und der Mehrheit der radikalen Parteitage einerseits, die das Gros der Parteimitgliedschaft repräsentierten, und der revisionistischen Mehrheit der Reichstagsfraktion andererseits, in der sich die Struktur der Wählerschaft widerspiegelte.

⁷ Eine Bezeichnung Mehrings, a.a.O. Bd. IV, 155.

⁸ Vgl. I. Auer, Nach zehn Jahren, II. Aufl. Nürnberg 1913, S. 18.

⁹ Auer, a.a.O. 23.

¹⁰ Bei diesen Zahlen ist das Plus der Stichwahlen gegenüber den Hauptwahlen berücksichtigt.

¹¹ Auer, a.a.O. 24.

¹² Vgl. F. Engels, Briefe an E. Bernstein, Berlin 1925, 54.

der Führer musste, sobald es in Kraft trat, die Sicherung ihrer bisherigen organisatorischen Errungenschaften stehen.¹³

Die ersten und einschneidendsten Folgen des Sozialistengesetzes für die Partei, die Verbote ihrer bisherigen Zeitungen und ihres Literaturvertriebes, suchte die Partei durch die völlige Angleichung ihrer Agitation an die Atmosphäre des Sozialistengesetzes abzuschwächen. Man versuchte, die Existenz der Parteidruckereien und ihrer Angestellten durch die Herausgabe „farbloser Blätter“¹⁴ zu sichern, die sich in ihrer Schreibweise kaum von liberalen Organen unterschieden.

Der Parteivorstand erließ eine ernstgemeinte Anzeige der Auflösung der Partei.¹⁵ Er stellte seine Taktik vollkommen darauf ein, der „öffentlichen Meinung“ den Nachweis zu liefern, dass die SD keineswegs die revolutionäre Umsturzpartei sei, als die sie in dem Bismarckschen Ausnahmegesetz dargestellt wurde. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, erklärte am Tage der Bekanntmachung des Sozialistengesetzes, dass er sich, „um das Blatt zu erhalten..., auf den Boden des Ausnahmegesetzes stellen“ werde.¹⁶

Der erste Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Herbst 1879 fasste die Taktik, die der Partei durch das Sozialistengesetz aufgezwungen wurde, in den Sätzen zusammen:

„Der Reaktion keine Möglichkeit bieten, die SD als rotes Gespenst zu verwenden.

Das durch infame Verleumdung auf uns geworfene Odium abzustreifen; und so zu handeln, dass das Odium für die herrschende Misswirtschaft und die herrschenden Missstände auf diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Gewährenlassen auch wirklich verdient haben.“¹⁷

Die gesamte Reichstagsfraktion (auch Bebel und Liebknecht hatten diesen Rechenschaftsbericht unterzeichnet, den Bebel noch in seinen Memoiren verteidigt¹⁸ stellte fest, „dass die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurteilt, und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziel hat, nicht den Bürgerkrieg erstreben kann“¹⁹. Ein Aufruf einer Reihe hervorragender Parteifunktionäre, die unter dem über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustand ausgewiesen wurden, verteidigte die SD gegen den Vorwurf, die öffentliche Ordnung zu gefährden. Er richtete an die Anhänger der Partei den Appell: „Keine Gewalttätigkeiten, achtet die Gesetze, verteidigt aber innerhalb des Rahmens derselben Eure Rechte!... Haltet fest an der Losung,

¹³ Die 1878 in Frage gestellten organisatorischen Werte waren natürlich geringfügig im Vergleich zu dem gewaltigen bürokratischen Apparat der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften 1914, dessen Sicherung der entscheidende Anlass für die Burgfriedenspolitik der Partei- und Gewerkschaftsführung zu Beginn des Weltkrieges war. Die Feststellung, dass bereits auf der niedrigen Entwicklungsstufe der sozialdemokratischen Organisation 1878 die Angst vor Kämpfen, die den Bestand der Organisation gefährden konnten, die Parteipolitik beherrschte, lässt die Rolle dieses Organisationsfetischismus in der späteren Parteigeschichte erkennen.

¹⁴ Diese Bezeichnung bürgerte sich schnell in der Parteisprache ein.

¹⁵ Auer, a.a.O. 95.

¹⁶ Vorwärts vom 21. 10. 1878.

¹⁷ Rechenschaftsbericht der soz. dem. Reichstagsfraktion zu den Reichstagswahlen von 1879, neu abgedruckt in: Dokumente des Sozialismus, Bd. III. 554.

¹⁸ Vgl. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 72.

¹⁹ A.a.O. 553. fam. 17 20 Auer, a.a.O. 98 f.

die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen!“²⁰

Liebnecht erklärte im Reichstag als Vertreter der Partei, „dass, wenn das Sozialistengesetz angenommen wird, wir selbstverständlich das Gesetz beachten werden, weil unsere Partei ja eine Reformpartei im strengsten Sinne des Wortes ist“; „er leugne aufs emphatischste, dass unsere *Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet* seien“²¹, Man darf feststellen, dass diese Politik der völligen Kapitulation der SD vor dem Sozialistengesetz nicht nur unvereinbar war mit den Prinzipien einer revolutionär-proletarischen Partei im Marxschen Sinne, die die SD nie gewesen war, sondern auch jene Standhaftigkeit vermissen ließ, die ihre Anhänger von der bisher radikal-sozialdemokratischen Oppositionspartei erwarteten.²²

c. Die erste „anarchistische“ Opposition in der SD

Wir hatten bereits dargelegt, dass der Schwerpunkt der Partei sich in den 70er Jahren auf das industrielle Proletariat der großen Städte verschoben hatte. Gerade die proletarischen Kerntruppen der Partei waren es, die gegen die von der Parteibürokratie eingeschlagene und von den kleinbürgerlichen Schichten ihrer Anhänger gebilligte Politik rebellierten.

Die Mitglieder der Parteiorganisation in den größeren Städten, besonders in Berlin, nahmen anfänglich die Auflösung der Partei durch den Vorstand nicht ernst. Sie gingen daran, die Partei als geheime Propagandaorganisation aufzubauen. Sobald die Kapitulation der Parteiführung bekannt wurde, bildete sich eine breite Massenopposition. Sie erhielt ihren publizistischen Ausdruck jedoch erst in Veröffentlichungen deutscher Sozialdemokraten im Ausland, die - in die revolutionäre Situation des Exils versetzt - die schärfste Kritik an der Haltung der Parteibürokratie übten.

Der „Chicagoer Vorbote“, ein Organ deutsch-amerikanischer Sozialisten, kennzeichnete die Politik, die nach der Auffassung des entstandenen radikalen Flügels der SD von dem Augenblick der Verhängung des Sozialistengesetzes an hätte befolgt werden müssen: Die „De- und Wehmütelei“ der „Vorkämpfer“ schaffe Enttäuschung und Inaktivität unter den Anhängern. Die Strenge, mit der das Sozialistengesetz durchgeführt wurde, hätte die Partei zwingen müssen, unter Missachtung des Gesetzes eine illegale Organisation aufzubauen. Ihre ersten Maßnahmen hätten sein müssen: die Übersiedelung der leitenden Instanzen, der Druckereien und der Zeitungen ins Ausland. Die durch die Herausgabe der farblosen Blätter zu erreichenden Zwecke: Zusammenhalt der Mitglieder und Konservierung der Presseunternehmungen, würden nicht erreicht. Die Mäßigung der Parteiorgane brächte Abonentenschwund und -- mit der Zeit - Fallieren der Druckereien. Ungeachtet der „Taktik“ der Führer bildeten die besten Parteigenossen eine geheime Organisation. Auf ihren Schultern ruhe die „neue“ Partei.

²⁰ Auer, a.a.O. 98 f.

²¹ Zitiert von J. Most, „Taktik“ contra „Freiheit“? London 1879, 5. Vgl. auch F. Mehring, a. a. O. Bd. IV. 165.

²² „Der Vorwurf, ... die vertrauensvoll nach ihren Führern blickenden Massen in der schwierigsten Situation zum Teil ohne Rat und Führung gelassen, und sie dadurch in Verwirrung und Schrecken gebracht... die Zersprengung und den Rückmarsch verschiedener Truppenteile ermöglicht und verursacht zu haben - dieser gewichtige Vorwurf bleibt auf der Parteileitung unter allen Umständen sitzen.“ G. v. Vollmar, in einem von Most (a. a. O. 35 f.) unwidersprochen zitierten Briefe vom 4. 8. 1879. Mehring stellte in der ersten Auflage seiner Parteigeschichte bei der Besprechung des Wydener Kongresses (1880) fest: „Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden.“ Dieser Satz wurde in den späteren Auflagen aus das Drängen von Auer und Bebel gestrichen. Vgl. Mehring, a.a.O. Bd. IV, 363.

„Während sonach die Reste der alten Partei mit ihren sichtbaren äußeren Abzeichen so sachte einschrumpfen, entwickelt sich die neue (geheime) Partei mit Macht.“²³

Um die Sozialdemokraten in Deutschland durch eine nur vom Auslande her mögliche offene und unversöhnliche Propaganda der bisherigen Prinzipien der Partei zu unterstützen, gründete der Communistische Arbeiterbildungsverein (C.A.B.V.) zu London Anfang Januar 1879 die „Freiheit“ unter der Redaktion von Johann Most. In Brüssel gab, unterstützt von der dortigen Gruppe deutscher Sozialdemokraten, Karl Hirsch ab Mitte Dezember 1878 die „Laterne“²⁴ heraus.

Die „Freiheit“ Mosts bewegte sich in ihren Anfängen durchaus in den Bahnen, denen die Politik der SD vor dem Ausnahmegesetz gefolgt war. Sie beschränkte sich in ihren ersten Nummern darauf, im Sinne des Gothaer Programms die Forderung demokratischer Rechte aufzustellen, dabei jedoch eine selbstbewusste Haltung der Partei in Deutschland gegenüber dem Sozialistengesetz zu verlangen. In der Abwehr der Angriffe der leitenden Parteinstanzen gegen ihn verteidigte sich Most gegen den Vorwurf, von der SD gewaltsame Aktionen gegen das Ausnahmegesetz gefordert zu haben. Neben der Politik der Parteileitung, die auf das vollkommene Verleugnen der sozialdemokratischen Prinzipien hinauslaufe, und der „gewaltsamen Revolutionsmacherei“, die abgelehnt werden müsse, sei ein dritter Weg gangbar: „Die rücksichtslose Fortsetzung der zuvor öffentlich betriebenen revolutionären Propaganda im geheimen.“²⁵

Das Sozialistengesetz bot jener Generation, auf deren Schultern die damalige SD ruhte, zum ersten Male auf deutschem Boden ein ähnliches Anschauungsmaterial, wie es die Revolutionen von 1848/49 und die Pariser Kommune für Marx und Engels gewesen waren, um zur endgültigen Überzeugung von der Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes des kapitalistischen Systems zu gelangen.

Als Exponent der aktivsten Schichten der Parteimitgliedschaft²⁶ brachte Most, der bis 1878 Reformpolitiker gewesen war²⁷, diese gedankliche Konsequenz der praktischen Erfahrungen unter dem Ausnahmegesetz zum Ausdruck. Der Mangel an einer durchdachten allgemeinen Theorie jedoch, die Isolierung im Exil und Ressentiment gegen die persönlichen Angriffe der sozialdemokratischen Führerschaft in Deutschland mussten ihn über diese im Sinne des Marxismus richtige Einsicht hinaustreiben und zu putschistischen Auffassungen führen.²⁸ Erst nachdem sie eine Zeitlang eine gemäßigte, keineswegs „blanquistische“ Sprache geführt hatte, schlug die „Freiheit“ unvermittelt und ohne theoretische Kursänderung radikale Töne Phrasen ohne konkreten Inhalt - an. Erst jetzt forderte sie die „ganze Rebellion, die neue Rebellion!“²⁹

²³ „Die „neue“ und die alte „Partei“, zitiert in der „Freiheit“ vom 28. 6. 1879.

²⁴ Die „Laterne“ erschien bis Ende Juni 1879.

²⁵ J. Most, „Taktik“ contra „Freiheit“, 10 f.

²⁶ Dies beweisen zahlreiche Arbeiterkorrespondenzen in der „Freiheit“.

²⁷ Vgl. J. Most, Die Lösung der sozialen Frage, Berlin 1876.

²⁸ Vgl. das Urteil Marxens (Briefe ... an F. A. Sorge, 163); „Wir werfen dem Most nicht vor, dass seine „Freiheit“ zu revolutionär ist, wir werfen ihm vor, dass sie *keinen revolutionären Inhalt* hat, sondern nur in *Revolutionssphrasen* macht. (MEW 34, 411).

²⁹ Rote Märznummer der „Freiheit- vom 15. 3. 1879.

Für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die nun einsetzende Entwicklung der „Freiheit“, ihr Abschwenken ins anarcho-kommunistische Lager, die Propagierung Bakuninscher Ideen durch Most und seinen persönlichen Anhang belanglos.³⁰ Festzuhalten ist an dieser Stelle nur, dass die durch Most verkörperte erste „anarchistische“ Sezession in der deutschen Arbeiterbewegung ihre ersten und entscheidenden Antriebe von der Rebellion der Massen gegen die Parteibürokratie und ihren „Geschäftssozialismus“³¹ erhielt. Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese Stimmungen in einer „Denkschrift an die deutschen Sozialisten“ des C.A.B.V. London³², die die Umstellung der SD auf die geheime Agitation forderte, da „alle Erfordernisse zur legalen Verbreitung unserer Grundsätze abgeschnitten sind“. Die deutsche SD, in ihren Zielen und Prinzipien revolutionär, sei bis zum Erlass des Ausnahmegesetzes den Weg einer Reformpartei gegangen. Nachdem ihr der Klassegegner diesen Weg versperrt habe, sei es ihr Recht und ihre Pflicht, „das Volk auf den Zeitpunkt vorzubereiten, wo ihm von seinen unduldsamen und tyrannischen Gegnern die Revolution als einziges Rettungsmittel aufgezwungen werden wird“. Die gemäßigte Taktik der Parteileitung „will auf der einen Seite etwas Materielles retten, gibt aber auf der anderen Seite das Bessere, die mühsam verbreiteten Prinzipien, preis“. Die Unterdrückung der Partei mache es notwendig, zu erwägen, ob der Parlamentarismus für sie noch irgendwelchen Nutzen habe.³³ „Nicht umsichtige Taktik unter dem Sozialistengesetz, sondern eine schlaue Taktik gegen dasselbe ist nötig und auch zu ermöglichen.“³⁴

Eine Reihe speziellerer, die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestimmender Fragen, mit denen sich die Kritik der Arbeiteropposition befasste, kann hier nur angedeutet werden: Das Eintreten Kaisers für Eisenzölle bei den Beratungen des Bismarckschen Schutzzollsystems 1879³⁵; die Desavouierung des später ausgeschlossenen W. Hasselmann, der sich im Reichstag mit den russischen „Nihilisten“ solidarisch erklärte, durch die

³⁰ Die Entwicklung J. Mosts, die in der Biographie R. Rockers (J. Most, Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924) nur ungenügend und zu deutlich durch die syndikalistischen Anschauungen Rockers gefärbt dargestellt ist, bietet eine Reihe für das Verständnis der Emigrantenpsyche und der Entstehungsgründe der proletarisch-„anarchistischen- Bewegung äußerst wichtiger Fakten. Die auch in Darstellungen von bürgerlicher Seite übergegangene Legende der Sozialdemokratie über den „tollgewordenen. Most und die Bedeutungslosigkeit der von ihm propagierten Ideen kann zweifellos nicht aufrechterhalten werden, wie seine spätere Tätigkeit in der linksradikalen Arbeiterbewegung Nordamerikas beweist. In einer Schrift „Der kommunistische Anarchismus“ (New York 1889, Neuausgabe unter dem Titel: „Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats“, Verlag der Aktion, Berlin 1921) z. B. erörtert Most Fragen der revolutionär-proletarischen Massenbewegung, die in Deutschland in gleicher Klarheit erst nach 1919 durch die III. Internationale zur Debatte gestellt wurden.

³¹ „Schon vor Jahren machte sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine eklige Krankheit geltend: der *Geschäftssozialismus!* Die Zeitungen und Druckereien schossen wie Pilze aus der Erde, gewöhnlich nicht, um einem „dringenden Bedürfnis- abzuhelfen, sondern nur, um irgendwelchen Parteispekulanten, Redaktions-, Expeditions- und Druckleitern Stellen zu schaffen ... Eine Art sozialdemokratischen Pfaffentums entwickelte sich“, das zu Beginn des Sozialistengesetzes die Politik der Partei bestimmte. „Arbeiter, haltet die Augen aus! Das goldene Kalb hat seinen Einzug bei Euch gehalten; werft es herab vom Sockel der Partei; haltet Kehraus mit Euren Pfaffen!“ (Most, -Taktik“ usw., 21 f.)

³² Freiheit vom 16. 4. 1879. Ihr Verfasser war ein früherer Führer der Berliner Sozialdemokratie, Milke.

³³ Der Antiparlamentarismus, das Schibboleth der späteren „anarchistischen“, in Wirklichkeit antiparlamentarischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist hier erstmalig formuliert. Most knüpfte bei seiner Propagierung an die (von ihm missverständene Rede Liebknechts von 1869 an.

³⁴ Ähnliche Stimmungen kamen später in einer Anklageschrift gegen eine Reihe von Parteiführern, unterzeichnet „Die vereinigten Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgebung“ auf dem Kongress zu Wyden 1880 zum Ausdruck. (Vgl. Protokoll d. Kongresses ... auf Schloss Wyden, Zürich 1880, 44 f.)

³⁵ Vgl. Protokoll von Wyden.

Parlamentsfraktion der Partei³⁶; die Schwankungen der Fraktion gegenüber dem Bismarckschen Unfallversicherungsentwurf von 1880³⁷; ferner die nationalistische Reichstagsrede Bebel bei der Beratung der Militärvorlage von 1880³⁸. Dass all diese, nicht über blasse Theoreme, sondern über die Praxis der Partei und die Haltung ihrer Führerschaft gepflogenen Debatten derart von persönlichen Streitereien gefärbt waren, dass oft die eigentlichen Probleme verdeckt waren und noch in der späteren Parteitradition auf Fragen des Temperaments und des persönlichen Wertes der Streitenden reduziert erscheinen³⁹, ist selbstverständlich.

d. Die Radikalisierung der offiziellen Politik der SD

Die Aktivität der SD gegenüber dem Sozialistengesetz wurde anfänglich vollkommen von der Parteimitgliedschaft aufgebracht. Die Differenz zwischen ihr und der Parteileitung⁴⁰ vergrößerte sich zusehends. Die Gefahr einer Parteispaltung rückte näher.⁴¹ Um die Führung über ihre proletarischen Anhänger zu behalten, musste die Leitung eine radikalere Politik der Bekämpfung und Umgehung des Sozialistengesetzes einschlagen.⁴²

Gegen Ende des Jahres 1879 berücksichtigte man die Ratschläge der ausländischen sozialistischen Organe und die Kritik der Parteioption⁴³ durch die Gründung eines Zentralorgans im Ausland: des „Sozialdemokrat“ in Zürich⁴⁴. In seinem Programm⁴⁵ betonte dieser, dass der von der Partei neu eingeschlagene Kurs vom Klassengegner erzwungen worden sei. Unter

³⁶ Vgl. Sozialdemokrat vom 24. 5. 80 (Erklärung der Berliner Organisation für Hasselmann) und v. 8. 6. 80 (Flugblatt der Reichstagsfraktion zum Fall Hasselmann).

³⁷ Mehring, a.a. O. Bd. IV 191. 88

³⁸ Vgl. A. Bebel, Rede über das Reichs-Militär-Etat-Gesetz, Leipzig 1888 und Sozialdemokrat v. 5. 3. und 18. 4. 1880.

³⁹ Vgl. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III. 45 ff.

⁴⁰ An deren „manchmal in manchen Punkten wirklich etwas zu passiven Haltung“ bei Erlass des Sozialistengesetzes übt der Revisionist Bernstein noch 1907 Kritik. (Vgl. Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. II, 26.) Die Parteileitung selbst musste feststellen, dass die Kritik fast aller Organe des internationalen Sozialismus an der Sozialdemokratie darin gipfelte, die Partei sei ihren Zielen untreu geworden. (Sozialdemokrat v. 18. 4. 80).

⁴¹ „Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: Das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der unberechenbaren Freiheit verfallen, das weniger entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen“ (Mehring, a.a.O. Bd. IV 166).

⁴² Die Rentabilität des nun eingeschlagenen Weges der illegalen Agitation hatte Bebel bereits bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag, unbewusst die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Organisation von den Marktgesetzen veranschaulichend dargelegt: „Wir werden ferner unter dem Anreiz der verbotenen Frucht einen Preis stellen können, der uns einen solchen Nutzen abwirft, dass die uns auf andere Art und Weise abgeschnittenen Agitationsmittel doppelt und dreifach eingebracht werden“ (Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage, Hamburg 1878, 37).

⁴³ Die Kritik Marxens und Engels' ging in der gleichen Richtung. Vgl. z. B. den Brief Marxens an Sorge vom 19. 9. 79 (Briefe ... an F. A. Sorge, 162 f.); ferner die Briefe Engels' an Bebel in dessen Memoiren (Aus meinem Leben III, 55 ff. und 60-64). Sehr scharfe Urteile enthalten die Briefe Engels' an J. Ph. Becker vom 1. 7., 8. 9., 15. 9., 19. 12. 1879 und 1. 4. 1880. Vgl. F. Engels, Vergessene Briefe, (MEW 34, 410 ff.; 382 f.; 190 f., 392 f.; 412 ff.; 440 ff.). Ein Zirkular Engels' an die deutschen Parteiführer, in dem die anfängliche Haltung der Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz auf das schärfste kritisiert wurde (Briefe... an F. A. Sorge, 165), ist, wie vieles andere, bisher noch nicht veröffentlicht worden.

⁴⁴ Er erschien ab 28. 9. 1879.

⁴⁵ Vgl. die erste Nummer.

„gesetzlichen“ Umständen würde die SD nicht auf ihre „revolutionäre Taktik“ verzichtet haben. Sie sei nach wie vor eine revolutionäre Partei „im besten Sinne des Wortes“.

„Dem umstürzlerischen Charakter der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik“ stellte Liebknecht „die organische Reformen anstrebende sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegenüber.⁴⁶ Die Verantwortung für die Radikalisierung der Taktik wurde den Urhebern des Sozialistengesetzes zugeschoben.

In einem Aufruf „An die deutschen Parteigenossen“⁴⁷ proklamierte die Parteileitung (d. h. die Leitung der Reichstagsfraktion, da der „Partei Vorstand“ als besondere Körperschaft seit seiner Selbstaflösung nicht mehr vorhanden war) die Änderung in der offiziellen Taktik der Partei: Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, habe man sich auf den passiven Widerstand beschränkt, um die „gegen unsere Parteiunternehmungen und Parteigenossen geführten Schläge“ möglichst abzuschwächen. Diese Taktik habe sich vollkommen bewährt. „Das Volk hat sich überzeugt, dass wir nicht die Schreckensgestalten sind, als welche die Einpeitscher des Sozialistengesetzes uns darstellten.“ Die anhaltende Unterdrückung unter dem Sozialistengesetz jedoch mache eine andere Taktik notwendig. Die Parteiorganisation müsse aus „der bisherigen, für verhältnismäßig friedliche Zeiten geschaffenen Formation in eine für die jetzigen und kommenden Umstände zweckentsprechende Kriegerformation“ umgewandelt werden. Obgleich der Anhängerschaft gegenüber die Kapitulation vor dem Ausnahmegesetz aus Prestige Gründen verteidigt wurde, erfüllte die nun vollzogene taktische Schwenkung in erster Linie nur die Forderungen der Parteimitgliedschaft. Sie wurde durch den Kongress der Partei zu Schloss Wyden 1880 ratifiziert. Dieser beschloss, in dem Satz des Gothaer Programms (Abschnitt II), die Partei erstrebe „mit allen *gesetzlichen* Mitteln“ den „freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“, das Wort „gesetzlich“ zu streichen. Die Partei hatte damit keineswegs ausgesprochen, dass sie in Zukunft nur noch mit ungesetzlichen oder revolutionären Mitteln ihre Ziele durchzusetzen versuchen werde. Es war nur, wie Auer⁴⁸ später betonte, „damit der Wechsel, der von den herrschenden Parteien mit dem Sozialistengesetz auf die SD gezogen war, von dieser akzeptiert.“

Die Radikalisierung der offiziellen Parteipolitik beseitigte, obwohl sie keineswegs der Mitgliedschaft in allen Gruppen genügte⁴⁹, die Gefahr der Parteispaltung. Die Opposition drückte sich nicht mehr in Kritiken an der gesamten Parteiführerschaft aus. Der direkte Anhang Mosts und Hasselmanns schmolz zusammen.⁵⁰ Die Trennungslinie in den nun in einem engeren Rahmen geführten innerparteilichen Debatten verschob sich. Jetzt wurde die Polemik über die Taktik der Partei in erster Linie zwischen zwei Gruppen der Parteiführung ausgetragen: der Redaktion des „Sozialdemokrat“ (Bernstein) und einigen mit ihr verbündeten Führern (Vollmar, Bebel usw.), die sich zu Wortführern der radikalen Massenstimmungen machten, und dem rechten Flügel der Reichstagsfraktion (Auer, Blos usw.).⁵¹ Zwischen der radikalen Führergruppe und dem Gros der Parteimitgliedschaft bestand fortan ein ähnliches Verhältnis wie zwischen den radikalen Antirevisionisten und den revolutionären Strömungen in der

⁴⁶ Protokoll von Wyden, 45.

⁴⁷ Sozialdemokrat vom 29. 2. 1880.

⁴⁸ A.a.O. 108 f.

⁴⁹ Vgl. z. B. Protokoll von Wyden, 24.

⁵⁰ Der C. A. B. V. London - ein Symptom - spaltete sich Mitte 1880.

⁵¹ Die Reichstagsfraktion frönte der „Unsitte des Opportunitätskultus“ - um einen Ausdruck des späteren Opportunisten Bernstein (Sozialdemokrat v. 15. 9. 81) zu gebrauchen - in einem solchen Mase, dass sie den radikalen „Sozialdemokrat“ mehrfach vor dem Reichstag desavouierte.

Parteianhängerschaft nach 1898. Wie in diesem späteren Zeitabschnitt kamen auch hier Kritiken der Mitgliedschaft an ihren radikalen Führern vor. Sie waren jedoch von untergeordneter Bedeutung für die Beziehungen zwischen beiden.

Die Darstellung sämtlicher zwischen den Führergruppen gepflogenen Auseinandersetzungen (über das Tabaksmonopol⁵², den Militarismus⁵³ und die Kolonialpolitik⁵⁴ usw.) und der Schattierungen innerhalb der radikalen Führergruppe würde zu sehr ins Detail führen.

Die äußersten Pole jener Debatten spiegelt eine Kontroverse wider, die zwischen Auer und Vollmar, mit dem Bebel und Bernstein jedoch nicht übereinstimmten⁵⁵, über die Frage: Reform oder Revolution geführt wurde. Während Auer⁵⁶ gegenüber den „Revolutionsphrasen“ des „Sozialdemokrat betonte, dass auch die Ausnahmestellung, in die die Partei durch das Sozialistengesetz gedrängt worden sei, ihren reformistischen Charakter nicht auszulöschen vermöge, entwickelte Vollmar⁵⁷ auf Grund der Erfahrungen, welche die SD seit 1878 gemacht hatte, die Notwendigkeit der gewaltsamen Machteroberung und der Diktatur des Proletariats.

Doch auch Vollmar betrachtete die Festlegung der Partei auf diese Ansichten, mit denen er die Stimmungen eines beträchtlichen Teiles der Mitgliedschaft zum Ausdruck brachte, nur als Antwort auf die durch Bismarck in Szene gesetzte Verfolgung der SD. Es ist kennzeichnend, dass diese in der Entwicklung der SD bis 1898 (d. h. bis zum Auftreten R. Luxemburgs) stärkste Annäherung an die politische Theorie des Marxismus⁵⁸ schon damals nur aus taktischen Erwägungen und nicht aus den allgemeinen Auffassungen des Marxismus gewonnen wurde. Das Sozialistengesetz stellte nicht nur einen Ausnahmezustand für die Organisation der Partei dar, es war auch eine exzeptionelle Phase in der persönlichen Entwicklung einer Reihe ihrer Führer. Bernstein und Vollmar, die späteren Führer der revisionistischen Bewegung, waren unter dem Ausnahmegesetz die radikalsten Bekämpfer des Reformismus. Ihr damaliger Radikalismus und - Marxismus war, obgleich Ausdruck ernst zu nehmender Massenstimmungen, vom Standpunkt ihrer persönlichen Entwicklung betrachtet, die Verabsolutierung einer kurzen Entwicklungsphase der SD⁵⁹, die mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes bzw. dem wirtschaftlichen Aufschwung seit 1895 aufgegeben werden musste. Die widerspruchsvolle Entwicklung dieser und vieler anderer Parteiführer (z. B. Schippels und Kampffmeyers) ist nicht aus ihrer Persönlichkeit allein zu begreifen. Ihre jeweiligen Ansichten liefern nur die Formeln und Etiketten für Bewegungen bestimmter Schichten des Kleinbürgertums und des Proletariats.

⁵² Vgl. Sozialdemokrat vom 6. und 3. Juni; 20. Juni; 4., 11. und 18. Juli 1880.

⁵³ Vgl. ebenda 5. 3. und 4. 4. 1880.

⁵⁴ Vgl. darüber das 7. Kapitel.

⁵⁵ Vgl. A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 154 und 211 f.

⁵⁶ Sozialdemokrat vom 17. 10. 1880.

⁵⁷ A.a.O., Artikel vom 7. 3. 1880: „Was tun?“

⁵⁸ Die Gedanken des zitierten Artikels wurden übrigens in einer Arbeit Vollmars („Der isolierte sozialistische Staate in: Jahrbuch für Sozialwiss. hsgg. v. Richter, 1879, Bd. I, 54 ff.) näher ausgeführt, die durch eine für die damalige Zeit erstaunliche Bestimmtheit in der Erörterung der wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur ausgezeichnet ist.

⁵⁹ Sehr gut veranschaulichen dies die Autobiographie Bernsteins (in: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart usw. Leipzig 1924) und die Eldoradoreden Vollmars von 1891 (vgl. G. v. Vollmar. Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1892).

Dass die von Vollmar unter dem Sozialistengesetz entwickelten Ansichten für die Ideologie der Parteiführung und ihre Praxis belanglos waren, beweist u. a. eine Bekundung Liebknechts aus dem Jahre 1881, der auch unter dem Sozialistengesetz neben Bebel der einflussreichste Führer der SD war. In einer größtenteils unveröffentlicht gebliebenen Arbeit⁶⁰ erörterte Liebknecht - in der „heroischen“ Periode des Sozialistengesetzes, in der angeblich radikalsten Entwicklungsphase der SD! - ernsthaft die Frage der Koalitionspolitik, um eine etwaige Teilnahme von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung zu bejahen: „Irgendeine (durch den Sturz Bismarcks z. B. herbeigeführte) Katastrophe kann die Staatsmaschine plötzlich zerbrechen *und unsere Partei an oder doch in die Regierung bringen*. Es kann diese Katastrophe die Folge eines unglücklichen Krieges oder der Ausbruch der nicht länger zu unterdrückenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System sein“ ... „Es ist ja denkbar, obgleich kaum zu erwarten, dass in den oberen Regionen das Gefährliche der Situation begriffen wird, und dass man durch Einlenken in die Bahnen vernünftiger Reform der andernfalls unvermeidlichen Katastrophe vorzubeugen den Versuch machen wird. In diesem Falle *würde unsere Partei zur Teilnahme an der Regierung berufen und speziell mit der Umgestaltung der Arbeiterverhältnisse betraut werden müssen.*“⁶¹

Wir haben bisher nur die Kundgebungen der Parteiführung in den internen Debatten (anhand von Belegen aus dem unterirdisch verbreiteten „Sozialdemokrat“) betrachtet. Sie zeigen, alles in allem, dass die Radikalisierung der SD nach ihrer eigenen Auffassung von Bismarck, in Wirklichkeit auch von einem Teil der Anhängerschaft erzwungen - keineswegs den Rahmen der politischen Ideologie der Partei vor dem Sozialistengesetz sprengte. Die Radikalisierung der *offiziellen* Partei betraf ihre Agitationsmethode⁶² und - ihre Sprache gegenüber der Mitgliedschaft. Die Kundgebungen der Partei nach außen hin waren in einem weitaus gemäßigeren Tone gehalten. Die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten und ihre Agitation während der Wahlen liefern die eigentlichen Kriterien zur Beurteilung ihrer praktischen Politik.

⁶⁰ Sie war die Bearbeitung einer Preisaufgabe C. Höchbergs über das Thema: „Welche Maßregeln hat die sozialistische Partei durchzuführen, wenn sie in nächster Zeit einen maßgebenden Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen sollte?“ Sie blieb, abgesehen von einigen Teilen, die Liebknecht in seine Broschüre „Trutz Eisenstirn“ hineinarbeitete, unveröffentlicht und ist z. T. in der Liebknecht-Biographie K. Eisners (W. Liebknecht, sein Leben und Wirken, II. Aufl. Berlin 1906) mitgeteilt.

⁶¹ Eisner, a.a.O. 86. Eine exakte Voraussicht der Ereignisse vom November 1918!.

⁶² „Während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes sahen wir (d. h. die Reichstagsfraktion) streng darauf, es zu keiner allgemeinen illegalen Organisation kommen zu lassen.“ (Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 137). Die Illegalität der Partei beschränkte sich auf örtliche geheime Gruppen, denen nach den Wünschen der Parteileitung einzig und allein die mündliche Agitation und der Verschleiß von Broschüren und Zeitungen obliegen sollten.

5. DIE PARLAMENTARISCHE PRAXIS DER SD UNTER DEM SOZIALISTENGESETZ

a. Wahlagitation und Arbeit in den Parlamenten als einzige legale Betätigungsfelder der Partei

Trotz der mannigfachen Verfolgungen, denen die SD und ihre Anhänger ausgesetzt waren, konnte der Prozess ihres raschen organisatorischen Wachstums, der sich in ihren Wahlerfolgen ausdrückt, durch das Sozialistengesetz nicht gehemmt werden.

Besonders deutlich spiegelt sich das Anwachsen der Partei in der aufsteigenden Kurve ihrer Reichstagswahlziffern. Von 493 000 und 437 000 in den Wahlen von 1877 und 1878 sank die Stimmenzahl 1881 auf rund 300 000, um danach in den Reichstagswahlen von 1884, 1887 und 1890 rapid auf 550 000, 763 000 bis 1 427 000 anzusteigen. Die Reichstagsmandate vermehrten sich infolge der für die SD äußerst ungünstigen Wahlkreiseinteilung nicht im gleichen Verhältnis. Gleichzeitig gewann die SD in den Wahlen zu den Landesparlamenten Preußens und Sachsens an Boden, in die sie unter dem Ausnahmegesetz ihre ersten Vertreter entsandte.

Eine auf den ersten Blick widerspruchsvoll erscheinende Bewegung muss hier festgestellt werden: Die Unterdrückung und Illegalisierung der SD durch das Sozialistengesetz radikalisierte einen Teil der Parteimitgliedschaft. Ihre Einwirkung auf die *Gesamtpartei* entsprach jedoch nicht den Erwartungen, die von vielen Seiten geäußert wurden. Das Sozialistengesetz veranlasste die SD keineswegs, alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der sozialen Frage aufzugeben. Es trug umgekehrt zu ihrer *Mäßigung* bei.

Bei der im Wesentlichen demokratisch-sozialpazifistischen Ideologie der SD konnten, wie wir gesehen haben, solche Kampfformen, wie sie die russische Arbeiterbewegung unter dem Zarismus hervorbrachte, bei der Parteiführung gar nicht zur Debatte stehen. Auf sie übte die Ausnahmestellung, in die sie versetzt wurde, die Wirkung aus, dass die parlamentarische Tätigkeit in den Mittelpunkt ihrer Gesamtarbeit rückte. Die Agitation für die Wahlen und die Tätigkeit in den Parlamenten waren die einzigen Gebiete, auf denen es der Partei gesetzlich gestattet war, ihre Aktivität zu entfalten.

Die Erfolge dieser Tätigkeit um jeden Preis zu vergrößern, war das Ziel der Parteiführung. Sie zeigte jeweils in plastischer Anschaulichkeit vor der Mitgliedschaft und der sog. öffentlichen Meinung die ungebrochene Lebenskraft der Partei.

In ihren allgemeinsten Zügen wurde die parlamentarische Tätigkeit der Partei durch die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Organisation von den Marktgesetzen bestimmt. Der Parlamentarismus ist die Propagandaform, die – bildlich gesprochen! – die größte Zirkulationsfähigkeit der Ware Sozialismus gewährleistet ...¹ Wendet sich doch die Wahlpropaganda zu politischen Parlamenten, die auf dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beruhen, entsprechend den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie und der staatsrechtlichen Stellung der parlamentarischen Körperschaften nicht an besondere Bevölkerungsschichten, sondern an jeden Staatsbürger schlechthin. Die Propaganda in Parlamentswahlen arbeitet mit der Fiktion, dass die Bekundung (und unter Umständen auch die Verwirklichung) des Willens der Mehrheit des Volkes an und für sich möglich sei. Da sich die Wahlpropaganda bei Herrschaft des allgemeinen und direkten Wahlrechts also an das ganze Volk wendet, ist der Absatz der sozialistischen Ideologie auf den breitesten Konsumentenradius eingestellt, der innerhalb eines Landes möglich ist.

¹ Vgl. C. Jurenew, Der Sozialismus als Ware, in: Grünbergs Archiv, VI, 279.

Für die Bewusstseinsformen der SD ist nun eine eigentümliche Verwechslung kennzeichnend. In ihrer offiziellen Literatur wird das Anwachsen der Wahlziffern der Partei durchgängig und ohne größere Vorbehalte einem Anwachsen der politischen Macht der proletarischen Klasse gleichgestellt. In Wirklichkeit kann jedoch erst eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschichten eine Antwort auf die Frage geben, ob sich in ihnen eine Stärkung des Klassenbewusstseins, die Bewusstmachung der Klassenlage und ihrer sozialistischen Konsequenzen bei einer wachsenden Anzahl von Proletariern ausdrückt. Die ausschließlich auf die Vergrößerung ihrer Wählerschaft gerichtete Politik der SD in den Wahlen, ökonomisch bedingt durch die Selbstzwecktendenzen des bürokratischen Apparates, fand ihre gedankliche Grundlage in dem radikal-demokratischen „Volks“-Sozialismus der SD, der die Interessen aller „Werkstätigen“ zu vertreten glaubt und durch die Überzeugung ausgezeichnet ist, die überwiegende Mehrheit des Volkes in Parlamentswahlen gewinnen zu können. Ihre auf die Vergrößerung der Wahlziffern um jeden Preis eingestellte Wahlpropaganda, – dieser Wahlfetischismus war vor allem gekennzeichnet durch die Anpassung der in den Wahlkampagnen vertretenen Programme an die sozial differenzierte Wählerschaft. Die Ideologie einer Partei, die zu einer Zeit, in der das industrielle Proletariat nur einen Bruchteil der Nation ausmachte, ernsthaft die Gewinnung der Mehrheit des Volkes in ihre Rechnung stellte, musste verständlicherweise eine Reihe von Zügen aus der Zeit ihrer Symbiose mit der bürgerlichen Demokratie behalten, die dem Wesen des proletarischen Sozialismus fremd waren.

Der demokratische Sozialismus der SD war durchaus zur Bearbeitung der Psyche außerproletarischer, jedoch auf den unteren Stufen der sozialen Skala stehenden Schichten geeignet. Anfänglich den Bewusstseinsinhalten des unentwickelten Proletariats in Deutschland entsprechend, geriet er nun in einen teilweisen Gegensatz zu den Stimmungen der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterschaft.

Die Opposition und die Kritik an der parlamentarischen Tätigkeit der Partei, ihren Überspitzungen und ihren den Zielen des proletarischen Sozialismus fremden Bestandteilen konnten sich jedoch – auch dies ein Zeichen der Schwäche des industriellen Proletariats – nicht durchsetzen.

Gerade unter dem Sozialistengesetz wurde der parlamentarische Charakter der SD voll ausgeformt. Ihre Praxis richtete sich ausschließlich auf die Geltendmachung ihres politischen Willens durch das Parlament. Ihren besonders deutlichen Ausdruck auf organisatorischem Gebiete findet diese Entwicklung in der zwar bekämpften, aber während der Gesamtdauer des Sozialistengesetzes ungebrochenen Hegemonie der Reichstagsfraktion über die Partei. Bei ihr lag – und dafür waren nicht nur organisatorische Rücksichten auf die Vereinsverbote des Ausnahmegesetzes maßgebend – die faktische Leitung der Partei.

Es ist des Öfteren die Frage aufgeworfen worden, welcher der damals sich gegenüberstehenden Gegner – Bismarck oder die SD – den Sieg davongetragen habe. Sie wurde in der partei-geschichtlichen Literatur der SD stets eindeutig beantwortet: Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und der Sturz Bismarcks, erzwungen durch das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung, seien schlüssige Beweise für die Niederlage seiner „Gewaltpolitik“ in dem Kampfe gewesen, in den er sich durch den Erlass des Sozialistengesetzes eingelassen habe. Wenn man die Verstärkung der reformistischen Seiten der Praxis und Ideologie der SD, die Verfestigung ihres Charakters als parlamentarische Partei berücksichtigt, die das Ergebnis der notgedrungen unvollständigen, sich nach zwei Seiten auswirkenden Ausnahmegesetzgebung Bismarcks (Verbote der Organisationen und Zulassung der parlamentarischen Betätigung) waren, so dürfte die Antwort nicht so eindeutig ausfallen. Es darf festgestellt werden, dass die inneren Schicksale der Partei zum großen Teil durch „Bismarck“, d. h. die Klassenkräfte und den Staatsapparat, deren Repräsentant Bismarck war, bestimmt wurden. Die Mäßigung

ihrer Politik in der Sorge vor einer Rückkehr der Verfolgungen des Sozialistengesetzes in der Zeit nach 1891 war „ein Erfolg Bismarcks. Die Erinnerung an die Zeit des Sozialistengesetzes bekundete sich späterhin nicht nur in der Erregung über das Maß der erlittenen Verfolgungen² und in der Bewunderung der Widerstandskraft, die das Gros der Partei gegenüber dem Ausnahmegesetz aufgebracht hatte, sondern auch in der Angst vor der Wiederkehr dieser Zustände.³ Sie bestimmte durchgängig ihre Überempfindlichkeit gegenüber allen linksradikalischen Strömungen in ihrer Mitgliedschaft, deren revolutionäre Politik einen Anlass zur Erneuerung der Verfolgungen hätte geben können.

b. Die Wahlagitation der SD

Ein vollständiges Bild von der Ideologie einer Partei kann nicht durch die Analyse ihrer grundsätzlichen, auf Parteitag angenommenen Programme gewonnen werden. Sie muss ihre Ergänzung in einer Betrachtung jener Programme finden, mit denen die Partei, im Unterschied zu dem für die Mitgliedschaft bestimmten prinzipiellen Programm, an die breiteste Öffentlichkeit tritt. Während in den grundsätzlichen Programmen einer Partei das Vorbild für die allgemeine Weltanschauung ihrer Mitglieder niedergelegt ist, deren Leitsätze sehr wenig für die Kleinarbeit des Parteiapparates in den Parlamenten z. B. besagen, finden in den Wahlaufrufen, Wahlflugblättern usw. die Wechselwirkungen zwischen Partei und Umwelt ihren Niederschlag. „Die Wahlprogramme sind... die wahren Programme der Partei.“⁴

Ein Vergleich zwischen dem geheim verbreiteten Zentralorgan der SD, dem „Sozialdemokrat“ und den sozialdemokratischen Wahlaufrufen zu den Reichstagswahlen 1881, 1884, 1887 und 1890 würde unsere These über die Doppelfunktion der SD als Partei des Proletariats *und* als oppositioneller Volkspartei verdeutlichen. Die Sprache des „Sozialdemokrat“, der sich an die politisch aktive Mitgliedschaft der Partei wandte, war eine viel radikalere als die der Wahlaufrufe. Diese richteten sich an die Gesamtheit des „Volkes“ und gleichen sich seinen allgemeinen Stimmungen an – um seine Stimmen zu gewinnen. In ihnen wird die SD als eine Volksbewegung dargestellt, die sich die Sympathien „*aller Volksklassen* mit alleiniger Ausnahme derer erobert, die ein *persönliches Interesse* an der Fortdauer der herrschenden Missstände in Staat und Gesellschaft haben“⁵. Die Propaganda des Sozialismus im Interesse der überwiegenden Mehrheit des Volkes hat nun bei der SD keineswegs die Bedeutung, die sie innerhalb des Marxismus hat. Nach der politischen Theorie von Marx und Engels liegt die Durchführung des Sozialismus zwar nicht nur im Interesse des industriellen Proletariats, sondern aller unterdrückten Volksschichten. Das Industrieproletariat ist jedoch der Träger des Sozialismus. Nur wenn seine Hegemonie innerhalb der antikapitalistischen Massenbewegung gewahrt bleibt, kann der Sozialismus verwirklicht werden.⁶ Für den Sozialdemokratismus jedoch führt die allgemeine Wendung an die Mehrheit des Volkes zu einer Interpretation des Begriffs der Arbeiterklasse, die vollkommen verschieden ist von der politischen Theorie des Marxismus. Ihre allgemeinste Formulierung ist in der bereits erwähnten Arbeit

² Vgl. Auer, Nach zehn Jahren, Schluss des Vorworts.

³ Vgl. das organisatorische Referat Auers aus dem Parteitag zu Halle 1890.

⁴ H. Müller, Der Klassenkampf in der Sozialdemokratie, Zürich 1892. 26.

⁵ W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil I (Sozialdemokr. Bibliothek, XXIX), London 1889, 4; veröffentlicht unter dem Pseudonym Vetter Niemand. Wir wählen dieses Zitat, weil es besonders prägnant einen in den Wahlaufrufen häufigen Gedanken formuliert.

⁶ Vgl. den Brief Engels' an Bebel vom 24. Nov. 1879. MEW 34, 426, und: Das Kommunistische Manifest, MEW 4, 472.

Liebknachts von 1880 enthalten. „Der Begriff der Arbeiterklasse“, führt Liebknecht in ähnlichen Wendungen wie bereits 1875⁷ aus, „darf nicht zu eng gefasst werden... Unter Arbeiterklasse ist also außer den Lohnarbeitern auch der Bauernstand und das dem Proletariat mehr und mehr verfallende Kleinbürgertum zu verstehen - das heißt alle, die unter dem System der heutigen Großproduktion leiden. Es wird freilich von einigen behauptet, das Lohnproletariat sei die einzige wirklich revolutionäre Klasse und stelle allein das Heer der SD. - Was aus anderen Ständen und Klassen kommt, sei mit Misstrauen zu betrachten. Zum Glück haben jedoch so unsinnige Anschauungen innerhalb der deutschen SD nie Anhang gefunden.“⁸

Gegenüber Engels, der davor warnte, den Vorstellungen und Wünschen der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu große Konzessionen zu machen und unbedingt den proletarischen Klassencharakter der Bewegung zu wahren (wir stoßen hier wiederum auf die Überschätzung der proletarischen Elemente im Gesamtbau der SD durch Engels), gegenüber dieser Kritik des Marxismus hatte Bebel bereits 1879 Konzessionen an Kleinbürger und Bauern verteidigt, „die in den letzten Jahren in größerer Zahl sich uns angeschlossen und bei der letzten Wahl in manchem Bezirk die Ehre der Partei gerettet haben.“⁹

Der in den Anfängen der SD bereits formulierte und seither nicht aufgegebene Standpunkt des „Volks“-Sozialismus kann mit Marx als ein demokratischer gekennzeichnet werden: „Die Demokraten (im Gegensatz zu den revolutionären Sozialisten. Br.) geben zu, dass eine privilegierte Klasse ihnen gegenübersteht, aber sie mit der ganzen übrigen Umgebung der Nation bilden das Volk. Was sie vertreten, ist das Volksrecht; was sie interessiert, ist das Volksinteresse.“¹⁰

Von dieser Plattform aus konnte die SD eine Wahlpropaganda entfalten, die nichts weniger als proletarisch-sozialistisch war. Die Ziele der Partei wurden vor der öffentlichen Meinung in Formulierungen dargelegt, die verschwommener gehalten waren als die programmatischen Erörterungen der im Auslande und geheim tagenden Parteikongresse.¹¹

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde der „wahrhaft nationale Charakter der sozialdemokratischen Politik hervorgehoben: „Das Wohl und die Ehre unseres Vaterlandes erheischen gebieterisch ein kräftiges Eingreifen des Volkes.“¹²

⁷ Vgl. S. 25 dieser Arbeit.

⁸ K. Eisner, W. Liebknecht, 89.

⁹ Vgl. den Brief Bebels an Engels, v. 18. 11. 1879, in: A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. II, 77.

¹⁰ K. Marx, Der achtzehnte Brumaire, MEW S, 144.

¹¹ 11 Vgl. z. B. den Wahlaufuf v. 1884: „Und was ist das Ziel? Die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Zustände. Alles andere ist Neben- und Beiwerk.“ (Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage, Tätigkeitsberichte und Wahlaufuf aus den Jahren 1871-1893. Berlin 1909, 219. vgl. auch 251. Diese Ausgabe wird im folgenden unter der Abkürzung SR zitiert. Die Entwürfe der Wahlaufufe stammen von W. Liebknecht.)

¹² Wahlaufuf v. 1881, SR 215.

¹³ Vgl. das 6. Kapitel dieser Arbeit.

¹⁴ Wahlaufuf v. 1881, SR 214.

¹⁵ Aufuf von 1887, SR 267.

¹⁶ Brief an Bebel vom 23. 10. 1879, a. a. O. 72.

¹⁷ Wahlaufuf v. 1881, SR 215.

Mit Entrüstung wandte sich die Partei gegen den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit und des Terrorismus, der ihr von den Gegnern gemacht wurde.¹³ Die gelegentlichen „Sünden“ der sozialdemokratischen Bewegung, d. h. radikale Äußerungen, wurden desavouiert. Die SD sei zur Zeit des Erlasses des Sozialistengesetzes „die bestgeschulte und bestdisziplinierte und im öffentlichen Leben anständigste aller Parteien“ gewesen.¹⁴

Die Konkurrenz der SD gegenüber den gegnerischen Parteien im Wahlkampf, der Stimmenfang, zeitigte derartige Abweichungen von den eigentlichen Prinzipien der SD, wie wir sie in dem parteioffiziellen Aufruf zu den Reichstagswahlen 1887 finden:

„Das Programm der SD genügt so vollständig den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen des deutschen Bürgertums(!), soweit es von demokratischen Ideen durchdrungen ist, dass neben der SD sich kein Platz mehr für eine sogenannte bürgerliche Demokratie findet.“¹⁵

Die „Verwischung des Klassencharakters der Bewegung“ in der Wahlpropaganda, um einen Ausdruck von Engels¹⁶ zu gebrauchen, ist nicht nur mit der allgemeinen Wendung an das „Volk“ gegeben. Sie dokumentiert sich in einer starken Berücksichtigung der Stimmungen und Interessen außerproletarischer Schichten. Ein Flugblatt der Partei zu den Wahlen von 1881 empfahl den sozialdemokratischen Kandidaten wie folgt

„Wie sollte Habermann ein Umstürzler sein, wenn selbst der Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, Versuche mit dem Programm der Sozialisten anstellt? Wenn selbst unser deutscher Kaiser in seinem Erlass den sozialistischen Grundgedanken seinem Volke kundgibt, dass dem wirtschaftlich Schwachen Schutz gewährt werden müsse, also Schutz der Armut gegen die Macht des ausbeutenden Großkapitals? Wenn nun Habermann dasselbe will..., dann kann derselbe doch unmöglich ein ‚Umstürzler‘ sein. Und darum empfehlen wir Euch den Habermann.“¹⁷

Der Kandidat der Partei im Magdeburger Wahlkreis empfahl sich bei den Wahlen von 1887 als der „Einzige“ der Magdeburger Kandidaten, „welcher die berechtigten Forderungen auch des selbständigen Handwerkerstandes und Geschäftsstandes rücksichtslos vertritt... Wie sollte es auch anders sein, da er selbst diesem Stande angehört“.¹⁸ Solche krassen Zeugnisse können natürlich an und für sich nicht auf das Konto der Parteiführung gesetzt werden. Aber abgesehen von der Tatsache, dass in den offiziellen Wahlaufufen der Partei ähnliche, wenn auch vorsichtiger Formulierungen zu finden sind, tritt in diesen Bekundungen des Alltags die praktische Realpolitik der Partei zutage. Nicht in den Thesen ihres prinzipiellen Programms, sondern in den kleinen Linien der alltäglichen Praxis ist der wahre Charakter einer Partei abzulesen. Nicht der „Glaube“, sondern das „Werk“ entscheidet.

¹³ Vgl. das 6. Kapitel dieser Arbeit.

¹⁴ Wahlaufuf v. 1881, SR 214.

¹⁵ Aufruf von 1887, SR 267.

¹⁶ Brief an Bebel vom 23. 10. 1879, a. a. O. 72.

¹⁷ Unwiderrprochen zitiert von H. Müller, Der Klassenkampf usw., 24.

¹⁸ Vgl. P. Kampffmeyer, v. Vollmar und die Sozialdemokratie, Berlin 1892. Die Nachsichtigkeit der Partei gegenüber sog. rechten Abweichungen kennzeichnet eine Szene auf dem St. Gallener Parteitag 1887, in deren Mittelpunkt der erwähnte Kandidat des Magdeburger Wahlkreises stand. Sie bildet eine gute Erläuterung zu der scharfen Wendung dieses Kongresses gegen links (Anarchistenresolution!): „Es wurde sehr scharf getadelt, dass der Abgeordnete Heine (Magdeburg) in einem Prozesse zu seiner Verteidigung gesagt hatte: ‚Ich stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft von 188 1.‘ - Heine antwortete darauf mit gutem Humor: ‚Nun ja, ich habe eine Dummheit gemacht und werde noch mehr machen! Für diesen Witz verzieh ihm der Parteitag lachend seinen faux pas.“ (W. Blos, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, München 1914-19. Bd. II, 163.)

6. DER KAMPF DER SD GEGEN DEN „ANARCHISMUS“ UNTER DEM SOZIALISTENGESETZ

Die Jahre 1879-1890 waren *der* Zeitraum, in dem in Deutschland eine anarchistische Bewegung die Öffentlichkeit stark beschäftigte. Sie stellen diejenige Entwicklungsphase der deutschen SD dar, in der sie sich in praxi mit dem Anarchismus auseinanderzusetzen hatte.

Der Kampf der SD gegen die anarchistische Bewegung jener Jahre in Deutschland, die als Reaktion auf die Verfolgungen der Arbeiterbewegung und auf das Versagen der SD entstand, liefert einige interessante Erklärungsmomente für die Analyse der sozialdemokratischen Ideologie und ihres Unterschiedes gegenüber dem Marxismus.

a. Anarchismus, Marxismus und SD

Eine prinzipielle, die theoretischen Grundlagen des Anarchismus allseitig kritisierende Auseinandersetzung zwischen dem marxistischen Lager (dies Wort hier in dem allgemeinsten Sinne der sich zu Marx bekennenden sozialistischen Strömungen verstanden) und den anarchistischen Bewegungen hat nie stattgefunden.

Die Kritiken *Marxens* an *Stirner*¹ und *Proudhon*² enthalten, obwohl aus ihnen wichtige Elemente für eine systematische Kritik des Anarchismus gewonnen werden können, nur die Widerlegung einzelner Seiten des Anarchismus. Die Polemiken *Marx'* und *Engels'*³ gegen Bakunin und dessen Anhänger richten sich gegen deren praktische Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und ihre organisatorischen Auffassungen. Sie betonen die ideelle Abhängigkeit dieser anarchokommunistischen Strömung vom Marxismus. (Es sind gerade einige vom Marxismus übernommene Elemente in der Theorie Bakunins, die die Erkenntnis der prinzipiellen Differenzen zwischen Anarchokommunismus und Marxismus erschweren.) Sie polemisieren gegen die bakunistischen Auffassungen über den Weg zum Sozialismus.⁴

Das wesentlichste Kennzeichen der sozialdemokratischen theoretischen Literatur über den Anarchismus (insbesondere der Arbeiten G. Plechanows⁵ und E. Bernsteins⁶ ist die Betonung des *staatssozialistischen Charakters* der SD gegenüber dem Anarchismus. In der Kritik des anarchistischen Ideals der Staatslosigkeit richtet sie sich gegen den Marxismus selbst. Bereits in der theoretischen Auseinandersetzung der SD mit dem Anarchismus bekundet sich ihre pseudomarxistische Position.⁷

Wird die Begriffsbestimmung des Anarchismus allein aus dem allgemeinen Sprachgebrauch gewonnen, so wird die Problemstellung Marxismus-Anarchismus vollkommen verwirrt. Theorien, die in ihrem Wesen derart entgegengesetzt sind, wie z. B. der konsequente

¹ Vgl. K. Marx, St. Max, Teilabdruck der „Heiligen Familie“, MEW 3. 9 ff.

² K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4. 63 ff.

³ Vgl. Marx oder Bakunin? (Neuausgabe der Marxschen Allianzbrochure) Stuttgart 1920; Engels, Die Bakunisten an der Arbeit, MEW 18, 476 ff.; ders. Internationales aus dem Volksstaat, MEW 22, 416 ff.

⁴ Kritik der sofortigen Abschaffung des Staates als ersten Aktes der proletarischen Revolution, der die Theorie der proletarischen Diktatur und die Lehre vom allmählichen Absterben des Staates gegenübersteht.

⁵ G. Plechanow, Anarchismus und Sozialismus, III. Aufl., Berlin 1911.

⁶ E. Bernstein, Die soziale Doktrin des Anarchismus, in: Die Neue Zeit, Jgg. X, Bd. 1 und II.

⁷ Vgl. Die Kritik Lenins an Plechanow in: Staat und Revolution. Berlin 1926 (Elementarbücher d. Kommun. Bd. 10), 99 f.

Anarchismus Stirners und der „freiheitliche Kommunismus“⁸ Kropotkins können sinngemäß als Schattierungen *einer* Weltanschauung überhaupt nicht rubriziert werden. Eine tiefergreifende Untersuchung der gesamten unter dem Schlagwort „Anarchismus“ üblicherweise begriffenen Ideen und praktischen Bewegungen würden den Nachweis erbringen, dass nur der sog. individualistische Anarchismus (Stirner, Tucker und Mackay, um seine bezeichnendsten Vertreter zu nennen) als Anarchismus angesprochen werden kann. Nur durch die Subsumierung des „antiautoritären“ *Kommunismus* der auf Proudhon zurückgehenden Richtung Bakunin-Kropotkin unter den Anarchismus konnte das Missverständnis entstehen, das Ideal der Staatslosigkeit als das wesentlichste und das einzige allen anarchistischen Richtungen gemeinsame Merkmal zu betrachten. Mit Recht hat der sog. Anarchokommunismus, der in erster Linie eine proletarische Bewegung, weniger eine abgezielte Theorie ist, seine kollektivistische Grundtendenz dem individualistischen Anarchismus gegenübergestellt. Mit Recht ist ihm von Mackay⁹ und Tucker¹⁰ der Titel des Anarchismus streitig gemacht worden. Bezeichnet man den sog. Anarchokommunismus als Sonderrichtung des Anarchismus und gewinnt man auf diese Weise als einzige gemeinsame These aller anarchistischen Auffassungen und als ihr entscheidendes Postulat die Verneinung des Staates¹¹, so muss man natürlich den Marxismus, der ebenfalls den Staat „verneint“, unter den Anarchismus subsumieren. In der Voraussetzung des Beweises und in der Verschwommenheit der verwendeten Begriffe („Verneinung“ des Staates) ist bereits die Schlussfolgerung enthalten. Wir begnügen uns hier mit diesen allgemeinen Bemerkungen, um die Einwände anzudeuten, die gegen den Kelsenschen Versuch, die politische Theorie des Marxismus als eine anarchistische Theorie darzustellen¹² gemacht werden müssen.

Die Kritiken des Anarchokommunismus am Marxismus zeichnen sich durch die falsche Identifizierung von Marxismus und Sozialdemokratismus aus. Seine Polemiken gegen den vorgeblichen Staatssozialismus, Fatalismus und Evolutionismus des Marxismus treffen in Wirklichkeit nicht die Lehre Marx'-Engels', sondern nur ihre Interpretation durch die SD. Erst der Nachweis der Vulgarisierung des Marxismus durch die SD, mit dem der Bolschewismus in der internationalen Arbeiterbewegung auftrat, gestattet dies quid pro quo aufzuhellen.

b. Die Kritik der SD an der anarchistischen Bewegung

Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, ausführlich die unterschiedlichen Positionen von Marxismus, Sozialdemokratismus und Anarchismus in theoretischer Hinsicht zu bestimmen, und ebenso wenig, die sog. anarchistische Bewegung in Deutschland zu schildern. Für die Betrachtung der Entwicklung der SD ist unwichtig, was diese Bewegung in Wirklichkeit war. Der Charakter der SD spiegelt sich in ihrem praktischen Verhalten zum „Anarchismus“, so wie er sich in ihrem Bewusstsein ausnahm.

Die anti-anarchistische Propaganda der SD unter dem Sozialistengesetz richtete sich gegen zwei verschiedene Strömungen. Auf der einen Seite gewann in der Atmosphäre des Ausnahmegesetzes eine Richtung an Boden, die *außerhalb* der sozialdemokratischen Bewegung

⁸ Vgl. H. Zoccoli, *Die Anarchie*, Leipzig 1909. 226.

⁹ H. Mackay, *Die Anarchisten*, Kulturgemälde, Berlin, 1911 u. a. S. 184, 198 ff., 109.

¹⁰ Vgl. H. Zoccoli, a.a.O. 259 ff.

¹¹ Dies das Ergebnis der Arbeit von P. Eltzbacher, *Der Anarchismus* (Berlin 1900), auf die die Kelsensche Kritik des „anarchistischen“ Marxismus im Wesentlichen rekurrieren dürfte.

¹² Vgl. H. Kelsen, *Sozialismus und Staat*, 9.

existiert. Ihr wesentlichstes Kennzeichen war die Losung der Propaganda durch die Tat¹³, für die Most¹⁴ nach seinem Übergang ins anarchokommunistische Lager warb. Die zweite rein antiparlamentarische Richtung befand sich *innerhalb* der SD. Von ihr konnte Bebel gelegentlich mit Recht sagen, dass es vollkommen irreführend sei, sie als anarchistische Strömung zu bezeichnen.¹⁵ In erster Linie wandte sich die SD allerdings gegen den Versuch der gegnerischen Parteien, die Anhänger der „Propaganda durch die Tat“ als die konsequentesten Vertreter der sozialistischen Prinzipien und als die eigentlichen „Hintermänner“ der SD darzustellen.

In der berechtigten Verleugnung der von den Gegnern behaupteten Zusammenhänge zwischen Anarchismus und SD entwickelte und pointierte die SD nun vor der öffentlichen Meinung aufs Neue ihre sozialpazifistischen Auffassungen. Diese Abgrenzung gegenüber dem Anarchismus liefert jedoch die drastischsten Beispiele, um gleichzeitig die Unterschiede zwischen der politischen Theorie des Marxismus und dem Sozialdemokratismus zu veranschaulichen.

„Friedliche Lösung der sozialen Frage heißt SD“¹⁶, betonte Liebknecht gegenüber den „unverschämten Lügen“ der Urheber des Sozialistengesetzes, die der SD das Ziel eines Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung unterstellten.¹⁷ Die SD sei der Auffassung, dass eine organische Entwicklung zum Sozialismus möglich sei. Eine wirkliche und ernste Sozialreform – und nur auf der Gründlichkeit der von ihr geforderten Reformen beruhe der revolutionäre Charakter der SD¹⁸ – sei das Ziel der Partei. Die gewaltsame Revolution, betonten die Kundgebungen der Partei, insbesondere ihre Aufrufe zu den Reichstagswahlen, lehne die Partei ab. „Gerade weil wir Revolutionäre sind, d. h. die gründliche Ausrottung der vorhandenen Missstände ... wollen, sind wir prinzipielle Gegner von Putschen und sonstigen Gewalttätigkeiten, die in einem Kulturlande wie Deutschland keinen Zweck haben.“¹⁹ Der Gedanke der gewaltsamen Revolution als Beginn der Lösung der innerhalb des Kapitalismus aufgehäuften Widersprüche sei ein „Fetisch für die „anarchistischen. Gewaltanbeter“²⁰. Die friedliche

¹³ Die in der deutschen Sprache übliche Wendung „Propaganda der Tat“ ist eine missverständliche Übersetzung der ursprünglich französischen Wendung „propagande *par le faite*“. Vgl. darüber H. Zoccoli, a.a.O. 501.

¹⁴ J. Most entwickelte seine Ansichten über die Propaganda durch die Tat am deutlichsten in seiner Broschüre: Die freie Gesellschaft, New-York 1884. Über die anarchistische Bewegung in Deutschland in den 80er Jahren vgl. Der Anarchistenprozess Reinsdorf und Genossen, Leipzig 1884 und J. Most, A. Reinsdorf und die Propaganda der Tat, II. Aufl. New-York 1890. Diese Schrift Mosts wird von seinen Anhängern als der Katechismus der „Propaganda durch die Tat“ bezeichnet.

¹⁵ „Die Frankfurter Genossen (die Verfasser eines scharfen Aufrufes gegen die Reichstagsfraktion; vgl. das nächste Kapitel. Br.) werden auch als ‚Anarchisten‘ gebrandmarkt. Das ist bei einem Teil von uns ein Schimpfwort geworden, mit dem man alle jene regaliert, die ein schärferes Wort gegen Personen und Zustände gebrauchen, als das von einzelnen deutschen Arbeiterblättern festgesetzte Normalmaß der Kritik zulässt. Das Wort „Anarchist“ muss heute bei dem wohlgezogenen Arbeiterparteil.- die Bezeichnung Sozialdemokrat wird möglichst vermieden - ungefähr denselben Abscheu und dieselbe Gänsehaut erzeugen, wie wenn dem Bourgeois gesagt wird: Der und der ist ein Sozialdemokrat! Wir sind wahrlich recht ‚vorgeschritten‘.“ (Bebel, im „Sozialdemokrat“ v. 21. 5. 1885.)

¹⁶ W. Liebknecht, Hochverrat und Revolution, Sozialdemokratische Bibliothek, Bd. XVI, Zürich 1887, 32.

¹⁷ W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil I, 27.

¹⁸ SR 200.

¹⁹ SR 247.

²⁰ W. Liebknecht, Trutz Eisenstirn, Teil I, 16. Vgl. demgegenüber Marx: „Der Kannibalismus der Konterrevolution selbst wird die Völker überzeugen, dass es nur ein Mittel gibt. die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären

Verwirklichung des Sozialismus sei nur dann unmöglich, wenn „die Machthaber kurzsichtige Verbrecher sind“²¹. Verständige Regierungen könnten jede Gewaltanwendung durch die Arbeiterbewegung vermeiden. Die wahren „Umstürzler“ seien die Urheber des Sozialistengesetzes²², die durch Gewaltmaßnahmen und den „Boykott gegen die SD“ die anarchistische Gefahr heraufbeschwören. Die einzige Bürgschaft für eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus sei die Einführung eines, im Gegensatz zu dem „gefälschten allgemeinen Stimmrecht“ der Reichsverfassung²³ ohne Vorbehalte gehandhabten, allgemeinen und direkten Wahlrechts und die Aufhebung jeglicher Ausnahmegesetzgebung. Die „Rechte des Volkes“ könnten auf friedlichem Wege durchgesetzt werden. „Unter *normalen* Verhältnissen, d.h. wenn der Äußerung des Volkswillens, wenn der Agitation und der Propaganda keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, ist das allgemeine Stimmrecht hierzu die naturgemäße Waffe. Wenn aber dem Volke der Gebrauch dieser Waffe beschränkt oder gar verwehrt wird, dann muss es andere Waffen benutzen, und erforderlichenfalls andere Waffen sich schmieden.“²⁴ Das allgemeine Wahlrecht sei zugleich die demokratischste und konservativste Einrichtung - „das Wort konservativ in seinem echten, ursprünglichen Sinne gebraucht: ‚staats-erhaltend‘, d. h. den Staat *vor gewaltsamem Umsturz bewahrend*“²⁵. Das „ehrlich gehandhabtes allgemeine Stimmrecht setze an die Stelle der „Agitation der Barrikaden die friedliche Propaganda des Sozialismus. Seiner sittlichen Macht gegenüber enthülle sich die Gewalt als ein Kampfmittel barbarischer Nationen, als „reaktionärer Faktor“²⁶.

Der einzige Schutz von Staat und Gesellschaft vor dem Anarchismus sei die SD.²⁷

„Seit Jahren wandelt das *rote Gespenst durch Europa*, verbreitet Schrecken, lähmt die gesunde Entwicklung.“ Den durch die Empörung des Volkes heraufbeschworenen Katastrophen zu entgehen, sei „auch ein Interesse der oberen Klassen, die dadurch den Gefahren eines allzerstörenden Ausbruchs vulkanischer, durch Not und empörtes Rechtsgefühl angefachter Leidenschaften entgehen“²⁸. „Wer also die Sozialreform will,“ so schließt der Wahlauf Ruf der SD zu den Reichstagswahlen von 1884, „wer durch die *wirkliche Sozialreform einer sozialen Katastrophe vorbeugen will*, und wer da nicht will, dass durch *politische Ausnahme Gesetze* und *zweifelhaft soziale Experimente unser Vaterland zugrunde gerichtet werde*, der stimme bei der bevorstehenden Reichstagswahl für die Kandidaten der SD.“²⁹

Terrorismus.“ (Neue Rheinische Zeitung v. 6. Nov. 1848, in: Aus dem literarischen Nachlass von *Marx* und *Engels*, MEW 5, 457.

²¹ W. *Liebknecht*, a.a.O. Teil II, 5.

²² A. a. O. 63.

²³ A.a.O. 21.

²⁴ A.a.O. 53. „Über den 13. Juni aber vertrösteten sie sich mit der tiefen Wendung: Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. *Nous verrons*.“ (K. *Marx*, *Der achtzehnte Brumaire*, MEW S, 145.

²⁵ SR 275, und *Liebknecht* a. a. O. Teil II. 42.

²⁶ A.a.O. 20, vgl. auch die Programmrede *Liebknechts* auf dem Parteitag zu Halle 1890.

²⁷ SR 209. „Es gab damals viele Arbeiter, welche unter dem Druck des Sozialistengesetzes dem Anarchismus in die Arme getrieben wurden. Dass der Anarchismus in Deutschland nicht mehr Boden gewann, ist einzig und allein *das Verdienst der Sozialdemokratie*, welche ihn überall bekämpfte und sein Eindringen in die große Armee der sozialistischen Arbeiter verhinderte, wozu weder eine Regierung noch eine Polizei befähigt ist. (W. *Blos*, *Denkwürdigkeiten usw.*, Bd. I, 96).

²⁸ SR 240.

²⁹ SR 248.

Karl Friedrich Brockschmidt:
Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes

Wir haben, um das praktische Verhalten der SD gegenüber der anarchistischen Bewegung zu dokumentieren, vorwiegend Zitate aus den Wahlaufufen der Partei gegeben. Obgleich in ihnen manche Zuspitzungen in der Formulierung enthalten sind, die auf das Konto der Berücksichtigung der „öffentlichen Meinung“ gesetzt werden müssen, so entsprechen sie doch, wie die eingestreuten Stellen aus der parteioffiziellen Broschüre Liebknachts beweisen, den Auffassungen der Parteiführung. Sie enthalten keine theoretische Auseinandersetzung mit dem Anarchismus, zu der ohnehin die damalige SD wie ihr „Schulmeister“ Liebknacht nicht in der Lage gewesen wären. Ihr staatssozialistischer Charakter³⁰ geht, selbst wenn man die „Volksstaat“-Losung des Gothaer Programms unberücksichtigt lässt, aus diesen Zeugnissen zur Genüge hervor.

³⁰ Dies Wort nicht in jener engeren Bedeutung gebraucht, die es 1891 in der Sozialdemokratie als Bezeichnung für den „staatsmännischen- Opportunismus Vollmars erhielt.

7. DER DAMPFERSUBVENTIONSSTREIT UND DIE ANTI-PARLAMENTARISCHE STRÖMUNG IN DER SD

a. Der Beginn der Kolonialpolitik und die SD

Über das praktische Verhalten der Abgeordneten der Partei in den Parlamenten, über Wesen und Grenzen ihrer Aufgaben wurde während der ganzen Zeitdauer des Sozialistengesetzes ein Kleinkrieg zwischen der radikalen Mitgliedschaft und einigen sie vertretenden Führern auf der einen und der Mehrheit der Abgeordneten auf der anderen Seite geführt. Wir erwähnten bereits einige Kritiken an dem Verhalten der Reichstagsfraktion zu entscheidenden Fragen (Schutzzollpolitik; Vaterlandsverteidigung) in den Jahren 1878-81. Ihren Höhepunkt erreichten diese innerparteilichen Auseinandersetzungen in dem Streit um die Dampfersubventionsfrage, mit dem die Partei auf die Kolonialpolitik Bismarcks reagierte. Diese Debatten nahmen eine solche Schärfe an, dass sie fast zu einer Spaltung der Partei führten.¹

Die 80er Jahre stellen den Beginn der deutschen Kolonialpolitik dar. Im ersten Jahre des Sozialistengesetzes – 1879 – setzte die Kolonialpropaganda der Fabri, v. Weber und Jannasch erfolgreich ein.² 1880 wurde im Reichstag die erste kolonialpolitische Vorlage, die Samoavorlage, eingebracht. Ihr folgten 1884-85 die ersten Dampfersubventionsvorlagen, die die staatliche Subventionierung privater Postdampfschiffslinien nach Ostasien, Australien und Afrika bezweckten. 1884/85 wurden die ersten deutschen Kolonien – Deutsch-Südwestafrika und Neuguinea – erworben, denen bald darauf Kamerun, Togoland und Ostafrika folgten.

Die Politik, die die SD gegenüber diesen neuen Erscheinungsformen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands befolgte, gewann ihre Kriterien nicht aus den Gedankengängen des Marxismus. Für eine Wirtschaftspolitik im Marxschen Sinne wäre mit dem Übergang Deutschlands zur imperialistischen Politik ein ähnlicher Wendepunkt gegeben gewesen wie durch den Krieg 1870/71 in der Kriegsfrage. Wie die Ereignisse dieser Jahre die Anzeichen dafür waren, dass das Bürgertum die Führung der Nation übernommen hatte und stark genug geworden war, um die Unterstützung des Proletariats im Kampf gegen die feudalen Schichten entbehren zu können, so war der Übergang Deutschlands zur imperialistischen Politik der Beweis dafür, dass die Bourgeoisie fortan ihre historische Aufgabe, die Produktivkräfte im Rahmen des Kapitalismus zu entfalten, aus eigenen Kräften durchführen konnte. Die Arbeiterklasse konnte nun auch in dieser Hinsicht darauf verzichten, die mächtigste – und bisher fortschrittliche – unter den gegnerischen Klassen zu unterstützen, ohne die Entwicklung zum Sozialismus zu gefährden. Es war nun sichtbar, dass der deutsche Produktionsapparat genügend erstarkt war, um selbständig auf dem Weltmarkt auftreten zu können. Die Reserven des inneren Marktes waren so stark aufgearbeitet worden, dass eine Höherentwicklung des deutschen Kapitalismus von der Erschließung äußerer Märkte abhängig war. Ein starkes Proletariat hatte sich mit der Industrie entfaltet. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse hatte also einen solchen Grad erreicht, dass nun – analog der prinzipiell negativen Außenpolitik, die Marx seit Ende 1870 der deutschen Arbeiterbewegung empfohlen hatte, – für eine sozialistische Partei im Marxschen Sinne eine prinzipiell negative Haltung zu den Fragen der Wirtschaftsleitung durch das Bürgertum geboten war. Marx hatte, soweit er eine *positive* Entscheidung des Proletariats in den wirtschaftspolitischen Kämpfen seiner Klassegegner für notwendig hielt, diese Entscheidung davon abhängig gemacht, ob die in Frage stehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen notwendig seien zur Herausbildung und

¹ Vgl. z. B. F. Engels, Briefe an Bernstein, 167.

² Vgl. Sartorius v. Waltershausen, a.a.O. 358 ff.

Verselbständigung einer nationalen Industrie und damit zur Entstehung des industriellen Proletariats.³ Diese Kriterien konnten, seitdem sich die deutsche Industrie verselbständigt hatte und als starker Konkurrent auf dem Weltmarkt auftrat, seitdem sich eine selbständige Arbeiterbewegung gebildet hatte, für Deutschland keine Geltung mehr haben.

Die wirtschaftliche Verselbständigung der nationalen Bourgeoisie einmal vollzogen, war es innerhalb des Kapitalismus ausschließlich ihre Aufgabe, die Produktivkräfte zu entfalten. Die Rolle der proletarisch-revolutionären Partei musste sich darauf beschränken, die Rückwirkungen dieses im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus fortschrittlichen Prozesses auf das Proletariat (Verelendung, Trübung des Klassenbewusstseins proletarischer Schichten durch Beteiligung an den kolonialen Profiten usw.) zu bekämpfen und den Sturz der Kapitalistenklasse vorzubereiten.

Diese Konsequenzen des Marxschen Systems⁴ brachte späterhin die marxistische Linke in der SD um Karl Radek und Rosa Luxemburg in ihrer prinzipiellen Negation der imperialistischen Politik zum Ausdruck. In den 80er Jahren zeichnete sich der Beginn der neuen wirtschaftlichen Epoche erst in schwachen Umrissen im Bewusstsein der Beteiligten ab. Die dargestellte dialektische Auffassung konnte erst in einer späteren Phase der Arbeiterbewegung wieder gewonnen werden. Vorderhand blieben die Kriterien einer innerlich abgelaufenen Epoche weiter in Geltung, obwohl ihre materielle Basis geschwunden war.

Auch in der Wirtschaftspolitik der SD unter dem Sozialistengesetz (und dies gilt in der späteren Zeit auch für die wirtschaftspolitischen Ideen des parteiführenden Zentrums) zeigte sich in ähnlicher Weise wie in ihrer Haltung zum Parlamentarismus z. B., dass die Motive ihrer Politik aus der Ideenwelt der bürgerlichen Demokratie gewonnen waren. Das Kriterium ihres Verhaltens zu wirtschaftspolitischen Fragen war das Ideal des Fortschritts. Sie betrachtete sich als eine „eminent zivilisatorische Partei ... die allen Anlass hat, die Keime der Zivilisation zu pflegen, die sich schon auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können“⁵. Ihr Ideal war der „freie Völkerverkehr“. „Die verschiedenen Völker sollen in friedlichem Wettbewerb das Werk der Zivilisation fördern, und jede Abschließung einer Nation von der anderen ist ein Hemmnis des Fortschritts.“⁶

Dieser „zivilisatorische“ Standpunkt war bereits in den Erörterungen der SD über das Bismarcksche Schutzzollsystem 1878/79 zutage getreten. Die Differenzen zwischen den Parteiführern, die in Freihändler und Schutzzöllner gespalten waren, ergaben sich aus der verschiedenen Beurteilung des Wertes der Bismarckschen Schutzzollpolitik für die Entfaltung der

³ Eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Auffassungen des Marxismus, insbesondere eine Darstellung seiner Haltung zu den Fragen der imperialistischen Politik, die erst nach Marxens Tode akut wurden, kann nur durch die Interpretation kleinerer Aufsätze und Reden Marx'-Engels' gewonnen werden. Vgl. K. Marx, Rede über die Frage des Freihandels, Anhang zu: Das Elend der Philosophie, 169 ff.; ferner die Ausführungen Engels' über die Listschen Schutzzollideen und über Schutzzoll? oder Freihandelssystem im Literarischen Nachlass von Marx und Engels, Bd. II, 393 ff. und 429 ff.

⁴ Die knappste Formulierung der angedeuteten marxistischen Gedankengänge ist u. E. in einigen Sätzen Lenins gegeben: „Wir wissen, dass Trusts ein Fortschritt sind ... Aber wie kämpfen wir? Es ist Sache der Bourgeoisie, Trusts zu entfalten ... Wir ‚fordern‘ eine solche Entwicklung nicht, wir ‚unterstützen‘ sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen!“ (Aufsatz: Über die Losung der Abrüstung, in: N. Lenin und G. Sinowjew, Gegen den Strom, Hamburg 1921. 502 f.)

⁵ F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. IV. 268.

⁶ Wahlaufruf von 1881. Der Aufruf fährt fort: „Gewiss muss das Wohl unserer Nation uns am Herzen liegen, allein gerade, weil wir an die Solidarität und Interessengemeinschaft der Menschen glauben, erblicken wir in der internationalen Verbrüderung die Verwirklichung des nationalen Ideals.“ Vgl. auch die Kritik solcher „Humanitätsduselei“ durch den Gothaer Programmbrief Marxens (MEW 19, 11 ff.).

Industrie. „Ob durch einen Schutzzoll Bismarck eine Reihe von Millionen erhielt oder nicht, war für uns gänzlich indifferent, wenn wir zu der Ansicht gekommen wären, dass ein Schutzzoll unter den gegebenen Verhältnissen für die Industrie (!) notwendig gewesen wäre. In dieser Ansicht waren wir geteilt.“⁷ Die Resolution des Gothaer Kongresses 1877, die die Frage Schutzzoll oder Freihandel für eine „interne Frage der Bourgeoisie“ erklärte, war keine Ablehnung jeglicher positiven Stellungnahme zu den Fragen der kapitalistischen Wirtschaftsführung aus prinzipiellen Gründen, sondern ein Kompromiss der verschiedenen Richtungen in der Partei und eine „Inkompetenzerklärung“⁸.

In der Dampfersubventionsfrage war die Partei prinzipiell bereit, durch ihre Zustimmung im Parlament alle Maßnahmen zu billigen, die der Entwicklung von Handel und Industrie förderlich sein konnten. Die Ablehnung der Bismarckschen Kolonialpolitik wurde nicht, wie später von der marxistischen Linken, damit begründet, dass die Kolonialpolitik als eine aus den allgemeinen Tendenzen des kapitalistischen Systems notwendig entspringende Expansionspolitik bekämpft werden müsse. Wie späterhin von Kautsky wurde die Kolonialpolitik mit der Begründung abgelehnt, dass sie, nur im Interesse feudaler Schichten und einzelner Kapitalistengruppen gelegen, unrentabel und irrational vom Standpunkte der bejahten Entfaltung der Produktivkräfte durch die gesamte Bourgeoisie sei. Die SD lehnte in den 80er Jahren bereits die Erwerbung von Kolonien nur deshalb ab, weil sie abenteuerlich sei und einen höchst fraglichen Nutzen für die gesamte deutsche Industrie darstelle.⁹

Die Debatten, die in der SD 1885 um die Bismarcksche Dampfersubventionsvorlage entbrannten, waren denn auch keine Auseinandersetzungen über die Bejahung oder Verneinung einer positiven Wirtschaftspolitik überhaupt. Sie drehten sich um die Frage, ob die von der Reichsregierung zu subventionierenden privaten Postdampfschiffslinien notwendig seien für die Entfaltung der Industrie oder nicht. Die Warnungen Engels', in den parlamentarischen Debatten in allen ökonomischen Fragen, die die Wirtschaftsführung durch die Bourgeoisie betreffen, keinesfalls aus der reinen Negation herauszutreten¹⁰, waren unbeachtet geblieben.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war nun bereit, dem Regierungsprojekt zuzustimmen, falls der Nachweis geliefert würde, dass seine Ausführung dem Handel und der Industrie förderlich wäre. Wenn in der Fraktion Einigkeit darüber bestand, dass die „abenteuerliche“ Kolonialpolitik Bismarcks nicht unterstützt werden dürfe, so bekannte sich die Fraktionsmehrheit jedoch zu der Auffassung, dass sich unter den von Bismarck vorgeschlagenen Postdampferlinien auch solche befänden, die mit der Kolonialpolitik keine

⁷ A. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 63.

⁸ Engels an Bebel vom 14. 11. 1879, a. a. O.

⁹ „Die Kolonien, die allenfalls noch zu haben sind, bieten infolge der niederen Kulturbedürfnisse ihrer Ein- oder Anwohner so geringe Aussichten auf Absatz, dass an eine erhebliche Besserung unseres Handels und unserer Industrie durch eine mehr oder weniger abenteuerliche Kolonialpolitik nicht zu denken ist.“ (Wahlaufruf von 1881, SR 198 f.) „Solche Landstriche, deren Annektion oder Eroberung, wie die der englischen oder sonstigen Kolonien, dem ‚Mutterlande‘ einen bedeutenden Warenexport ermöglichen würden, sind nicht vorhanden, und die herrenlosen Landstriche versprechen nur einen sehr fraglichen Nutzen. Damit soll nicht gesagt sein, dass wir ernsthaften Bestrebungen (!) zur Hebung des deutschen Exporthandels abhold seien.“ (Wahlaufruf von 1884, SR 243.)

¹⁰ „Die Fragen, in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, sind sehr eng begrenzt. Es sind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitalisten direkt ins Spiel kommt: Fabrikgesetzgebung, Normalarbeitstag, Haftpflicht, Lohnzahlung in Waren usw. ... In allen anderen ökonomischen Fragen, wie Schutzzölle, Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Assekuranzen usw., werden sozialdemokratische Abgeordnete immer den entscheidenden Gesichtspunkt behaupten müssen, nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volke verstärkt.“ Engels an Bebel vom 24. 11. 1879, MEW 34, 423 f.

Berührung hätten und nur dem Zweck dienen, den internationalen Verkehr zu fördern. Für diese Linien müsse die SD stimmen, da sie ein Interesse daran habe, den Weltverkehr zu entfalten.¹¹ Hinzu kam die Berücksichtigung partieller Arbeiterinteressen. Aus den Kreisen der Schiffszimmerer und verwandter Berufe in Hamburg wurde energisch die Subventionierung der Postdampferlinien gefordert, um durch die Erteilung von Schiffsbauaufträgen die Arbeitslosigkeit im Schiffsbau zu beheben.¹²

Die Minderheit in der Fraktion¹³ lehnte die Dampfersubventionsvorlage von vornherein mit der Begründung ab, sie bedeute eine Belastung der Steuerzahler. Der Seehandel sei auch ohne Subventionen groß geworden. Die Vorlage hänge innerlich mit der Bismarckschen Wirtschaftspolitik zusammen und bringe Tarifbildungen und Krisen im internationalen Handel mit sich.¹⁴

Die Kämpfe innerhalb der Führerschaft über die Dampfersubventionsvorlage waren also, wie Mehring¹⁵ mit Recht hervorhebt, keine prinzipiellen, sondern rein taktische. Beide Seiten befürworteten eine der Entfaltung der Wirtschaft dienende Politik. Beide Seiten lehnten die Bismarcksche Kolonialpolitik als den Interessen der gesamten deutschen Industrie widersprechend ab.¹⁶ Eine Streitfrage war nur, ob die Dampfersubventionen mit der Kolonialpolitik in Zusammenhang stünden.

Nur eine Resolution der deutschen Sozialisten in Zürich wandte sich gegen die Dampfersubventionsvorlage aus taktischen und prinzipiellen Gründen: „Nach den Zollkriegen. ist für die heutigen Staats- und Wirtschaftspolitiker die *Gründung überseeischer Kolonien* das letzte Auskunftsmitglied aus der Anarchie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände.“ Die Kolonialpolitik müsse bei dem in Deutschland herrschenden System der indirekten Steuern fast ausschließlich von der Arbeiterklasse bezahlt werden. Die Dampfersubventionen schufen nur die notwendigen Vorbedingungen für die Kolonialpolitik. „Für alle diese Opfer erhalten die Arbeiter nur das leere *Versprechen auf künftigen Arbeitszufluss*.“ Die Zustimmung zur Dampfersubvention und damit zur Kolonialpolitik sei ein „widersinniges Schachergeschäft, ... es widerspricht der Würde der Partei und schließt auf der anderen Seite eine Anerkennung des heutigen Systems der Beraubung der arbeitenden Klassen um ihren Arbeitsertrag in sich“. Eine solche Politik bedeute „nur eine Verschleppung der Lösung der sozialen Frage“.¹⁷

Von dieser Kundgebung abgesehen, die zwar den Anstoß zur Erörterung der Dampfersubvention in der gesamten Mitgliedschaft gab, mit ihren prinzipiellen Auffassungen über die

¹¹ Vgl. W. Blos, Denkwürdigkeiten usw. Bd. II, 126.

¹² A.a.O.

¹³ Sie bestand aus Bebel, Liebkecht, H. Rödiger und W. Stolle. Vgl. Engels, Briefe an Bernstein, 164.

¹⁴ Vgl. W. Blos, a.a.O., Bd. II, 127.

¹⁵ A.a.O. 267

¹⁶ Den Standpunkt der Fraktionsmehrheit in der Kolonialfrage kennzeichnet Blos wie folgt: „Wir fassten sie so auf, dass das Volk hier nur die Mittel aufbringen sollte, um einzelnen Kapitalistengruppen die Möglichkeit neuer Profite zu schaffen. Außerdem erschienen uns die Kolonien im Ganzen unrentabel.“ (a.a.O. 124).

¹⁷ Vgl. Sozialdemokrat v. 22. Jan. 1885. Diese Resolution, die die Mitgliedschaft allorts zu Protesten gegen die Haltung der Fraktion aufforderte, war ohne Wissen der Redaktion dem „Sozialdemokrat“ beigelegt worden. (Vgl. F. Engels, Briefe an Bernstein, 164.) Ihr stimmten die meisten deutschen Gruppen der Sozialdemokratie in der Schweiz zu.

Kolonialpolitik jedoch nicht durchdrang, blieben die wirtschaftspolitischen Erörterungen in diesem Streit im Rahmen *taktischer* Auseinandersetzungen.¹⁸

Da die Bedingungen, unter denen die Mehrheit der Fraktion bereit war, für die Dampfersubventionsvorlage zu stimmen, (Einrichtung der Postdampferlinien nur mit neuen, auf deutschen Werften zu bauenden Schiffen; Ablehnung der afrikanischen und der Samoalinie, „weil hier ein förderungswerter Handel kaum vorlag und nur koloniale Hoffnungen in Frage kamen“)¹⁹, stimmte die gesamte Fraktion notgedrungen geschlossen gegen die Vorlage. Wie wenig innerhalb der Führerschaft prinzipielle Differenzen im Spiel waren, beweist die Tatsache, dass in der Reichstagssession 1885/86 die gesamte Fraktion ohne Debatten dem Bau des Nord-Ostseekanals zustimmte.

b. Die Tätigkeit der Partei in den Parlamenten und die antiparlamentarischen Stimmungen in der Mitgliedschaft

Den Kernpunkt der in der Parteimitgliedschaft geführten Debatten über die Dampfersubventionen bildeten nicht die Regierungsvorlage und die Kolonialpolitik, sondern die Einschätzung der Arbeit im Parlament und die Stellung der Reichstagsfraktion in der Gesamtpartei. Bei der Fraktion lag während des Sozialistengesetzes, wie wir bereits ausführten, die Führung über die Partei. Nach den Wahlen von 1884 ergab sich eine Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretung der Partei, die zwar der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft, aber nicht ihrer Mitgliedschaft entsprach. In ihr hatte der rechte Flügel der Partei seinen Hauptstützpunkt. Sein Kampf gegen das radikale Gros der Mitgliedschaft und gegen die Führergruppe um den „Sozialdemokrat“ nahm solche Formen an, dass sich innerhalb der Reichstagsfraktion ein besonderes organisatorisches Zentrum der Rechten herausbildete.²⁰

Die innerparteilichen Debatten gerieten erst in Fluss, als die Mehrheit der Reichstagsfraktion gegen die Kritik ihrer Haltung zur Dampfersubventionsvorlage durch den „Sozialdemokrat“ und seine Arbeiter-Korrespondenten zu Felde zog. In einer Erklärung²¹ machte sie dem Zentralorgan der Partei das Recht streitig, die Haltung der Fraktion zu kritisieren. „Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat.“ Daraufhin setzte ein Entrüstungssturm gegen „die Fraktion und ihre Diktaturgelüste“ ein. Die Mitgliedschaften sämtlicher Gruppen der Partei im Auslande und aller größeren Industriestädte wandten sich gegen eine derartige „Bevormundung der Gesamtpartei“.²²

¹⁸ Über die Auffassungen der Fraktionsmehrheit vgl. die Feststellung Mehrings (a.a.O. 268), dass sie „mit ihrem Standpunkte im historischen Rechte“ war, d. h. - nur die prinzipiellen Auffassungen der Sozialdemokratie konsequent vertrat.

¹⁹ Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902, 338.

²⁰ Die Mehrheit der Fraktion hielt ständige Sonderkonferenzen ab. Ihre Führer organisierten sich, um den Fraktionskampf in der Partei besser leiten zu können, in einem besonderen „Privat“-Zirkel. (Vgl. W. Blos, a.a.O. Bd. II, 117 f.)

²¹ Abgedruckt im „Sozialdemokrat“ vom 2. 4. 1885.

²² Vgl. die Erklärungen der Gruppen von Brüssel, Genf, London, Paris; Barmen, Elberfeld, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München und der hessischen Landeskonferenz im „Sozialdemokrat“ vom 23. 4. 1885.

Ihren schärfsten Ausdruck fanden diese antiparlamentarischen Stimmungen in einem Aufruf der Frankfurter Sozialdemokraten²³, der nach der Meinung der Redaktion des „Sozialdemokrat“ das Maß der zulässigen Kritik weit überschritt: „Schon der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit unserer Abgeordneten gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionären Prinzipien.“ Die Haltung der Fraktion bedeutete die Anerkennung des Parlaments, „während doch jeder Genosse der Überzeugung ist, dass wir keine *Mitkomödianten*, sondern *Kritiker* in diese Komödie senden“. Es seien „Reden gehalten worden, die einem *Volkspartei*, welcher die Konsequenzen seiner eigenen Prinzipien fürchtet, alle Ehre machen würden, nur einem Sozialdemokraten nicht“. Die Beschlüsse der Fraktion im Dampfersubventionsstreit, Ausdruck einer Verselbständigungstendenz der Fraktion, seien Ausdruck einer „*opportunen Oppositionspolitik*“. „Es hat eine Verschiebung zwischen dem Kern der organisierten Parteigenossen einerseits, und den Abgeordneten andererseits, stattgefunden.“

„Während die Genossen in ganz Deutschland, in allen Ländern, müde des unwürdigen Druckes, mit eiserner Energie daran arbeiten, eine Armee zu schaffen, die Proletarier zu organisieren, um im kommenden Augenblicke die *Menschheit mit Gewalt von der Gewalt zu befreien*, scheinen sich unsere Abgeordneten mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in Verhandlungen einzulassen und sich mit diesen auszusöhnen... Wir können mit dem Minister Puttkammer konstatieren, dass tatsächlich das Sozialistengesetz anfängt, seine erzieherische Wirkung auszuüben; unsere Abgeordneten sind schon sehr zahm geworden.“

Zur Zeit, als dieser Aufruf erschien, war der Opposition gegen die Fraktion bereits die Spitze abgebrochen. Zwischen der Redaktion des „Sozialdemokrat“ und der Reichstagsfraktion war ein Kompromiss zustande gekommen.²⁴ Die Fraktionsmehrheit konnte mit Recht feststellen, dass das wichtigste an dieser Vereinbarung „die förmliche Anerkennung des Rechts der Kontrolle des Parteiorgans durch die Fraktion war“²⁵.

Die antiparlamentarischen Stimmungen der Parteimitgliedschaft, die hier in so überaus scharfer Weise zum Ausdruck gekommen waren, verschwanden auch in den nächsten Jahren nicht. Sie bekundeten sich besonders deutlich, als für die Partei der Eintritt und die Mitarbeit an dem auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebauten preußischen Landtag und die Beteiligung an Kommunalwahlen auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Kritiken an der Intensivierung der realpolitischen Praxis der Partei mit der Teilnahme an diesen politischen Vertretungskörperschaften gingen von der Berliner Mitgliedschaft aus, die sich eine besondere illegale sog. Innere Organisation geschaffen hatte.

Der Redakteur des Organs dieser Richtung, der „Berliner Volkstribüne“²⁶, der damalige Radikale Max Schippel, entwickelte in einem vielbeachteten Artikel „Die Arbeiter, der Parlamentarismus und die bürgerlichen Parteien in Deutschland“²⁷ und in einem Gutachten zu den

²³ Sozialdemokrat vom 23. 4. 1885. Seine Verfasser waren L. Opifizius, Prinz u. a., die von Bebel verteidigt wurden, der „gerade in jener Periode seines Lebensganges mit einer manchmal komischen Ängstlichkeit bemüht war, den geringsten Schimmer von „gemäßigter. Gesinnung zu vermeiden. (Blos, a.a.O. Bd. II, 134).

²⁴ Ein Zirkular des bei der Sozialdemokratie gebliebenen Teils des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins London (unter H. Rackow) bezichtigte den radikalen „Sozialdemokrat- der Kapitulation vor dem rechten Parteiflügel. (Sozialdemokrat vom 4. 6. 1885, vgl. auch den Brief Kautskys an Bernstein vom 30. Juni 1885 in: F. Engels, Briefe an Bernstein, 171.)

²⁵ Blos, a.a.O. Bd. II, 132.

²⁶ Sie wurde 1887 als Gegenorgan zu dem farblosen „Berliner Volksblatt“ gegründet und erschien bis zur Beendigung der Debatte mit der „Jungen-Opposition 1892.

²⁷ Artikel vom 30. 4. und 7. 5. 1887 in dem Organ der österreichischen Sozialdemokratie „Die Gleichheit-, Wien.

Berliner Kommunalwahlen²⁸ den Standpunkt der Opposition: Das Verhalten der Partei in den Wahlen dürfe nicht durch die Erwägung beeinflusst werden, wieviel Mandate zu erlangen seien. Die Partei habe „in aller absehbaren Zeit“ vom Parlamentarismus sehr wenig zu erwarten. „Die Zahl der parlamentarischen Mandate... gewinnt Bedeutung für uns nur dadurch, dass sie mehr oder weniger Leuten gestattet, durch das offene Fenster des Reichstages ... *hinaus zum Volke zu reden* und dessen schlummerndes Selbstbewusstsein zu wecken.

Die Teilnahme der SD an dem auf dem Dreiklassenwahlrecht aufgebauten preußischen Landtag müsse schon aus radikal-demokratischen Erwägungen heraus abgelehnt werden. Die Partei müsse sich auf die Agitation während der Landtagswahlen beschränken. In ähnlicher Weise begründete Schippel die Ablehnung der Mitarbeit von Sozialdemokraten in *Gemeindevertretungen*.

In seiner Kritik der Stichwahlabkommen mit der Fortschrittspartei, die die Parteileitung in Übertretung eines Beschlusses des St. Gallerer Parteitages bei den Reichstagswahlen von 1887 eingegangen war, forderte Schippel die „unbedingte Ablehnung jeder aktiven oder passiven Unterstützungen der Bourgeoisieparteien“ und Herausarbeitung des proletarischen Klassenstandpunktes in den Wahlen.

Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese gegen die Überschätzung des Parlamentarismus gerichteten Stimmungen nach dem Fall des Sozialistengesetzes in der Opposition der „Jungen“. Die praktische Realpolitik der Partei konnten sie nicht ernsthaft gefährden.

²⁸ Die Berliner Arbeiter und die Kommunalwahlen in Berlin, Ein Gutachten und ein Rückblick, Berliner Volkstribüne vom 31. 3. 1888.

SCHLUSS

Die Aufhebung des Sozialistengesetzes und die SD

a. Das Erfurter Programm

In den mit dem Fall des Sozialistengesetzes verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen der Jahre 1890/92 wurden die Motive der inneren Parteigeschichte unter dem Ausnahmegesetz noch einmal in gedrängter Themenführung zusammengefasst und entsprechend der neuen Situation variiert.

In der Opposition der sogenannten „Jungen“¹ kamen alle jene Momente zur Geltung, die die Kennzeichen der radikalen Opposition unter dem Sozialistengesetz waren: Ihr Antiparlamentarismus; ihr Kampf gegen die oligarchischen Tendenzen des Parteiapparates, gegen das „Kleinbürgertum“ in der Partei.

In der von dem früheren Radikalen Vollmar ab 1890 propagierten realpolitischen Taktik² waren die Gedankengänge des rechten Flügels der Partei unter dem Sozialistengesetz zusammengefasst.

Um abschließend die Entwicklung der politischen Ideologie der SD bis zum Fall des Sozialistengesetzes zu kennzeichnen, begnügen wir uns mit einigen flüchtigen Hinweisen auf das auf dem Parteitage zu Erfurt 1891 angenommene neue Parteiprogramm.³

Ein Vergleich der politischen Auffassungen, die in den Kundgebungen und Aktionen der Partei unter dem Sozialistengesetz zum Ausdruck kamen, mit der politischen Theorie Lassalles beweist ohne weiteres, wie sehr jene allgemeinen Prinzipien in Geltung blieben, die die Grundmomente des Lassalleanismus bilden. Die Konzeption des Begriffs der Arbeiterklasse; die Stellung zum Parlamentarismus; die Revolutionstheorie; die Ablehnung des „Anarchismus“; in summa: der demokratische, sozialpazifistische Staatssozialismus der SD, – sie alle gehen letzten Endes auf Lassalle zurück.

Dem scheint auf den ersten Blick die Tatsache zu widersprechen, dass sich die SD, indem sie die Bilanz des Sozialistengesetzes zog, ein Programm gab, das lange Zeit als das marxistische Programm einer proletarischen Musterpartei angesehen wurde.

Es ist also ein eigentümlicher Widerspruch in der Ideologie der SD zu verzeichnen. Einerseits muss festgestellt werden, dass die Grundmomente der politischen Theorie Lassalles „die eigentlichen Richtlinien für die praktische Realpolitik der deutschen SD geblieben sind“⁴.

¹ Das geschichtliche Verdienst der „Jungen“-Bewegung besteht in der Kritik des reformistischen Charakters der Sozialdemokratie zu einer Zeit, in der nach der Tradition der radikalen Mehrheit der Partei die revolutionär-marxistischen Auffassungen sich endgültig in der Sozialdemokratie befestigt haben sollen. Zur Orientierung über diese Oppositionsgruppe sei auf die Protokolle der Parteitage von Halle 1890 und Erfurt 1891 und 1892 verwiesen; ferner auf: H. Müller, *Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie*, Zürich 1892; „Der Sozialist“, Organ der Unabhängigen Sozialisten (wie sich die „Jungen- nach ihrer Trennung von der Sozialdemokratie nannten), Berlin 1891/97, und die „Sozialistische Bibliothek“, herausg. von H. Teistler, Berlin 1892.

² Vgl. G. v. Vollmar, *Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie*, München 1892.

³ Vgl. K. Kautsky, *Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil*, Stuttgart 1912.

⁴ H. Kelsen, *Marx oder Lassalle?*, Grünbergs-Archiv Bd. XI, 292. Es muss jedoch betont werden, dass diese Feststellung Kelsens- und das gleiche gilt für manche treffende und geistreiche Bemerkung in der parteigeschichtlichen Literatur - als Behauptung ohne nähere Beweisführung gemacht ist.

Andererseits schuf sich die SD mit dem Erfurter Programm ein theoretisches Bekenntnis, das seine Sätze aus dem System des Marxismus bezog.

Eine Analyse des Erfurter Programms kann jedoch zeigen, wie dieser Widerspruch in dem Gehalt und in der Gliederung des neuen Parteiprogramms selbst zum Ausdruck kommt. Zwischen dem theoretischen Teil, der die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und die allgemeinsten Ziele der SD formuliert, und dem zweiten Teil, der die politischen Forderungen der SD an den Staat und ihre Teilforderungen zum Schutz der von ihr vertretenen Schichten in der Gegenwart enthält, besteht - wie von mehreren Kritikern der SD festgestellt worden ist⁵ - kein geistiges Band. In der Tat finden in dem zweiten Teil des Erfurter Programms alle jene Losungen ihren Niederschlag, die die SD seit ihrer Gründung vertrat.

Auch in den theoretischen Auffassungen des Erfurter Programms jedoch, wie sie in seinem ersten Teil niedergelegt sind, lässt sich das Fortleben lassallscher Denkelemente nachweisen. Der Hauptunterschied des Erfurter Programms gegenüber dem Gothaer liegt in der endgültigen Verabschiedung einiger „spezifisch“-lassallscher Schlagworte („Die eine reaktionäre Masse“; das Eherne Lohngesetz usw.) und in der scheinbar marxistischen *Begründung* der Parteiziele.

Das Erfurter Programm stellte nur insofern die Bilanz der unter dem Sozialistengesetz durchlaufenen Entwicklung dar, als sich in dieser Zeit herausgestellt hatte, dass das Gothaer Programm „theoretisch nicht mehr auf der Höhe war“⁶. Dem Bewusstsein des stärker gewordenen deutschen Proletariats, dessen Anwachsen sich in einigen Momenten der Parteiideologie unter dem Sozialistengesetz widerspiegelte, entsprach das bisherige Programm nicht mehr.

Die Verbreitung einer Reihe von Schriften Marxens und Engels' unter dem Sozialistengesetz, die Propaganda eines Sozialismus, der sich bemühte, in marxistischem Geiste zu denken, und durch eine Gruppe von Theoretikern um die seit 1883 erscheinende „Neue Zeit“ Kautskys vertreten wurde⁷, hatten das theoretische Niveau der Gesamtpartei soweit erhöht, dass ihr die „spezifisch“-lassallschen Elemente des Gothaer Programms nicht mehr genügten. Die Partei war über jene Phase hinausgewachsen, in der sie mit dem theoretischen Rüstzeug, das ihr die ökonomische Theorie Lassalles und seine allgemeinen weltanschaulichen Grundsätze lieferten, ausgekommen war.

Während für die Bedürfnisse des täglichen Kampfes, insbesondere der Wahlpropaganda, die lassallsche Ideologie aus der Zeit vor 1878 ausreichte, musste im Gefolge der Stärkung des Klassenbewusstseins der proletarischen Anhänger der Partei und der Erhöhung ihres theoretischen Niveaus der bisherige theoretische Überbau dieser Praxis gesprengt werden. In die vom Marxismus bezogenen Denkformen, die die Partei an seine Stelle setzte, wuchs sie in ihrer Gesamtheit erst allmählich hinein.

Der theoretische Teil des Erfurter Programms als wissenschaftlicher Katechismus für die Mitgliedschaft der auf dem Parteitag zu Halle 1890 neu geschaffenen Organisation war zur Zeit seiner Annahme nur die Zusammenfassung des geistigen Besitztums einer dünnen Oberschicht der Partei, die sich um die „Neue Zeite“ gruppierte. Bei ihrer Annahme war diese Sammlung von theoretischen Thesen weder von dem Bewusstsein der gesamten

⁵ Vgl. z. B. die Programmkapitel der Schriften von J. Joos, *Krisis in der Sozialdemokratie*, München-Gladbach 1911, und R. Brunhuber, *Die heutige Sozialdemokratie*, Jena 1906.

⁶ Sozialdemokrat vom 22. 11. 1889.

⁷ Das theoretische Niveau der „Neuen Zeite“ in den Jahren 1883-1891 ist allerdings nur ein Beweis für die Bemühung um den Marxismus. Die Zeit ihrer größten Annäherung an den Marxismus ist etwa auf die Jahre 1902/03 zu datieren.

Mitgliedschaft noch dem der gesamten Führerschaft⁸ verarbeitet. Sie war eine der Bewegung erst gesetzte, erst von ihr zu erringende theoretische Plattform, die sehr wenig über die eigentlichen Bewusstseinsinhalte der Partei besagte. Sie war die Vorwegnahme einer geistigen Entwicklung.

Diese Vorbehalte, die sich auf die Größe des Personenkreises beziehen, dem das neue Programm bei seiner Annahme bereits in Fleisch und Blut übergegangen war, einmal gemacht, muss gesagt werden, dass sich die Rezeption des Marxismus durch die SD, so wie sie im theoretischen Teil des Erfurter Programms kodifiziert wurde, in den Grenzen vollzog, die ihr durch den Charakter der SD gesetzt waren. Wenn für die in der Parteipraxis sich bekundenden politischen Auffassungen, wenn auch unbewusst, der Lassalleanismus entscheidend blieb, so lieferte er auch die Elemente, aus denen sich ihre allgemeine Ideologie aufbaute.

Das Eindringen marxistischer Ideen in die SD unter dem Sozialistengesetz vollzog sich nur sehr allmählich. Keineswegs alle Schriften von Marx und Engels standen in ihrem Blickfelde. Außerdem konnte eine Reihe der in diesen Schriften entwickelten Auffassungen die Zensur nicht passieren, die der demokratische Staatssozialismus der SD in den Köpfen der Marxbekenner aufgerichtet hatte.

In der fatalistisch-mechanistischen Interpretation der Marxschen Geschichtsphilosophie durch die SD zeigt sich besonders deutlich, dass *die Rezeption des Marxismus innerhalb der Bewusstseinschranken des Lassalleanismus vor sich ging*. Die Verfasser des Erfurter Programms interpretierten die Gesetze des „reinen“ Kapitalismus der Marxschen Theorie, von Marx konzipiert als in der Empirie mannigfach modifizierte, letzte Bewegungsprinzipien des kapitalistischen Systems, als unbeschränkt gültige und ohne Gegentendenzen wirkende Gesetze. Die ökonomischen Lehren des Marxismus wurden von ihnen schematisiert. Sie betrachteten die tendenziellen Gesetze des Marxschen „Kapitals“ als absolute. Die Schematisierung der Ökonomie, ihre Darstellung in absolut gedachten Gegensätzen (unauslöschlicher Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit; der große Unternehmer verschlingt den kleinen; Herausbildung des großen Heerlagers der „Enterbten“ gegenüber den an Zahl stets geringer werdenden „Ausbeutern“, die sich mit - wörtlich verstandener - „Naturnotwendigkeit“ vollzieht), gestattete zwar eine äußerst wirkungsvolle Agitation, wurde jedoch der Dialektik des wissenschaftlichen Sozialismus Marxens nicht gerecht. Diese abstrakten Formulierungen vermengten sich in der alltäglichen Agitation leicht mit Lassalles naturrechtlichen Argumenten und deren weitgehender Vereinfachung der ökonomischen Welt (Idee des vierten Standes und - Ehernes Lohngesetz).

Rein textkritisch lässt sich bereits nachweisen, dass in den ersten vier Absätzen des Erfurter Programms, die die Entwicklung des Kapitalismus darzustellen versuchen, bestimmte Sätze aus dem I. Bande des Marxschen „Kapital“⁹ und aus dem Antidühring Engels¹⁰ in stark verkürzter Fassung übernommen und in zugespitzter Formulierung miteinander verbunden worden sind.

Interpretiert also das Erfurter Programm die von Marx aufgefundenen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der fatalistischen Weise Lassalles, so erscheint der „Zusammenbruch“ des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus mechanistisch als Auswirkung einer geheimnisvollen Macht über die Köpfe der Menschen hinweg, die nach Marx die Geschichte,

⁸ Ein Beweis sind die Programmreden Liebknechts auf den Parteitag zu Halle 1890 und Erfurt 1891.

⁹ K. Marx, Das Kapital, Bd. I. Kapitel 24. Abschnitt: „Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“, MEW 23.

¹⁰ F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, III. Kapitel. Abschnitt „Theoretisches“, MEW 20, 5 ff.

wenn auch teilweise unbewusst, *machen*. Auf diese Weise wird mit einem Katastrophenpunkt der Entwicklung gerechnet, der abgewartet werden muss. Die einzige Vermittlung zwischen Endziel und alltäglicher Praxis besteht in der Stärkung der Organisation (hier die Rechtfertigung des Organisationspatriotismus der SD), in der Erwartung des allgemeinen „Kladderadatsch“.

Wird das Endziel so auf einen im Zukunftsnebel liegenden Katastrophenpunkt reduziert, so können Übergangsmaßregeln vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht in die Erörterungen des Programms einbezogen werden. Seine Forderungen müssen sich auf Reformen innerhalb des Kapitalverhältnisses beschränken.

In der Beziehungslosigkeit zwischen allgemeiner Theorie und alltäglicher Praxis, wie sie sich in dem fundamentalen Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Teile des Erfurter Programms ausdrückt, dokumentiert sich die Tatsache, dass der Marxismus, der auf der Einheit von Theorie und Praxis basiert, in einer nichtentsprechenden Weise übernommen wurde. Der Marxismus, so wie ihn die SD verstand, bildete einen über der reformistischen Praxis schwebenden Überbau, eine Ideologie. Die Rezeption des Marxismus durch die SD war eine, und zwar die entscheidende, *Ideologisierung* seiner realistischen Theorie.

b. Die Bilanz des Sozialistengesetzes und der Charakter der SD nach 1890

Ziehen wir die Bilanz jener Veränderungen, die die SD unter dem Sozialistengesetz erlitten hatte:

Der prinzipielle Reformismus der Partei, dessen lassalleanische Struktur wir nachgewiesen hatten, wurde unter dem Sozialistengesetz nicht überwunden. Der Radikalismus in den *Agitationsmethoden* (illegale Verbreitung der Parteipresse) war unnötig geworden, sobald seine Voraussetzung, das Sozialistengesetz, aufgehoben war. Der Radikalisierungsprozess der politischen Ideologie, dessen Ergebnisse für einen Teil der Partei, die radikale Mehrheit, bestehen blieben, betraf vor allem zwei Punkte: Die organisatorische Abschnürung der Arbeiterbewegung von den Parteien des Bürgertums wurde endgültig. Den bürgerlichen Parteien, wenn auch keineswegs den bürgerlichen Ideen (wie u. a. die Imperialismustheorie Kautskys beweist), war fortan der Zugang zu den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse abgeschnitten. Das wichtigste Resultat des Sozialistengesetzes muss jedoch in der Überwindung lassalleanischer Illusionen über die Möglichkeit einer durchgreifenden Unterstützung der Arbeiterbewegung seitens der Vertreter des herrschenden Regierungssystems durch das Gros der Partei erblickt werden. Die Realpolitik Vollmars und der späteren Führer der revisionistischen Bewegung, in der einige Züge der Politik Lassalles gegenüber Bismarcks wieder aufleben, konnte vor dem Weltkriege nicht die Herrschaft über die Gesamtpartei antreten. Bis zum 4. August 1914 war der Tory Chartism Lassalles in den Hintergrund gedrängt.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese Radikalisierung der SD nicht über den Rahmen einer demokratischen Opposition gegen den „Militärstaat“, gegen das Hindernis einer demokratischen Entwicklung zum Sozialismus hinausging. Die „Unversöhnlichkeit“ der „revolutionären Klassenpartei“ galt dem Hohenzollernstaat. Die dogmatische Intransigenz, die die SD in ihrer Theorie kennzeichnete, war das Ergebnis ihrer Ausnahmestellung im Wilhelminischen Deutschland.¹¹

Der Unterschied zwischen der Zeit des Sozialistengesetzes und der darauf folgenden „milden Praxis“ der Regierung gegenüber der SD war nach der Auffassung der radikalen

¹¹ Vgl. R. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbannde. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV.

Parteimehrheit selbst nur ein gradueller. Die *Formen* der Ausschaltung der Partei von der Bestimmung der Politik des Reiches und der Länder hatten sich geändert. Die Methoden der Unterdrückung durch ein allgemeines Ausnahmegesetz und durch ein generelles Verbot der Partei waren zwar aufgegeben. Die SD blieb jedoch in eine Stellung gedrängt, die es ihr, im Gegensatz zu den französischen Sozialisten z. B., nicht ermöglichte, jenen Einfluss auf die Gesetzgebung auszuüben, den sie auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke beanspruchen zu können glaubte. *Die deutsche SD konnte in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung bis 1907 etwa den Ruf einer unversöhnlichen proletarischen Klassenpartei wahren, weil ihr keine Gelegenheit zu reformistischer Politik in breiterem Maßstabe gegeben wurde.* Die Intransigenz der radikalen Mehrheit der SD war nicht die Folge einer revolutionär-proletarischen Politik im marxistischen Sinne. Die „Todfeindschaft“ gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die die SD auf Parteitag, wenn auch nicht in Wahlaufufen und in den Parlamenten bekundete, war ein wenig unfreiwillig. Das beweist nicht nur ihre Haltung in den Parlamenten jener Länder, in denen der Partei ein größerer Spielraum gewährt wurde (die Geschichte der Budgetbewilligungen der SD liefert zahlreiche Beispiele dafür), sondern auch die Politik der Partei nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, die keineswegs, wie Kautsky z. B. mit Recht betont¹², mit den prinzipiellen Auffassungen der SD vor dem Weltkriege in Widerspruch steht.

Die Stellung zum „Militärstaat“ ist denn auch der einzige Punkt, in dem sich in Bezug auf die *Praxis* der Partei Differenzen zwischen Revisionisten und „Radikalen“ ergaben. (Von den Auffassungen der marxistischen Linken um R. Luxemburg, die in ihrer Konsequenz aus dem Verbanne der SD herausführen mussten und führten, sehen wir in diesem Zusammenhang ab.) Die intransigent demokratisch-sozialistische Parteimehrheit konnte sich nicht zu jener Kompensationspolitik gegenüber den herrschenden Gewalten bereit erklären, die der revisionistische Flügel befürwortete. Im Übrigen waren die Kämpfe zwischen Revisionismus und „marx-orthodoxer“ radikaler Parteimehrheit, die das innerparteiliche Bild in der Zeit von 1898 bis 1908 charakterisieren, ein Streit um die *theoretische* Formulierung und Auslegung einer von beiden Seiten bejahten realpolitischen Praxis, soweit sie auf dem Boden des Wilhelminischen Deutschland möglich war. *Die Vereinbarung des theoretisch Unvereinbaren wurde jeweils in der Praxis vollzogen.*

Der gekennzeichneten Radikalisierung der politischen Ideologie der Partei unter dem Sozialistengesetz stand auf der anderen Seite ihre Mäßigung in der Praxis entgegen. Mit der Verbreiterung der SD zur Massenbewegung vollzog sich eine Intensivierung ihrer Kleinarbeit in den Parlamenten. Die soziale Mannigfaltigkeit ihrer Anhänger erforderte eine größere Unbestimmtheit in der Agitation, eine gemäßigte Sprache, eine stärkere Berücksichtigung der „öffentlichen Meinung“ als in den Anfängen der Partei. In den Sonderfragen der Taktik, z. B. in der endgültigen Aufgabe der negativen Haltung in den Parlamenten sowie in der Betonung der „Verantwortlichkeit“ der Partei gegenüber der sozialbunten Anhängerschaft für den auf dem Spiele stehenden organisatorischen Apparat kommt diese Mäßigung besonders deutlich zum Ausdruck.

Die SD hatte also unter dem Sozialistengesetz eine widerspruchsvolle Bewegung durchlaufen: *Eine Radikalisierung in der Ideologie und eine Verstärkung der opportunistischen Züge ihrer Praxis.*

Die Frage nach dem „Charakter“ der SD, so wie er 1891 im Wesentlichen ausgeprägt war, ist nicht in einer eindeutigen, starren Formel zu beantworten. Seine inneren Widersprüche sind in einer Reihe von Gegensätzen innerhalb der SD entfaltet: Die Sprache und die prinzipiellen Beschlüsse der Parteitage sind in einer anderen Tonart gehalten als die Reden ihrer Vertreter

¹² Vgl. das Vorwort Kautskys zur III. Auflage (1921) seiner Schrift „Der Weg zur Macht“.

in den Parlamenten. Die Atmosphäre und der sachliche Gehalt der Artikel des offiziellen theoretischen Parteiorgans, der „Neuen Zeit“, sind andere als die der Wahlaufrufe, deren theoretische Quintessenz in dem Organ des revisionistischen Flügels, in den „Sozialistischen Monatsheften“, gesucht werden muss. Die Majorität der radikalen Parteitage bringt in der Kritik an den Parlamentsfraktionen und an ihrer Vorzugsstellung den Gegensatz zwischen der proletarischen Mehrheit der Mitgliedschaft und den nichtproletarischen Elementen der Wählerschaft zum Ausdruck. Wenn der Verbalrevolutionarismus der radikalen Marx-Orthodoxie den unteren Schichten des Proletariats Rechnung trägt, so entspricht die reformistische Praxis der Partei, die ab 1906 den Freien Gewerkschaften und ihrer wirtschaftsfriedlichen Taktik die Führung der Arbeiterbewegung überlässt, den Wünschen und Interessen der gehobenen Schichten des Proletariats und denen des Kleinbürgertums. Der Revisionismus konnte mit Recht gegenüber der traditionsbelasteten Marx-Orthodoxie seinen Anspruch geltend machen, der adäquate theoretische Ausdruck der reformistischen Parteipraxis zu sein.

Die Politik des Parteizentrums, bei dem die Führung lag, repräsentiert die arithmetische Summe der angedeuteten, z. T. gegensätzlichen Faktoren. Der „eiserne Reifen“ des herrschenden Regierungssystems, der Zwang zur Opposition, der Mangel einer akut-revolutionären Situation in Deutschland verhinderten bis zur Weltkriegskrise die Auflösung der inneren Widersprüche der SD.

Erst die geschichtliche Probe, der die SD im Weltkriege unterworfen wurde, konnte den reformistischen Charakter der sozialdemokratischen Praxis gänzlich enthüllen. Erst in ihr konnte die Identifizierung von Klasseninteresse des Proletariats und Parteiinteresse in Frage gestellt werden, die darin bestand, dass die in dem Anwachsen der Parteiorganisation und ihrer Wahlziffern sich manifestierenden Erfolge der SD ohne weiteres als Erfolge der proletarischen Klasse angesehen wurden.

Ogleich es abgelehnt werden muss, die kleinbürgerlichen Elemente der Anhängerschaft der SD und die auf das Niveau einer kleinbürgerlichen Lebenshaltung gehobene Parteibürokratie als einzige Erklärungsmomente für den Reformismus der Partei zu benutzen, *kann die SD in ihrem Gesamtcharakter als kleinbürgerlich bezeichnet werden*.¹³ Obwohl sie in ihrer Zusammensetzung zum größten Teil aus Arbeitern bestand¹⁴, blieb für sie der Sozialismus ein reines Gedankenziel. Der Kern ihrer Praxis war: „Umänderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege ... innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums.“¹⁵ Bereits in ihrer Blütezeit wurde die SD, wenn man ihre Gesamtwirkung und Gesamterscheinung, nicht besondere Seiten ihrer Ideologie und besondere Strömungen in ihrem Rahmen kennzeichnen will, nur als *kleinbürgerliche Arbeiterpartei wirksam*.

¹³ Wir legen dabei jene Kriterien zugrunde, nach denen Marx-Engels sich in der Beurteilung des „kleinbürgerlichen- Sozialismus zu richten pflegten. Vgl. z. B. F. Engels im Vorwort von 1887 zur „Wohnungsfrage“: „Andererseits aber in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, dass man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabsehbarer Zeit für möglich erklärt. Wenn man für entscheidend hält, nicht was die Menschen *erklären*, sondern was sie in praxi für ihr Ziel tun, so gilt diese Charakteristik für die SD überhaupt.

¹⁴ Vgl. R. Michels, Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII, 471 ff.

¹⁵ K. Marx, Der achtzehnte Brumaire, MEW 8, 14.

c. Die Richtungen in der Literatur über die Geschichte der SD

Die Zwiespältigkeit des Charakters der SD, die Zusammensetzung ihrer Taktik aus „halbdogmatischer Intransigenz und halbbigottem Gesetzlichkeitsdusel“¹⁶; die Widersprüche ihrer Gesamterscheinung, die nach Michels aus „drei Viertel reformistischer Taktik und ein Viertel revolutionärer Ideologie“ bestand, liefern die Erklärung für die so grundverschiedenen Deutungen, die die SD als Ganzes erfahren hat. Die Dehnbarkeit ihrer politischen Ideologie (wir zeigten dies an der Wandlungsfähigkeit in der Interpretation der „revolutionären“ Ziele der SD je nach den sozialen Schichten, denen sie sich vorstellte) gestattete die verschiedenartigsten Deutungen der Partei. Die einseitige Beachtung entweder der „Sonorität der Phrase in der Theorie“ oder der „resignierten Biegsamkeit in der Praxis“¹⁷ ermöglichte es, dass die SD in den einen Darstellungen als revolutionär-proletarische Klassenpartei, in den anderen als reine Reformpartei gedeutet werden konnte.

Überprüft man die Literatur zur Geschichte der SD in Bezug auf ihre Meinungsverschiedenheiten über die Entwicklung der Partei, so heben sich aus ihr deutlich zwei sich polar gegenüberstehende Auffassungen des Werdegangs der Partei, ihres Charakters und ihrer Entwicklungstendenzen ab, die ihren prägnantesten Ausdruck in den Arbeiten F. Mehrings und E. Bernsteins gefunden haben.

Diese Gegensätzlichkeit bekannter Darstellungen wird deutlich ins Bewusstsein gehoben, wenn man die Geschichtsbilder beider schematisch konfrontiert:

Mehring's „Geschichte der deutschen SD“, in ihrer endgültigen Fassung in der Atmosphäre der Revisionistendebatte des Dresdener Parteitages 1903 herausgegeben, ist die anschaulichste Verkörperung der offiziellen Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie, d. h. das Kompendium der Anschauungen über die Parteivergangenheit, die zum Arsenal der bis 1908 etwa als Einheit erscheinenden „radikalen“ Parteimehrheit gehörte.¹⁸ Nach seiner Auffassung hat sich die Entwicklung der deutschen SD in folgenden Bahnen vollzogen: Die deutsche Arbeiterbewegung, praktisch und theoretisch an den westeuropäischen Sozialismus anknüpfend, trägt von Anbeginn an *internationalistisches* Gepräge. Bereits die Jahre der bürgerlichen Revolution (1847-49) erzeugen in ihr den Gedanken der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse, des Klassenkampfes und des Proletariats als Trägers des Sozialismus. Nach der Reaktionszeit der 50er Jahre, die die ersten Ansätze zur Organisierung der Arbeiterklasse beseitigen und den „modernen wissenschaftlichen Kommunismus“ im Bewusstsein der Massen auslöschen, vollzieht sich in den Jahren 1863-69 die endgültige organisatorische und ideologische Loslösung der wiederbelebten Arbeiterbewegung vom Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie. Lassalle, überzeugter Kommunist im Sinne des Kommunistischen Manifests, dessen Lehren in ihm zwar erst „in der Übersetzung ins Politische und Juristische“ wirksam werden, begründet die SD als Klassenpartei des Proletariats. Seine Agitation modifiziert die Marxsche Lehre der historischen Situation und dem embryonalen Zustand der Bewegung entsprechend. Die Agitation der Internationalen Arbeiter-Assoziation Marxens und die Übertragung der Marxschen Ideen über die Lösung der deutschen Frage durch Liebknecht führen

¹⁶ Ivanoe Bonomi, zitiert von Michels in: Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands, Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV, 220.

¹⁷ Bonomi, a.a.O. 219.

¹⁸ Die Polemiken Mehrings mit anderen, zur damaligen Parteimehrheit gehörenden Führern (mit Kautsky und Rjazanov über das Lassalle-Marx-Problem; mit dem letzteren über das Verhältnis Marxens zu Bakunin; mit Bebel über Schweitzer) können hier nur angedeutet werden. Um die persönliche Sonderstellung Mehrings in der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende begreiflich zu machen, wäre eine ausführliche Darstellung dieses kompliziertesten psychologischen Phänomens des Journalismus in der Arbeiterbewegung erforderlich.

zur Gründung der Partei der „Eisenacher“ durch Bebel und Liebknecht. Der „Bruderzwist“, im Bewusstsein der Liebknechtschen Richtung als Auseinandersetzung zwischen Marxismus und „preußischem Regierungssozialismus“ erscheinend, reduziert sich in der Darstellung Mehrings auf den Kampf zweier proletarisch-revolutionärer Parteien, von denen die eine preußisch-deutsch, die andere antipreußisch-großdeutsch orientiert ist. Dieser Kampf ging um die Stellung der sozialistischen Fraktion zur Bismarckschen Politik und zur bürgerlichen Demokratie, und darüber hinaus um organisatorische Fragen (innerparteiliche Demokratie oder Zentralismus usw.). Nach der Lösung der deutschen Frage durch die „Revolution von oben“, nachdem die Fraktionen sich in der Abwehr gegen Polizeiverfolgungen, durch den gemeinsamen revolutionär-internationalistischen Protest gegen den Deutsch-französischen Krieg und in Wahlkampagnen angenähert haben, erfolgt 1875 auf das Drängen der Massen die organisatorische Verschmelzung. Die Ideologie *beider* Gruppen trägt noch im wesentlichen lassallsches Gepräge. (Lassalleanismus als im wesentlichen marxistische Theorie!) Die Bewegung als Ganzes hat bei der Vereinigung noch nicht jenen Entwicklungsgrad erreicht, den die Kritik Marxens am Gothaer Programm voraussetzt. Die *heroische Periode* des Sozialistengesetzes befestigt den intransigenten Kurs der Partei. In ihr werden die letzten Reste nicht-marxistischer Auffassungen aus dem Bewusstsein der Gesamtpartei ausgemerzt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, den der „siegreich unaufhaltsame Vormarsch des klassenbewussten Proletariats herbeiführt, registriert das Erfurter Programm den endgültigen Sieg der marxistischen Theorie und Taktik. Die Epoche seit dem 20. Februar 1890 (Termin der Reichstagswahlen), das Wachstum der Partei von Wahlsieg zu Wahlsieg - diese Einteilung der Parteigeschichte nach Parlamentsdaten ist typisch für alle Selbstdarstellungen der SD - stellt sich dar als „unaufhörliche Siegeslaufbahn“ der revolutionären Massenpartei ... Der Revisionismus hat „noch keinen Augenblick die praktische Parteipolitik zu beeinflussen vermocht“, er ist eine *Stimmung*, entstanden aus der Überlastung der Partei mit praktischer Arbeit, die den revolutionären Kurs der Partei nicht ernstlich gefährden kann. „... die Taktik der deutschen SD ist heute dieselbe, die einst das Kommunistische Manifest und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles offenes Antwortschreiben empfahl“¹⁹.

Diesem Geschichtsbild steht die Summe der Auffassungen Bernsteins, des Begründers und langjährigen Haupttheoretikers des Revisionismus, in entscheidenden Punkten diametral gegenüber. Nach ihm ist die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland in der Formel „von der Sekte zur parlamentarisch-reformistischen Partei“ umschlossen. Die „Revolutionsromantik“ des Kommunistischen Manifests, die Betonung der Gewalt als entscheidenden Mittels sozialistischer Politik und des Gedankens der proletarischen Diktatur, die Kritik der Demokratie als Ausdruck einer Periode, in der die Arbeiterklasse von der Teilnahme am Staatsleben ausgeschlossen war, - sie werden mit der zunehmenden Stärke des Proletariats und seiner wachsenden Zulassung zum politischen Leben inaktuell. Indem er die Bewegung auf die Erringung und Ausnutzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts konzentriert, begründet Lassalle die SD als eine durch das Parlament wirkende politische Partei der Arbeiterklasse. Die Entsendung von Arbeitervertretern ins Parlament, ihre Teilnahme an der Gesetzgebung, führt dazu, den Charakter der SD als einer durch Reformen wirkenden Massenpartei auszuformen. Der Kampf zwischen Lassalleanern und „Eisenachern“ 1865-75 erscheint als eine Verlängerung der Fronten des bürgerlichen Lagers im Kampf um die Konstituierung des Deutschen Reiches. Ihr Gegensatz (zwischen Schweitzers Politik sozialer Reformen und Liebknechts demokratischer Protesthaltung gegenüber Bismarck) erledigt sich mit der Reichsgründung, so dass die Vereinigung 1875 für keine der Fraktionen ein Aufgeben ihrer Prinzipien bedeutet. „Die theoretische Auffassung beider Flügel der geeinten Partei war im

¹⁹ F. Mehring, a. a. O., Bd. IV. 355

Wesentlichen die eines *demokratischen Staatssozialismus*, der allerdings in der Praxis durch die Gegnerschaft gegen den bürokratischen Polizeistaat und die feindliche Stellung zum Bismarckschen Regierungssystem erheblich modifiziert wurde.“²⁰

Das Sozialistengesetz unterbricht den Prozess der Ausgestaltung der reformistischen Politik der Partei, kann sie jedoch nicht von der Bahn des Parlamentarismus und Possibilismus abdrängen. Unter ihm wächst mit der Bedeutung der Partei im Parlament ihre Verantwortung für die parlamentarische Arbeit. – Das Erfurter Programm unterscheidet sich von dem Gothaer weder in seinen politischen noch in seinen wirtschaftlichen Zielen. Ihre Differenz liegt in der *Begründung* der Ziele. Ungeachtet der im Theoretischen verbleibenden Auseinandersetzungen zwischen Revisionismus und radikaler Parteimehrheit, die durch den Dualismus zwischen reformistischem Parlamentarismus und revolutionärer Agitation gekennzeichnet sind, hat die Partei in der *Praxis* den Schwerpunkt ihrer Politik weiter auf die Reformarbeit verlagert und in der Fortsetzung der vor dem Sozialistengesetz eingeschlagenen Taktik auf eine auf Zuspitzung der Klassengegensätze eingestellte Politik verzichtet. Die soziale Zusammensetzung der SD aus den fortgeschrittensten und aufgeklärtesten Schichten der Arbeiterklasse lässt die Perspektive einer Spaltung als absurd erscheinen. Die erziehende Kraft der praktischen Arbeit garantiert die Überwindung des Widerspruches zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis der SD, die die Funktionen einer *demokratischen Volkspartei* in Deutschland ausübt.

Die hier skizzierte Gegensätzlichkeit der historischen Betrachtung, die sich in der Darstellung jeder Phase der Bewegung reproduziert, findet ihre Erklärung im Kampf der Richtungen innerhalb der Partei um die Herrschaft über die Partei, wie er im Bewusstsein der Beteiligten erschienen ist, mögen auch die historisch wirksam gewordenen Trennungslinien innerhalb der SD anders als zwischen den durch Kautsky-Bebel repräsentierten „Radikalen“ und den Revisionisten verlaufen sein. Wie – um ein Beispiel statt vieler zu nennen – die Geschichtsforschung in Deutschland der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts ihre stärksten Antriebe erhalten hat aus dem Bestreben der politischen Fraktionen, in der Geschichte die Legitimation für ihre Politik zu finden, so erweist sich auch hier die parteigeschichtliche Darstellung als Mittel des politischen Kampfes, das *Geschichtsbild als politische Legende*.

Die Tradition erscheint geformt durch die Auffassungen der Kämpfenden über Wesen und Aufgaben der Partei in der Gegenwart, deren zentrale Frage die nach dem reformistischen oder revolutionären Charakter der SD ist.

Ohne auf die Frage einer Bestandsaufnahme sämtlicher Richtungen und Nuancierungen der Vorkriegsliteratur zur Geschichte und Soziologie der SD, ihrer politischen Antriebe und persönlichen Bedingtheiten einzugehen, kann festgestellt werden, dass sie sich in ihren allgemeinen Linien in die Polarität Mehring-Bernstein einordnet. Die Untersuchungen der nichtsozialdemokratischen Theoretiker entscheiden sich letzten Endes für eine der Antworten, die von den Richtungen der SD auf die Frage nach dem Charakter der Partei gegeben werden. Ihre Differenz liegt in außerwissenschaftlichen Bezirken begründet. Der weltanschauliche Standpunkt bedingt den Blick für bestimmte Seiten des Parteilebens, der dem sozialdemokratischen Theoretiker mangelt. Die Zensur, die der Parteipatriotismus für die Selbsterkenntnis der Partei bildet, fehlt.²¹

²⁰ E. Bernstein, Von der Sekte zur Partei, Jena 1911.

²¹ Die syndikalistisch-anarchistische Kritik der Selbstzwecktendenzen des Parteiapparates; die Prognose der Parteisplaltung durch die Repräsentanten bürgerlicher Parteien wie Brunhuber und Joos mögen als Beispiele dienen.

Die Unmöglichkeit jedoch, auch die Richtungen der nichtsozialdemokratischen Arbeiten über die SD anders als nach politischen Gesichtspunkten zu gliedern, zeigt bereits, dass auch diese Zeugnisse der Vorkriegsepoche über einen der wichtigsten Faktoren des sozialen Lebens ihren Charakter als wissenschaftlich formulierte Bekundungen bestimmter sozialer und politischer Positionen nicht verleugnen können.

Für die Richtigstellung der bisherigen Geschichtsbilder der SD und die Reproduktion der Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland, so wie sie sich *in Wirklichkeit* vollzogen hat, sollten hier einige Hinweise gegeben werden. Sie hat hoffentlich zur Zerstörung einer Legende beigetragen, nach der die SD seit dem Erfurter Programm ein halbes Menschenalter hindurch, nicht ernstlich gefährdet durch reformistische Vorstöße, den revolutionären Marxismus vertreten; der Reformismus erst seit 1908 etwa entscheidenden Einfluss in der Partei bekommen habe. Die radikale Schwenkung der vermeintlichen revolutionären Klassenpartei zu einer klassenfriedlichen, nationalen Politik am 4. August 1914 muss von den Gläubigen dieser Legende aus den Interessen der Arbeiteraristokratie, der Bürokratisierung der Partei und dem „Verrat“ von Führern erklärt werden. Ein quellenmäßiges Studium der Geschichte der SD dagegen liefert den Nachweis, dass die entscheidenden Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik in und nach dem Weltkriege bereits mit ihrer sozial bedingten Ideologie und Struktur in ihren Anfängen und beim Fall des Sozialistengesetzes gegeben waren.

Karl Friedrich Brockschmidt

1902 -

Literaturverzeichnis

Archiv f. Sozialwissenschaften usw. Bd. XXV [Archiv für sozialwissenschaft und sozialpolitik : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Auer, Ignaz, Nach zehn Jahren [Nach zehn Jahren : Auer, Ignaz, 1846-1907 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Auer, Ignaz, Nach zehn Jahren, II. Aufl. Nürnberg 1913 [Nach zehn Jahren; Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes : Auer, Ignaz, 1846-1907 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Bebel, August, Aus meinem Leben, Bd. II [Aus meinem Leben - Zweiter Teil](#)

Bernstein, Eduard, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. II [Bernstein, Eduard Geschichte Der Berliner Arbeiterbewegung II. \(1907\) : Eduard Bernstein : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Bernstein, Eduard, Die soziale Doktrin des Anarchismus, in: Die Neue Zeit, Jgg. X, Bd. I und II [Die NEUE ZEIT - Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

Bernstein, Eduard, Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Kämpfers und Lehrers, Berlin 1919 [The Project Gutenberg eBook of Ferdinand Lassalle, by Eduard Bernstein.](#)

Bernstein, Eduard, „Von der Sekte zur Partei“, Jena 1911

Bernstein, Eduard, Autobiographie (in: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart usw. Leipzig 1924

Blos, Wilhelm, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, München 1914-19. Bd. II

Brunhuber, Robert, Die heutige Sozialdemokratie, Jena 1906 [Die heutige Sozialdemokratie. Eine kritische Wertung ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und eine soziologische Untersuchung ihrer praktischen Parteigestaltung : Brunhuber, Robert, 1878-1909 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

„Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie“. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. 5. 1903. ['Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie', Bild 1 von 68 | MDZ](#)

Die „neue“ und die alte „Partei“, zitiert in der „Freiheit“ vom 28. 6. 1879

Dokumente des Sozialismus, Bd. III. [Dokumente des sozialismus; hefte für geschichte, urkunden und bibliographie des sozialismus : Bernstein, Eduard, 1850- \[from old catalog\] ed : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Eisners, Kurt, (W. Liebknecht, sein Leben und Wirken, II. Aufl. Berlin 1906) [Wilhelm Liebknecht, sein Leben und wirken : Kurt Eisner : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Eltzbacher, Paul, Der Anarchismus (Berlin 1900), [Der Anarchismus : Paul Eltzbacher : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Engels, Friedrich, in: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen [Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen ... : Friedrich Adolf Sorge , Johann Philipp Becker , Joseph Dietzgen , Friedrich Engels , Karl Marx : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Engels, Friedrich, Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen Deutschen Reiches in: Neue Zeit Jg. XIV, Bd. I. [Die NEUE ZEIT - Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

Engels, Friedrich an Bebel vom 12. 10. 75

Engels, Friedrich, Briefe an E. Bernstein, Berlin 1925

Engels, Friedrich, Die Bakunisten an der Arbeit, [MEW 18]

Engels, Friedrich, Internationales aus dem Volksstaat, [MEW 22]

Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, [MEW 20]

Engels, Friedrich, im Briefwechsel zwischen Marx und Engels (im Folgenden abgekürzt zu; BFW), Bd. II, vom 13. II. 1865

Engels, Friedrich, in der Einleitung von 1890 zum Kommun. Manifest, [MEW 4]

Engels, Friedrich, Vorwort von 1894 zu „Internationales aus dem Volksstaat“ [MEW 22]

Engels, Friedrich, „Die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit“ [MEW 16]

Engels, Friedrich, BFW IV, vom 6. 7. 69

Flugschrift: „Deutschlands Befreiung aus tiefster Schmach“, Koburg 1865 ['Deutschlands Errettung aus tiefster Schmach', Bild 1 von 56 | MDZ](#)

Hippe, G., „Unsere Organisationsformen- in der syndikalistischen „Einigkeit“ - Jg. 1911

Jurenew, Constantin [Pseudonym für Oscar Blum], Der Sozialismus als Ware, in: Grünbergs Archiv, VI, [Grünberg-Archiv](#)

Kampffmeyer, Paul, v. Vollmar und die Sozialdemokratie, Berlin 1892 v. [Vollmar und die Sozialdemokratie](#)

Kautsky, Karl, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, ['Kautsky, Karl: Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund', Bild 1 von 84 | MDZ](#)

Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil, Stuttgart 1912 [Das Erfurter programm in seinem grundsätzlichen theil : Kautsky, Karl, 1854-1938. \[from old catalog\] : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Kautsky, Karl, zur III. Auflage (1921) seiner Schrift „Der Weg zur Macht“

Kelsen, Hans, Marx oder Lassalle, in: Grünbergs Archiv, XI [Grünberg-Archiv](#)

Kelsen, Hans, Sozialismus und Staat. (Leipzig 1925) [Sozialismus und Staat : Eine Untersuchung d. po...](#)

Knief, Johann, „Lassalle“ (Grünbergs Archiv, Jg. XI, 1 ff.) [Grünberg-Archiv](#)

Korsch, Karl, Einleitung zu Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1922

Korsch, Karl, Marxismus und Philosophie, Grünbergs Archiv. Bd. XI. [Grünberg-Archiv](#)

Lassalles Gesammelte Reden und Schriften (herausg. von E. Bernstein, 12 Bde., Berlin 1919 [Gesammelte Reden und Schriften. Vollständige Ausgabe In Zwölf Bänden. I-XII : Lassalle, Ferdinand, 1825-1864 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Lassalles, Ferdinand, Arbeiterlesebuch, G. W. III, [Arbeiterlesebuch - Ferdinand Lassalle - Google Books](#)

Lassalles, Ferdinand, Arbeiterprogramm (!) G. W. II. [Ferdinand Lassalle: Das Arbeiter-Programm \(1862\)](#)

„Lassalle als Theoretiker der V.S.P.D.“, in: Die Internationale, Jg. VII,

N. Lenin und G. Sinowjew, Gegen den Strom, Hamburg 1921 [Gegen den Strom; Aufsätze aus den Jahren 1914-1916 : Zinov'ev, Grigori, 1883-1936 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Liebknecht, Wilhelm, zu Gotha 1875. Protokoll

Liebknecht, Wilhelm, Der Hochverratsprozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11.-26. 3. 1872, 2. Aufl. Berlin 1894 [Der Hochverraths-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner, vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872 : Liebknecht, Wilhelm, 1826-1900, defendant : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Liebknecht, Wilhelm, Hochverrat und Revolution, Sozialdemokratische Bibliothek, Bd. XVI, Zürich 1887 [Hochverrath und Revolution / Von W. Liebknecht - Digitale Sammlungen der Herzogin Anna Amalia Bibliothek](#)

Liebknecht, Wilhelm, Programmrede Liebknechts auf dem Parteitag zu Halle 1890

Liebknecht, Wilhelm, Programmrede Liebknechts auf dem Parteitag zu Erfurt 1891

Liebknecht, Wilhelm, Liebknechtsche Rede zur Bodenfrage 1869 in: Die Internationale, Jg. X. 213 [Kleine politische Schriften](#)

Liebknecht, Wilhelm, Trutz Eisenstirn, Teil I (Sozialdemokr. Bibliothek, XXIX), London 1889 [Trutz-Eisenstirn, Erziehendes aus Puttkamerun ; ein vierblättriges Broschüren-Kleeblatt nebst einem Anhang - Google Play Books](#)

Löwenstein (Fürth) auf dem Nürnberger Kongress 1868, von Liebknecht im Hochverratsprozess zustimmend zitiert

Lukács, Georg, Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen, Grünbergs Archiv XI [Grünberg-Archiv](#)

Lukács, Georg, „Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen“ in: Grünbergs Archiv Jg. XI. 401-423 [Grünberg-Archiv](#)

Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, [MEW 8]

Marx, Karl, Vorwort von 1888 zur 2. Auflage seiner Rede „Über die politische Stellung usw.“ (Sozialdem. Bibliothek, Bd. XXV, London 1889 [MEW 4]

Marx, Karl, Enthüllungen über den Kommunistenprozess, Berlin 1914 [MEW 8]

Marx, Karl, Briefe an Kugelmann, Berlin 1924

Marx, Karl, Der 18. Brumaire, [MEW 8]

Marx, Karl, Klassenkämpfe in Frankreich, [MEW 7]

Marx, Karl, u. A. an F. A. Sorge, Stuttgart 1906

Marx, Karl, Elend der Philosophie, Stuttgart 1892, Marx, Karl, Kommunistisches Manifest, [MEW 4]

Marx, Karl, im Briefwechsel zwischen Marx und Engels (im Folgenden abgekürzt zu; BFW), BFW IV, vom 2. 2. 68, BFW IV, vom 14. 10. 68

Marx, Karl, BFW III, vom 22. 10. und 17. 12. 67

Marx, Karl, BFW IV vom 17. 8. 70

Marx, Karl, BFW IV vom 2. 9. 70

Marx, Karl, St. Max, Teilabdruck der „Heiligen Familie“, [MEW 3]

Marx, Karl, Elend der Philosophie, Stuttgart 1892 <https://viewer.rsl.ru/ru/rsl01004444282?page=1&rotate=0&theme=white>

Marx, Karl, Das Elend der Philosophie, [MEW 4]

Marx, Karl, Der Bürgerkrieg in Frankreich, [MEW 17] /

Marx, Karl, Das Kapital, Bd. I. Kapitel 24 [[MEW 23]

Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire, [MEW 8]

Marx oder Bakunin? (Neuausgabe der Marxschen Allianzbrochüre) Stuttgart 1920 [Karl Marx oder Bakunin? : Karl Marx : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Mayer, Gustav, J. B. v. Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909 [Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie; ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : Mayer, Gustav, 1871-1948 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Mayer, Gustav, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in Grünbergs Archiv II [Grünberg-Archiv](#)

Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. IV [Geschichte der deutschen Sozialdemokratie : Mehring, Franz, 1846-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Mehring, Franz, Die Geschichte eines Schlagworts, in: Neue Zeit, Jgg. XV, 2 [/var/www/library.fes.de/neuezeit/print/189697b/189697b_0513.tif](#)

Michels, Robert, Der sozialistische Patriotismus bei Carlo Pisacane in: Sozialismus und Faschismus in Italien, München 1925, Bd. II

Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXV [Archiv für sozialwissenschaft und sozialpolitik : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Michels, Robert, Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. XXIII [Die deutsche Sozialdemokratie](#)

Most, Johann, „Taktik“ contra „Freiheit“? London 1879 [Johann Most - "FREIHEITS"-Reminiszenzen - www.anarchismus.at](#)

Müller, Hans, Der Klassenkampf in der Sozialdemokratie, Zürich 1892 [Digitalisierte Sammlungen der Staatsbibliothek zu Berlin Werkansicht: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie: mit einem polemischen Nachwort: K. Kautsky's Abenteuer in Zürich\(PPN77610814X - {4} - Übersicht mit Inhaltsverzeichnis\)](#)

Neue Rheinische Zeitung v. 6. Nov. 1848, in: Aus dem literarischen Nachlass von Marx und Engels, MEW 5,

Neue Rheinische Revue, Heft 4 ['Neue rheinische Zeitung. 4. 1850', Bild 1 von 82 | MDZ](#)

Nieuwenhuis, Ferdinand Domela, Der staatssozialistische Charakter der deutschen Sozialdemokratie - Archiv s. Sozialw. u. Sozialpol., Bd. 28 [Der staatssozialistische Charakter der Sozialdemokratie : Ferdinand Domela Nieuwenhuis : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Oncken, Hermann, Lassalle, 3. Aufl., Stuttgart 1920 [Lassalle; eine politische Biographie : Oncken, Hermann, 1869-1946 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Parvus [Pseudonym für Alexander Helphand], Die Handelskrise und die Gewerkschaften, München 1901 [Die Handelskrise und die Gewerkschaften - Deutsche Digitale Bibliothek](#)

Parvus, Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896. [Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie: kritischer Bericht über die Frage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeitsbewegung by Parvus - Books on Google Play](#)

Plechanow, Georg, Anarchismus und Sozialismus, III. Aufl., Berlin 1911 [Anarchismus und Sozialismus : Plechanow, Georg : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Pohle, Ludwig, Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert, V. Aufl., Leipzig 1923 [Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert - Ludwig Pohle - Google Books](#)

Protokoll von Nürnberg in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus, 1906. 6. Halbjahresband

Protokoll von Wyden Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage, Hamburg 1878

Rocker, Rudolf, J. Most, Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924

August Sartorius Freiherr von Waltershausen. Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914. II. Aufl., Jena 1923 [Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1815-1914 : Sartorius von Waltershausen, August, Freiherr, 1852-1938 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Schippel, Max, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902

Schröder, Wilhelm, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912 [Digitale Sammlungen: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland](#)

Schweichel, Robert, Programmrede zu Nürnberg 1868

Schweitzer, Johann Baptist von, Politische Aufsätze und Reden, hsgg. v. Mehring, Berlin 1912 [Politische Aufsätze und Reden. Mit Einleitung und Anmerkungen : Schweitzer, Johann Baptist von, 1833-1875 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Sinowjew, Grigori, Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924, Teil 1 '[Zinov'ev, Grigorij Evseevič: Der Krieg und die Krise des Sozialismus](#)', Bild 1 von 680 | MDZ

Sinowjew, Grigori, Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands, Hamburg 1922

Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 4. Aufl., Berlin 1919 [Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert : Sombart, Werner, 1863-1941 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Sozialdemokrat vom 24. 5. 80 (Erklärung der Berliner Organisation für Hasselmann) und v. 8. 6. 80

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage, Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871-1893. Berlin 1909 [Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag: Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871 bis 1893 : Bebel, August, 1840-1913 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

„Sozialistische Bibliothek“, herausg. von H. Teistler, Berlin 1892 [Die Sozialistische Bibliothek \(1892\)](#)

v. Stein, Lorenz, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Bd. I, [Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage : Stein, Lorenz von, 1815-1890 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Vollmar, Georg von, Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1892 [Über die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, Zwei Reden, geh. am 1. Juni u. 6. Juli 1891 zu München - Google Play Books](#)

Vollmar, Georg von, „Der isolierte sozialistische Staat“ in: Jahrbuch für Sozialwiss. hsgg. v. Richter, 1879, Bd. I [Der isolierte sozialistische Staat, eine sozialökonomische Studie - Google Play Books](#)

Weyrich, Fr., im „Volksstaat“ v. 30. 7. 1870 [Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie / Der Volksstaat. Leipzig : \[Verlag nicht ermittelbar\], 1869-\[1875\] : 7 \(1875\)](#)

Zoccoli, Hektor, Die Anarchie, Leipzig 1909 [Die Anarchie : Hektor Zoccoli : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Die Erörterungen innerhalb der deutschen
Sozialdemokratie
über das Problem des Imperialismus
(1895-1914)

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
philosophischen Fakultät der
Universität Frankfurt am Main

Vorgelegt von
Kurt Mandelbaum
aus Schweinfurt am Main

Peuvag, Druckereifiliale Frankfurt a. M.

Referent: Prof. Dr. C. Grünberg
Korreferent: Prof. Dr. H. Platzhoff

Tag der mündlichen Prüfung:
18. Dezember 1926

Promotion 23. VIII. 1929

Erstes Kapitel: Der Charakter und die innerparteilichen Gruppierungen der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit.

Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie war mit der Herausbildung einer selbständigen Arbeiterpartei in Deutschland noch keineswegs vollendet. Als in den 60er Jahren der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein *Lassalles* und die von *Bebel* und *Lieb-knecht* geführte Sozialdemokratische Arbeiterpartei („Eisenacher“) gegründet wurden, war das moderne Proletariat erst im Entstehen begriffen. Schuster, Schneider, Tabakarbeiter, Buchdrucker – also Berufsgruppen, die mit dem Kleinbürgertum am engsten verbunden sind, bildeten das Gros der beiden Richtungen, in denen sich die junge Arbeiterbewegung sammelte. *Lassalles* vormarxistischer Sozialismus, noch ganz im Banne radikal-bürgerlicher Ideen und Bestrebungen, bestimmte die politische Ideologie ebenso der Eisenacher wie der Lassalleaner. Noch das Gothaer Programm (1875) der geeinten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands enthält als politische Forderungen nur die bekannten Losungen der Demokratie: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Ins Gesamtbewusstsein der Partei waren nach dem bekannten bitteren Wort Marxens die sozialistischen Ideen „nicht einmal hauttief“ eingedrungen¹. Erst im Erfurter Programm vom Jahre 1891 haben sich die Gesichtspunkte des „wissenschaftlichen Sozialismus“ stärkere Geltung verschafft. Aber obwohl jetzt die Lassalleschen Formeln verabschiedet wurden, blieben die vormarxistischen Ideologien auch weiterhin in der Sozialdemokratie lebendig. Nur einzelne Bruchstücke der Marxschen Theorie wurden rezipiert und lediglich in eine Oberschicht der Partei hineingetragen.

[6] Unter dem Eindruck der ökonomischen Depression hatte Engels noch in den 80er Jahren mit einer nahe bevorstehenden Revolution in Deutschland gerechnet². Aber die Prosperität, die im folgenden Jahrzehnt einsetzte, vernichtete diese Erwartungen. Die Praxis der Sozialdemokratie, die nun einen gewaltigen Aufstieg nahm, bestand wesentlich im allmählichen Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die für die Erringung von Reformen eingesetzt wurden. Ihr Haupttätigkeitsfeld verlegte die Partei ins Parlament. Das Sozialistengesetz hatte die Leitung der Sozialdemokratie der Reichstagsfraktion, die der einzige legale Konzentrationspunkt für die Agitation war, in die Hand gegeben. Aus dieser Epoche kam die Partei erheblich parlamentarischer heraus, als sie in sie eingetreten war. Die zweite Wahl unter dem Ausnahmegesetz hatte 24 Sozialisten in den Reichstag gebracht, die nun durch ihre Zahl unter Umständen für Annahme oder Ablehnung einer Vorlage den Entscheid gaben. Die Haltung der Fraktion zu den Zollfragen, die innerparteilichen Auseinandersetzungen, zu denen es im Winter 1884/85 aus Anlass der Frage der Subventionierung von Dampferlinien nach Ostasien kam, zeigten, dass man nun die Betätigung im Parlament erheblich höher wertete als vorher. Erst jetzt beginnt die Sozialdemokratie in die Landtage, Gemeindevertretungen, Gewerbeberichte einzudringen, und je erfolgreicher die Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war, desto rascher bildete sich diese neue Kampfweise aus. Als von Wahl zu Wahl die Zahl der sozialistischen Stimmen und, mit Ausnahme des Jahres 1907, auch die der sozialdemokratischen Mandate stieg, da schien es in der Tat so, als habe die Regierung

¹ Vgl. Marx, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, Neue Zeit (abgekürzt N. Z.) IX, I, S. 561.

² Vgl. Die Briefe von F. Engels an Eduard Bernstein, S. 61 (Brief vom 22. Februar 1882).

die gesetzliche Aktion der Arbeiterschaft mehr zu fürchten als die ungesetzliche³. Aber in Wirklichkeit hat sich erwiesen, dass die Gleichsetzung von parlamentarischer Macht mit Klassenmacht zu Unrecht geschah. Denn indem die Sozialdemokratie als ausschließliche Zeitungsleser- und Wählerpartei allen Bewegungen widerstrebte, die vom Mechanismus der Wahl abwichen, begab sie sich jeder Möglichkeit, die von ihr repräsentierte Macht des Proletariats auch wirklich zu realisieren⁴. Sie rechnete [7] mit einer Entwicklung, die ihr schließlich die Mehrheit der Wahlstimmen zuführen und sie in der einen oder anderen Form zum Herrn der Regierung machen werde. Da sie diese parlamentarische Stärke noch nicht besaß, überließ sie im Übrigen nach einem Worte *Kautskys* die Frage der Machteroberung ruhig der Zukunft⁵. So wurde der Sozialismus mehr und mehr zu einer bloßen „Idee“, die wohl im Kopf eines jeden Arbeiterführers lebte, aber für die Entscheidung über die Tageskämpfe irrelevant war⁶.

Hand in Hand mit dieser rein parlamentarischen Taktik ging jene prinzipielle Verwässerung und opportunistische Wandelbarkeit, die die Sehnsucht nach einem Maximum an Wählern mit sich bringt. Die Wahl gab der Partei Gelegenheit, sich an alle Volksschichten zu wenden; in der Anpassung ihrer Agitation an die ideologischen Bedürfnisse des deutschen Kleinbürgertums, auf das sie vor allem rechnen konnte, fand sie den besten Weg, sich den Zugang zur Wählerschaft offenzuhalten. Und in dem Maße, wie die Sozialdemokratie bei den Wahlen tatsächlich starke Unterstützung aus bürgerlichen Schichten erhielt⁷, stieg der Einfluss dieser „Mitläufer“ auf die Taktik der Partei, deren Klassencharakter dadurch abgeschwächt, neutralisiert wurde. Unverkennbar äußerte sich dies im Verhalten der Partei vor allem im Reichstag, wo sie die Vertretung der demokratischen Klagen und Forderungen übernahm. Selbst dem offiziellen Parteiprogramm hat der Einfluss der Wählerschaft seinen Stempel aufgedrückt. So erklärt *Kautsky* in Erläuterung des Erfurter Programms, dass „nur ein Teil der Forderungen der Sozialdemokratie reine Arbeiterforderungen, d. h. solche Forderungen sind, die ausschließlich im Interesse des Lohnproletariats gestellt werden. Der weitaus größte Teil der Forderungen betrifft das Gebiet der Interessen, die das Proletariat mit den anderen Schichten der [8] werktätigen Bevölkerung gemein hat. Manche dieser Forderungen stellt auch die bürgerliche Demokratie“⁸.

Die reformistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung fanden eine besonders starke Stütze in den Gewerkschaften. Mit der riesenhaften Entwicklung der einzelnen Verbände und der technischen Spezialisierung der Lohnkämpfe war hier eine Bürokratie entstanden, stärker noch als in der Partei, die mehr an Form als an Inhalt der Bewegung interessiert war. Dieser Beamtenapparat erhob die Legalität zum Prinzip und stellte als erstes Gebot die Forderung an die Arbeiter, sich von jeder „Aktion“ zurückzuhalten, die Kassen und Organisationen gefährden könnte. „Um unsere Organisationen auszubauen, dazu bedürfen wir in der

³ Vgl. Engels, Einleitung zu Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, S. 17.

⁴ Der einzige Beschluss, der den Massenstreik (im Falle der Kassierung des Reichstagswahlrechtes) vorsah, der Beschluss des Jenaer Parteitages von 1905, wurde schon 1 Jahr später auf dem Mannheimer Parteitag nach Übereinkunft des Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften wieder in die Ecke gestellt.

⁵ Kautsky in: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“, S. 172.

⁶ „Es ist uns unerfindlich, was dieses (sozialistische) Endziel mit der Entscheidung über die jeweilige Taktik zu tun haben soll. Das Endziel besteht doch im Kopf jedes Führers der Arbeiterbewegung ... Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, Jahrgang XVI (1906), Nr. 36.

⁷ Vgl. R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 20, S. 507 ff.

⁸ Kautsky, Das Erfurter Programm, S. 258.

Arbeiterbewegung Ruhe“⁹ – so lautete, immer gleichbleibend, das Argument, das die Gewerkschaftsführer gegen alle größeren Streiks ins Treffen führten. Die stürmischen Szenen, die sich 1905 im Ruhrgebiet abspielten, als der Streik der Bergleute gegen den Willen einer starken Arbeitermehrheit abgebrochen wurde, zeigen, wie der Antagonismus innerhalb des Proletariats, der aus der Natur der Massenorganisation entsprang, eine einheitliche Klassenpolitik erschwerte¹⁰.

In der gleichen Richtung wirkten die durch die verschiedenen Anwendungsweisen der Arbeitskraft erzeugten Besonderungen des proletarischen Interesses. Gerade in einer Zeit ökonomischer Prosperität blieb das Bestreben innerhalb des Proletariats immer lebendig, aus der proletarischen Existenz in die bürgerliche aufzusteigen. In der Politik etwa des Buchdruckerverbands, der unter der Parole parteipolitischer Neutralität eine Organisationsarbeit propagierte, „die nicht vom [9] Standpunkt eines missverständlichen Klassenbewusstseins oder Klassenkampfes ausgeht, sondern von Erwägung der Zweckmäßigkeit“¹¹, haben sich solche proletarischen Sonderinteressen sehr stark geltend gemacht. Daneben bietet die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Maifeier und der damit eng zusammenhängenden Frage des Massenstreiks eine Menge Beweismaterial“¹² für die auf dem Jenaer Parteitag (1905) vorgetragene Behauptung Rich. Fischers, dass in manchen Gewerkschaften ein „gewisser Hang zu einer Art Zünftlertum hervortrete und schon zu einer Verleugnung des sozialistischen Charakters dieser Organisationen geführt habe“¹³.

Umso bedeutsamer ist nach alledem die Tatsache, dass die gewaltige Entwicklung der Mitgliederzahl und der finanziellen Bereitschaft der Gewerkschaften deren Machtstellung gegenüber der Partei immer mehr verstärkt hat, und dass dieses veränderte Kräfteverhältnis schließlich zum Ausdruck gelangte, als der Mannheimer Parteitag (1906) den Kölner Gewerkschaftsbeschluss anerkannte, durch den die Arbeiterschaft davor gewarnt wurde, sich durch die Aufnahme und Verbreitung des Gedankens revolutionärer Massenaktionen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen. Dieser Mannheimer Parteitag, mit dem der Sitz des politischen Willens der Arbeiterbewegung von der Partei auf die Gewerkschaften überging, hat den Schlussstrich unter eine Entwicklung gesetzt, die im prosperierenden Kapitalismus sich schon vorher nicht nur angebahnt, sondern mehr oder weniger stark durchgesetzt und der

⁹ Bömelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongress (1905), Prot. S. 221.

¹⁰ Konrad Haenisch weiß über die Stimmung der Ruhrarbeiter bei Abbruch des Streiks vom Jahre 1905 in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ (1905, Nr. 5) und der „Leipziger Volkszeitung“ (1905, Nr. 41) folgendes zu berichten: „Es war ein Moment (als den Massen der ohne ihre Zustimmung gefasste Beschluss der Führer bekannt wurde), den ich nie vergessen werde, als nun plötzlich, mitten in eine der Schlussreden hinein, der wilde, vielstimmige Schrei „Weiterstreiken“ drang und eine Schar empörter Bergarbeiter von draußen durch eine Seitentür auf das Podium zu stürmen suchte ... Ganz Essen durchgellte in jener Stunde der vielstimmige Schrei „Verrat“ ... Wie es den zum Wiederanfahren auffordernden 250 000 Flugblättern erging, die in rasender Wut von der tobenden Menge vernichtet wurden, erging es auch zahllosen Verbandsbüchern aller Organisationen“. Zitat bei R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, S. 201 f.

¹¹ Vgl. Rexhäuser, Zur Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. S. 30 f.

¹² Vgl. neben dem Protokoll des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905) die zusammenfassende Darstellung bei F. Giovanoli, Die Maifeierbewegung, S. 49 ff. und Theod. Buddeberg, Das soziologische Problem der Sozialdemokratie, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Band 39, S. 108.v

¹³ Protokoll des Jenaer Parteitages, S. 239 ff.; dazu Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, Band II, S. 22: „Der Ton in der gegenwärtigen Gewerkschaftspresse ist nicht annähernd so sozialdemokratisch wie in den 70er Jahren, und die Reden, die gehalten werden, erstrecken sich in 90 von 100 Fällen nicht über die Materie der eigenen Gewerkschaft hinaus.“

Sozialdemokratie eine Funktion *innerhalb* der bestehenden Ordnung zugewiesen hatte: „Sie ist“, so schreibt der Parteivorstand 1903, „eine Art öffentliches Gewissen. Wäre ihr Verschwinden überhaupt möglich, es wäre ein unersetzlicher Verlust für unser öffentliches Leben, das selbst die Gegner der Partei sich ohne deren Existenz und Tätigkeit nicht mehr vorstellen [10] können“¹⁴. So ist die Sozialdemokratie nie mehr gewesen, als eine legale Oppositionspartei.

Bei alledem konnte sie den Anschein revolutionärer Intransigenz aus verschiedenen Gründen relativ lange aufrechterhalten. Es soll nicht bis ins Einzelne nachgeprüft werden, ob Kolb recht hatte, wenn er auf der badischen sozialdemokratischen Landeskonferenz (1910) ausführte, die Partei gestatte sich nur deshalb und so lange die „Komödie“, Vorlagen, die kleine Vorteile gewähren, aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen, als sie sicher sei, dass sie auch ohne ihre Stimme angenommen würden¹⁵. Sicher aber ist ihr die Standhaftigkeit in der entscheidenden Frage des Ministerialismus sehr billig zu stehen gekommen: ein „gütiges Geschick“ machte es ihr in der wilhelminischen Monarchie unmöglich, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen – daher die „revolutionäre“ Abstinenz¹⁶.

Durch eine solche Parteipraxis, wie sie soeben in allgemeinen Zügen beschrieben wurde, musste auch die Theorie der Arbeiterbewegung tangiert werden. In der Tat bekam der Marxismus durch die sozialdemokratischen Theoretiker eine besondere Gestalt, in der er seinen revolutionären Inhalt verleugnet. An dieser Revision haben nun nicht nur die „eigentlichen“ Revisionisten, sondern auch diejenigen ihrer Gegner mitgewirkt, die in Kautsky ihren theoretischen Führer sahen. Freilich ist diese Tatsache durch den mystifizierenden Kampf zwischen Bernstein und Kautsky verdunkelt worden. Hier stoßen wir zum ersten Mal auf die innerparteilichen Diskussionen, deren Aufklärung uns im Folgenden beschäftigen wird.

Nach der Verdrängung der „Jungen“ aus der Partei (1891) und bis etwa 1908 standen sich zwei Richtungen in der Sozialdemokratie gegenüber. Wilhelm *Liebknicht*, *Bebel* und *Kautsky* traten als Wortführer der Mehrheit einer Minderheit entgegen, die sich um *Bernstein*, *Vollmar*, *David* gruppierte. Diese Gruppen werden gewöhnlich folgendermaßen charakterisiert: Die Mehrheit galt und nannte sich selbst radikal, revolutionär und marx-orthodox, die „rechte“ Minderheit reformistisch und revisionistisch. Man kann jedoch diese Bezeichnungen, in der so schroffe Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen, dass über Gegenstand und Bedeutung der Auseinander- [11] setzungen kein Zweifel möglich erscheint, nicht ohne weitere Prüfung annehmen. Bei einer näheren Betrachtung der Diskussionen Kautskys mit Bernstein wird denn auch die übliche Charakterisierung Lügen gestraft. Der „radikale“ Flügel stellte es so hin, als sei die „altbewährte, sieggekrönte und revolutionäre Taktik“ durch die revisionistischen Neuerer bedroht. Nun gab sich jedoch der Revisionismus immer und mit dem größten Nachdruck als eine nur theoretische Richtung aus, die in keinerlei Gegensatz zur Praxis der Partei stünde, sondern lediglich das Ziel verfolge, die herkömmliche Politik in einer neuen Theorie zusammenzufassen, die dem in Wahrheit reformistischen Charakter der Sozialdemokratie mehr entspreche als das durch Tatsachen längst widerlegte, von der Partei jedoch festgehaltene revolutionär-marxistische Dogma¹⁷. Es gälte, die Belastung zu bekämpfen,

¹⁴ Vgl. Handbuch für sozialdemokratische Wähler (1903), S. 13.

¹⁵ Zitiert bei Joos, Die Krisis in der Sozialdemokratie, S. 72.

¹⁶ Vgl. Bernstein, Das vergrabene Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie, Sozialist. Monatshefte (abgekürzt S. M.) X, I, S. 287 ff.

¹⁷ So ruft Bernstein der Sozialdemokratie zu, sie solle den Mut finden, „sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist, eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“ (Voraussetzungen des Sozialismus, S. 230). Derselbe auf dem Dresdener Parteitag 1903 (Protokoll 391): „Nach meiner Auffassung liegt die Aufgabe des Revisionismus auf dem Gebiet

die die traditionelle Taktik durch ihre sinnlose Bindung an eine überlebte Theorie erfahre, und diese Taktik so zu stärken. Freilich wurde die Haltung der Partei, mit der sich also auch die oppositionelle Minderheit im Wesentlichen einverstanden erklärte¹⁸, von beiden Lagern verschieden begründet. Nach *Kautsky* ist – wir haben das schon angedeutet – die Sozialdemokratie revolutionär; denn ihre Wirksamkeit ziele im Einklang mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft darauf hin, die Klassengegensätze immer mehr auf die Spitze zu treiben, wo es zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Bürgertum und Proletariat kommen müsse¹⁹. Der rechte Flügel dagegen sah in der Politik der Partei, anders als in ihrer Phraseologie, jene weise Beschränkung auf legal-parlamentarische Tätigkeit und reformerische Kleinarbeit verwirklicht, die ihre eigene These von der schrittweis-organischen Durchdringung des Kapitalismus durch den Sozialismus bestätige. Die Auseinandersetzung scheint also im Wesentlichen darin bestanden zu haben, dass die einen als *reformistisch* gut hießen, was die anderen auch, aber als *revo-* [12] *lutionär* befürworteten. Scheinbar also ein Streit nur um Worte, um Auslegung, der die Politik der Partei gar nicht in Frage stellte?! Dafür spricht schon die Tatsache, dass die beiden bisher erwähnten Gruppen sich in dem Augenblick, wo die „altbewährte“ Taktik von einer dritten Gruppe wirklich kritisiert wurde – dies geschah 1890/91 durch die „Jungen“ und später durch die Gruppe um *Rosa Luxemburg*, die sich von der Parteimehrheit losgelöst hatte, – zu gemeinsamer Abwehr solcher Angriffe verbänden. Wo große taktische Differenzen in der Sozialdemokratie wirklich unverschleiert zum Austrag kamen, verliefen die Trennungslinien im Allgemeinen nicht zwischen Marx-Orthodoxen (Bebel-Kautskyscher Prägung) und Revisionisten²⁰. Und doch haben die bezeichneten Lager über ein Jahrzehnt lang erbittert miteinander gekämpft. Warum also die großen Auseinandersetzungen? Gewisse theoretische Differenzen waren wohl vorhanden. Denn sicher hatte *Kautsky*, der annahm, dass sich die Klassengegensätze notwendig verschärfen müssten, eine andere Meinung über den Entwicklungsgang der kapitalistischen Gesellschaft als *Bernstein*, nach dessen Überzeugung sich diese Gegensätze allmählich mildern würden. Wie die Vereinbarung des theoretisch Unvereinbaren in einer Praxis möglich war, die anscheinend beide Richtungen zufriedenstellte, wurde andeutend schon vorweggenommen: Die Bereitschaft zum Entgegenkommen an die bestehende Ordnung wurde auch bei den Revisionisten durch den Halbabsolutismus des früheren Deutschen Reiches erheblich modifiziert. Nur wo liberalere politische Verhältnisse herrschten, wie in Süddeutschland, zog der Revisionismus alle politischen Konsequenzen (Budgetbewilligung) und setzte sich damit allerdings in einen praktischen Gegensatz zur Parteimehrheit. Aber die Zustimmung der Reichstagsfraktion zur Wehrvorlage (1913) und die Debatte über die Geldbewilligungsfrage auf dem Leipziger Parteitag von 1909 beweisen²¹, dass dieser Gegensatz keineswegs ein grundsätzlicher war. Überhaupt zeigt eine nähere Analyse, dass gerade auch die theoretischen Differenzen zwischen der von *Bebel* und *Kautsky* vertretenen Marx-Orthodoxie und den Anhängern [14] *Bernsteins* nirgends so tief waren, wie es zunächst den Anschein hat.

der Theorie und nicht auf dem der Praxis.“ Ebenso Kolb auf diesem Parteitag. (Protokoll 349): „Der Revisionismus ist gar nichts anderes als die bisherige bewährte Taktik.“

¹⁸ Vgl. Vollmar auf dem Erfurter Parteitag (Protokoll 190, 260).

¹⁹ Vgl. *Kautsky* auf dem Dresdener Parteitag 1903 (Protokoll 382).

²⁰ Wir werden dies ausführlich an den Auseinandersetzungen nachweisen, die über das Problem des Imperialismus geführt wurden. Die einzige grundsätzliche und die Praxis unmittelbar berührende Frage, bei deren Beurteilung sich die beiden erwähnten Lager ziemlich reinlich schieden, war wohl die Budgetbewilligungsfrage. Auf sie kommen wir sofort zu sprechen.

²¹ Vgl. die Darstellung bei *Bernstein*, *Von der Sekte zur Partei*, S. 56 f.

Die Rezeption des Marxismus durch die Sozialdemokratie hatte sich im Wesentlichen auf diejenigen Elemente der Marxschen Theorie beschränkt, die der Partei den „Glauben“ an den „Endsieg“ geben und ihre von außen erzwungene Intransigenz rechtfertigen konnten. Nur der Inhalt des 1. Bandes des „Kapital“ und die dort aufgezeigten allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung waren in das theoretische Arsenal der Sozialdemokratie eingegangen. Der Widerspruch zwischen diesen Tendenzen und ihrer Erscheinungsform in der gegebenen Epoche war die Grundlage für die Entstehung des Revisionismus. Die ökonomische Prosperität schien die Lehre vom Zusammenbruch des Kapitalismus zu widerlegen, während gleichzeitig die sozialdemokratische Praxis mit ihrer Beschränkung auf die Legalität die Vorstellung vom grundsätzlich revolutionären Charakter des Proletariats erschütterte. Der Revisionismus hob diese Widersprüche ins Bewusstsein und opferte das Dogma, um den „Tatsachen“ gerecht zu werden. Demgegenüber bestand nun die Verteidigung des Marxismus durch Kautsky im Wesentlichen darin, dass er diese Widersprüche durch Interpretation der Worte *Marxens* miteinander auszusöhnen trachtete und dass er – wie das *Herkner* richtig darstellt – „allerlei Sätze von Marx zusammensuchte, welche sich zur Not im Sinne der Bernsteinschen Lehre auslegen ließen, d. h. er behauptete also nicht, dass Bernsteins Sätze an sich unrichtig seien. Bernstein irre nur darin, dass er Marx andere Ansichten unterschiebe“.²² Ganz besonders die politischen Begriffe des Marxismus wurden durch solche Auslegungen umgedeutet. So hat Kautsky die Notwendigkeit der sozialen Revolution zwar anerkannt, fügte jedoch die ausdrückliche Erklärung bei, Marx habe die Revolution immer nur „im Sinne der politischen Ökonomie“, nicht aber „im Polizeisinne“ verstanden²³. Auf demselben Wege wurde aus der *Marxschen* Diktatur des Proletariats die Vorstellung eines „kraftvollen Parlaments nach englischem Muster mit einer sozialdemokratischen Mehrheit“.²⁴

Die Grenze, die der Verarbeitung des Marxismus durch die Sozialdemokratie gesetzt war, ergab sich von vornherein durch die Tatsache, dass diese Theorie lediglich als Rechtfertigungsmittel der „altbewährten“ Taktik angeeignet wurde. Der Hinweis auf den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus war die beste Verteidigung einer Politik ruhigen Abwartens, da die Partei mit Kautsky der Meinung war, dass eine Vorbereitung der Umwälzung unmöglich sei oder nur in der Verstärkung der Wahlagitation liegen könne. Die Belanglosigkeit eines Radikalismus, der in der Sozialdemokratie wohl „eine revolutionäre, aber nicht eine Revolutionen machende Partei“²⁵ sehen wollte, liegt auf der Hand.

Nun hat allerdings die parteioffizielle Theorie die Vorstellung von der künftigen Mission des Proletariats, vom „naturnotwendigen“ Zusammenbruch des Kapitalismus und dem sicheren Kommen der Zukunftsgesellschaft nie aufgegeben, während der Revisionismus das Endziel entweder überhaupt preisgab oder doch eine sehr starke Skepsis ihm gegenüber an den Tag legte²⁶. Wir haben gezeigt, dass dieses grundsätzliche Bekenntnis der Sozialdemokratie für

²² *Herkner*, Die Arbeiterfrage, Band II, S. 343.

²³ *Kautsky*, Bernstein und das sozialdemokratische Programm, S. 182.

²⁴ Brief *Kautskys* an *Mehring* aus dem Jahr 1893, mitgeteilt in der Einleitung zu Rosa Luxemburgs Ges. Werken, Band III. – Über *Marxens* Vorstellung von der proletarischen Diktatur vgl. „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, passim.

²⁵ *Kautsky*, Weg zur Macht, S. 57. – *Bernstein* hat sehr gut die Grenze des *Kautskyschen* Radikalismus gesehen: „... welchen Zweck hat also die Betonung dieser Möglichkeit (der Revolution), wenn man nicht gewillt ist, gegebenenfalls die Revolution selbst herbeizuführen?“ (Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus, S. M. 1908, III, S. 1511).

²⁶ Neben dem bekannten Satz, dass „die Bewegung alles, das Endziel nichts“ sei, sind für die Skepsis *Bernsteins* in Bezug auf das Endziel folgende Ausführungen bezeichnend: „Da die Menschen in ihrem Bau und ihren

die Praxis nur wenig bedeutete und dass es gerade die Spannung zwischen der Sonorität der Phrase in der Theorie und der opportunistischen Biegsamkeit in der Praxis war, die den Revisionismus auf den Plan rief. Diese Zweideutigkeit wird erst verständlich, wenn man an die doppelte Aufgabe denkt, die die Parteileitung zu erfüllen hatte: die eine – die Rücksicht auf die kleinbürgerlichen Mitläufer – entsprang aus dem Charakter der Sozialdemokratie als einer demokratischen Oppositions- und Volkspartei; aber daneben und gleichzeitig musste die Partei den Stim- [15] mungen des radikalen Teils der Arbeitermitgliedschaft Rechnung tragen. Gerade die Verteidigung des orthodoxen Glaubens war das Mittel, um eine Abspaltung radikal-sozialistischer Elemente zu verhindern. Sicher wäre es schon früher zu einer Spaltung gekommen, hätte die *Bernsteingruppe* offen die politische Leitung der Sozialdemokratie übernehmen können²⁷ Insbesondere im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, als ein neuer linker Flügel (*Rosa Luxemburg, Radek, Pannekoek*) in Opposition zur Parteileitung trat, verstand es die führende Gruppe der Sozialdemokratie – das nunmehrige Parteizentrum – die im Kampf der extremen Fraktionen auseinanderstrebende Partei durch Verwischung der Gegensätze, durch Verbindung einer dreiviertel radikalen Terminologie mit einer dreiviertel revisionistischen Taktik zusammenzuhalten.

Dass aber die Verhinderung einer Spaltung, durch die die Revisionisten aus der Sozialdemokratie verdrängt worden wären, nur auf Kosten der Aktionsfähigkeit der Partei gelingen konnte, hat sehr früh *Rosa Luxemburg* gesehen. Sie hatte von ihrer Seite aus die Bernstein-Debatte mit außerordentlicher sachlicher Schärfe als einen Kampf zweier Weltanschauungen, zweier Klassen, zweier Gesellschaftsformen geführt²⁸. Denn die Entscheidung der Revisionisten für die gesetzliche Reform anstelle der Revolution erschien ihr nicht als Wahl eines bequemeren Weges zum gleichen Ziel – Aufhebung von Kapital und Lohnarbeit – sondern als die Wahl eines ganz anderen Zieles: der Umänderung der Gesellschaft innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums. Deshalb hatte [16] sie ursprünglich den Ausschluss *Bernsteins* und seiner Gesinnungsfreunde aus der Partei gefordert. Als sich aber seit 1909 der „Zentrismus“, die Auffassung der Mittelgruppe, als die viel wirksamere, weil verschleierte Spielart des Reformismus zeigte, richtete sich ihre Kritik vor allem gegen *Kautsky* und seine Anhänger.

Die Partei hat, so heißt es in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ (S. 38) ihre Taktik so einzurichten, „dass in jeder Phase und jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, dass die Taktik der Sozialdemokratie

natürlichen Trieben und Anlagen keine anderen Wesen sein werden, als heute, wird auch vieles in ihren Einrichtungen sich nicht so diametral von denen der Gegenwart unterscheiden, als manche anzunehmen geneigt sind. Es wird auch innerhalb bestimmter Grenzen noch Profit, d. h. Ungleichheit der Einkommen bzw. Möglichkeit der Vermögensbildung geben.“ (Aus einer Artikelserie *Bernsteins*: Das soziale Leben in 100 Jahren, *Fränkische Tagespost*, 1909 ; zit. bei Jos. Joos, *Krisis in der Sozialdemokratie*, S. 73).

²⁷ Ich kann mich hier u. a. auf Robert *Brunhuber* berufen, der in seinem 1906 erschienenen Buch über „Die heutige Sozialdemokratie“ (S. 208) die Spaltung der Partei „in eine demokratisch-sozialistische Volkspartei und eine ausgesprochen proletarisch-revolutionäre Klassenkampfpartei als das naturnotwendige Ergebnis der Entwicklung“ hinstellt.

²⁸ Vgl. „Sozialreform oder Revolution“ in *Rosa Luxemburgs Ges. Werken III*, S. 96. Hier hat R. Luxemburg zugleich auf die entscheidende Fehlerquelle des theoretischen Revisionismus aufmerksam gemacht. Sie hat nicht etwa die statistischen Zahlen, auf die Bernstein sein Urteil über die ökonomische Entwicklung gründete, angefochten, sondern nachgewiesen, dass solche Zahlen für sich noch gar nichts bedeuten. Denn da sie nur diejenigen Veränderungen berücksichtigen, die aus den offen vorliegenden Ereignissen selbst entspringen und daher ebenfalls offen zu Tage liegen, und da ferner der Kapitalismus die Eigenschaft hat, durch die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse die wirklichen Zusammenhänge zu verdecken und zu verkehren, bleibt jede Theorie, die die „Tatsachen“ in ihrer unmittelbaren Gegebenheit zur unveränderlichen Grundlage wissenschaftlicher Betrachtung macht, an der Oberfläche hängen.

nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorausleilt“. Diese Forderung Rosa Luxemburgs schließt eine doppelte Kritik an der Parteileitung ein; denn diese realisierte eben nicht die ganze proletarische Macht, wenn sie sie vielmehr nur indirekt, auf repräsentativem Wege und auf dem Teilgebiet des Parlaments zur Auswirkung kommen ließ. Sie lähmte sie ferner durch jene Theorie und Praxis des aktionslosen Abwartens, die sich entweder unter Hinweis auf die Größe der Organisation, die nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe, rechtfertigte²⁹, oder sich umgekehrt auf die Tatsache berief, dass noch zu große Arbeiterschichten unorganisiert beiseite stünden, als dass die Partei größere Kämpfe wagen könnte³⁰. Diesen steifen mechanisch-bürokratischen Auffassungen gegenüber lässt Rosa Luxemburg umgekehrt „die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen ... Dies aber ist eben die den proletarischen Klassenorganisationen entsprechende spezifische Methode des Wachstums: im Kampf sich zu erproben und aus dem Kampf reproduziert wieder hervorzugehen“.³¹

Wie es freilich kein Zufall ist, dass der Marxismus in einer revolutionären Zeit konzipiert wurde, so darf es nicht verwundern, wenn das revolutionäre Element der marxistischen Theorie in der Blütezeit des Kapitalismus in Vergessenheit geriet und sich die Auffassungen der Linken in der Sozialdemokratie nicht durchsetzen konnten. Gegenüber dieser Gruppe bildeten Zentrum und Rechte eine kompakte Mehrheit, die die Parteigeschicke leitete. Der Einfluss der Revisionisten wuchs, besonders in der Parlamentsfraktion, und da die Haltung der Parlamentarier, deren Führercharakter durch den Beschluss sanktioniert war, dass sie stimmberechtigt an allen Kongressen teilnehmen konnten, beim Charakter der Sozialdemokratie als *suprema lex* galt, konnten sie ihrem Standpunkt in der Praxis, allen radikalen Deklamationen zum Trotz, leicht Geltung verschaffen.

Im Kampf zwischen den angeführten drei Flügeln spielte sich das innerparteiliche Leben der Sozialdemokratie ab. Man darf sich jedoch nicht vorstellen, dass diese Gruppen fest umrissene Fraktionen gebildet hätten. Sie waren nicht organisatorisch zusammengefasst, denn die Sonderkonferenzen, zu denen die süddeutschen Revisionisten oder die Parlamentarier der verschiedenen Richtungen bisweilen zusammen kamen³², fanden in der Parteimitgliedschaft selbst keine Verankerung. Auch gesinnungsgemäß bildete vor allem das Zentrum keine in sich geschlossene Einheit. Es war der Einigungspunkt für die verschiedenartigen Elemente, aus denen die Partei zusammengesetzt war; hier kreuzten sich proletarische mit kleinbürgerlichen, revolutionäre mit reformistischen Tendenzen, hier fanden die Intransigenz wie der Opportunismus, das Dogma wie seine Widersprüche ihren Ausdruck³³. Die Parteileitung, die

²⁹ Diese Rechtfertigung hat klassisch Kautsky geliefert: Der individuelle und der unorganisierte Arbeiter haben nach ihm nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber das Proletariat im Ganzen und die organisierten Arbeiter haben etwas zu verlieren, ihre Organisationen. Daher sind sie gezwungen, im Interesse der Gesamtbewegung behutsam und vorsichtig zu sein. (Vorwort zu „Parlamentarismus, direkte Gesetzgebung und Sozialdemokratie“, S. 6–13).

³⁰ Vgl. Bebel auf dem Mannheimer Parteitag (1906, Protokoll S. 238): „Ich betrachte den Massenstreik als die ultima ratio, das letzte und zwar friedliche Mittel unserer Partei, als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anwenden müssen ... Das können wir mit unserer jetzigen Organisation noch nicht riskieren ... Die Agitation und Organisation müssen noch ganz anders entwickelt werden, und wenn das geschieht, wollen wir sehen, was wir weiter tun können.“

³¹ Massenstreik usw., S. 46.

³² Vgl. die Ausführungen Bebels auf dem Chemnitzer Parteitag 1912, Protokoll S. 292.

³³ Am vollkommensten vereinigte Bebel in seiner Person alle diese Widersprüche. Vgl. Robert Michels, August Bebel, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 37, S. 691 ff.

sich im Fortgang der Entwicklung immer mehr nach rechts orientierte, sicherte sich die Zustimmung der Parteitage delegierten erst gegen Bernstein und dann gegen Rosa Luxemburg mehr durch Appell an Tradition als an ausgeprägte Überzeugung. Nur zwischen dem äußersten linken [18] Flügel und der Parteimehrheit liefen schärfere Trennungslinien, während weiter rechts praktische Differenzen entweder überhaupt nicht bestanden oder doch nicht grundsätzlichen Charakter trugen: Die „radikalen“ Parteiführer trieben dieselbe reformistische Politik, die sie theoretisch abzulehnen vorgaben.

[19]

Zweites Kapitel: Die allgemeine Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zu außenpolitischen Fragen und der Standpunkt der Revisionisten in der Imperialismusdebatte.

Die deutsche Sozialdemokratie betrachtete sich als eine „eminent zivilisatorische Partei“¹. Das Kriterium ihres Verhaltens zu aktuellen politischen Fragen war das Ideal des Fortschritts. Als Ziel bot sich, den Staat, den noch das Gothaer Programm als ein selbständiges Wesen betrachtete, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt, in einen Zustand innen- wie außenpolitischer Harmonie zu überführen². „Entweder müssen Sie“ so erklärte *Willh. Liebknecht* in einer Rede im Reichstag „den Staat ganz beiseite werfen, oder der Staat ist die Verpflichtung der Gesamtheit, für den Einzelnen einzutreten, die Verpflichtung der Gesamtheit, den Schwachen zu schützen gegen den Starken, die Beziehungen zueinander zu regeln, für Wohlbefinden und Bildung zu sorgen. Wenn das die Aufgabe des Staates nicht ist, dann hat der Staat überhaupt keine Existenzberechtigung“³. Wirtschaftspolitisch war die Sozialdemokratie in den 90er Jahren zu einem Standpunkt gelangt, der dem reinsten Manchesterium nahekam. „Die verschiedenen Völker sollen in friedlichem Wettbewerb das Werk der Zivilisation fördern, und jede Abschließung einer Nation von der anderen ist ein Hemmnis des Fortschritts.“⁴ Kein Wunder, dass sich die Sozialdemokratie den schutzzöllnerischen bürgerlichen Par- [20] teien gegenüber rühmte, mehr als diese zur Entfaltung der Produktivkräfte der kapitalistischen Wirtschaft beizutragen.⁵

Die zusammenfassende Formulierung ihrer außenpolitischen Forderungen war der *Friede*. Die Motivation für diesen Pazifismus war nicht so sehr der Gedanke einer über die nationalen Grenzen hinweggehenden proletarischen Klassensolidarität, die durch den Krieg gefährdet würde, als vielmehr jenes politische Ethos, das im Krieg eine sinnlose Verhöhnung des Ideals der allgemeinen Menschen- und Völkerverbrüderung erblickt. „Unsere ganze Kulturentwicklung – unser Handel und Verkehr ... drängt nach Völkerbefreundung und Völkerverbrüderung ... Erstrebt also die Sozialdemokratie die allgemeine Völkerverbrüderung, das friedliche

¹ Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Band 4, S. 268. Vgl. Max Viktor, Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik, Archiv für Sozialwissenschaft, Band 60, S. 147 ff.

² Vgl. Max Viktor, Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik, Archiv für Sozialwissenschaft, Band 60, S. 147 ff.

³ Zitiert bei F. D. Nieuwenhuis, Der staatssozialistische Charakter der Sozialdemokratie, Archiv für Sozialwissenschaft, Band 28, S. 120/1.

⁴ Wahlaufuf von 1881.

⁵ „Ich will konstatieren, ... dass meine Partei im öffentlichen Leben stets bemüht gewesen ist, ... der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nation zu dienen. Wo immer es sich darum gehandelt hat, diese Entwicklung zu fördern, da ist die Sozialdemokratie dabei gewesen und ich darf wohl sagen, dass hier im Haus keine der liberalen Parteien sich rühmen kann, in dieser Richtung mehr Positives geleistet zu haben als die Sozialdemokratie.“ Frohme im Deutschen Reichstag, (1907), zitiert im Protokoll des Essener Parteitages (1907), S. 155 ff. Wir bringen später noch zahlreiche Belege dieser Einstellung.

Zusammenwirken der Nationen zu gemeinsamer Kulturarbeit, so handelt sie in eminent christlichem Sinne ...“⁶.

Die Propaganda des Friedens fand ihre Ergänzung in der ständigen Kritik der Rüstungs- und Militärpolitik des *Bismarckschen* Deutschland. Schon der 5. Kongress der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg (Eisenacher) 1868 betrachtete es als eine Pflicht der Sozialisten, „nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere hinzuwirken“ und bei Wahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich verpflichteten, „zum Zwecke der Erhaltung der stehenden Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen“. Dieser Standpunkt wurde auch später festgehalten und auf dem Parteitag von Hannover 1899 gegen die revisionistischen Bestrebungen führender Sozialisten, die der Meinung waren, dass gewisse Militärforderungen der Regierung bewilligt werden könnten, wenn wertvolle Volks- [21] freiheiten dafür gewährt würden („Kanonen gegen Volksrechte“), verteidigt.

Doch bei aller Opposition gegen das herrschende Militärsystem hat die Sozialdemokratie das Prinzip der *Landesverteidigung* immer anerkannt. Gedacht war dabei zunächst immer – ganz im Sinne von Marx und Engels – an die Abwehr des zaristischen Russland und des mit ihm verbündeten Frankreich. Dieses Prinzip wurde auch nicht aufgegeben, als sich im Laufe der Entwicklung herausstellte, dass die Politik des wilhelminischen Deutschland keine geringere Bedrohung des Friedens darstellte, als die Politik des Zarentums, dessen Fundamente durch die Revolution des Jahres 1905 schwer erschüttert waren. So kam es, dass alle sozialdemokratische Kritik am Heeressystem dort ihre Grenze hatte, wo Landesverteidigung und Wehrfähigkeit der Nation in Frage kamen; ja diese Kritik nahm sich geradezu vor, solche Zustände zu brandmarken, die mit der außenpolitischen Sicherung des nationalen Staates angeblich unvereinbar waren. Das regelmäßig geforderte Milizheer, die Umgestaltung des Heerwesens durch Verkürzung der Dienstzeit, durch Beseitigung der Sonderstellung des Offizierkorps, durch Vereinfachung der Uniformen etc. galt nicht nur als Realisierung der Demokratie, sondern zugleich als Verstärkung der staatlichen Abwehrkraft, weil die herkömmliche militärische Ausbildung den Bedingungen des modernen Krieges nicht angemessen sei und die Erhaltung feudaler Traditionen mehr im Auge habe als den eigentlichen Kriegszweck, für den die Armee in ihrer überkommenen Gestaltung untauglich sei.⁷

Bis zur Jahrhundertwende gab es in der deutschen Sozialdemokratie nur wenige auf die Fragen der auswärtigen Politik bezügliche Meinungsverschiedenheiten. Die liberal-oppositionelle Haltung der Partei blieb im Großen und Ganzen unange- [22] fochten. Erst die Revisionisten gaben diese Haltung auf und bekannten sich, dem Bürgertum folgend, mehr oder

⁶ Handbuch für sozialdemokratische Wähler, 1911, S. 735 und 740. Dazu Marxens Kritik am Gothaer Programm: „Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewusstsein, dass das Ergebnis ihres Strebens die internationale Völkerverbrüderung sein wird – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen“.

⁷ „Man darf ohne Übertreibung sagen, dass, wenn es heute zu einem europäischen Kriege käme, keine einzige Armee vorhanden ist, die den neuen Kampfbedingungen ... gewachsen sein würde. Während die Bewaffnung auf der Höhe der Zeit steht, stehen Uniformierung und Ausrüstung und militärische Ausbildung hinter den modernen Anforderungen zum Teil weit zurück. Als Ende der 80er Jahre im Reichstag von sozialdemokratischer Seite darauf aufmerksam gemacht wurde ... wurde der Redner verlacht ... Wie mit der Vereinfachung und zweckmäßigen Gestaltung der Uniformierung steht es mit der Vereinfachung der Ausbildung, die vernünftiger und eigentlich selbstverständlicher Weise nur mit Rücksicht auf den Kriegszweck stattfinden sollte. Wer dieses glaubt, irrt ebenfalls. Eher ist das Gegenteil richtig!“ Vgl. Handbuch für sozialdemokratische Wähler, 1903, S. 20/22.

weniger offen zu imperialistischer Politik. Damit begann gegen Ende der 90er Jahre die Diskussion, die wir zu verfolgen haben.

Gibt man, ohne noch eine eingehende Analyse zu liefern, eine Übersicht über die Erscheinungen, die gewöhnlich unter dem Terminus „*Imperialismus*“ zusammengefasst werden, so handelt es sich vor allem darum, dass seit Ende des vorigen Jahrhunderts politische Expansion aus wirtschaftlichen Gründen, besonders Kolonialpolitik, zur bestimmtesten Form moderner Außenpolitik wurde und den Ausschlag für das Verhältnis der Großstaaten untereinander gab. Der Zustand einer scheinbar praestabilisierten Harmonie, in der alle Länder auf England als die Werkstatt der Welt ausgerichtet waren, wurde durch den kapitalistischen Aufschwung, den die mächtig erstarkenden, kontinental-europäischen Staaten, sowie Amerika und schließlich auch Japan nahmen, gestört. Das englische Industriekapital hatte sich vorher von der Eroberung und politischen Einverleibung neuer Gebiete zwar keineswegs völlig zurückgehalten, aber sich doch nicht zentral darauf eingerichtet, weil ihm seine billigen Fabrikate und überlegenen Reedereien Absatzmärkte und Rohstoffquellen in den bereits erschlossenen Gebieten der Welt, auch wenn sie nicht englisch waren, sicherten. Kanonen wurden in der liberalen Theorie, die dieser Zeit entsprach, durch Kapital ersetzt. Dies änderte sich mit dem Auftreten starker Konkurrenten, deren ökonomisches Expansionsbedürfnis auf die englische Vorherrschaft stieß. In heftiger Konkurrenz suchten fortan die einzelnen nationalstaatlich organisierten Kapitalismen Teile des Weltmarktes, vor allem Gebiete mit rückständiger sozial-ökonomischer Struktur für den Reproduktionsprozess des eigenen Kapitals zu sichern und sie monopolistisch für sich zu reservieren. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde ganz Afrika unter die Weltmächte verteilt, die Inseln Polynesiens wurden Kolonien, England, Deutschland, Russland, Frankreich „pachteten“ chinesische Küstenplätze. Wo es nicht gelang, die Staatsgewalt in den rückständigen Gebieten völlig zu beseitigen, entstanden Protektorate, Einfluss- und Interessensphären, Konzessions- und Schutzgebiete. Selbst da, wo sich die Mächte gegenseitige wirtschaftliche Gleichberechtigung in einem „unzivilisierten“ Land zusicherten (offene Tür), erschien das jetzt nur als eine vorübergehende und durch ein momentanes Kräfteverhältnis bestimmte Phase im Kampf um die politische Vorherrschaft. Denn dieser folgten alle großen und für diese [23] Epoche charakteristischen Geschäfte: der Bau von Eisenbahnen, Häfen, die Anlage von Bergwerken, die Vergebung von Anleihen usw. Die ganze politische Macht wurde aufgeboten, um Konzessionen für Gründungen und Finanzierungen aller Art zu erhalten. Solche Aktionen brachten Aufträge für die mit der ökonomischen Entwicklung in den Vordergrund gerückten Produktionsmittelindustrien und sicherten der kontrollierenden Macht Zutritt zu den Rohstoffquellen und alleinige Verfügung über sie.

In dieser Zeit moderner Weltpolitik bekam die Staatsgewalt erhöhte Bedeutung. Das Manchesterium wollte einst den Staat nur als einen passiven Zuschauer der gesellschaftlichen Ereignisse anerkennen. In der nun anbrechenden Epoche aber warfen die Großmächte ihre ganze politische Macht in die Waagschale zur Erringung der Suprematie in der Welt. Die Gewalt wurde unentbehrlich. Im Kampf gegen die unzivilisierten Völker leistete sie der wirtschaftlichen Expansion Pionierdienste. Noch mehr aber wurde sie jetzt eine Waffe im Konkurrenzkampf der Großmächte, die immer bereit und scharf sein musste. Denn die im Streit um die Verteilung der Erde entstandenen Konflikte waren letzten Endes nur so zu entscheiden. Wurden die Gegensätze auch nicht immer offen ausgetragen, so redeten die Kanonen doch bei allen Verhandlungen mit, wurden bei den „friedlichen“ Entscheidungen miteinkalkuliert.⁸ „Ohne Macht keine großen Staaten, und keine volkswirtschaftliche, handelspolitische und koloniale Entwicklung ... der legitime Machtgebrauch ist auf handelspolitischem Gebiet

⁸ Vgl. Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik, 217 f.

erlaubt, ja notwendig, heilsam, erziehend für die Nation und ihre berechtigten Zwecke. Diese Worte *Schmollers*⁹ deuten zugleich auf den veränderten Inhalt hin, den der nationale Gedanke jetzt bekommen hatte: das alte bürgerliche Ideal der selbständigen Entwicklung der Nationen wurde durch den Wunsch abgelöst, der eigenen Nation die Herrschaft über möglichst viele unterworfenen Völker einzuräumen.

Hier setzte zunächst die sozialistische Kritik ein. Der Sozialismus, Feind aller Ausbeutung, müsse gegen eine Raubpolitik protestieren, die „einfach auf brutaler Gewalt basiert“¹⁰. Aber dieses sittliche Verdammungsurteil konnte gegen den sehr [24] materiellen Anspruch nicht aufkommen, mit dem der Imperialismus in jedem einzelnen kapitalistischen Land die Lösung der „sozialen Frage“ ohne Klassenkampf und Sozialismus versprach. Konnten seine Anhänger nicht argumentieren, dass die ökonomische Expansion durch Markt- und Rohstoffsicherung den Industrien gute Konjunktur, daher den Arbeitern ständige Beschäftigung und hohe Löhne sichere, und dass also die Produzentensolidarität der Industriearbeiter mit ihren Fabrikanten zum Kampf gegen das feindliche Ausland, das die Märkte sperrt, eine weit realere Grundlage habe, als ein proletarischer Internationalismus, der sich als Reflex der Daseinsbedingungen der Weltarbeiterklasse ausgibt?

So kam der Sozialismus in eine Lage, in der er seine Position von neuem sichern musste. Es ist charakteristisch, dass die offizielle Parteidoktrin der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an diese theoretische Sicherung in einer durchaus manchesterlichen Kritik am Imperialismus gegeben sah. Sie bezeichnete in immer neuen Auslassungen¹¹ Kolonien als unwirtschaftliche Unternehmungen, sagte, dass die Ausdehnung des Handels, an der auch den Arbeitern gelegen sei, keineswegs die Besitzergreifung fremder Länder zur Voraussetzung habe und dass die Erschließung rückständiger Gebiete ohne Einsetzen militärischer Macht reibungsloser, billiger und mit größeren Gewinnchancen vor sich gehen könnte. Daneben spielte immer das Friedensargument eine entscheidende Rolle: koloniale Bestrebungen wurden abgelehnt, weil sie die Reibungsflächen zwischen den Staaten und damit die Kriegsgefahr verstärkten. Wo die Expansion friedlich zu verlaufen versprach, nahm die Partei im Allgemeinen keinen Anlass, Einwände zu erheben. Außerordentlich bezeichnend dafür war die Haltung des „Vorwärts“ zur Pachtung von Kiautschou. Am 12. Dezember 1897 brachte das Zentralorgan der Partei einen Artikel, in dem ausgeführt wurde, dass es ganz berechtigt sei, wenn die europäischen Mächte Genugtuung für die Ermordung der Missionare forderten; aber – so heißt es dann weiter – „die Chauvinisten fordern mehr als bloß Genugtuung. Sie wollen Landbesitz, Eisenbahnen, Handelsvorteile haben. *Auch darüber ließe sich reden.* Aber um die Mittel dreht sich der Streit, mit denen man vorgeht, und über den Wert dessen, was mit schlechten Mitteln erreicht wird.“ Im Januar 1898 veröffentlichte der „Vorwärts“ den Pachtvertrag und knüpfte dar- [25] an die Bemerkung, dass kein Anlass sei, die Alarmtrommel zu schlagen, da die ganze Operation friedlich verlaufe und die Erschließung Chinas doch schließlich eine Notwendigkeit sei – eine Haltung übrigens, gegen die Parvus in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ (15. und 16. Januar 1898) mit einem Artikel über „Das vorsichtige, aber zielbewusste Einlenken des ‚Vorwärts‘ in die Kolonialpolitik S. M. Kaiser Wilhelms II.“ protestierte. Es ist ja auch offensichtlich, dass die angeführten Argumente gegen Kolonialpolitik keine

⁹ Handels- und Machtpolitik, Band 1, S. 35

¹⁰ *Singer* auf dem Mainzer sozialdemokratischen Parteitag (1900); ebenso in der Resolution des Stuttgarter Int. Soz.-Kongresses (1907), die vom Essener Parteitag übernommen wurde.

¹¹ Vgl. dazu die Ausführungen über diesen Gegenstand in den Handbüchern für sozialdemokratische Wähler (1898, 1903, 1907 und 1911).

grundsätzliche sozialistische Kritik enthalten. Die kapitalistische Wirtschaft wird hingenommen und lediglich erklärt, ihre Erfordernisse müssten durch eine andere, rationellere Methode der Außen- und äußeren Wirtschaftspolitik erfüllt werden. Wenn nun also die Revisionisten die antiimperialistische Haltung der Sozialdemokratie überhaupt aufgeben wissen wollten, so unterschieden sie sich von der Parteimehrheit nur so, wie sich zwei Fraktionen des Bürgertums voneinander unterscheiden.

In der revisionistischen Theorie ist der Sozialismus das Ergebnis einer „organischen“, störungslosen Höherentwicklung der Produktivkräfte, deren Entfaltung der Zweck aller wirtschaftspolitischen Vorschläge der Sozialdemokratie sein müsse. Der Weg ist klar, der von hier zur Befürwortung imperialistischer Politik führt. Dass das Funktionieren der Industrie eine Expansion zur Voraussetzung habe, die ihre Rohstoff- und Absatzbedürfnisse befriedige, bedurfte keines Beweises; und dass die lose Verbindung, die Freihandel und „offene Tür“ zwischen den Industrieländern und den rückständigen Gebieten schaffen, den Ansprüchen der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr genügen, dass deren Produktions- und Lieferinteressen vielmehr die Verpflanzung der eigenen Arbeitsmethoden in die nichtkapitalistischen Länder verlangten und dies zur Voraussetzung habe, dass man den fremden Boden wirklich besitze und die alten Formationen zerstöre, waren zudem Gesichtspunkte, die sowohl von bürgerlicher Seite als auch von namhaften Marxisten überzeugend entwickelt wurden. Hielten die letzteren trotzdem an der Negation moderner Kolonialpolitik fest, so stellte die Parteilinie demgegenüber die Frage, wie es ein Sozialist, der sich seines historischen Denkens und seiner Wissenschaftlichkeit rühme, fertigbrächte, gegen Erscheinungen zu opponieren, die er doch als historisch notwendig und ökonomisch begründet erkannt habe? Unumgängliche Entwicklungsphasen müsse man verstehen, man dürfe sie nicht verurteilen. Gewiss könne die Partei nicht alle heute zur Anwendung kommenden Methoden [26] der Expansion billigen; sie müsse sich vielmehr bei der Regierung für eine besondere „sozialistische Kolonialpolitik“ einsetzen. Diese könnte alle produktiven Kräfte der Erde in den Dienst der europäischen Kulturmenschheit stellen, gleichzeitig aber so viel Rücksicht wie möglich auf Freiheit und Wohlstand der Eingeborenen nehmen, ihnen gegenüber nur einen „gewissen Wohlfahrtsdespotismus“ (Quessel) anwenden, der als Mittel zur Erziehung der farbigen Völker zur Arbeit über das unmittelbare materielle Eigeninteresse hinaus ein „ethisches Moment von erheblichem Wert“ einschliesse¹². Verlangt aber – so sagte man – die Sozialdemokratie von den Regierungen die Erfüllung dieser hohen zivilisatorischen Aufgabe, so darf sie sich nicht von vornherein der „Kolonialpolitik als solcher“ widersetzen.

Die Argumentation der Revisionisten beschränkte sich jedoch nicht auf diesen Gedankengang. Da der Sozialismus für sie dem Kapitalismus gegenüber gar nichts neues ist – es gibt ja keine Entwicklung, die, in Gegensätzen verlaufend, darum stets etwas anderes hervorbringt, – sondern sich in den Reformen des Kapitalismus schon verwirklicht, konnten sie die Notwendigkeit der Kolonialpolitik mit derselben Begründung für den Sozialismus behaupten, wie für die bestehende Gesellschaftsordnung. So haben sie sich die Analyse der modernen Expansionserscheinungen sehr leicht gemacht. Sie sahen von vornherein ab von den „vergänglichen“ kapitalistischen Formen und Triebkräften, durch die der Imperialismus seine besondere Bestimmtheit erhält. Der „objektive wirtschaftsgeschichtliche Prozess“ enthülle sich nur dem, meint Schippel¹³, der ihn frei von diesen „zufälligen Einkleidungen“ untersucht. Sein „Grundgeheimnis“ liege einfach darin, dass jedes hochentwickelte Industriesystem, sei

¹² Vgl. Quessel, Gebrauchswert- und Mehrwerterzeugung in den Kolonien, S. M. 1914, I, S. 339. Ähnlich Bernstein und David auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress (1907).

¹³ Das Grundgeheimnis des Imperialismus, S. M. 1913, I, S. 147.

es kapitalistisch oder sozialistisch oder sonstwie organisiert, sehr viel und immer mehr Rohstoffe und Nahrungsmittel brauche und diese sich aus Übersee unter Anwendung all der Mittel beschaffen müsse. die der Widerstand der „barbarischen“ Völker und Wirtschaftsformen nötig mache.

Am konsequentesten wurde dieser Gedanke von Gerhard Hildebrand verfolgt, der die „Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus“ prophezeite, weil er mit [27] der industriellen Verselbständigung der agrarischen Gebiete die Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung der Industrieländer gefährdet sah. Da er die Kategorien des Kapitalismus – Markt, Ware, Geld – zugleich als Daseinsformen des Sozialismus unterstellte, konnte er die Marktkomplikationen, die er im Gefolge der „industriellen Überspannung“ erwartete, als Argumente gegen die Möglichkeit eines „Sozialismus“ anführen, der sich nicht entschließen würde, sich eine Bauerngrundlage durch schutzzöllnerische Agrarpolitik im eigenen Land und durch eine entsprechende Kolonialpolitik in den exotischen Ländern zu erhalten oder zu schaffen¹⁴.

Wohl wurde *Hildebrand* wegen seiner Auffassungen durch Beschluss des Chemnitzer Parteitags (1912) aus der Partei ausgeschlossen. Der Gedanke aber, dass Kolonialpolitik im Grunde eine sozialistische Angelegenheit sei, war Gemeingut aller Revisionisten. Denn da sie den Sieg des Sozialismus von einer Steigerung der Produktivkräfte erwarteten, die nicht im Klasseninteresse und Klassenkampf, sondern in zunehmender Solidarität der Klassen erfolgt, mussten sie die koloniale Expansion als „einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturziels der sozialistischen Bewegung“ (*David*¹⁵) einschätzen, da sie das Kapitalwachstum im Inland fördere und die Unzulänglichkeiten der Produktion in den „barbarischen“ Ländern beseitige.

Diese Einstellung schloss natürlich ein Bekenntnis zu nationaler Politik ein. Das Verhältnis von Arbeiter und Vaterland hat sich nach der revisionistischen Theorie seit Marxens Zeiten grundlegend geändert. Aus dem Proletarier sei schon längst ein Bürger geworden, der als gleichberechtigter Wähler in Staat und Gemeinde „Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist“¹⁶. Durch die Verbesserung ihrer sozialen Lage hätten die Arbeiter teil am völkischen Kulturleben, es verbinde sie daher mit den anderen Gesellschaftsklassen der Nation eine starke Gefühls- und Gedankengemeinschaft („Kultursolidarität“) und nur in deren Rahmen sei der Sozialismus, die Lassallesche „Idee des Arbeiterstandes“, durchführbar¹⁷. Der Sozialdemokratie könnten also die nationalen Interessen keineswegs gleichgültig sein. „Hat der Staat heute ein nationales Pathos, [28] so wird die Partei, die über ihn walten will, dieses für sich in Anspruch nehmen. Sie wird ihre künftige Stellung als Vertreterin des Ganzen ideell vorwegnehmen, indem sie die Ideale des Ganzen in ihre Hut zu ziehen sucht“ (*Leuthner*¹⁸) Sie wird sich den Staatsnotwendigkeiten nicht verschließen, umso weniger, da sie durch ihre parlamentarische Stärke schon heute eine Machtstellung genieße, die ihr Verantwortung und Verpflichtungen für das gesamte Volk und seine Wohlfahrt auferlege.

Alle Argumente für die Kolonialpolitik erhielten jetzt durch den Hinweis auf die Wahrung deutscher Interessen in der Welt erhebliche Verstärkung. Das Recht, kraft dessen alle

¹⁴ Vgl. *Hildebrand*, Die Erschütterung der Industriegherrschaft usw. Jena 1910, passim.

¹⁵ Vgl. Protokoll des Int. Soz.-Kongresses zu Stuttgart (1907), III.

¹⁶ *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus, S. 204.

¹⁷ *Kampffmeyer*, Die weltbürgerliche und weltproletarische Idee. S. M. 1916, I, S. 26.

¹⁸ *Leuthner*, National und International, S. M. 1909, I, S. 7.

Kulturnationen den Boden barbarischer Völker besetzten und bewirteten¹⁹, müsse auch dem deutschen Volk zugestanden werden, und es sei legitime Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, darüber zu wachen, dass es nicht angetastet, dass Deutschland im Rate der Völker nicht zurückgedrängt werde²⁰.

Von den hier dargestellten Gesichtspunkten aus hat die Arbeiterpartei nach der Meinung der Reformisten zu den Fragen der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen. Sie muss die Vaterlandsverteidigung als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen und an der Erhaltung der zur feindlichen Abwehr nötigen nationalen Wehrhaftigkeit mitarbeiten. Als Vertreterin der internationalen Lohnarbeiterklasse muss sie aber auch, jedenfalls nach *Bernstein*, die Sicherung des Friedens zu ihrer besonderen Aufgabe machen.

Aber widersprechen sich nicht das Bekenntnis zu kapitalistischer Expansionspolitik auf der einen und zum Frieden unter den Völkern auf der anderen Seite? Musste nicht das eine Ziel durch das andere notwendigerweise modifiziert, wenn nicht gar zurückgedrängt werden?

Bernstein leugnete es entschieden. Die zwischenstaatlichen Konflikte werden nach seiner Meinung keineswegs durch ökonomische Interessengegensätze der Völker verursacht. Auch die aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidliche Kolonialpolitik habe nichts mit der Verfeinerung der Staaten zu tun. Die Nationen seien doch keine Krämer, die um eine abgegrenzte Kundschaft miteinander konkurrieren!²¹ Es ist nach [29] seiner Meinung gerade die wirtschaftliche Entwicklung, die durch die Intensivierung des internationalen Tauschverkehrs die Solidarität der Kulturvölker fördert – denn die konkurrierenden Industriestaaten werden immer mehr auch Kunden füreinander – und eine neue Epoche eines sich immer stärker geltend machenden internationalen Rechtes einleitet²². Immer häufiger kämen die Angehörigen der verschiedenen Nationen zusammen, um einander zu begreifen und voneinander zu lernen. Der Krieg wird „immer gegenstands- und aussichtsloser ... das Friedensbedürfnis ist allgemein, die Friedensbeteuerungen dürfen als echt aufgefasst werden“, schrieb er 1911²³.

Die alleinige Ursache noch bestehender internationaler Konflikte sei das durch keinerlei ökonomische oder nationale Notwendigkeit begründete, also letztthin unsinnige Wettrüsten. Der Kampf gegen diese Erscheinung, die Propaganda der Abrüstung ist daher die aktuellste Aufgabe der Sozialdemokratie, in der die besondere Friedensmission der Arbeiterbewegung ihren besten Ausdruck finde. Dabei legte *Bernstein* den Hauptwert darauf, dass jedes nationale Glied der weltproletarischen Bewegung im eigenen Land vor allem die *heimischen* Betreiber des Wettrüstens bekämpfe. „Wir müssen in erster Linie und hauptsächlich vor der eigenen Tür kehren. Sobald wir von diesem Grundsatz abgehen, geben wir unsere Sache selbst preis.“²⁴ Gerade für die deutsche Partei gelte das im besonderen Maß, da dem deutschen Volk mehr als dem englischen und französischen die Überlieferungen einer freiheitlichen auswärtigen Politik fehlten²⁵. Durch Bemühung um den Abbau aller die Völker trennenden

¹⁹ *Bernstein* auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress, Protokoll S. 28/29. Ebenso „Voraussetzungen des Sozialismus“, S. 211.

²⁰ Vgl. *Bernstein*, Voraussetzungen des Sozialismus, 204 ff.

²¹ *Bernstein*, Die internationale Politik der Sozialdemokratie S. M. 1909, II, S. 613.

²² Ebenda; auch Hildebrand vertrat damals die Theorie vom steigenden Friedensdruck der int. Wirtschaftsverfassung. (Weltpolitische Bilanz, S. M. 1909 II, 683.)

²³ *Bernstein*, Von der Sekte zur Partei, S. 65.

²⁴ Ebenda.

²⁵ *Bernstein*, Die internation. Politik der Sozialdemokratie, S. M. 1909 II.

Zollmauern, um Freundschaftsbündnisse zwischen den Großmächten und um schiedsgerichtliche Schlichtung aller Streitigkeiten müsse die Sozialdemokratie die Annäherung der Nationen, vor allem die Annäherung Deutschlands und Englands befördern.

Aber das Gros der reformistischen Theoretiker hatte durchaus nicht das liberal-harmonistische Weltbild Bernsteins²⁶.

[30] *Quessel* stand ihm noch am nächsten. Wie *Bernstein* befürwortete er ein Bündnis Deutschlands in erster Linie mit England. Es müsste, realpolitisch fundiert, die friedliche Verständigung über die Aufteilung der Welt, vor allem Afrikas, zum Inhalt haben. *Quessel* rechnete sich zu jenen sozialreformatorisch gesinnten Imperialisten, die die Erweiterung der Nationalstaaten zu Weltreichen auch ohne Blutvergießen für möglich und vom Arbeiterstandpunkt aus für wünschenswert hielt. Aber viel mehr als bei *Bernstein* erschien doch bei ihm die Forderung der Rüstungsbeschränkung und des Friedens an die vorherrschende Erfüllung der deutschen kolonialen Wünsche geknüpft²⁷.

Vollkommen aufgegeben aber hatten *Calwer*, *Schippel*, *Hildebrand*, *Leuthmer* und *Maurenbrecher* die Bernsteinsche Friedens- und Abrüstungspropaganda, die sich hauptsächlich an oder gegen die eigene Regierung wandte. Der Frieden unter den europäischen Völkern hat nach der Meinung dieser Gruppe die Entstehung gleichstarker Mächte zu unerlässlicher Vorbedingung. Solange also der deutsche Kolonialbesitz, die deutschen Schiffsbauten hinter den englischen zurückständen, verlange der wahre und gesunde Internationalismus, dass man nicht gegen die deutschen Rüstungen usw., sondern gegen den englischen Vorsprung agitiere. Diese Gruppe bekämpfte scharf die Übertragung der innerpolitischen Opposition der Sozialdemokratie auf das Gebiet auswärtiger Politik²⁸. Deutschland erstrebe ja nur die ihm besonders von England verwehrte ökonomische Bewegungsfreiheit und es sei keineswegs ein sozialistischer Grundsatz, dass ein Volk, das in seiner eigenen Entwicklung bedroht oder ungebührlich eingeschränkt wird, sich um des lieben Friedens willen eine solche Einschnürung widerstandslos gefallen lassen müsse (*Hildebrand*²⁹). Vielmehr erforderten die Sicherung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes und seiner Arbeiter ebenso wie das sozialistische Ziel einer europäischen Staatendemokratie die Beseitigung des britischen Weltmarktmonopols, den Sturz der Herrennation jenseits des Kanals. Eine auswärtige Politik mit dem Endziel der Vereinigten Staaten von Mittel- und Westeuropa, mindestens aber einer westeuropäischen Zollunion zu wirtschaftlichem und schließlich auch militärischem Kampf gegen England war der hervorragende Leitgedanke dieser Gruppe. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Imperialismus einmal aufgegeben, war so im Revisionismus Spielraum für alle Nuancen gewonnen: von *Bernstein*, der Kolonialpolitik mit Abrüstung und Freihandel vereinbar glaubte und nur die „guten Seiten“ der Entwicklung anerkennen wollte, bis zu den konsequentesten und bedingungslosen Vertretern schwerkapitalistischer Zoll- und Rüstungspolitik. Wie sich der Reformismus nach den Schichten des Bürgertums differenziert, bei denen er

²⁶ Kennzeichnend für seine Annäherung an den Manchesterliberalismus ist seine Lobpreisung *Cobden* und *Brights* als wirklicher Friedensmänner (Chemnitzer Parteitag 1912).

²⁷ *Quessel*, Imperialismus und Verständigung, S. M. 1913 I, 333 und Die Neuaufteilung Afrikas S. M. 1913 II, 713.

²⁸ In einer von *Maurenbrecher* und *Hildebrand* dem Jenaer Parteitag 1911 (Protokoll 157) vorgelegten Resolution zur Marokkofrage heißt es: „Soweit die deutsche Diplomatie kein anderes Ziel verfolgt, als die Nichtbeachtung deutscher Wirtschaftsinteressen durch die französische und englische Diplomatie zu verhindern, soweit ihr Vorgehen also nur der Verteidigung berechtigter Gesamtinteressen des deutschen Wirtschaftslebens dient, soweit hat die deutsche Sozialdemokratie keinen Grund, ihre Oppositionsstellung aus der inneren auch auf die äußere Politik der Regierung zu übertragen.“

²⁹ *Gerh. Hildebrand*, Sozialistische Auslandspolitik, S. 2 f.

Anlehnung sucht, und wie sich diese Differenzierung schon im Lager des Revisionismus vollzieht, wird hier offenbar. Wir werden auf diese Tatsache, die den Kampf zwischen Parteizentrum und der Parteirechten überhaupt charakterisiert, später noch hinzuweisen haben.

[32]

Drittes Kapitel: Die Imperialismus-Analyse des Parteizentrums und der Linken.

Marx hat die *zeitweilige* Teilnahme des Proletariats an dem Anwachsen des nationalen Reichtums nie bestritten, sondern vielmehr als vorübergehende Folge der Konkurrenz erklärt¹. Dies wurde dann auch *Bernstein* entgegengehalten, als er sich bei der Begründung seiner antimarxistischen Theorie auf die Lohnsteigerung berief, die der prosperierende und expandierende Kapitalismus der Arbeiterschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewährte. Als dann die Lebenshaltung der westeuropäischen Arbeiter seit Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich eine sinkende Tendenz zeigte², konnte man hierin ein Zeugnis gegen den Revisionismus sehen. Freilich verlangten Dauer und Ausdehnung, die die Realloohnerhöhung bis zur Jahrhundertwende genommen hatte, von den Marxisten eingehende Analyse³. Durch bloße Anführung von Lohnstatistiken ließen sich jedenfalls die Ansprüche der revisionistischen Theorie ebenso wenig zurückweisen, wie umgekehrt bekräftigen: „Tatsachen“ beweisen ebenso lange nichts, als sie nicht durch eine methodische Betrachtung in den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen hineingestellt werden, deren zunächst immer einseitigen Ausschnitt sie darstellen.

Eine ökonomische Erklärung des Imperialismus unter dem Gesichtspunkt der marxistischen Theorie suchten *Hilferding* und *Rosa Luxemburg* zu geben. Die steigende Bedeutung der Monopolverbände, beziehungsweise die Forcierung der kolonialen Expansion hielten sie für Anzeichen einer neuen Epoche [33] des Kapitalismus, deren einzelne Erscheinungen ökonomischer Gesetzlichkeit und Notwendigkeit entsprängen. Um den Fall der Profitrate aufzuhalten, haben sich nach *Hilferding*⁴ Industrie und Banken unter Führung der letzteren zu Monopolverbänden organisiert und sind im Finanzkapital verschmolzen. Die auf die Beseitigung des ruinösen Konkurrenzkampfes gerichtete Beschränkung der Inlandsanlage, wie sie die Kontingierungspraxis der Kartelle mit sich bringt, forciert den Kapitaleexport, der gegenüber dem einfachen Warenhandel in den Vordergrund rückt und von den Banken planmäßig in die noch unerschlossenen oder halberschlossenen Länder geleitet wird. Dort können Extraprofite erzielt werden⁵, deren Gewinnung aber, anders als die Erhaltung der durch einfachen Warenhandel geschaffenen ökonomischen Beziehungen, Okkupation und Einsetzung politischer Gewalt erfordert; denn die friedliche Überwindung der alten sozialen Strukturen, die dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals entgegenstehen, würde nur allmählich» und viel zu langsam vor sich gehen. Die Zwangsgewalt des Staates stellt sich hier in den Dienst des

¹ Vgl. Marx, *Elend der Philosophie*, 82, 83.

² Vgl. Löhne und Lebenskosten in Westeuropa, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, Band 145, 3. Teil, bes. Anhang Tabelle XII, S. 287.

³ Gewöhnlich wies man auf das Elend der Millionen überseeischer Arbeiter hin, auf deren Kosten allein die Standardhebung der europäischen Arbeiter in diesem Umfange habe stattfinden können.

⁴ *Das Finanzkapital*, Marxstudien, Band III.

⁵ Nach Marx (*Kapital*, III, 1, S. 218 f.) können „Kapitale im auswärtigen Handel angelegt, ... eine höhere Profitrate abwerfen, weil hier mit Waren konkurriert wird, die von anderen Ländern mit minderen Produktionsleichtigkeiten produziert werden, so dass das fortgeschrittenere Land seine Waren über ihren Wert verkauft, obgleich wohlfeiler als die Konkurrenzländer ... Was andererseits die in Kolonien usw. angelegten Kapitale betrifft, so können sie höhere Profitraten abwerfen, weil dort überhaupt wegen der niedrigen Entwicklung die Profitrate höher steht und ebenfalls bei Anwendung von Sklaven und Kulis usw. die Exploitation der Arbeit.“

ökonomischen Prozesses und ist von ihm nicht zu trennen. Die Freihandelsära ist nach dieser Auffassung überlebt. Denn das Finanzkapital, das identisch ist mit dem gesellschaftlichen Großkapital, tritt nach *Hilferding* immer und grundsätzlich für Schutzzoll ein. Er sichert den Bestand der Kartelle und erlaubt ihnen, ihr Produkt auch auf dem Inlandsmarkt mit einem Extraprofit zu verkaufen. Durch seinen Funktionswandel⁶ aber fügt sich der Schutzzoll dadurch als wirksamstes Glied in die allgemeine Wirtschaftspolitik des Imperialismus ein, dass er durch Ermöglichung des Dumping den Kampf um Eroberung der Märkte verschärft und die Bedeutung der Größe des Wirtschaftsgebiets derartig steigert, dass die Erweiterung desselben zur ökonomischen Notwendigkeit wird, da [34] jedes Zurückbleiben den Profit des nationalen Kapitals schmälert, seine Konkurrenzfähigkeit gefährdet und das kleinere Wirtschaftsgebiet dem größeren tributpflichtig macht. So suchen sich nun die Mächte mit immer größerem Eifer zuzuvorkommen, der staatliche Wirtschaftskrieg wird in Permanenz erklärt und führt schließlich und unvermeidlich zum militärischen Kampf.

Im Gegensatz dazu meint Rosa *Luxemburg*, dass die monopolistische Organisation des Kapitals in Kartellen und Trusts nur eine Erscheinungsform im inneren Konkurrenzkampf der Kapitalgruppen um die Verteilung des Profits sei und den Imperialismus nicht erklären könne. Dieser gilt ihr vielmehr als „eine spezifische Methode der Akkumulation des Kapitals“.⁷ Die bestehende Produktionsweise ist nach ihrer Auffassung von Anfang an auf den „Stoffwechsel“ mit nichtkapitalistischen Formationen angewiesen. Denn die Beschränkung der gesellschaftlichen Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Produktionsverhältnisse bewirkt, dass im „reinen“ Kapitalismus im Falle der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter immer ein unabsetzbarer Warenrest – der Mehrwert bleibt, der nur von „dritten Personen“, die außerhalb des kapitalistischen Nexus stehen, aufgenommen werden kann. Daher die ständige, der Realisierung des Mehrwerts dienende Expansion in neue Produktionsdomänen. In diesem Prozess, in dem politische Gewalt die vermittelnde Rolle spielt, werden die vorbürgerlichen Produktionsweisen zerstört, sie werden kapitalisiert und entwickeln eigenen Ausdehnungsdrang. Je mehr so das der Expansion verbleibende Feld einschrumpft, andererseits die Masse des angehäuften Kapitals anschwillt, desto mehr werden die Existenzbedingungen der hochentwickelten Länder untergraben. Diese geschichtliche Phase ist nun erreicht. Der Imperialismus ist nichts anderes als „der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation im Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht in Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“ (1. c. 361). Koloniale Expansion wird jetzt zum allesbeherrschenden Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Denn bei Strafe des Untergangs sind die kapitalistischen Staaten gezwungen, im Kampf um die Reste der Akkumulationsmöglichkeiten die äußersten Gewaltmittel anzuwenden.

Das für die politische Diskussion entscheidende Ergebnis dieser Untersuchungen war die Behauptung der Unvermeid- [35] lichkeit (Notwendigkeit) des Imperialismus. Als „Bedingung der Aufrechterhaltung und zeitweisen Steigerung der Profitrate“ (*Hilferding*, 1. c. 470) ist er lebensnotwendig für den Kapitalismus, der nun nach der Konzeption Rosa *Luxemburgs* in einer Marktsituation ist, wie sie *Marx* einmal folgendermaßen schildert: „Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz ... als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so dass sie sich gemeinschaftlich ... in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlusts, sucht jeder so viel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit

⁶ Vgl. Hilferding, Der Funktionswandel des Schutzzolles, N. Z. XXI, 2, S. 213.

⁷ R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Ges. Werke VI, S. 398.

er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der kapitalistischen Klasse macht sich dann geltend ...“ (Kapital III, 1. S. 235).

Die Partei-Linke griff diesen Gedankengang auf und schrieb dem Imperialismus den Charakter einer notwendigen Entwicklungsperiode zu. Hielten nun die Radikalen trotz der von ihnen behaupteten Unvermeidlichkeit des Imperialismus daran fest, dass die Partei ihre Oppositionsstellung nicht aufgeben dürfe, so begründeten sie das den Revisionisten gegenüber damit, dass nicht das, was der heutigen Gesellschaftsordnung unentbehrlich sei, Richtpunkt proletarischer Politik sein dürfe, sondern die Arbeiterschaft so handeln müsse, wie es ihre eigenen Ziele verlangten.

Diese duldeten eine Politik nicht, die die proletarische Klasse in feindliche, nationale Lager spalte und sie zwingt, sich für die fremden, monopolistischen Interessen des Bürgertums im Krieg aufzuopfern. Die Sozialdemokratie müsse vielmehr der Notwendigkeit von *heute* die von *morgen* entgegensetzen – den Sozialismus. Denn der Imperialismus gilt den angeführten Theorien als Schlussphase der bestehenden Ordnung. Er ist es für *Hilferding* nicht, weil er deren ökonomischen Zusammenbruch, „der überhaupt keine rationelle Vorstellung ist“,⁸ vorbereitet, sondern weil er „die [36] direkte Vorstufe des Sozialismus als seine vollständige Negation ist: Bewusste Vergesellschaftung aller in der heutigen Gesellschaft vorhandenen wirtschaftlichen Potenzen, aber eine Zusammenfassung nicht im Interesse der Gesamtheit“, sondern einer alles beherrschenden Kapitaloligarchie. Dagegen ist für R. *Luxemburg* die sozialistische Revolution „Produkt der ökonomischen Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems“ (1. c. S. 411): die Bewegung des Kapitals ist ihrer Tendenz nach Bewegung zum reinen Kapitalismus; ist dieser einmal „Weltform der Produktion“, dann wird die Realisierung des Mehrwerts unmöglich, der mathematisch bestimmte Endpunkt der bestehenden Wirtschaftsordnung ist erreicht. Und der Imperialismus ist das sicherste Mittel, ihrer Existenz auf kürzestem Weg objektiv ein Ziel zu setzen, weil er den Untergang alter sozialer Strukturen beschleunigt. Unter diesem Gesichtspunkt galt der Parteilinken die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie als aktuell. Es ist jedoch für die Geschichte der Arbeiterbewegung von der größten Bedeutung, dass Karl *Kautsky*, der einflussreichste Schriftsteller der Zweiten Internationale, in seiner Analyse sich auf die Seite der liberalen Theoretiker stellte. indem er, ähnlich wie später *Schumpeter*⁹ die Irrationalität [37] des Imperialismus vom

⁸ 1. c. 471. Vielmehr laufe die Entwicklung auf Stabilisierung des Kapitalismus in einem „Generalkartell“ hinaus, durch das die Produktionsanarchie und damit die Krisen beseitigt, und zwar die sozialen Gegensätze verschärft, aber die ökonomischen Antagonismen überwunden würden. (1. c. 295, 372) Aus der Durchkapitalisierung der Welt entstünden der kapitalistischen Wirtschaft keine Marktschwierigkeiten, da die Erweiterung eines Industriezweiges Bedingung und Möglichkeit der Entfaltung auch der anderen schaffe. Denn aus der Reproduktionsgesetzlichkeit des Kapitalismus folgt nicht eine allgemeine Überproduktion der -Waren, „vielmehr lässt sich jede Ausdehnung der Produktion als möglich zeigen, die überhaupt bei den vorhandenen Produktivkräften stattfinden kann. (1. c. 318) Unter diesem Gesichtspunkt müsste freilich nicht schutzzöllnerische Abschließung und Kolonialpolitik, sondern arbeitsteilige Verflechtung und kartellistische Zusammenarbeit der Industrieländer, die sich gegenseitig Absatz schaffen, als rationellste kapitalistische Wirtschaftspolitik erscheinen. Später, im Krieg, hat *Hilferding* in der Tat diesen Schluss aus den theoretischen Prämissen des „Finanzkapitals“ gezogen: die imperialistischen Gegensätze – heißt es in seinem unter dem Pseudonym Karl *Emil* erschienenen Aufsatz über „Handelspolitische Fragen“ (N. Z. 1917, 1, S. 5 ff.) – weichen im Rahmen der bestehenden Ordnung einer friedlichen „Kooperation der staatlichen Kapitalmächte und kapitalistischen Staatsmächte“; gegenüber dem intensivierten Warenaustausch der Industrieländer „verliert ... die Kolonialpolitik ihre Bedeutung“. (1. c. 45).

⁹ Durch diesen haben die liberalen Anschauungen neuerdings erhebliche Stütze bekommen. (Vgl. Zur Soziologie der Imperialismen, Arch. f. Sozialw. 46. Bd., 1918/19, S. 1 ff.) Es ist besonders interessant, dass in den

Standpunkt bürgerlicher Wirtschaftsweise nachzuweisen versuchte und die herkömmlich manchesterliche Einstellung der Partei von neuem begründete.

Wohl sei, so führte er aus, die Erschließung agrarisch rückständiger Länder dem Kapital als ein Mittel immanent, durch das es die Disproportionalität auszugleichen suche, welche sich zwischen Industrie und Landwirtschaft wegen der verschiedenen Wachstumsbedingungen derselben immer wieder herzustellen trachte.¹⁰

Jedoch ist nach *Kautsky*¹¹ der Imperialismus keineswegs gleichbedeutend mit dieser „naturnotwendigen“ Expansion. Es gäbe vielmehr zwei Methoden ihrer Durchsetzung. Die eine sei pazifistisch: die Politik der „offenen Tür“ und des freien Verkehrs auf dem Weltmarkt. Gewiss schließe sie die Möglichkeit eines Kriegs nicht *völlig* aus, weil sie im Rahmen einer antagonistischen Wirtschaftsform bleibe. Aber immerhin reduziere sie die ökonomischen Interessengegensätze der Völker auf ein Mindestmaß.¹² Denn da die ganze Erde mit all ihren Produktionsstätten und Rohstoffquellen allen Völkern gleich zugänglich sei, komme es beim Freihandel nicht darauf an, einen möglichst großen Länderkomplex zu beherrschen.

Anders bei der Gewaltpolitik des modernen Imperialismus. Jetzt schließen sich die verschiedenen Staaten durch Schutzzölle voneinander ab, so dass es für jeden einzelnen wichtiger wird, ein stets wachsendes Stück der Erde selbst zu besitzen, wo man ihn nicht ausschließen kann.¹³ Die stete [38] Ausdehnung des Marktes wird jetzt also durch politische Okkupation zu erreichen gesucht. Diese Methode schließt das Wettrüsten ein und vermehrt durch die dauernden Gebietserweiterungen die kritischen Punkte, die zu kriegerischen Verwicklungen Anlass geben. Ist sie jedoch die normale Form der Wirkung kapitalistischer Interessen auf die Politik? Die Antwort hängt – sagt *Kautsky* – von dem Verhältnis der Rentabilität der friedlich gerichteten zur gewaltsamen Expansion ab. Ihm schien es außer Zweifel zu stehen, dass die erstere die weitaus größeren Gewinnchancen biete.¹⁴ Wohl strebte das Handelskapital, das im 17. und 18. Jahrhundert die Politik weitgehend bestimmte, nach Monopolisierung der Märkte und benutzte die Waffengewalt zur Erreichung seiner Ziele. Aber die Industrie, der es nicht so sehr auf Übervorteilung der Konkurrenten und auf Gewinnung neuer Länder als auf Vermehrung der Machtstellung gegenüber den Lohnarbeitern ankomme, bedürfe zu ihrem

wichtigsten Punkten *Kautsky* vorweggenommen hat, was *Schumpeter* später entwickelte. Wir werden im Folgenden auf diese Übereinstimmung jeweils hinweisen.

¹⁰ *Kautsky*, Finanzkapital u. Krisen, N. Z. XXIX, I, S. 764 ff.

¹¹ Vgl. für das Folgende *Kautsky*, Nochmals die Abrüstung, N. Z. XXX, S. 841 ff; Der erste Mai u. d. Kampf gegen d. Militarismus, N. Z. XX, 2, S. 96 ff; Der Imperialismus, N. Z. XXXII, 2, S. 908 ff; Nationalstaat, Imperialistischer Staat u. Staatenbund, passim.

¹² „Handelsverträge mit möglichster Annäherung an den Freihandel ... erweisen sich als höchst wirksam zur Herbeiführung und Sicherung des Weltfriedens.“ *Kautsky*, Nationalstaat usw. S. 73. Vgl. *Schumpeter*: „Es darf als unkontrovers betrachtet werden, dass bei Freihandel für keine Klasse ein Interesse für gewaltsame Expansion als solcher besteht.“ „Bei Freihandel gäbe es ökonomische Interessengegensätze ... weder zwischen verschiedenen Völkern noch zwischen den korrespondierenden Klassen verschiedener Völker.“ a.a.O. 292/93.

¹³ *Kautsky* hat die Ableitung des Imperialismus aus dem Schutzzollsystem mit *Hilferding* und *Schumpeter* gemein. Dieser letztere will den Schutzzoll allerdings nur als Kind einer politischen Aktion, die keineswegs Reflex der objektiven Interessenlage der Beteiligten ist, anerkennen. (a.a.O. 303 ff.) Indem *Kautsky* den Schutzzoll als „ein Werk der Reaktion“ (vgl. Nochmals die Abrüstung a.a.O. 850) bezeichnet, der im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung und zum Besten der Industrie dem Freihandel wieder weichen kann, nähert er sich *Schumpeter* stark. *Hilferding* dagegen betrachtete (vor dem Krieg) den Freihandel als durch die Entwicklung der modernen Produktionsverhältnisse endgültig überlebt.

¹⁴ Neben den oben angeführten Aufsätzen vgl. ganz besonders: *Kautsky*, Ältere und neue Kolonialpolitik, N. Z. XVI, 1, 768 ff. und: *Kiautschou* N. Z. XVI, 2, 14 ff.

Gedeihen geregelter, geordneter Verhältnisse. Sie fliehe „Tumult und Streit“, weil sie das Risiko steigern, und je mehr unter der Herrschaft des industriellen Kapitalismus die Exportproduktion wachse, desto stärker würde das Friedensbedürfnis der Nationen.¹⁵ Die politische Macht höre auf, ein taugliches Mittel ökonomischer Expansion zu sein. Die Ausgaben für das Wettrüsten verminderten nur die Fonds, die, viel größer sonst, für Kapitalanlagen in China, Persien, der Türkei, Südamerika usw. verfügbar wären.¹⁶

Überhaupt sei die Annektion von Kolonien „ein miserables Geschäft“.¹⁷ Durch die Verelendung der Eingeborenen vernichte sie den natürlichen Reichtum der überseeischen Länder und verlangsame dadurch den Absatz der europäischen Industriewaren.¹⁸ Diese Politik trage also zur Ausdehnung [39] des Weltmarktes recht wenig bei. Monopol und Schutzzoll störten nur den Tauschverkehr zwischen den alten Industriestaaten, der, statistisch nachweisbar, viel wichtiger sei als der Kolonialhandel.¹⁹ Englands vorbildliche Politik in China beweise am besten, dass pazifistische Expansion, gestützt auf Freihandel und „offene Tür“, auf Wohlfeilheit der Waren und auf Vertrauen, erfolgreicher und rentabler sei als politische Unterwerfung.²⁰

Gegenüber der wohlfeileren und ungefährlicheren manchesterlichen Praxis sei also der Imperialismus für die Kapitalistenklasse im Ganzen ein zweifelhaftes Glück, ja, er laufe ihren wohlverstandenen Interessen zuwider. Weit entfernt, unvermeidliches Produkt der bestehenden Gesellschaftsordnung zu sein, ist er nach Kautsky für ihre Entfaltung vielmehr schädlich.²¹ Jedenfalls aber würde seine Bedeutung für das Wirtschaftsleben von den Linken in der Partei „maßlos überschätzt“,²² obwohl er doch nur eine Frage der Macht, nicht der ökonomischen Notwendigkeit sei.

Dafür zeuge am besten sein Ursprung:²³ die durch bestimmte historische Umstände zur Herrschaft gekommenen kriegerischen Klassen der Gesellschaft hätten ihn durchgesetzt. Damit meint *Kautsky* zunächst das Finanzkapital. Denn dass [40] mit der modernen Expansionsbewegung ökonomische Interessen verknüpft seien, leugnete er nicht. Aber er fasst zum

¹⁵ Ältere und neue Kolonialpolitik a.a.O. Außerdem würde durch den Krieg „die ganze bürgerliche Gesellschaft ... noch mehr geschädigt wie das Proletariat“, weil sie durch ihn mit dem Umsturz bedroht würde. *Kautsky*, Der erste Mai und der Kampf gegen den Militarismus a.a.O. 105.

¹⁶ *Kautsky*, Nochmals die Abrüstung a.a.O. S. 844, 853;

¹⁷ derselbe, Reform und Revolution, N. Z. XXVII, 1, 180 f.

¹⁸ Vgl. die Resolution über die Kolonialfrage, angenommen vom Stuttgarter Int. Soz. Kongr. Protokoll S. 39.

¹⁹ *Kautsky*, Sozialismus und Kolonialpolitik, S. 64/65; ebenso Nationalstaat usw. S. 70 ff.

²⁰ *Kautsky*, Nationalstaat usw. S. 56.

²¹ Diese These findet sich wörtlich in beinahe allen seinen Aufsätzen über diesen Gegenstand. Vgl. auch *Schumpeter*: „In der Welt des Kapitalismus ... ist überall eine prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg ... entstanden“; – „Der Kapitalismus (ist) seinem Wesen nach antiimperialistisch“; Den Kriegsvorteilen „stehen alle die Kriegslasten und Verluste ... als Passivposten gegenüber ... Der Gewinn der Kapitalisten als Klasse ... kann also kein Kriegsmotiv sein“; – „Die Bilanz des Exportmonopolismus (ist) selbst für die Unternehmer nichts weniger als glänzend. Die Hoffnung auf eine Zukunft der Herrschaft, die dem Kampf folgen würde, tröstet nur schlecht für die Verluste in diesem Kampf“ – „Der Ausschluss von fremden Leuten und Kapitalien von den Kolonien ist kein restlos gutes Geschäft, denn sie entwickeln sich dann langsamer“; – „woraus folgt, dass es grundfalsch ist, den Imperialismus eine notwendige Phase des Kapitalismus zu nennen oder gar von einer Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus zu sprechen“. (a.a.O. passim.)

²² *Kautsky*, Nationalstaat usw. S. 22. Derselben Meinung ist *Schumpeter*. Er sagt, dass das Festhalten an Unterkonsumtions-, Verelendungs- und Zusammenbruchstheorie den wissenschaftlichen Sozialismus (*Hilferding* und *Luxemburg*) dazu führe, den Exportmonopolismus viel zu günstig zu beurteilen. (a.a.O. S. 300, Anm. 31.)

²³ Für das folgende vgl. besonders *Kautsky*, Ältere und neue Kolonialpolitik l. c. und Nationalstaat usw.

Unterschied von *Hilferding* unter dem Begriff des Finanzkapitals nur eine kleine Schicht von Geldverleihern und Bankiers zusammen, die, hochgekommen, der Industrie politische Methoden aufzwingen, die ihr gar nicht entsprechen. Die Interessen dieser „Cliques“ stimmen nach seiner Meinung mit den Interessen des Gesamtkapitals nicht überein.

In seinen wichtigsten Erscheinungsformen aber verdanke der Imperialismus *außerkapitalistischen* Faktoren seine Entstehung und sei gar nicht ökonomisch motiviert, sondern bloße Sache der Gewalt, primitiver Raub, in ein dauerndes System gebracht. Er entspringe den Machtgelüsten der Bürokratie, die nach Vermehrung einträglicher Posten strebt, des Militarismus, der sich nach Lorbeeren und Avancement sehnt, sowie den (essentiell unkapitalistischen) Schichten der Intellektuellen, Kleinbürger, Agrarier, aus denen sich Bürokratie und Armeen rekrutierten. Seinen Anstoß bekomme er von Staatswesen, deren Ziele im Gegensatz ständen zu denen einer „vorgeschrittenen Zivilisation“. Denn er wurzelt nach Kautsky im Ausdehnungsdrang ökonomisch rückständiger Länder wie Russland und Frankreich, deren Industrien sich nur durch eine Protektions- und Eroberungspolitik nach dem Muster früherer Zeiten im Konkurrenzkampf halten könnten. Die deutsche Regierung aber, statt die Interessen der Industrie zu vertreten, also die manchesterlichen Methoden Englands aufzunehmen, das sich nur der Not gehorchend der neuen Aera anpassen müsse, treibe lieber feudale, als bürgerliche Politik. Denn dies ist das Wesen des Imperialismus. Er ist „nicht fortschrittliche, sondern reaktionäre Politik, nicht modern-bürgerliche Politik, sondern ein Zweig jener Wiedererweckung der absolutistisch-feudalen Politik, die auf dem europäischen Kontinent allenthalben als ebenso bornierte wie brutale Reaktion gegen die der Entwicklung dienenden Seiten des Manchestertums grassiert.“²⁴ Er ist also genau wie bei Schumpeter ein „Atavismus“.²⁵ Er ist nicht Ausdruck ökonomischer Strömungen und Notwendigkeiten, sondern zwingt umgekehrt die wirtschaftlichen Interessen in seinen Dienst. Die Wirtschaftspolitik ist Werkzeug der Machtpolitik.²⁶

In dieser Analyse liegt zugleich die Prognose, die Kautsky dem Imperialismus stellt. Er wird im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung überwunden werden. Selbst unter der Annahme, dass die Tendenzen zur überseeischen Annektion bei den herrschenden Machtverhältnissen unwiderstehlich sind, zwingen doch nach der Meinung Kautskys die dauernden Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, die augenblicklich unter dem Druck der Reaktion oder um kleinlicher Gegenwartsinteressen willen von ihr selbst aufgegeben seien, die Kapitalistenklasse dazu, andere ungefährlichere Methoden der Expansion anzuwenden und die Aufteilung der Erde in friedlicher Gemeinschaft durchzuführen. So sieht er eine Zeit des „Ultraimperialismus“ kommen, „die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“ setzt.²⁷ Wir werden im Folgenden sehen, welche Argumente vor allem die Parteilinke gegen diesen Standpunkt Kautskys, der als nachträgliche rationale Rechtfertigung einer im Voraus festgelegten Taktik oder sogar nur eines Wunschbildes hingestellt wurde, ins

²⁴ Kautsky, Kiautschou a. a. O. 25. Auf diesen Artikel berief er sich auch später immer wieder und im „Nationalstaat usw.“ (also 1915) vertrat er dieselbe Anschauung.

²⁵ Schumpeter, a. a. O. S. 283.

²⁶ Denn der Geist der Gewaltsamkeit, dem der Imperialismus entspringt, stellt nach Kautsky „keineswegs eine notwendige Bedingung des ökonomischen Fortschritts dar.“ (Vgl. nochmals die Abrüstung a. a. O. 851.) Ebenso sagt Schumpeter über das Schutzzollsystem: „Die Wirtschaft wird da zu einem Mittel der Politik, zu einem Mittel, die Nationen zu einen, aus dem internationalen Interessengewebe zu lösen und der Staatsgewalt zur Verfügung zu stellen.“ (a. a. O. 851.) Auch Lederer vertritt einen ähnlichen Standpunkt, indem er den Imperialismus als Aktion „eines abstrakten Machtstaates“ begreift. Vgl.: Zur Soziologie des Weltkrieges, Arch. f. Sozialw. 39. Bd. (1914) 376 ff.

²⁷ Kautsky, Zwei Schriften zum Umlernen, N. Z.

Treffen führte. Es sei hier vorweggenommen, dass bei aller Anerkennung der Tatsache, dass das deutsche Bürgertum unter Wilhelm II. die Außenpolitik nicht planmäßig in politischer Form leiten konnte, sich sein Einfluss doch durch den Druck der im Ausland interessierten Firmen bei den Reichsstellen geltend gemacht hat, so dass man zweifellos wie das neuerdings Kehr überzeugend nachgewiesen hat²⁸ – [42] davon sprechen kann, dass die Grundlinien der Außenpolitik durch agrar- und industriekapitalistische Interessen bestimmt wurden.

²⁸ Eckart Kehr, Englandhass und Weltpolitik, Zeitschrift für Politik, XVII. Band, Heft 6, 500 ff. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis: „Die antirussische Politik Deutschlands hat ihre soziale Motivierung nicht in dem Kampf des freiheitlichen Liberalismus gegen die Despotie, sondern der ostelbischen Agrarier gegen das agrarische Konkurrenzland Russland. Die antienglische Politik Deutschlands ist ebenso sozial motiviert nicht in dem Kampf der autoritären Konservativen gegen das parlamentarische England, sondern einerseits der westdeutschen Industrie und der hanseatischen Reederei gegen das kapitalistische Konkurrenzland, andererseits der deutschen Landwirtschaft, die sich gegen den Industriestaat zur Wehr setzte. Nicht der politische Gegensatz bestimmte die feindliche Doppelfront der Reichspolitik, sondern der wirtschaftliche. Viel tiefer als der momentane Wille der diplomatischen Technik hat der anonyme soziale Druck von innen her die Grundlinien der Außenpolitik bestimmt.“ (S. 515.)

[43]

Viertes Kapitel: Zentristische und linke Politik.

Entgegen den Revisionisten hielten Zentrum und Linke mit zunächst scheinbar übereinstimmender Begründung an der Ablehnung des Imperialismus fest. Gestützt auf die Erfahrungen seit der Jahrhundertwende leugneten sie, dass er ökonomische Vorteile für das Proletariat brächte. Denn durch seine Verbindung mit den Schutzzöllen begünstige der Imperialismus die Preispolitik der Kartelle, durch die die Waren verteuert würden, ohne dass die Widerstandsaktionen der Gewerkschaften noch die Kraft hätten, den mächtigen Kapitalistenverbänden gegenüber entsprechende Lohnerhöhungen durchzusetzen. „Wenn die Monopolisten die Konkurrenz unter sich durch partielle Assoziationen einschränken, so wächst die Konkurrenz unter den Arbeitern ... (Marx¹). Überdies seien die Revisionisten im Unrecht, wenn sie vom Imperialismus eine ungehemmte Entfaltung der Produktivkräfte erwarteten. Das moderne kapitalistische Monopol bringe vielmehr mit der Kontingentierungspraxis der Kartelle eine entschiedene Fesselung derselben mit sich. Hier aber hört die Übereinstimmung zwischen dem Zentrum und den Linksradikele auf. Wenn sich nach Rosa Luxemburg und ihren Anhängern das Bürgertum im Imperialismus die Bedingungen schafft, die mit den Prinzipien seiner ökonomischen Herrschaft in der jetzigen Entwicklungsphase allein noch verträglich sind, so wird die Einsicht, dass diese Prinzipien einen ungehemmten ökonomischen Fortschritt nicht mehr zulassen, zur theoretischen Gewissheit der Aktualität des Sozialismus. So konnte die Linke in allen „ungünstigen“ Wirkungen, vor allem im Elend, das der Imperialismus im Krieg schafft, doch zugleich die „günstige“ revolutionäre Seite sehen, „welche die alte Gesellschaft über den Haufen werfen wird“.² Ganz anders Kautsky, dessen Methode in der dogmatischen Unterscheidung und Ent- [44] gegensetzung von Gut und Schlecht besteht. Stellt er den Auswüchsen des Imperialismus den geregelten „normalen“ Kapitalismus entgegen, so richtet sich seine Polemik nicht gegen bürgerliche Verhältnisse, sondern nur gegen ihre angebliche Verzerrung. Er steht damit aber grundsätzlich auf dem Boden des Revisionismus: wie für die Partei-Rechte, so ist auch für das Parteizentrum die Utopie eines störungslosen Verlaufs der kapitalistischen Wirtschaft [im] Interesse der Arbeiter, das sich allerdings nicht im Imperialismus, sondern im Manchestertum verwirklicht. Es erscheint dann als Aufgabe der Sozialdemokratie, für die Erhaltung des Kapitalismus Sorge zu tragen „Indem wir für diesen (d. i. den Freihandel) im Interesse des Proletariats eintreten, verfechten wir zugleich den kurzsichtigen Augenblicksinteressen großer Teile der herrschenden Klassen gegenüber das wohlverstandene Interesse der bürgerlichen Gesellschaft ..., womit wir deren Existenz verlängern. Dies ist jedoch das einzige Mittel, zu verhindern, dass diese nicht verfault und spurlos vergeht ..., sondern zum Ausgangspunkt einer neuen, höheren Gesellschaftsform wird.“³

¹ Vgl. Das Elend der Philosophie, S. 138.

² ebenda, S. 109.

³ Kautsky, Der erste Mai usw., a. a. O. 101. – In seiner Einleitung zum 2. Band des Marxschen „Kapital“ (Volksausgabe, 1927) trägt Kautsky erneut diese Ansicht vor: „... auf dem Gebiet der Zirkulation (haben) die Arbeiter vielfach die gleichen Interessen wie die Kapitalisten, insofern als beide in gleichem Maße am ungestörten Ablauf des Zirkulationsprozesses interessiert sind. Aber schon vor dem Weltkrieg hatten die aufkommenden Unternehmerverbände versucht, für besondere Produktionszweige Extraprofiten durch Vergewaltigung der Gesetze der Zirkulation herauszuschlagen. Der Weltkrieg hat das Bedürfnis der Herren der großen kapital. Monopolverbände nach Vergewaltigung der ökonomischen Gesetze d. kapitalist. Getriebes noch gesteigert. Es wird immer mehr Aufgabe d. Proletariats, für die Beachtung dieser Gesetze einzutreten, deren Verletzung die ganze Gesellschaft aufs tiefste schädigt.“ (S. XXX.)

In dieser theoretischen Divergenz liegen alle taktischen Gegensätze zwischen der Parteimehrheit und dem linken Flügel beschlossen. Denn es handelt sich bei weitem nicht nur um eine verschiedenartige Begründung ein und derselben ablehnenden Haltung. Vielmehr wird dem Kampf der Sozialdemokratie von den beiden Richtungen ein verschiedenes Ziel gesetzt.

Die Perspektive der Zentristen gestattete es, ein positives Reformprogramm vorzuschlagen, das sich für eine unkriegerische, rein handelspolitisch orientierte, zivilisatorisch segensreiche Außenpolitik einsetzte.⁴ Bei dieser Haltung, bei der [45] ökonomische und politische Sphäre auf unmögliche Weise getrennt werden, war es der Sozialdemokratie möglich, die deutsche Interessenpolitik überall dort gutzuheißen, wo sie keinen ausgeprägt kolonial-annexionistischen Charakter trug. So wurde etwa das Vordringen Deutschlands auf dem Balkan als „gesunde ökonomische Ausdehnung“ empfunden,⁵ so sehr man davon entfernt war, die Liebknecht'schen Weltpolitikträume wieder aufzunehmen.⁶ Auch in der Diskussion über die Marokkofrage bestand weitgehende Einigkeit zwischen Partei und Regierung. Bebel sagte wiederholt der deutschen Außenpolitik die Unterstützung der Sozialdemokratie zu, wenn es darum ginge, die Souveränität Marokkos gegen Frankreich zu sichern, schon aus der Erwägung heraus, dass ein französisches Marokko Deutschland die Gibraltarstraße und damit einen wichtigen Handelsweg versperre. Als charakteristisch seien seine Ausführungen im Reichstag vom 29. III. 1905 angeführt: „Wenn die Reichsregierung bestrebt ist, zu verhüten, dass durch das Abkommen, das zwischen England und Frankreich vor länger als einem Jahr geschlossen wurde, und das dahin ging, dass Frankreich, kurz gesagt, die Oberherrschaft in Marokko zuerkannt bekam und es nach Verlauf von 30 Jahren in der Lage sein sollte, jede handelspolitische Konkurrenz fremder Staaten für Marokko auszuschalten, auch sogar, wenn die Reichsregierung versucht, diesem Abkommen, das auch nach unserer Meinung die Interessen Deutschlands aufs schwerste schädigt, entgegenzuwirken, so werden wir ihr nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie in diesem Bestreben unterstützen.“⁷ In ähnlicher Weise äußerte sich Bebel in seinem Referat über die Marokkofrage auf dem Jenaer Parteitag (1911), wo er bei aller Ablehnung kolonialer Annexion die Forderung stellte, – und hier kommt wieder das nationale Element der liberal-demokratischen Einstellung der Sozialdemokratie zur Geltung, dass „selbstverständlich die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden“ müssten⁸; bezeichnend ist, dass vom selben Parteitag ein Amendement Luxemburg-Zetkin abgelehnt wurde, wonach „auch jede auf dem Weg des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands“ zurückzuweisen sei.⁹

Der prinzipielle Widerstand gegen die Kolonialpolitik wurde so von Jahr zu Jahr schwächer; meist zog sich die Partei auf die Kostenfrage zurück, d. h. sie lehnte Annexionen lediglich

⁴ Vgl. Max Viktor, a. a. O. 166; ferner Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 5. XII. 1908.

⁵ Vgl. Reichstagsprotokoll vom 26. III. 1908.

⁶ Vgl. Liebknechts Reichstagsrede vom 27. 4. 1898: „Hätten wir Staatsmänner in Deutschland gehabt, so hätten wir überschüssige Kräfte nach den fruchtbaren Donauländern geschickt, das alte Österreich hätte sich vorgeschoben nach Süd und Ost und heute hätten wir das leitende Wort in Konstantinopel zu sprechen; dann hätten wir in Europa unser Indien gehabt ... das wäre Weltpolitik gewesen.“

⁷ Vgl. ferner seine Reichstagsrede vom 23. III. 1908.

⁸ Protokoll des Jenaer Parteitages 1911, S. 336.

⁹ Protokoll S. 162 f. und 350.

deshalb ab, weil der Erfolg den hohen Aufwand, den er erfordere, nicht lohne.¹⁰ Daneben konzentrierte sich die Kritik auf die Auswüchse der Politik Wilhelms II., wie Krügertelegramm, Hunnenrede, Tangerreise und Panthersprung.

Ausgangspunkt aller Reformvorschläge der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Außenpolitik war die Überzeugung, dass Kapitalismus und Gewalt keine funktionalen Begriffe seien, sah man doch im Imperialismus nur die „verpfuschte Imitation historischer Beispiele aus früheren Jahrhunderten“.¹¹ Diese Überzeugung lag der Propaganda für Abrüstung, für schiedsrichterliche Schlichtung aller internationalen Konflikte und für den gelegentlich auch vertretenen Gedanken der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“¹² zugrunde: man war der Meinung, dass die technische Entwicklung selbst den Militarismus und Marinismus zu einer drückenden Last für alle Staaten mache und dass daher unvermeidlich überall in der bürgerlichen Welt Bestrebungen entstünden, die Kriegsgefahr durch Ausbau des Völkerrechts etc. zu verringern.¹³ Der Glaube an die Vereinigung der Kul- [47] turstaaten und an den Sieg der Zivilisation über das Wettrüsten beherrschte die Agitation der Partei. Wohl sah man in der Entente cordiale die Spitze gegen Deutschland,¹⁴ aber man gab die Hoffnung auf eine Übereinkunft mit den Westmächten nicht auf, da man in den wirtschaftlichen Gegensätzen keinen Grund zu politischer Spannung erblicken wollte und annahm, dass das saturierte England zur Verständigung bereit sei.¹⁵ Nur die Tatsache, dass das zeitgenössische Deutschland wegen seines veralteten politischen Mechanismus die Persönlichkeiten nicht zur Entfaltung kommen lasse, die seine kapitalistischen Interessen verlangen, stünde dem Anschluss an Frankreich und England entgegen.¹⁶

Aber der linksradikale Flügel wies solche Rechnungen als trügerische Illusionen zurück. Die Behauptung, dass sich die Bourgeoisie über ihre wahren Interessen täusche (*Kautsky*) oder gar die Weltgeschichte „auf falschem Wege“ sei (*Bernstein*,¹⁷) ist nach *Rosa Luxemburg* nur die theoretische Formel einer ganz bestimmten taktischen Tendenz. „Diese Auffassung zielt dahin ..., die angebliche Handvoll Nutznießer des Imperialismus zu isolieren und so einen Block des

¹⁰ *Bebel* in seinem Referat über die Marokkofrage, a. a. O. S. 342: „Mag der Wunsch da sein, mag er tausendmal berechtigt sein, sich in Marokko festzusetzen, aber man muss sich auch im gewöhnlichen Leben oft liebe Wünsche versagen, weil sie nicht durchführbar sind. So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen: was kostet er, kannst Du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten tragen können.“

¹¹ *Ledebour* in seiner Reichstagsrede vom 27. III. 1909. Ganz ähnlich *Bebel* im Reichstag vom 10. II. 1900 (Imperialismus gleich Absolutismus).

¹² Vgl. *Ledebour* am 3. IV. 1911 im Reichstag. Ebenso *Kautsky* in einer Polemik gegen die Leipziger Volkszeitung (N. Z. XXIX, 2, S. 248.)

¹³ Anlässlich des Abrüstungsvorschlages der englischen Regierung schrieb *Kautsky* in der „Neuen Zeit“ (Jg. XXX, 2, 841 ff.): „Die Idee der Abrüstung hat in der bürgerlichen Welt schon solche Fortschritte gemacht, dass nicht nur ein paar machtlose Friedensschwärmer, sondern die englische Regierung selbst den Wunsch nach einem Übereinkommen zur Beschränkung der Seerüstungen aussprach ... Es gibt demnach eine ansehnliche bürgerliche Abrüstungsbewegung. Sie ist so stark, dass sie bereits von der Regierung eines Großstaates vertreten wird, ja nicht nur von der Englands allein. Denn die englische Regierung hat sicherlich ihren Wunsch nicht ohne Zustimmung der befreundeten französischen Regierung geäußert. Die englische und französische Regierung sind also nicht der Meinung, das Wettrüsten sei eine Lebensbedingung des Kapitalismus.“

¹⁴ Vgl. z. B. Vorwärts vom 13. IV. 1904.

¹⁵ Vgl. Vorwärts vom 29. VII. 1908.

¹⁶ Vgl. Vorwärts vom 17. V. 1904.

¹⁷ Vgl. Protokoll des Chemnitzer Parteitages 1912, S. 421.

Proletariats mit breiten Schichten des Bürgertums zu bilden, um den Imperialismus zu „dämpfen“, ihn durch „teilweise Abrüstung auszuhungern, ihm „den Stachel zu nehmen“. Wie der Liberalismus in seiner Verfallzeit von der schlechtinformierten Monarchie an die besser zu informierende appelliert, so will das „marxistische Zentrum“ von der schlechtberatenen Bourgeoisie an die zu belehrende, vom imperialistischen Katastrophenkurs an internationale Abrüstungsverträge, von dem Ringen der Großmächte um die Weltdiktatur des Säbels an die friedliche Föderation demokratischer Nationalstaaten appellieren. Die Generalauseinandersetzung zur Austragung des weltgeschichtlichen Gegensatzes zwischen Proletariat und Kapital verwandelt sich in die Utopie eines historischen Kompromisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur „Mil- [48] derung“ der imperialistischen Gegensätze zwischen kapitalistischen Staaten.¹⁸ Unter diesem Gesichtspunkt erschienen der radikalen Richtung alle Reformvorschläge der Partei als nutzlose Projektmachereien. Bündnisse wurden von ihr nicht als Friedensgarantien, sondern als Bestandteile der Kriegspolitik eingeschätzt. „Sie sind die Praxis des Imperialismus“, sagt Radek¹⁹ und begründet damit seine Meinung, dass das Proletariat allen Regierungskombinationen feindlich gegenüberstehen müsste, wolle es sich nicht zu Dienstleistungen gegenüber dem diplomatischen System der Großmächte herbeilassen.²⁰ In den Abrüstungsvorschlägen der englischen Regierung sahen die Radikalen nur den geheimen Hintergedanken des britischen Imperialismus wirksam, sich eine besonders gute militärische Position zu sichern,²¹ und vom Instrument des Schiedsgerichts sagten sie mit *Ruedorffer* aus, es diene lediglich dazu, „den Ausbruch ungewollter ... Kriege zu vermeiden.“²² Eine friedliche Aufteilung der Erde scheitere schon daran, dass die Machtverhältnisse, auf Grund deren sie allein erfolgen könnte, weder leicht festzustellen noch unveränderlich seien; es gäbe aber à la longue kein Mittel, das immer wieder gestörte Gleichgewicht herzustellen als den Krieg. Die Idee einer Föderation der europäischen Kulturstaaten endlich ist nach Rosa Luxemburg offensichtlich reaktionär, weil diese Losung immer eine offene oder versteckte Spitze gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Erdteil“ und die „minderwertigen“ Rassen richte, die der Imperialismus als koloniale Arbeitskräfte ausnutze.²³

Weder das überlebte Ideal des Freihandels noch die „rein wirtschaftliche“ Expansion, die stets imperialistischen Zielen diene, wurden von der Linken als positive Forderungen des Proletariats anerkannt. Überzeugt, dass es kein Mittel gegen [49] den Imperialismus im Rahmen der bestehenden Ordnung gebe, vertrat sie eine Politik bloßer Negation, d. h. sie sah in der Bekämpfung der staatlichen Außenpolitik und in der Verweigerung jeglicher Mitarbeit an ihrer Gestaltung die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie.²⁴ Und während der Parteivorstand die grundsätzliche Agitation gegen den Imperialismus aus Rücksicht auf die nationalen

¹⁸ Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation d. Kapitals*, Antikritik, S. 118.

¹⁹ Vgl. seine unter dem Titel „In den Reihen der deutschen Revolution“ gesammelten Aufsätze, S. 301. Ebenso R. Luxemburg, *Offener Brief an Jean Jaurès*, N. Z. XXVI, 2, 588 (Allianzen als versteckte Mittel zu fortschreitenden Kriegsrüstungen)

²⁰ In demselben Sinn: Rudolf Hilferding, *Der Parteitag und die auswärtige Politik*, N. Z. XXIX, 2, 799 ff. Würden sich die Arbeiter heißt es hier – gegenüber den internationalen Konflikten auf den Boden eines „internationalen Rechts“ stellen, so müssten sie „statt ihrer Klasseninteressen ... die Akten der Diplomatikongresse studieren, um die Grundlage ihrer Politik zu finden.“

²¹ Vgl. Paul Lensch auf dem Chemnitzer Parteitag 1912, Prot. S. 417.

²² *Ruedorffer*, *Grundzüge der Weltpolitik*, 167.

²³ R. Luxemburg, *Friedensutopien*, Leipziger Volkszeitung 8. V. 1911.

²⁴ Vgl. Radek, a. a. O. 172 ff. Ferner *Tschitscherin*, *Die Politik zweier Internationalen*, S. 4 ff.

Stimmungen in der Wählerschaft immer mehr dämpfte,²⁵ verlangte die linke Opposition eine Steigerung des Kampfes „im Parlament, aber zu bestimmten Zeiten auch durch Aktionen der Massen selbst“.²⁶ In die hier dargestellten taktischen Differenzen zwischen dem Zentrum und den Linksradiكالen mündete der tiefe und grundsätzliche Gegensatz nationaler und internationaler Einstellung aus. Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie, – so erklärte Kautsky – das Nationalitätsprinzip übernommen.²⁷ Dieses Prinzip, das das Postulat der Menschenrechte zur Forderung staatlicher Selbstbestimmung der Völker erweitert, wurde in den Revolutionsjahren des vorigen Jahrhunderts mit dem gedanklichen Endzweck der Humanitas der Nationen vorgetragen, deren Voraussetzung in der Annahme bestand, dass sich jedes Volk mit dem Genuss der erworbenen Unabhängigkeit genügen lasse und die Nebenationen nicht antaste.²⁸ Es war die Losung der jungen, zur Herrschaft [50] drängenden Bourgeoisie, deren Bedürfnissen der überlieferte Staat des ersten und zweiten Standes nicht mehr entsprach, und die sich gegen ihn und gegen die Fremdherrschaft der absoluten Fürsten Europas als Staatsnation konstituierte.

Unter scharfer Zurückweisung des Dogmatismus der Nationalität hatte *Marx* diese Unabhängigkeitsbestrebungen überall dort unterstützt, wo sie ihm als eine Etappe am Weg zur sozialen Revolution erschienen. „... weil die Befreiung Polens von der Revolution unzertrennlich, weil Pole und Revolutionär identische Worte geworden sind, daher ist den Polen auch die Sympathie des ganzen Europa und die Wiederherstellung ihrer Nationalität ... sicher“; und umgekehrt: weil den Slawen „die Nationalität ... vor der Revolution geht“ und sie „um die Aussicht auf ihre elende nationale Selbständigkeit die Demokratie, die Revolution an die österreichische Gesamtmonarchie (verkauften) ... werden wir einst blutige Rache an den Slawen nehmen“.²⁹ Ausschließlich die revolutionäre Qualität der Völker bestimmte die jeweilige Stellungnahme Marxens. Den Ideologiecharakter des Nationalitätsprinzips hat er von Anfang an betont. Ihm ging es in jenen Revolutionsjahren „nicht um eine Verbrüderung aller Völker Europas unter einer republikanischen Fahne, sondern um die Allianz der revolutionären Völker gegen die konterrevolutionären, eine Allianz, die nicht auf dem Papier, sondern auf dem Schlachtfeld zustande kommt.“³⁰

Mit der Abkehr des Bürgertums von seiner revolutionären Tradition bekamen die Forderungen, die es einst aufgestellt, neue Aktualität, als die fertigen Weltnationen im Imperialismus den unentwickelten Rassen das Recht der Selbständigkeit bestritten, und in den Kolonien die

²⁵ „Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren, und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so dass da raus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen ... Für uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorf über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden.“ Herm. *Molkenbuhr*, Mitglied d. Parteivorstandes, in einem Brief an das Internationale Sozialistische Bureau (8. VII. 1911), abgedruckt im Protokoll d. Jenaer Parteitages 1911, S. 466/7.

²⁶ *Pannekoek* auf dem Chemnitzer Parteitag 1912, Prot. S. 423.

²⁷ Vgl. *Kautsky*, Nationalstaat usw., 11.

²⁸ „Welches sind daher die rationalen Grenzen dieses Nationalitätsprinzips bezüglich jeder einzelnen Nationalität? Die angrenzenden Nationalitäten. Welches aber sind die Garantien, die zugleich der Gerechtigkeit entsprechen und Aussicht haben, das Völkerrecht wirklich zu stützen! Die Achtung vor der Nationalität und der nationalen Unabhängigkeit. Und welches der Endzweck? Die Humanitas der Nation.“ (Vgl. Stan. *Mancini*, Della Nationalita usw., zit. bei *Michels*, Zur hist. Analyse des Patriotismus, Arch. f. Sozialw. 1913, 404.)

²⁹ Vgl. *Marx*, Der demokr. Panslawismus, Lit. Nachl. III, 260/63.

³⁰ 1. c. 247.

Freiheitsbewegungen unterdrückter Völker einsetzten. Die Übernahme des Nationalitätsprinzips durch die Sozialdemokratie sollte nun aber eine Haltung rechtfertigen, die der von Marx in ähnlicher Situation bewiesenen gerade entgegengesetzt war. Die zentristische Orthodoxie hat eine aktive Unterstützung kolonialer Aufstandsbewegungen und ihre Einordnung in den allgemeinen proletarischen Kampf gegen den Imperialismus nie befürwortet; Kautsky warnte vielmehr ausdrücklich vor solchen Rebellionen und lehnte ihre Förderung ab. „Sie können das Los [51] der Eingeborenen nur verschlechtern. So sehr wir solche Rebellionen begreifen und so sehr wir mit den Rebellen fühlen, sie fördern kann die Sozialdemokratie nicht ...“³¹ Dafür aber machte sich die Partei die gedanklichen Grundlagen des Nationalitätsprinzips und die ihnen entsprechende Politik zu eigen. Als die deutsche Regierung im Reichstag 1904 einen Nachtragsetat vorlegte, der die Kosten der Expedition zur Niederschlagung des Hereroaufstandes decken sollte, gab die Partei als Grund dafür, dass sie diese Geldforderung nicht ablehnte, an, dass „die menschliche Teilnahme, die dem von Weißen bedrohten Neger in Nordamerika recht sind, auch dem von Negern bedrohten Deutschen in Südwest-Afrika billig seien“.³² Mit anderen Worten: Die Idee der Gleichberechtigung der Völker wurde nicht ausschließlich als materielle Forderung der Unterdrückten, sondern ganz im Sinne bürgerlichen Denkens als formaler Anspruch vorgetragen, der ohne Rücksicht auf die entsprechende soziale Situation Allen zugestanden und auch den imperialistischen Mächten trotz ihrer konterrevolutionären Qualifikation eingeräumt wurde. Da die Partei den harmonistischen Ideologien der liberalen Demokratie die Überzeugung entlieh, dass das wohlverstandene Recht jeder einzelnen bürgerlichen Nation das gleiche Recht der anderen nicht störe, konnte sie von den Gegensätzen der modernen Großstaaten an das versöhnende Nationalitätsprinzip appellieren und ein positives Programm demokratischer Nationalpolitik aufstellen, um dessen Willen sie sich rühmte, im besten Sinne patriotisch zu sein.

Wir haben gesehen, dass die Auffassungen Kautskys über das Problem des Imperialismus es ihm erlaubten, zwischen „ungesundem“ Chauvinismus – der Gewaltexpansion – und den „berechtigten“, sozialistischer Kritik nicht unterliegenden nationalpolitischen Interessen der friedlichen, demokratischen Expansion – zu unterscheiden und sich für die Wahrung der letzteren einzusetzen. Indem er die offizielle Politik mit der Begründung ablehnte, dass sie die Berücksichtigung der kapitalistischen Gesamtentwicklung ausschließe, empfahl er eine andere Politik, die der bürgerlichen Gesellschaft und den bürgerlichen Nationen besser entspräche. Suchte sich dieser Standpunkt gleichzeitig durch den Hinweis auf die Arbeiterinteressen zu rechtfertigen, so zielte er offensichtlich daraufhin, nationales und internationales (soziales) Prinzip im pazifistisch-altruistischen Nationalismus der frühbürgerlichen Theoretiker zu versöhnen. Auch *Bernstein* wollte nur in dem Sinne national sein, wie *Fichte* und *Lassalle* es waren.

Und damit war, – auch wenn man nicht mit *Bebel* so weit ging, die Marx'sche These, dass die Arbeiter kein Vaterland hätten, in aller Form als veraltet zu erklären³³ – die Einstellung der Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung vorgezeichnet. Der Trennung zwischen berechtigten und unberechtigten Nationalinteressen entsprach die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg. Dass die Partei ihren Patriotismus für den letzteren reservieren wollte, war angesichts der offiziellen Haltung der Staaten, jeden Krieg als

³¹ Vgl. *Kautsky*, Sozialismus u. Kolonialpolitik, 76.

³² Vgl. Prot. d. Bremer Parteitages (1904), 90. *Bebel* hat als entscheidenden Grund für die Stimmenthaltung noch angeführt, dass „wirklich erwiesene Tatsachen über die Ursachen noch nicht vorlagen“.

³³ *) Vgl. *Bebel* auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress. Prot. 82.

Verteidigungskrieg aufzufassen, mehr ein demokratisches Feigenblatt als ein tatsächlicher Vorbehalt.

Wohl hat *Kautsky* noch auf dem Essener Parteitag (1907) mit der Linken und im Gegensatz zu *Noske* und auch zu *Bebel* das Kriterium des Verteidigungskrieges nicht gelten lassen wollen. „Die deutsche Regierung könnte eines Tages den deutschen Proletariern weismachen, dass sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weismachen, und da hätten wir dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Häuse abschneiden. Das muss verhütet werden und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges, sondern das der proletarischen Interessen anlegen.“³⁴ Wohl ist ferner durch keinen einzigen Beschluss der 2. Internationale die Vaterlandsverteidigung dem Proletariat empfohlen oder gar zur Pflicht gemacht worden. Eine solche Aufforderung ergehen zu lassen, wäre auch für einen internationalen Kongress politisch undenkbar gewesen.³⁵ Viel- [53] mehr hat der Stuttgarter Internationale Sozialistenkongress auf Antrag R. *Luxemburgs*, *Lenins* und *Martoffs* den Satz in seine Resolution aufgenommen, dass es Aufgabe der sozialistischen Parteien sei, „die durch einen Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.“³⁶ Dies war der Standpunkt der Linken, die von vornherein alle Kriege zwischen imperialistischen Mächten als Eroberungskriege bezeichnete, in denen sich nicht das „Vaterland“, sondern der Sozialismus in Verteidigung befinde. Ging diese Einstellung auch in die offiziellen Kundgebungen der Internationale ein, so bedeutete dies doch schon deshalb sehr wenig, weil solche Resolutionen nie organisatorische Garantien für ihre tatsächliche Verwirklichung enthielten. Zudem beharrten die prominentesten Führer der rechten und zentristischen Sozialdemokratie trotz solcher Beschlüsse immer dabei, das Kriterium der Vaterlandsverteidigung im Verteidigungskrieg weiter in Anwendung zu bringen.³⁷ Bei jeder Gelegenheit wurde betont, dass die Partei die Notwendigkeit stärkster Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht in Abrede stelle. Wohl wurde

³⁴ Protokoll S. 261.

³⁵ „Man stelle sich einen Moment die Dinge konkret vor. *Jaurès*, *Vaillant*, *Vollmar*, *Vandervoelde*, *Branting* haben in gleicher Weise das Prinzip der Vaterlandsverteidigung im „Verteidigungskrieg“ gutgeheißen. Nun hatten sie sich als Mitglieder der Kommission an denselben Tisch gesetzt, um - im Jahre 1907 - eine gemeinsame Resolution zu schreiben. Wollte man nicht in den Wolken schweben, so musste man vom Kampf zwischen dem Dreibund und der Triple-Entente sprechen, ... von dem Wettstreit zweier imperialistischer Trusts, der den Krieg in sich barg. Es fragte sich nun: Was konnten die genannten Führer der Internationale sagen, wenn sie sich auf diesen einzig realen Boden gestellt hatten? Welche Partei sollte man als die die Kultur verteidigende anerkennen? Den Dreibund oder die Triple-Entente? ... Damit konnte man nicht zu den Arbeitern kommen, wenigstens nicht gleichzeitig zu den Arbeitern aller Länder.“ Vgl. *Sinowjew* über den Stuttg. Int. Soz.-Kongr. in: *Der Krieg und die Krise des Sozialismus*, 622/23.

³⁶ Vgl. Prot. 97, 102. - *Lenin* erzählt in: „Gegen den Strom“ (477) über die Entstehung dieses Zusatzes: „Ich erinnere mich sehr gut, dass der endgültigen Fassung dieses Amendements langdauernde unmittelbare Verhandlungen zwischen uns und *Bebel* vorausgingen. Die erste Fassung sprach viel direkter von revolutionärer Agitation und revolutionären Taten. Wir zeigten sie *Bebel*. Er antwortete: Ich gehe nicht darauf ein, da die Staatsanwaltschaft dann unsere Parteiorganisation sofort auflösen wird und wir dies nicht wollen, solange kein ernsthafter Grund dazu vorliegt. Nach Besprechungen mit Juristen und vielfältigen Umarbeitungen des Textes, die den Zweck verfolgten, denselben Gedanken auf legale Art auszudrücken, wurde die endgültige Formulierung gefunden, zu deren Annahme *Bebel* seine Zustimmung gab.“

³⁷ *) „Die Behauptung, was ein Angriffs- und was ein Verteidigungskrieg sei, wäre im gegebenen Fall schwer zu sagen, bestreite ich als richtig. So liegen heute die Dinge nicht mehr, dass die Fäden zu kriegerischen Katastrophen für den unterrichteten und beobachtenden Politiker unsichtbar blieben. Kabinettpolitik hat aufgehört zu sein.“ *Bebel* auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress 1907, Prot. S. 82.

die Art der Heeresorganisation, der Drill, der „Kadavergehorsam“ einer scharfen Kritik unterzogen und wesentlich damit die Ablehnung des Etats und der Rüstungsvorlagen begründet. [54] Aber man fügte stets bei, dass die Versagung der Zustimmung zu umfangreicheren Rüstungen keine grundsätzliche Verweigerung von Geldern zum Zwecke der Landesverteidigung bedeute. Die Sozialdemokratie dachte nicht daran, durch ihre Opposition das Land wehrlos machen zu wollen. Ganz im Gegenteil: das Milizsystem, das sie dem stehenden Heer gegenüber propagierte, sei das beste Mittel, die Defensivkraft des Volkes auf den höchsten Stand zu bringen.³⁸ Und da man einmal die rein wirtschaftliche Expansion zu den berechtigten nationalpolitischen Interessen zählte, blieb nur noch übrig, den leicht zu erbringenden Nachweis zu führen, dass die Tripleentente Deutschlands ökonomischer Bewegungsfreiheit Hindernisse in den Weg lege, um auch die militärischen Maßnahmen der Regierung zum mindesten in günstigerem Licht erscheinen zu lassen. In der Tat wurde der Regierung von der Sozialdemokratie, vor allem von Bebel, ganz im Sinne des Revisionismus häufig genug bestätigt, dass die deutsche auswärtige Politik friedlich sei,³⁹ während andererseits die Liebknecht'schen Vorschläge einer antimilitaristischen Agitation von der Partei, die nicht dem Vorwurf der Vaterlandslosigkeit ausgesetzt sein wollte, verworfen wurden.⁴⁰

Nun war freilich „nationale Beschränktheit“ nicht ein Charakteristikum der deutschen Partei allein. In allen Ländern des „vorgeschrrittenen Westens“ hatte der prosperierende Kapitalismus Zeit zur Ausbildung einer festen national-reformistischen Politik gegeben. Dieses Wesen der einzelnen Parteien hat sich im organisatorischen Aufbau der Internationale durchgesetzt. Sie war nur eine lose Aneinanderreihung national streng gesonderter und theoretisch wie taktisch fast vollständig autonomer Einzelparteien, deren gemeinsames Leben sich in der Hauptsache auf die Abhaltung internationaler Kongresse beschränkte. Insbesondere die deutsche Partei hat stets sorgsam darauf geachtet, dass ihr von den „Bruderparteien“ nichts aufoktroiiert würde, was sie aus der Bahn ihrer altgewohnten parlamentarischen Taktik herauswerfen könnte. „Wohin sollte das führen? Schließlich bestimmen auf den internationalen Kongressen die Engländer, Botokuden und [55] Chinesen, was wir in Deutschland zu tun haben.“⁴¹ Das war ein gut Teil der Psychologie der deutschen Sozialdemokratie. *Michels* führt ein Schulbeispiel für diese Einstellung an: Als die italienischen Sozialisten in der Kammer die Erklärung abgegeben hatten, dass, wenn der Zar es wagen sollte, italienischen Boden zu betreten, ihn die Arbeiter auspfeifen würden, erbat sich die Sozialdemokratische Partei Italiens vom Brüsseler Int. Soz. Kongress 1893 eine Sympathieerklärung. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens brachten eine dementsprechende Resolution ein, nur die Deutschen erhoben Widerspruch: dann müsste ja auch in Deutschland die Fraktion dieselbe Erklärung abgeben, was nur dem guten Ruf schaden würde, den die sozialdemokratischen Parlamentarier im Reichstag genießen.⁴²

³⁸ Vgl. z. B. den Bericht der Reichstagsfraktion auf dem Jenaer Parteitag 1913, Prot. S. 151, 153, 169. Die patriotischen Reden Noskes und Bebels sind bekannt. Weitere sehr zahlreiche Belege bei Charles *Andler*, *La Décomposition du socialisme allemand*, Paris 1919, S. 5–46

³⁹ Vgl. *Bebel* auf dem Jenaer Parteitag 1905 (Prot. S. 150) und auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress 1907 (Prot. S. 83).

⁴⁰ Vgl. *Bebel* in Stuttgart, Prot. S. 82.

⁴¹ Vgl. *Leimpeter* auf dem Kölner Gewerkschaftskongress (1905) Prot. 239.

⁴² Vgl. R. *Michels*, *Die deutsche Sozialdemokratie i. internat. Verband*, a. a. O.

Wegen solchen Verhaltens wurde an der deutschen Sozialdemokratie von den Bruderparteien häufig scharfe Kritik geübt.⁴³ Freilich entsprang diese Kritik in vielen Fällen nicht sozialistischen, sondern nationalistischen Stimmungen, die sich – gekleidet in die demokratische Ideologie des Kampfes gegen den „Kaiserismus“ – gegen die sozialistischen Instanzen jenseits der Grenze selbst wandten, weil man sie des Handinhandgehens mit dem Polizeistaat, jedenfalls in außenpolitischer Beziehung, verdächtigte. So widerlegte etwa die radikale Resolution, die *Jaurès* auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialisten-Kongress einbrachte, und die sogar den Aufstand als ein Mittel zur Verhinderung des Krieges vorsah, ihren sozialistischen Gehalt dadurch selbst, dass sie gleichzeitig die Pflicht des Proletariats des in seiner Unabhängigkeit bedrohten Landes statuierte, sein Vaterland zu verteidigen. Nach der überzeugenden Darlegung *Sinowjews* lag der Unterschied zwischen Bebel, der sich auf den Gedanken des Aufstandes nicht festlegen lassen wollte⁴⁴, und *Jaurès* nur darin, dass letzterer einem in militärischer Hinsicht schwächeren Land angehörte. Daher seine Bemühung, sich des Einverständnisses der Sozialisten der anderen Länder, vor allem der Deutschen, zu sichern, um Frankreich im Falle eines „gerechten“ Krieges zu helfen; daher sein Bestreben, die deutsche Sozialdemokratie zu verpflichten, sich nicht nur mit einem platonischen Protest zu begnügen, sondern zu Streiks und Aufständen zu greifen. „Die Mentalität der einen ist vor allen Dingen dadurch bedingt, dass 1870/71 ihr Vaterland besiegt wurde und ihnen zwei Provinzen weggenommen wurden. Die Mentalität der anderen zeigt genau das Gegenteil.“⁴⁵

Eine internationale Organisation, die sich von solchen Gedankengängen tragen ließ, konnte die Probe nicht bestehen, auf die sie der Weltkrieg stellte. In Deutschland ebenso wie in allen Ländern, in denen der starke Kapitalismus seinen Einfluss auf sie geltend gemacht hatte, bewilligten die Sozialdemokraten die Kriegskredite und „vertagten“ den Klassenkampf im Burgfrieden. Sie stellten die Solidarität der Nation höher als die der Klasse. Welche Gründe man immer für eine solche Haltung anführte: mit der bloßen Tatsache, dass die Internationale ihre wesentliche Grundaufgabe, die Interessengemeinschaft der Ausgebeuteten aller Länder im Klassenkampf zum Ausdruck zu bringen, negierte, hatte sie aufgehört, als sozialistische Internationale zu bestehen. Hätte sich keine Opposition gegen die Preisgabe der sozialistischen Grundsätze erhoben und wäre kein Versuch gemacht worden, diesen Protest international zu organisieren, so müsste man schließen, dass der Krieg Aktions- und Organisationsvermögen einer sozialistischen Internationale überhaupt übersteige. Aber da dem nicht so war, da vielmehr eine starke Gegenströmung gegen die offizielle Haltung der sozialistischen Parteien entstand und sich zu aktiver Antikriegspropaganda organisierte,⁴⁶ wird man anders urteilen dürfen. Die Kriegserfahrungen waren eine Bestätigung der linksradikalen Kritik an den Theorien des „sachverständigen, orthodoxen“ Marxismus, dessen Hoffnung auf die Selbstüberwindung des Imperialismus die Passivität der Partei, die den Selbstzwecktendenzen des Apparats entsprang, rechtfertigen sollte. Zwar hatte das deutsche Parteizentrum zum Unterschied von der Rechten nicht offen Anschluss beim imperialistischen Bürgertum gesucht. Aber indem es sich auf die Opposition solcher bürgerlicher Schichten verließ, die sich durch die neue Entwicklung des Kapitalismus in den zweiten Plan gedrängt fühlten (Teile der Fertigungs- [57] industrie, Kleinbürgertum), die aber diese Entwicklung mitzumachen

⁴³ Man denke nur an die vielen unwilligen Stimmen, die allein auf dem Stuttgarter Int. Soz.-Kongress über die deutsche Sozialdemokratie laut wurden. Weitere Belege in dem erwähnten Aufsatz von *Michels*.

⁴⁴ „Wir können uns nicht zu Kampfmethoden drängen lassen, die dem Parteileben und u. U. auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden können.“ *Bebel* auf d. Stuttg. Int. Kongress, Protokoll 83.

⁴⁵ Vgl. Lenin und *Sinowjew*, *Gegen den Strom*, S. 473.

⁴⁶ Vgl. Angelica Balabanoff, *Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919*, *Grünbergs Archiv*, XII. und XIII. Jahrgang

gezwungen waren, konnte es zwar eine andere Wendung der Dinge wünschen, die Rückkehr „normaler“ Zustände ersehnen, aber dem Imperialismus keinen ernsthaften Widerstand entgegenseetzen. Wenn man heute die Debatte innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Krieg überdenkt, wird man einräumen müssen, dass die Radikalen wie auch ein Teil der Revisio-nisten die Entwicklung in wichtigen Punkten richtig beurteilt haben. Dagegen schneidet das offizielle Zentrum am schlechtesten ab. Es hat nichts erkannt und nichts vorhergesehen; vom Kriegsausbruch überrascht, ließ es sich von den Ereignissen treiben.

In der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten am 4. August 1914 wirkte neben der Sorge um die Erhaltung des Parteiapparates der Gedanke von Engels nach, dass in einem Krieg Deutschlands mit Russland und dessen Verbündeten die deutschen Arbeiter das Recht und die Pflicht der Landesverteidigung hätten.⁴⁷ Freilich dürften sich dann die Arbeiter den Kriegszielen des deutschen Großkapitals nicht unterordnen. Ziel der sozialistischen Partei müsste nach *Engels* sein, die Lage zur Stärkung der Macht des Proletariats auszunutzen, um den Krieg „mit revolutionären Mitteln“ als „Volkskrieg“ gegen den Zarismus bis zu dessen Sturz zu führen und möglichst schnell zu einer Verständigung mit Frankreich ohne gegensei-tige Vergewaltigung zu gelangen. Aber das herrschende politische System in Deutschland könnte einen solchen revolutionären Krieg auf keinen Fall überleben – das Resultat wäre si-cherlich der Sieg der Revolution, den die Partei von Anfang an auf jede Weise zu fördern habe. Mochte man nun auch in dieser Auffassung *Engels'* eine Rechtfertigung der Landesver-teidigung erblicken – jedenfalls ließ sich der Burgfriede daraus nicht folgern. Wohl machte man den Versuch, ihn als vorübergehenden „Notstand“ zu erklären (*Renner*⁴⁸) und darüber hinaus die Haltung der Sozialdemokratie resignierend damit zu verteidigen, dass „die Irrati-onalität des gegenwärtigen Krieges“ die Arbeiterschaft vor „logische Unmöglichkeiten“ stelle (*Bernstein*⁴⁹). Aber die eingestandene Hilflosigkeit dieser Auffassung, wie sie noch mehr in [58] *Kautskys* These, dass die Internationale ein bloßes Friedensinstrument, aber kein wirksa-mes Werkzeug des Krieges sei,⁵⁰ verdeutlicht nur die tiefe Krise, die die Ereignisse des Jahres 1914 für die sozialdemokratische Bewegung und Theorie bedeuteten.

Die tiefste Ursache dieser Krise war die dem orthodoxen Marxismus von Anfang an eingebo-rene Trennung von Theorie und Praxis. Die lebendige Weiterentwicklung der *Marx'* schen Lehre, die als allgemeiner Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassen-kampfes konzipiert worden war, wurde durch die neuen Bedingungen der Epoche des prosperierenden Kapitalismus verhindert. Während der ökonomische und politische Kampf der Arbeiterklasse unter solchen Umständen notwendig in Reformbestrebungen verlief, die grundsätzlich den Boden der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates nicht überschritten, erstarrte der Marxismus zu einer durchaus abstrakten und zu nichts verpflichtenden reinen Theorie, die in keinerlei unmittelbarer Beziehung zur wirklichen Bewegung des Proletariats stand.⁵¹ Als revolutionäre Ideologie einer in Wirklichkeit nichtrevolutionären Bewegung konnte dieses Dogma die Massen nicht ergreifen. Der Zusammenbruch der herrschenden Stel-lung, die in der Vorkriegszeit der orthodoxe Marxismus *Kautsky'scher* Prägung in der

⁴⁷ Für das folgende siehe Friedrich *Engels'* Politisches Vermächtnis, S. 28 ff.

⁴⁸ Vgl. seinen Artikel: Sozialistischer Imperialismus oder internationaler Sozialismus? Kampf 1915, S. 194 ff.

⁴⁹ Siehe: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Archiv für Sozialwissenschaft, XXXX, S. 292, 322.

⁵⁰ Kautsky, Die Internationalität und der Krieg, N. Z. XXXIII, I, S. 225 f.

⁵¹ Näheres darüber bei Karl Korsch, Marxismus und Philosophie, S. 29 ff.

gesamteuropäischen Arbeiterbewegung einnahm, war die unvermeidliche Folge dieser Lösung der „reinen Lehre“ von der tatsächlichen proletarischen Klassenpraxis.

[59]

I. WERKE UND BROSCHÜREN

Adler, Max,

Prinzip oder Romantik, Nürnberg 1915. [Prinzip oder Romantik! \[Elektronische Resource...\]](#)

Die Staatsauffassung des Marxismus, Wien 1922. [marx4-2-1922.pdf](#)

Andler, Charles,

Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine, Paris 1918. [Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine. Dossier d'une polémique avec Jean Jaurès \(1912-1913\) : Andler, Charles Philippe Théodore, 1866-1933 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

La décomposition politique du socialisme allemand 1914–1919, Paris 1919. [La décomposition politique du socialisme allemand, 1914-1919 : Andler, Charles Philippe Théodore, 1866-1933 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Arndt, Paul.

Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands, Jena 1909.

Ashley, William,

Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert, Tübingen 1906.

Auerbach, Nelly,

Marx und die Gewerkschaften, Berlin 1922.

Bauer, Otto,

Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1924. https://raetekommunismus.de/Texte_Nationalismus_und_Sozialdemokratie/Die%20Nationalitaetenfrage%20und%20die%20Sozialdemokratie%20Bd%20I_3.pdf

Bebel, August,

Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, Stuttgart 1900.

Aus meinem Leben, 3 Bde., Stuttgart 1911 bis 1914. [Aus meinem Leben : August Bebel : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Bernstein, Eduard,

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1921 [Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie : Bernstein, Eduard, 1850-1932 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus, Berlin 1904. <https://archive.org/details/zurtheorieundge00berngoog>

Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin 1906.

Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, Amsterdam 1909.

Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, Berlin 1904. [Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse : zu seinem vierzigsten](#)

[Todestage / von Ed. Bernstein - Digitale Sammlungen der Herzogin Anna Amalia Bibliothek](#)

Von der Sekte zur Partei, Jena 1911.

Sozialdemokratische Völkerpolitik, Leipzig 1917.

Die englische Gefahr und das deutsche Volk, Jena 1911.

Bringmann, August,

Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, 2 Bde., Hamburg 1903.

Brunhuber, Robert,

Die heutige Sozialdemokratie, Jena 1906. [Die heutige Sozialdemokratie. Eine kritische Wertung ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und eine soziologische Untersuchung ihrer praktischen Parteigestaltung : Brunhuber, Robert, 1878-1909 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Calwer, Richard,

Das kommunistische Manifest und die heutige Sozialdemokratie, Braunschweig 1894. [Das kommunistische manifest und die heutige sozialdemokratie : Calwer, Richard, 1868- \[from old catalog\] : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Croll, Walter,

Die Entwicklung der Anschauungen über soziale Reform in der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1915.

Cunow, Heinrich,

Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts und Staatstheorie, Berlin 1920/21. [Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie; Grundzüge der Marxschen Soziologie : Cunow, Heinrich, 1862-1936 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Hildebrand, Gerhard,

Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus, Jena 1910.
Sozialistische Auslandspolitik, Jena 1911.

Hilferding, Rudolf,

Das Finanzkapital, Wien 1923. [Das Finanzkapital. Eine Studie zur jüngsten Entwicklung des Kapitalismus : Rudolf Hilferding : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Jaurès, Jean,

Die neue Armee, Jena 1913

Vaterland und Proletariat, Jena 1916.

Kampffmeyer, Paul,

Mehr Macht! Berlin 1898.

Wandlungen in Theorie und Taktik der Sozialdemokratie, München 1904.

Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung? Berlin 1901. [Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung? / Von Paul Kampffmeyer | ספר | Paul Kampffmeyer 1864- | הספרייה הלאומית](#)

Kautsky, Karl,

Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899. [Bernstein und das sozialdemokratische Programm: Eine Antikritik : Kautsky, Karl Johann, 1854-1938 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Das Erfurter Programm, Stuttgart 1912. [Karl Kautsky: Das Erfurter Programm \(1892\)](#)

Handelspolitik und Sozialdemokratie, Berlin 1911. [Handelspolitik und Sozialdemokratie : populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen : Kautsky, Karl, 1854-1938 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Der politische Massenstreik, Berlin 1914. [Karl Kautsky: Der politische Massenstreik \(1914\)](#)

Nationalität und Internationalität, Stuttgart 1908. [Nationalität und Internationalität : Karl Kautsky : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Nationalstaat, Imperialistischer Staat u. Staatenbund, Nürnberg 1915. 'Kautsky, Karl: Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund', Bild 1 von 84 | MDZ

Parlamentarismus und Demokratie, Stuttgart 1911. [Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: Retrodigitalisierung der Reihe "Kleine Bibliothek" des Verlags J.H.W. Dietz, Stuttgart](#)

Patriotismus und Sozialdemokratie, Berlin 1907. [Karl Kautsky: Patriotismus und Sozialdemokratie \(1907\)](#)

Die soziale Revolution, Berlin 1902. [Die soziale Revolution : Karl Kautsky : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Sozialismus und Kolonialpolitik, Berlin 1907. [Sozialismus und Kolonialpolitik : Karl Kautsky : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1911. [Landesarchiv Baden-Württemberg Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart - Dokumente](#)

Kelsen, Hans,

Sozialismus und Staat, Leipzig 1920.

Kjellen, Rudolf,

Die Großmächte der Gegenwart, Leipzig/Berlin 1914. [Die Grossmächte der Gegenwart : Kjellén, Rudolf, 1864-1922 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Koller, Philipp,

Das Massen- und Führerproblem in den freien Gewerkschaften, Tübingen 1920.

Kolb, Wilhelm,

Die Sozialdemokratie am Scheideweg, Karlsruhe o. J.

Korsch, Karl,

Marxismus und Philosophie, Leipzig 1923. [Marxismus und Philosophie : Korsch, Karl : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

David, Eduard,

Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung, Bielefeld 1915. 'David, Eduard: Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung', Bild 1 von 40 | MDZ

Eckstein, Gustav,

Der Marxismus in der Praxis, Wien 1918. ['Eckstein, Gustav: Der Marxismus in der Praxis', Bild 1 von 132 | MDZ](#)

Die Taktik des Marxismus, Wien 1914.

Die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges, Zürich 1917.

Engels, Friedrich,

Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, Hamburg 1865. [Die Preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei : Friedrich Engels : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Kann Europa abrüsten? Nürnberg 1898 [Friedrich Engels - Kann Europa abrüsten?](#)

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Stuttgart 1894. ['Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings's Umwälzung der Wissenschaft', Image 1 of 344 | MDZ](#)

Po und Rhein, Stuttgart 1915. [Po und Rhein : Friedrich Engels : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Zur Wohnungsfrage, Hottingen-Zürich 1887. [Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage](#)

Politisches Vermächtnis, Berlin 1920.

Friedjung, Heinrich,

Das Zeitalter des Imperialismus 1884-1914, 3 Bände, Berlin 1919/22. [Das Zeitalter des Imperialismus, 1884-1914 : Friedjung, Heinrich, 1851-1920 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Giovanoli, Friedrich,

Die Maifeierbewegung, Karlsruhe 1925. [Friedrich-Ebert-Stiftung | Bibliothek | Netzquelle Geschichte und Politik](#)

Guillaume, James,

Karl Marx pangermaniste, Paris 1915. [karl marx pangermaniste](#)

Grünberg, Karl

Die Internationale und der Weltkrieg, Leipzig 1916.

Gorter, Hermann,

Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie, München o. J. [Gorter Imperialismus Fraktur 1919_2.pdf](#)

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1913, 2 Bde., München 1910-14. [Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage : Schröder, Wilhelm, of Berlin : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

[Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage : Schröder, Wilhelm, of Berlin : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Handbuch für sozialdemokratische Wähler, Berlin 1898, 1903, 1907, 1911. [Handbuch für sozialdemokratische Wähler : Sozialdemokratische Partei Deutschlands : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Hasbach, Wilhelm,

Die moderne Demokratie, Jena 1921. [Die moderne Demokratie; eine politische Beschreibung : Hasbach, Wilhelm, 1849-1920 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Hänisch, Konrad

Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland, Berlin 1915.

Heine, Wolfgang

Kultur und Nation, Chemnitz 1914. [Kultur und Nation : Heine, Wolfgang, 1861-1944 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

[Die Arbeiterfrage. Eine Einführung : Herkner, Heinrich, 1863- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Herkner, Heinrich,

Die Arbeiterfrage, 2 Bde., Berlin/Leipzig 1922. [Die Arbeiterfrage. Eine Einführung : Herkner, Heinrich, 1863- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Joos, Josef,

Krisis in der Sozialdemokratie, München/Gladbach 1911. [Krisis in der Sozialdemokratie : Joos, Josef, 1878- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Kuske, Bruno,

Die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft, Köln 1924.

Lassalle, Ferdinand

Gesammelte Reden und Schriften, 12 Bde., herausg. von Bernstein, Berlin 1919 ff.

Laufenberg, Heinrich,

Imperialismus und Demokratie, Hamburg 1914.

Legien, Karl,

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1911.

Lenin, N.,

Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus, Hamburg 1921. ['Lenin, Vladimir Il'ič: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus', Bild 1 von 144 | MDZ](#)

Staat und Revolution, Berlin 1919. [staat und revolution : w.i. lenin : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Lenin und Sinowjew,

Gegen den Strom! Hamburg 1921. [Gegen den Strom; Aufsätze aus den Jahren 1914-1916 : Zinov'ev, Grigori, 1883-1936 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Lensch, Paul,

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Berlin 1915. [Digitalisierte Sammlungen der Staatsbibliothek zu Berlin Werkansicht: Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg: eine politische Studie\(PPN679539654 - {4} - fulltext-lens\)](#)

Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916. [Die Sozialdemokratie : ihr Ende und ihr Glück : Lensch, Paul, 1873-1926 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Lenz, Friedrich,

Staat und Marxismus, 2 Bde., Stuttgart/Berlin 1922 ff. [Staat und Marxismus; Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre : Lenz, Friedrich, 1885- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

[Staat und Marxismus; Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre : Lenz, Friedrich, 1885- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Leroy-Beaulieu, Paul

De la colonisation chez les peuples modernes, 2 Bde., Paris 1902. [De la colonisation chez les peuples modernes : Leroy-Beaulieu, Paul, 1843-1916 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

[De la colonisation chez les peuples modernes : Leroy-Beaulieu, Paul, 1843-1916 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Liebknecht, Karl,

Militarismus und Antimilitarismus, Berlin 1907. [Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen ... : Karl Liebknecht : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Reden und Aufsätze, Hamburg 1921. [Reden und Aufsätze : Liebknecht, Karl Paul August Friedrich, 1871-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Lukacs, Georg,

Geschichte und Klassenbewusstsein, Berlin 1923. [Georg Lukacs - Geschichte und Klassenbewusstsein : Georg Lukacs : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Luxemburg, Rosa,

Die Akkumulation des Kapitals, Ges. Werke, Bd. VI, Berlin 1923. ['Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke. 6, Die Akkumulation des Kapitals', Bild 6 von 514 | MDZ Gesammelte Werke; : Luxemburg, Rosa, 1871-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Gegen den Reformismus! Ges. Werke Bd. III, Berlin 1925.

Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Hamburg 1906. [Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei u. Gewerkschaften \(1906\)](#)

„Die Krise der Sozialdemokratie (Juniusbroschüre), Berlin 1919. [Rosa Luxemburg: "Junius"-Broschüre \(1916\)](#)

Marx, Karl

Das Kapital, 3 Bde., Hamburg 1922. [Das Kapital \[microform\] : Kritik der politischen Ökonomie : Marx, Karl, 1818-1883 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Elend der Philosophie, Stuttgart/Berlin 1921.

Das kommunistische Manifest, Berlin 1923. [marx-engels-manifest.pdf](#)

Die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, Stuttgart/Berlin 1922. [Digitalisierte Sammlungen der Staatsbibliothek zu Berlin Werkansicht: Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation: Manifest an die arbeitende Klasse Europas\(PPN890468575 - {4} - picture-single\)](#)

Klassenkämpfe in Frankreich, Berlin 1920. [Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850 : Karl Marx : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1920. [Deutsches Textarchiv - Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. 2. Aufl. Hamburg, 1869.](#)

Der Bürgerkrieg in Frankreich, Berlin 1920. [Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich \(1871\)](#)

Briefe an Kugelmann, Berlin 1924.

Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1922. [Karl Marx: Randglossen zum Programm d. deutschen Arbeiterpartei \(1875\)](#)

Gesammelte Schriften, 2 Bde., (herausgegeben von Rjasanow), Stuttgart 1917. [Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 1852 bis 1862, hrsg. von N. Rjasanoff. Die Übersetzungen aus dem Englischen von Luise Kautsky : Marx, Karl, 1818-1883 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

[Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 1852-bis 1862 : Marx, Karl, 1818-1883 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Literarischer Nachlass, 3 Bde., (herausgegeben von Mehring) Stuttgart 1913. ['Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. 1, Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels : von März 1841 bis März 1844', Bild 1 von 514 | MDZ](#)

Mayer, Gustav,

Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, Leipzig 1911.

Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, Jena 1909. [Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie; ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung : Mayer, Gustav, 1871-1948 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Mehring, Franz,

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 4 Bde., Berlin 1921. [Geschichte der deutschen Sozialdemokratie : Mehring, Franz, 1846-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig 1918. [Franz Mehring: Karl Marx - Geschichte seines Lebens](#)

Weltmarkt und Weltkrach, Berlin 1900. [Franz Mehring 19000400 Weltkrach und Weltmarkt - Sozialistische Klassiker 2.0](#)

Meinecke, Friedrich,

Weltbürgertum und Nationalstaat, München/Berlin 1911. [Weltbürgertum und Nationalstaat; Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates : Meinecke, Friedrich, 1862-1954 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Michels, Robert,

Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1925. [Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie; Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens : Michels, Robert, 1876-1936 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Milhaud, Edgard,

La démocratie socialiste allemande, Paris 1903. [La démocratie socialiste allemande : Milhaud, Edgard : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)Müller, Hans,

Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892. [Digitalisierte Sammlungen der Staatsbibliothek zu Berlin Werkansicht: Der Klassenkampf in der](#)

[deutschen Sozialdemokratie: mit einem polemischen Nachwort: K. Kautsky's Abenteuer in Zürich \(PPN77610814X - {4} - Übersicht mit Inhaltsverzeichnis\)](#)

Nestriepke, Siegfried,

Die Gewerkschaftsbewegung, 3 Bde., Stuttgart 1921. [Die gewerkschaftsbewegung : Nestriepke, Siegfried, 1885- : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Nieuwenhuis, Domela,

Die verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1892. [Die verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie \[microform\] : Domela Nieuwenhuis, Ferdinand, 1846-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Le socialisme en danger, Paris 1897. [Le socialisme en danger : Nieuwenhuis, Ferdinand Domela, 1846-1919 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Noske, Gustav

Kolonialpolitik und Sozialdemokratie, Stuttgart 1912. [Kolonialpolitik und Sozialdemokratie : Noske, Gustav, 1868-1946 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Oncken, Hermann,

Lassalle, Stuttgart 1912. [Lassalle; eine politische Biographie : Oncken, Hermann, 1869-1946 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Pannekoek, Anton,

Die taktischen Differenzen in der deutschen Sozialdemokratie, Hamburg 1909. [Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung / von Ant. Pannekoek.](#)

Parvus

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Dresden 1896. [Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, kritischer Bericht über die Frage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeitsbewegung - Google Play Books](#)

Kolonialpolitik und Zusammenbruch, Leipzig 1907.

Prager, Eugen,

Geschichte der USPD., Berlin 1922.

Pfempfert, Franz.

Die deutsche Sozialdemokratie bis 1914, Berlin 1919.

Radek, Karl,

In den Reihen der deutschen Revolution 1909-19, München 1921. [In den Reihen der deutschen Revolution, 1909-1919, gesammelte Aufsätze und Abhandlungen : Radek, Karl, 1885-1939 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Rexhäuser, Ludwig,

Zur Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Berlin 1900.

Roy, Manabendra Nath,

Indien, Hamburg 1922. [India In Transition \(1922\) : Roy Manabendra Nath. : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive \(English\)](#)

Ruedorffer, J.,

Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Stuttgart/Berlin 1914. [Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart : Ruedorffer, J. J. : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Schäffle, Albert,

Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie, Tübingen 1885. [Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie : Schäffle, Albert Eberhard Friedrich, 1831-1903 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Schippel, Max,

Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie, Berlin 1894. [Die wirtschaftlichen Umwälzun...](#)

Schmoller, Gustav,

Zwanzig Jahre deutscher Politik 1897–1917, München 1920. Handels- und Machtpolitik, Stuttgart 1900. [Zwanzig Jahre deutscher Politik \(1897-1917\) Aufsätze und Vorträge : Schmoller, Gustav von, 1838-1917 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Schröder, Wilhelm,

Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912. [Digitale Sammlungen: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland](#)

Schulz, Arthur,

Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland, München 1909. [Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland: ein Versuch, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisation theoretisch zu begründen | | Hamburger Kulturgut Digital](#)

Sinowjew, Gregor,

Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924. ['Zinov'ev, Grigorij Evseevič: Der Krieg und die Krise des Sozialismus', Bild 1 von 680 | MDZ](#)

Sombart, Werner,

Der proletarische Sozialismus, 2 Bde., Jena 1924.

Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1908. [Sozialismus und soziale Bewegung : Werner Sombart : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Sorel, Georges

La décomposition du marxisme, Paris 1907. [La décomposition du marxisme : Sorel, Georges, 1847-1922 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Thimme, Friedrich und Legien, Karl,

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915. [Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland : Thimme, Friedrich, 1868-1938 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Tyszka, Carl von,

Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert, Schriften d. Ver. f. Sozialpol., 145. Bd., München/Leipzig 1914. [Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert: \(Frankreich ... - Carl von Tyszka - Google Books](#)

Trotzki, Leo.

Der Krieg und die Internationale, Berlin 1919. [Der Krieg und die Internationale : Trotsky, Leon, 1879-1940 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Tschitscherin, G.,

Die internationale Politik zweier Internationalen, Hamburg o. J.

Umbreit, Paul,

25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1915. [Fünfundzwanzig Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung, 1890-1915; Frinnerungsschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands : Umbreit, Paul : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917. [Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege : Umbreit, Paul : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Vollmar, Georg von,

Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie, München 1891.

Weber, Adolf,

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Tübingen 1921. [Der kampf zwischen kapital und arbeit; versuch einer systematischen darstellung, mit besonderer berücksichtigung der gegenwärtigen deutschen verhältnisse : Weber, Adolf, 1876-1963 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Weber, Max,

Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1921. [Wirtschaft und Gesellschaft : Weber, Max, 1864-1920 : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Zimmermann, Alfred,

Kolonialpolitik, Leipzig 1905. [Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus / Kolonialpolitik](#)

Geschichte der deutschen Kolonialpolitik, Berlin 1914. [Geschichte Der Deutschen Kolonialpolitik : Dr. Alfred Zimmermann : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Die Kolonialreiche der Großmächte, Berlin 1916.

[Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus / Die Kolonialreiche der Großmächte 1871-1916](#)

II. ZEITSCHRIFTEN, PROTOKOLLE etc.

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, hsg. von Carl Grünberg, 1911 ff. (abgekürzt zitiert als Grünbergs-Archiv). [Grünberg-Archiv](#)

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1904 ff. [Internet Archive: Digital Library of Free & Borrowable Texts, Movies, Music & Wayback Machine](#)

Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, 1895 ff. [Verhandlungen des Deutschen Reichstags](#)

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1891 ff. [Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands | Gewerkschaftspresse | Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

Die Internationale, Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, begründet von R. Luxemburg und F. Mehring, 1915; 1919 ff. [DieInternationaleBand01.pdf](#)

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, hsg. von Schmoller, 1878 ff. [Internet Archive: Digital Library of Free & Borrowable Texts, Movies, Music & Wayback Machine](#)

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, hsg. von Otto Bauer, 1908. [ÖNB-ANNO - Der Kampf](#)

Sozialistische Monatshefte, hsg. von Jos. Bloch, 1897 ff. (abgekürzt zitiert als S. M.). [Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: Der Sozialistische Akademiker 1895 - 1896
Sozialistische Monatshefte 1897 - 1933](#)

Protokolle der Gewerkschaftskongresse Deutschlands, 1892 ff. [Protokoll der Verhandlungen des... Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands : Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund : Free Download, Borrow, and Streaming : Internet Archive](#)

Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage in Deutschland, 1875 ff. siehe: <https://archive.org>

Protokolle der internationalen Sozialistenkongresse, 1889 ff. siehe: <https://archive.org>

Vorwärts, Zentralorgan der Sozialdemokrat, Partei Deutschlands, 1891 ff. [Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie / Vorwärts](#)

Leipziger Volkszeitung, 1900 ff. [Digitale Sammlungen: Leipziger Volkszeitung : 1900](#)

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, hsg. von K. Kautsky, 1883 ff. (abgekürzt zitiert als N. Z.).

[Die NEUE ZEIT - Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

LEBENS LAUF

Am 13. November 1904 wurde ich als Sohn des praktischen Arztes Dr. S. Mandelbaum in Schweinfurt in Schweinfurt a. M. geboren. Ich besuchte dort die Volksschule und das Humanistische Gymnasium und legte im Frühjahr 1922 die Reifeprüfung ab. Seitdem studierte ich an den Universitäten Würzburg, München, Berlin und Frankfurt a. M. Nationalökonomie, Philosophie und Soziologie und beendete dieses Studium 1926 an der Universität Frankfurt a.M.

WILLY HUHNS

Etatismus, „Kriegssozialismus“,
„Nationalsozialismus“ in der Literatur der
deutschen Sozialdemokratie (1952)

Etatismus, „Kriegssozialismus“, „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie

Weder war Hitler ein *diabolus ex machina* in der jüngsten deutschen Geschichte, noch kann der Nationalsozialismus als ein Einbruch des Dämonischen in eine sonst leidlich vernünftige und annähernd menschliche Welt aufgefasst werden. Das Phänomen des „Dritten Reiches“ kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts keinen Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. Dies gilt sogar für das deutsche Judentum, das im „Dritten Reich“ fast ausgerottet worden ist: Walter Rathenau war nachweislich vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges wie Houston Stewart Chamberlain von der völligen Überlegenheit der nordisch-germanischen Herrenrasse überzeugt und vertrat eine rassistische Geschichtsauffassung, die ihren Ausgang von dem Grafen Gobineau genommen hatte; und Nachum Goldmann erwartete 1915 sowohl die Lösung der sozialen Frage wie die Organisation des neuen Gesellschaftssystems vom „Geist des Militarismus“.⁴⁵⁵ Es sei auch an jenen deutschen Gesandten in Prag erinnert, der als Vertreter der Weimarer Republik sämtliche Lügen der späteren Nazipropaganda über den I. Weltkrieg und den deutschen Zusammenbruch in seinen Kreisen zum besten gab, und von dem Heinrich Mann sagt: „Der Gesandte nannte sich Sozialist: Faschist konnte er sich noch nicht nennen, und später wird seine Rasse ihn verhindert haben.“⁴⁵⁶

So hat es nicht nur manche Juden, sondern auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welche nur durch ihre „Rasse“ oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig wie das deutsche Judentum kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja, sie - im Hinblick auf ihren lasalleianischen und späteren „mehrheitssozialdemokratischen“ Flügel - sogar am allerwenigsten. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mussten. Wir werden im Folgenden versuchen, auf einige von diesen Standpunkten kritisch hinzuweisen.

⁴⁵⁵ Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 39.

⁴⁵⁶ Heinrich Mann, *Ein Zeitalter wird besichtigt*, Berlin 1947, S. 321.

Die Lassalle-Legende

Es gibt innerhalb und außerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine *Lassalle-Legende*, die eben noch nach dem Tode Kurt Schumachers ihren symbolischen Ausdruck darin fand, dass man seinen Sarg mit der Fahne der Breslauer Lassalleaner von 1863 bedeckte und zu seinem Nachruf schrieb: „Seine Bahre deckt die Fahne Ferdinand Lassalles. In seiner Person vereinigt sich das Erbe mit dem Schöpfer.“⁴⁵⁷ Betrachten wir einmal den Schöpfer und sein Erbe kritisch!

Die Lassalle-Legende beginnt schon mit den folgenden Behauptungen: Ferdinand Lassalle habe *die deutsche Arbeiterbewegung* aus ihrem Totenschlaf nach 1848 wieder „wachgerufen“,⁴⁵⁸ selbst Marx rechnete ihm dies als „unsterbliches Verdienst“ an,⁴⁵⁹ und Sombart behauptete sogar einmal, dass die moderne proletarische Bewegung mit seinem Auftreten ihren Anfang genommen habe.⁴⁶⁰ Andere Autoren haben sich etwas richtiger ausgedrückt, wenn sie erklärten, dass Lassalle *die deutsche Sozialdemokratie* „ins Leben gerufen“ habe.⁴⁶¹ Allgemein gilt er als „Begründer“ derselben,⁴⁶² und noch vor kurzem schrieb man, Lassalle sei der „eigentliche“ Begründer der Sozialdemokratie gewesen.⁴⁶³

Diese fast allgemeine, auch von einem Biographen und Herausgeber der Werke Lassalles, Karl Renner, geteilte Meinung⁴⁶⁴ wird auch von der SED, und zwar in einer bemerkenswerten Variante, vertreten: hiernach besteht das große geschichtliche Verdienst Lassalles darin, „dass er die Arbeiterbewegung aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie in eine selbständige politische Partei verwandelt“ habe.⁴⁶⁵ Allerdings wird damit zugegeben, dass bereits eine deutsche Arbeiterbewegung vor dem Auftreten Lassalles existierte, der ihr jedoch erst die politische Form verlieh.

Noch interessanter aber wird „das historische Verdienst“ Lassalles um die Formung der deutschen Arbeiterbewegung zur politischen Partei von Lenin charakterisiert: er habe die erstere von dem Wege, den sie *spontan* einschlug, in der Richtung einer fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung und zum „Kooperativismus“ „abgelenkt“. Demnach bestünde das Hauptverdienst von Lassalle um die deutsche Arbeiterbewegung in der „Herabsetzung des spontanen Elements“? Also in der Dämpfung der selbständigen Aktion der Arbeiterklasse? Spricht doch Lenin davon, dass ihr gegenüber „ein verzweifelter Kampf gegen die Spontaneität notwendig“ gewesen wäre!⁴⁶⁶

⁴⁵⁷ Curt Bley, *Das Werk Kurt Schumachers*, in: *Welt am Sonntag* Nr. 34 vom 24. August 1952.

⁴⁵⁸ Elly Brücker, *Demokratie und Sozialismus*, (Phil. Diss.) Köln 1928, S. 26.

⁴⁵⁹ In einem Brief an den Nachfolger Lassalles, von Schweitzer, abgedruckt in: *Die Neue Zeit*, XV. Jg. (1897), Bd. I, S. 8.

⁴⁶⁰ Werner Sombart, *Sozialismus und soziale Bewegung*, Jena 1908, S. 183.

⁴⁶¹ Hermann Heller, *Einleitung* (zur Reclam-Ausgabe des *Arbeiterprogramms* von F. Lassalle), Leipzig 1919, S. 12.

⁴⁶² Max Beer, *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe* (V. Teil), Berlin 1923, S. 67.

⁴⁶³ So die *Vorbemerkung* zur Ausgabe des *Arbeiterprogramms* im Bollwerk-Verlag, Offenbach/Main 1946, S. 6.

⁴⁶⁴ Karl Renner, *Lassalles geschichtliche Stellung*, in: *Die Gesellschaft*, 11. Jg. (1925), Bd. 1, S. 309.

⁴⁶⁵ Rudolf Lindau, *Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1947, S. 18.

⁴⁶⁶ W. I. Lenin, *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung* (1902), in: Ders., *Werke* Bd. 5, Berlin 1955, S. 397 f.

Wir kennen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie mehr oder weniger nur von den Parteigründern, und selbst Franz Mehring gehörte zu den Apologeten Lassalles. Doch sind auch die Initiatoren der ursprünglichen, vorlassalleanischen Arbeiterbewegung gelegentlich, wenn auch nicht so lautstark, zu Worte gekommen, z. B. durch Vahlteich. Jene Leipziger Arbeiter, die später als Arbeiterbildungsverein an Lassalle herantraten, hatten sich bereits von den „liberalen Schwätzern“ gelöst und traten an ihn, wie Vahlteich berichtet, keineswegs mit solcher Unklarheit heran, wie es nach einigen öffentlichen Äußerungen Lassalles erschien. Und seine Ideen waren für die Arbeiter keineswegs so originell:

„Seine Vorschläge: *Produktionsgenossenschaften* mit *Staatskredit*, allgemeines Stimmrecht und Organisierung eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Arbeitervereins, waren an sich nichts Neues oder Überraschendes, uns aber durchaus vertraut. Es war uns bekannt, dass der ganze Plan mitsamt den 100 Millionen Talern Staatskredit im Juni 1848 schon einem Arbeiterkongress in Berlin vorgelegen hatte.“

Seinen berühmten Vortrag über das „Arbeiterprogramm“ hielt Lassalle zwar Anfang 1862 vor dem Berliner Handwerkerverein, dachte aber nicht daran, sich mit dieser Kundgebung auch an die anderen Arbeiterorganisationen zu wenden, obwohl er einen gesamtdeutschen Arbeiterverein organisieren sollte. Vahlteich, selbst einer von den ersten Arbeitern, die von sich aus, „spontan“, Verbindung mit Lassalle suchten, gelangte deshalb zu der folgenden Überzeugung vom Verhältnis Lassalles zum Proletariat: „Er glaubte eben nicht an die Arbeiter und die sieghafte Macht einer Arbeiterbewegung, zielte vielmehr ... auf eine revolutionäre Bewegung hin, die ... zunächst bürgerlicher Natur sein sollte. Er hatte sich so wenig um die Vorgänge in Arbeiterkreisen bekümmert, dass ihm zunächst bewiesen werden musste, die Anfänge einer Arbeiterbewegung seien schon vorhanden, und erst als die direkte Aufforderung an ihn erging, sich an die Spitze zu stellen, leistete er dem Rufe Folge. Aber wie? Ängstlich darauf bedacht, sich den Rückzug zu decken, wenn die Bewegung nicht binnen Jahresfrist große Dimensionen annehmen würde.“ Vahlteich erklärt daher nachdrücklich, man habe die Organisation der Arbeiter gewollt und nicht auf Lassalle gewartet, um mit diesem Werke zu beginnen.⁴⁶⁷

Worin bestand nun Lassalles „verzweifelter Kampf“ gegen die deutsche Arbeiterbewegung? Wofür kämpfte er gegen die selbständigen Bestrebungen der Arbeiter? Wir hörten vorhin von den Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. Es gehörte schon etwas dazu, von dem preußischen Staate jener Zeit einen Kredit zur partiellen Verwirklichung des „Sozialismus“ zu erwarten, und man musste schon in der Nachfolge Hegels tief von der Überzeugung durchdrungen sein, dass es der „Zweck des Staates“ sei, „die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit“ zu gewährleisten!⁴⁶⁸

Wie konnte Lassalle von dem „uralten Vestafeuer [Der Tempel der Vesta war das zentrale Heiligtum Roms auf dem Forum Romanum. Er befand sich hinter dem Caesar- und Dioskurentempel. In ihm brannte das Heilige Feuer der Vesta, das von den sechs Vestalinnen bewacht wurde.– Wikipedia] der Zivilisation“, dem Staate, auch die Sozialisation erwarten?⁴⁶⁹

⁴⁶⁷ Julius Vahlteich, *Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung*, München o.J., S. 21 f., 22, 50 und 85.

⁴⁶⁸ Ferdinand Lassalle, *Arbeiterprogramm*, Leipzig 1919, S. 66 f.; in der Ausgabe Offenbach/Main 1946, S. 40 f.; in der Auswahl von Karl Renner, Berlin 1923, S. 184 f.; in *Gesammelte Reden and Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, Berlin 1919, Bd. II, S. 197 f.

⁴⁶⁹ Ferdinand Lassalle, *Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. II, S. 484 und 485.

Weil er im Grunde wie sein Gesinnungsfreund Rodbertus der Ansicht war, dass *der Staat die gesellschaftliche Vorsehung* sein sollte!⁴⁷⁰ Von dieser staatsbeherrschenden und staatsbehaltenden Gesinnung aus lehnte Lassalle die marxistische Staatsauffassung - ohne sie direkt zu nennen - als eine „Theorie der Zerstörung und Barbarei“ ab, und erklärte seine eigene Staatsphilosophie als „eine Staatsdoktrin im höchsten Grade.“⁴⁷¹

In dieser Auffassung ist Lassalle, wie wir noch sehen werden, theoretisch und praktisch sehr weit gegangen. Er, der einmal zu Marx gesagt hatte, wenn er nicht an die Ewigkeit der Kategorien glaube, müsse er an Gott glauben, führte auch ein aufschlussreiches Gespräch mit Dr. Julius Frese, mit dem er längere Zeit verkehrt hat. Als ihm Frese in einer Debatte über die Annahme Lassalles, der preußische Staat werde den Arbeitern bei der Errichtung ihrer Produktivassoziationen helfen, einwarf, er mute dem Staate Unmögliches zu, erhielt er von Lassalle die bezeichnende Antwort: „Was wollen Sie? *Der Staat ist Gott!*“⁴⁷² Es soll einige Leute geben, welche die Marxisten mit der Schuld der „totalitären“ Staatsvergötzung belasten möchten, wir müssen diese schon bitten, sich an die Lassalleaner zu halten. Bedeutungsvoller noch als diese Überlieferung ist die Erklärung, welche Frese für die Einstellung Lassalles zum Staate gab, und die uns ohne jede Rücksicht auf die Lassalle-Legende auf jene Elemente einstößt, die nun einmal mit der Wirksamkeit Lassalles in die deutsche Sozialdemokratie hineingeraten sind: „Und warum machte er den Staat zum Gott? Weil er eine *despotische, eine cäsaristische Natur* war, ein Freiheitsmensch in seinen Begriffen, ein Gewaltmensch in seinem mächtigen Willens ... ein Herrschgewaltiger von oben ...“

Nichts beweist diese harte Kritik besser, als Lassalles Verhalten in dem von ihm mitgegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Schon bei der Gründung am 23. Mai 1863 erklärte Lassalle, wenn sich in der Zukunft nicht bald ein angemessener Erfolg zeige, sei er nicht bereit, den Kampf fortzusetzen und bestand im Hinblick auf diese Möglichkeit auf dem Recht, jederzeit einen Stellvertreter ernennen zu dürfen.

„Außerdem war die von ihm vorbereitete Statutenvorlage so zugeschnitten, dass sie dem Präsidenten volle Macht gab, mit dem Vereine nach Belieben zu schalten und zu walten. Dass er selbst zum Präsidenten erwählt werden müsste, verstand sich von selbst“.⁴⁷³ Und dieser Präsident hatte sich selbst schon durch die Statuten im Voraus „diktatorische Gewalt gegeben“!⁴⁷⁴ Als diese nach dem Tode Lassalles die Nachfolger festzuhalten suchten, gab es Spaltungen über Spaltungen, bis zeitweise nicht weniger als fünf Organisationen sich als der ADA ausgaben, sich gegenseitig wüst verleumdeten und die Versammlungen sprengten, „wobei es oft genug zu den widerlichsten Szenen und Gewalttätigkeiten kam.“⁴⁷⁵ Erst die Neukonstitution der Lassalleaner 1869 zu Eisenach machte diesen Epigonenkämpfen ein Ende, jetzt nannte man sich „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. In diesem Sinne darf man Lassalle als Begründer der deutschen Sozialdemokratie anerkennen.

⁴⁷⁰ Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, in: *Die Gesellschaft*, 1. Jg. (1924), Bd. 1, S. 526

⁴⁷¹ Gustav Mayer, *Bemerkungen zu „Marx und Lassalle“*, in: *Die Gesellschaft* (1925), Bd. 1, S. 326.

⁴⁷² Julius Frese, *Zur Frage von der Staatshilfe*, in: *Demokratische Correspondenz* vom 29. März 1870; zitiert nach Gustav Mayer, *Lassalle und die Monarchie*, enthalten in: *Aus der Welt des Sozialismus*, Berlin 1927, S. 43.

⁴⁷³ Vahlteich, a.a.O., S. 25.

⁴⁷⁴ *Ebd.*, S. 39.

⁴⁷⁵ *Ebd.*, S. 40.

Es ist bezeichnend, wie Lassalle den diktatorischen Führungsanspruch in „seiner“ Partei in der „Ronsdorfer Rede“ (22. Mai 1864) begründet hat: „Noch ein anderes höchst merkwürdiges Element unseres Erfolges habe ich zu erwähnen. Es ist *dieser geschlossene Geist strengster Einheit und Disziplin*, welcher in unserem Verein herrscht!... Wohin ich gekommen bin, überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in dem Satz zusammenfassen: Wir müssen unserer aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer!“ Anschließend behauptete Lassalle, die bisher für unvereinbar gehaltenen Gegensätze im Staatsleben, Freiheit und Autorität, seien im ADAV „auf das innigste vereint“.⁴⁷⁶ Später werden das die russischen Lassalleaner „demokratischen Zentralismus“ nennen ...

Selbst Eduard Bernstein, in der Sache immer ein harter Kritiker Lassalles, der oft in Worten Milde walten lässt, deutet an, dass sich Lassalle von der jahrelangen Schmutzaufwühlerei im Hatzfeld-Prozess und gewissen juristischen Praktiken charakterlich nicht mehr habe frei machen können und spricht von einer sich danach offenbarenden Einbuße an gutem Geschmack und moralischem Unterscheidungsvermögen. Er habe sich im Laufe dieses Prozesses von der Fäulnis der Gesellschaft angesteckt und sei schließlich diesen Giften erlegen.⁴⁷⁷

Das zeigt sich besonders deutlich in dem Augenblick, als seine Hoffnungen auf einen raschen und glänzenden zahlenmäßigen Aufschwung des ADAV fehlschlügen. Er hatte immer auf die Staatshilfe Preußens gehofft, doch war er auch bereit gewesen, den Staat notfalls zu zwingen, und zwar über das allgemeine und direkte Wahlrecht. Was nun, wenn er mit der Unterstützung der kaum tausend Mitglieder des ADAV von Anfang 1864 den preußischen Staat nicht zwingen konnte, den Kredit für die Arbeiterproduktivassoziationen herzugeben?

Vahlteich datiert von diesem Augenblick an die taktische Abschwenkung Lassalles in das Lager der preußischen Regierung, und das heißt: zu Bismarck. Es war die Gräfin von Hatzfeld, welche die Verhandlungen zwischen Bismarck und Lassalle einleitete, wie überhaupt ihr Einfluss auf ihn nicht zum Vorteil der deutschen Arbeiterbewegung war. Und nun zeigte sich, welche Gefahr ehrgeizige Charaktere, die wie Lassalle eine Organisation als ihr Werkzeug und nicht als das der *Arbeiterklasse* ansehen, für die Arbeiterbewegung sind, noch dazu, wenn sie diktatorische Vollmachten auf *fünf Jahre* haben wie er. Er bereitete insgeheim eine politische Zusammenarbeit mit dem preußischen Königtum vor, und für den Fall, dass auch diese scheitern sollte, den Rückzug aus der Politik und seine Auswanderung. Das waren natürlich Pläne, „die eine freie Diskussion vor den Arbeitern nicht vertragen konnten“, wie Vahlteich schreibt, der ihnen erbittert entgegentrat.⁴⁷⁸

Lassalle hatte einmal als 16jähriger Handelsschüler den „Fiesco“ gesehen und den Grafen Lavagna als großartigen Charakter bewundert. In diesem Zusammenhang entschlüpfte ihm in seinem Tagebuch eine Selbsterkenntnis von einer grandiosen prophetischen Art: „Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratisch-republikanische Gesinnungen habe wie Einer, so fühle ich doch, dass ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, dass ich

⁴⁷⁶ Auswahlband von Karl Renner, S. 472 f.; Gesamtausgabe von Bernstein, Band IV, S. 225 f.

⁴⁷⁷ Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers*, Berlin 1919, S. 37 f.

⁴⁷⁸ Vahlteich, *a.a.O.*, S. 75.

bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein.“⁴⁷⁹

Bismarck muss seinem Gesprächspartner tief in die Seele geblickt haben, wenn er ihn in jener historischen Sitzung des Deutschen Reichstages, in welcher das „Sozialistengesetz“ beraten und durchgesetzt wurde, mit den folgenden am 17. September 1878 an August Bebel gerichteten Worten charakterisierte: „Lassalle hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, *durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung*, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob *das deutsche Kaisertum* gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der *Dynastie Lassalle* abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.“⁴⁸⁰

Anschließend bestritt Bismarck der deutschen Sozialdemokratie das Recht, sich auf Lassalle zu berufen und „seinen Namen zu missbrauchen“, womit er nicht ganz Unrecht hatte: hatten sich doch inzwischen die lassalleanischen Sozialdemokraten mit den marxistischen Sozialisten 1875 in Gotha vereinigt, und zwar einfach als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“. (Mit der Sonderexistenz der Lassalleaner verschwand also auch die Bezeichnung Sozialdemokraten.)

Entsprechend seiner taktischen Schwenkung modifizierte Lassalle jetzt auch seine politischen Prinzipien: jetzt behauptete er, alles Königtum sei „ursprünglich Volkskönigtum“ gewesen!⁴⁸¹ Hatte er noch im Mai 1863 in seinem Briefwechsel mit Rodbertus „die Sprache des Cäsarismus“ abgelehnt, weil dann „für die Gegenwart alles verloren wäre“,⁴⁸² so scheute er nunmehr vor dieser Sprache nicht mehr zurück.

Das „auf den Knauf des Schwertes gestützte“ Königtum soll sich wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele setzen und verfolgen, sich von der Bourgeoisie abwenden und „das Volk auf die Bühne“ der Geschichte führen.⁴⁸³ Lassalle, entwickelte schließlich in einem Briefe an Bismarck vom 8. Juni 1863 eine merkwürdige Version einer königlichen „Diktatur des Proletariats“, die uns sofort an die bolschewistische Konzeption derselben erinnert, nämlich an eine nicht von der Arbeiterklasse selbst, sondern in ihrem Namen und in ihrem Interesse ausgeübte Diktatur:

⁴⁷⁹ Ferdinand Lassalles *Tagebuch*, herausgegeben und eingeleitet von Paul Lindau, Breslau 1891, S. 180.

⁴⁸⁰ Tim Klein, *Der Kanzler. Otto von Bismarck in seinen Briefen, Reden und Erinnerungen sowie in Berichten und Anekdoten seiner Zeit*, Ebenhausen-München/Leipzig 1919, S. 309.

⁴⁸¹ Eduard Bernstein, *Ferdinand Lassalles Kampf um Bismarck*, in: *Die Gesellschaft*, VI. Jg., 1929, Bd. I, S. 315; Ders., *Ferdinand Lassalle*, Berlin 1919, S. 272 f.

⁴⁸² Gustav Mayer, *Rodbertus und Lassalle*, a. a. O., S. 526.

⁴⁸³ Ferdinand Lassalle, *Der Hochverratsprozeß ... vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864*, Gesamtausgabe von Bernstein, 1919, Band IV,

S. 159 ff; Auswahlband von Renner, 1923, S.460 f.

„Wie wahr es ist, dass sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht davon überzeugt sein kann, dass *dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird*, und wie sehr er daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnungen - oder vielmehr gerade aufgrund derselben - *in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur*, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft, zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem - freilich sehr unwahrscheinlichen - Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres *Volkskönigtum* umzuwandeln.“⁴⁸⁴

Es kann jedem Kenner des Lassalleanismus, der die Lassalle-Legende durch das Studium der vorliegenden Quellen kritisch überwunden hat, kaum noch zweifelhaft sein, aus welcher Richtung jene totalitären Züge kommen, die viele bürgerliche Kritiker des Nationalsozialismus in der sozialdemokratischen Partei gesucht und gefunden haben. Vahlteich hat längst auf diese Zusammenhänge hingewiesen:

„Die *Diktatur*, oder das, was wir heute als *Imperialismus* bezeichnen, war für ihn auch keineswegs eine vorübergehende Notwendigkeit, sondern lag seiner Idee vom Staate zu Grunde.“⁴⁸⁵

Bei einem Denker, bei dem alles vom Staatsgedanken erfüllt war, und der überzeugt war, dass auch die soziale Frage „nur durch den Staat gelöst werden“⁴⁸⁶ konnte, ist nur ein Schritt von der Staatsinitiative zu einer „Revolution von oben“, zur Diktatur irgendeiner politischen Elite.

Wenn also F. A. Hayek, Professor an der London School of Economics, feststellt, bezeichnenderweise seien die wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus - Fichte, Rodbertus und Lassalle - auch die anerkannten Ahnen der deutschen Sozialdemokratie, so trifft das nicht die Träger jener Tradition, die 1875 unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht in die Gesamtpartei hineingetragen wurde und die stark von Marx und Engels beeinflusst war. Ja, Hayek spricht sogar ausdrücklich von dem „liberalen Gehalt des Marxismus“, von „seinem Internationalismus und seinem Demokratismus“. Nicht die marxistischen, sondern die lassalleanischen Überlieferungen der deutschen Sozialdemokratie haben einen Anteil an der Herausbildung des Nationalsozialismus gehabt, führt der englische Autor aus und erklärt wörtlich: „Solange der theoretische Sozialismus marxistischer Prägung die deutsche Arbeiterbewegung dirigierte, trat das autoritäre und nationalistische Element für einige Zeit in den Hintergrund. Aber nicht für lange.“⁴⁸⁷

Anstatt also vor einer solchen Kritik innerhalb oder außerhalb ihres Parteilagers die Augen zu verschließen, sollte die deutsche Sozialdemokratie sich endlich kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Zweifellos war Lassalle „ein sogenannter großer Mann“, doch hat schon Vahlteich richtig bemerkt, dass er „eben deshalb unbrauchbar für den Zweck war, der Sozialdemokratie als Führer zu dienen.“⁴⁸⁸ Doch Marx war ein noch größerer Mann, und

⁴⁸⁴ Gustav Mayer, *Bismarck und Lassalle*, Berlin 1928, S. 60.

⁴⁸⁵ Vahlteich, *a.a.O.*, S. 67.

⁴⁸⁶ Karl Zwing, *Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Jena 1922, S. 9.

⁴⁸⁷ F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft*, hrsg. von Wilhelm Röpke, Erlenbach- Zürich o. J. (1943/1944) S. 44 f., 51 usw.

⁴⁸⁸ Vahlteich, *a.a.O.*, S. 86.

seine Lehre vertritt nicht nur keinen Etatismus, sondern einen internationalen, demokratischen Sozialismus.

Der Streit um den Staatssozialismus

Vahlteich bemerkte einmal, man habe „lange zehn Jahre eines harten, überaus unrühmlichen Kampfes nötig gehabt, um den fanatischen Lassalle-Kultus aus den Köpfen der Arbeiter wieder herauszubringen“.⁴⁸⁹ Tatsächlich hat dieser Kampf auch innerhalb der Gesamtpartei nach 1875 nie aufgehört, und es ist den Marxisten lediglich gelungen, eine Zeitlang die offiziellen Organe zu beherrschen und insofern ein marxistisches Gesicht der Sozialdemokratie vorzutäuschen, das einesteils nur für die literarische Fassade, andernteils nur für eine intellektuelle und proletarische Elite zutraf. Bei vielen „orthodoxen Marxisten“ waren Marx und Lassalle, Sozialismus und Etatismus, eine merkwürdige Ehe eingegangen, die ihren wahren Kern erst im I. Weltkrieg offenbarte. Es ist also nicht richtig, wenn man sagt, die SPD habe 1914 ihr marxistisches Programm „verraten“. Tatsächlich erklärt sich dieser „Verrat“ dadurch, dass die SPD erstens: die lassalleanische Tradition nicht wahrhaft überwunden, sondern nur ideologisch und propagandistisch übertönt hatte; zweitens: dass die theoretischen Diskussionen über die wesentliche Unterscheidung von Verstaatlichung (Etatismus) und Vergesellschaftung (Sozialismus) nur zwischen Intellektuellen und klassenbewussten Arbeitern geführt worden waren, aber weder die Masse der Parteimitglieder ergriffen, noch die politischen Praktiker der Partei (Abgeordnete, Organisatoren) wesentlich berührt oder gar bestimmt hatten; drittens: dass der Beginn der Sozialpolitik unter dem „Arbeiterkaiser“ Wilhelm II. begonnen hatte, Funktionäre der Partei immer mehr an und in den Staat hineinzuführen und sie an der imperialistischen Politik desselben zu interessieren. Es ist verständlich, dass man vor allem die letztere Entwicklung weniger mit marxistischen, aber dafür besser mit lassalleanischen Überlieferungen begründen konnte.

Wir werden im Folgenden diese abstrakten Thesen mit den wichtigsten mehrheitssozialdemokratischen Veröffentlichungen belegen. Wir dürfen hierbei die Auffassung von Marx und Engels als bekannt voraussetzen; vor allem der Letztere hat unmissverständlich erklärt, dass eine Verwandlung der Produktionsmittel in *Staatseigentum* noch keineswegs deren *Kapitaleigenschaft* aufzuheben vermag, dass es also hiernach nur zu einem *Staatskapitalismus* kommen kann, unter dem die Proletarier nicht nur Lohnarbeiter bleiben, sondern das Kapitalverhältnis sogar „auf die Spitze getrieben“ wird. Gerade in dem Maße und in dem Umfange, in dem der moderne Staat mehr und mehr Produktivkräfte in sein Eigentum oder in seine Verfügungsgewalt bekommt, wird er auch „wirklich Gesamtkapitalist“. Dieser Prozess zeigt der Arbeiterklasse nur die Notwendigkeit auf, die Staatsgewalt zu ergreifen, den Staatsapparat zu vernichten und dafür zu sorgen, dass die *Gesellschaft* „offen und ohne Umwege“ von den Produktivkräften und Produktionsmitteln Besitz ergreift. Die politische Gewalt, welche die Arbeiter hierzu nötig haben, besteht nicht in der überwundenen, überkommenen Staatsmaschine, sondern in ihrer eigenen *Organisation als Klasse*, die an die Stelle des zu vernichtenden „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu treten hat.⁴⁹⁰

Es ist unverkennbar, dass sich in der Frage des Etatismus und des Staates Marxismus und Lassalleanismus unvereinbar gegenüberstehen. In der alten Sozialdemokratie nach 1875 und

⁴⁸⁹ Ebd., S. 36.

⁴⁹⁰ Friedrich Engels, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: MEW 19, S. 221f; W. I. Lenin, *Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, in: Ders., *Werke*, Bd. 25. Berlin 1960, S. 445; Elly Brückner, *Gurland, Marxismus und Diktatur*, (Diss. Phil.) Leipzig 1930, Kapitel VIII.

vor 1891 hütete man sich allerdings im Interesse der schwer genug errungenen Einheit, die Diskussion unter dieser Frontenstellung auszufeuchten: man zog es vor, nicht Lassalle, sondern den „Staatssozialismus“ zu bekämpfen. Und wenn die Lassalleaner sich ideologisch gegenüber den Marxisten durchsetzen wollten, dann sprachen und schrieben sie nicht von der künftigen *Gesellschaftsordnung*, sondern vom „Zukunftsstaat“. Demgegenüber erklärte Karl Kautsky, nicht um den „Zukunftsstaat“ hätten sich die lebhaften Kämpfe und Debatten in der Arbeiterbewegung gedreht, nicht der „Zukunftsstaat“ sei das Problem, das die Sozialdemokratie beschäftige, sondern die Frage, „welchen Weg das Proletariat einschlagen soll, um in den Besitz der Produktionsmittel zu gelangen.“⁴⁹¹ Das war aber nur eine Umschreibung des Staatsproblems, hatte nicht Engels deutlich genug gesagt, dass die Gesellschaft offen und ohne den „Umweg“ über den überkommenen Staatsapparat von den Produktionsmitteln Besitz ergreifen müsse?

In den nächsten Jahren konnte man weder der Frage des „Staatssozialismus“ noch der des „Zukunftsstaates“ ausweichen. Die erstere wurde im Jahre 1892 von Georg von Vollmar aufgeworfen, die andere von den Führern der bürgerlichen Parteien im Reichstag Ende Januar - Anfang Februar 1893. Vollmar hatte im Juni 1892 in einer französischen Zeitschrift („Revue bleue“) einen Artikel veröffentlicht, den er dann wegen der bereits ausgelösten Diskussion mit einem Kommentar auch in deutscher Übersetzung als Broschüre veröffentlichte: „Über Staatssozialismus“. Darin bestimmte Vollmar als „Staatssozialismus“ den Grundsatz, „ *dass der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern dass sich eine Souveränität auch auf das wirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstrecke, so dass dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern zusteht, sondern dass auch die Überführung beliebiger Theile der Gütererzeugung unter die Oberleitung oder selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugniß liege.*“ Es ging aber nicht allein um diese Definition, sondern um zwei hiermit eng verbundene Thesen, nämlich, dass „die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland längst jede Gefahr, welche aus einer Benützung des Staatssozialismus zu machtpolitischen Zwecken entstehen konnte, beseitigt hat“, und das infolgedessen „ *die Sozialdemokratie keinerlei Grund hat, den Gedanken des Staatssozialismus an sich mit besonderem Eifer zu bekämpfen.*“⁴⁹²

Es war richtig von Kautsky, darauf hinzuweisen, dass die Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Sätze eine *Verselbständigung der Staatsgewalt gegenüber der Gesellschaft* sei. Wenn der Staat auf dem ökonomischen Gebiet wirklich souverän eingreifen und die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gerecht regeln wollte, dann hätte dem eine erhebliche Stärkung der Monarchie und ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Klassen und Parteien vorausgehen müssen. Kautsky lehnte es aber entschieden ab, dem Etatismus auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, weil dies doch nur darauf hinauslaufen könne, „es überflüssig oder geradezu unmöglich (zu) machen, dass das Proletariat seine Interessen selbst vertritt“, sondern es vielmehr dazu zu verführen, alles „vertrauensvoll der Regierungsgewalt (zu) überlassen.“ Wenn man sich heute diese Diskussion in der „Neuen Zeit“ durchliest, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, als habe hier Kautsky nichts Geringeres zurückgewiesen, als die Möglichkeit einer „totalitären“ Entartung des Programms und der politischen Praxis der Partei.⁴⁹³

⁴⁹¹ Karl Kautsky, *Sozialdemokratie und Sozialliberalismus*, in: *Die Neue Zeit*, IX. Jg. (1891), Bd. II, S. 634.

⁴⁹² Georg von Vollmar, *Über Staatssozialismus*, Nürnberg 1892.

⁴⁹³ Karl Kautsky, *Vollmar und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, X. Jg., 1892, Bd. II, S. 705 ff.

In der weiteren Diskussion dieser Frage wurde von einem „Staatsbeamten“ richtig bemerkt, dass nach dem Aufkommen des Wortes vom „Arbeiterkaiser“ anlässlich der Einführung der Sozialgesetzgebung und nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Staatssozialismus nicht nur nicht mehr als staatsgefährlich betrachtet wurde, sondern dass die Regierenden selbst gezwungen würden, sich zum Staatssozialismus zu bekennen, um sich das Vertrauen wenigstens des politisch rückständigen Teiles der arbeitenden Bevölkerung zu bewahren; mit Recht erklärt dieser auch, dass der Begriff des Staatssozialismus die Wahrnehmung von Klasseninteressen ausschließe, also einen über den Klassengegensatz erhabenen Staat unterstellt.⁴⁹⁴

Selbstverständlich hat sich Vollmar gegen die gegen ihn gerichteten Vorwürfe verteidigt, u. a. auch in einer längeren Abhandlung. Aber seine Verteidigung ist recht widerspruchsvoll: er, der doch deutlich genug erklärt hatte, dass die Sozialdemokratie keinen Grund mehr hätte, die Idee des Staatssozialismus mit besonderem Eifer zu bekämpfen, verweist auf eine andere Stelle seiner Schrift, wo er doch im Hinblick auf die Anhänger von Rodbertus geschrieben habe, dass „die Staatssozialisten praktisch antisozialdemokratisch handelten und dass ihr Weg ein autoritärer“ sei; im Wesentlichen begnügte er sich mit der Versicherung, „dass wir keinen Grund zu irgendwelchem Verstaatlichungsfanatismus haben“. Wesentlicher ist, dass auch Vollmar als den Punkt, der den Staatssozialismus entschieden vom demokratischen Sozialismus trennt, die *Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgewalt* erkennt: der Staatssozialismus wolle „die nach seiner Auffassung über den Parteien schwebende Regierungsmacht aufrechterhalten, ja *womöglich noch stärken, um die Entwicklung der Sozialverhältnisse von Oben herab und in ihrem Sinne zu leiten*“. Vollmar war sich also zweifellos der autoritären bzw. „totalitären“ Züge des Staatssozialismus im Gegensatz zur Sozialdemokratie bewusst.⁴⁹⁵

Karl Kautsky arbeitete dann in seiner letzten Erwiderung vor dem Berliner Parteitag (1892) mit aller Schärfe und durchaus in Berücksichtigung der zuletzt erwähnten Zugeständnisse von Vollmar den Gesichtspunkt heraus, unter dem sowohl die *Idee* wie die *Praxis* des Staatssozialismus für Sozialdemokraten unannehmbar sind: *Der Staatssozialismus ist lediglich eine ideologische Ausdrucksform für den Versuch, den Klassenkampf des Proletariats noch innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft aufzuheben bzw. unmöglich zu machen*. Praktisch geht dieser Versuch mit einer Stärkung bzw. Verselbständigung der Staatsgewalt einher, die zu den inzwischen als „Totalitarismus“ bezeichneten Erscheinungen in Staat und Gesellschaft führt. Das entscheidende Merkmal, soweit die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm in Betracht kommt, erblickte also Kautsky in dem Verhältnis des Staatssozialismus zum proletarischen *Klassenkampf*:

„Weder das Proletariat noch die Kapitalistenklasse soll durch ihn aufgehoben, sondern das Verhältnis zwischen beiden ein für allemal unverrückbar von Staats wegen festgesetzt werden. *Die Kapitalisten sollen sich in eine Art von höheren Staatsbeamten verwandeln, die unter der Aufsicht des Staates die Produktion leiten und dafür die vom Staat festgesetzten Gewinnanteile einstreichen*. Soweit es im Interesse des Staates und der herrschenden Klassen erforderlich erscheint, soll die Produktion direkt verstaatlicht werden. *Aber die Ausbeutung der Arbeiterklasse soll bestehen bleiben; sie wird bloß von Staats wegen geregelt*. Der Staat selbst bleibt eine über dem Arbeiter stehende Macht, deren Interessen von den seinen verschieden sind. Je mehr er die Produktion an sich zieht, desto mehr fließt sein Einkommen aus der direkten Ausbeutung seiner Arbeiter, die ihm völlig wehrlos preisgegeben sind. Es steigt die Möglichkeit, aber auch

⁴⁹⁴ Noch einmal Staatssozialismus, von einem Staatsbeamten, in: *Die Neue Zeit*, XI. Jg., 1892, Bd. 1, S. 154 f.

⁴⁹⁵ Georg von Vollmar, *Zur Streitfrage über den Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 196-210.

der Drang nach fiskalischer Ausbeutung der Staatsproletarier: das ist die logische Konsequenz des Staatssozialismus überall dort, wo seine Vorbedingung besteht: *ein über dem Proletariat stehender Staat.*“

Kautsky tröstete sich auch nicht etwa mit dem von Vollmar angeführten Argument: seitdem man mit dem Vorschlag Lassalles, Produktivassoziationen mit Staatshilfe, fertig geworden sei, existiere der ganze Staatssozialismus für die Partei nicht mehr. Sondern er weist warnend darauf hin, dass die Elemente des aus der Mode gekommenen Staatssozialismus immer noch vorhanden seien, und *ein Wink von oben genüge, um neues Leben aus den Ruinen sprießen zu lassen.* Die Idee des Staatssozialismus sei durch Bismarck nicht etwa umgebracht, sondern „in die Massen verpflanzt worden, in denen sie noch als dunkler Instinkt lebt, als eine Erwartung, dass der heutige Staat schon berufen sei, ihnen zu helfen“.⁴⁹⁶

Wir werden noch sehen, wie sehr diese Erwartung der Massen hüben und drüben, von der Seite der kaiserlichen Regierung wie von derjenigen des rechten Flügels der SPD, gehegt und gepflegt worden ist. Der bereits erwähnte Parteitag der Sozialdemokratie in Berlin musste Kautsky schon deswegen folgen, weil (nach August Bebel) die bürgerliche Presse Vollmar die zweifelhafte Ehre erwiesen hatte, ihn für denjenigen zu halten, der die Absicht habe, „eine Rechtsschwenkung in der Partei herbeizuführen“ und letztere unter Umständen zu spalten. Man sagte also dem „Sumpf des Staatssozialismus“ entschieden ab und erklärte: *„Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein.* Der Staatssozialismus ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt, er bezweckt durch kleine Konzessionen und Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.“

Bebel sah auch schon den Zusammenhang des damit abgewehrten staatssozialistischen Vorstoßes mit jenen Elementen, die, teils durch die Erweiterung der Parteiorganisation, teils durch die Vermehrung der Abgeordneten und der Journalisten, von der Partei angezogen wurden, weil diese in wachsendem Maße Posten vergeben konnte, die entweder ihrem Ehrgeiz oder ihrem Streben nach materieller Sicherstellung Befriedigung boten. Er hat schon damals auf die Gefahr hingewiesen, die dem revolutionären Charakter der Partei durch „Krethi und Plethi“, wie er diese intellektuellen Stellenjäger bezeichnete, drohte.⁴⁹⁷

Man muss also feststellen: das bis zum Sozialistengesetz (1878) gültige Gothaer Programm von 1875, dem nach der Kritik von Marx und Engels „der Sozialismus nicht einmal hauttief saß“, war noch weitgehend lassalleanisch. Dann trieb Bismarck den Anhängern seines früheren Verhandlungspartners zwölf Jahre lang den Etatismus mit Kolbenstößen und Zuchthausurteilen aus. Als dann das Sozialistengesetz fiel (1890), hatte man die Züchtigungen von Staats wegen noch nicht vergessen; die marxistische Kritik von 1875, die man der Partei vorenthalten hatte, konnte jetzt erst „glatt durchschlagen“, weil sie nunmehr endlich veröffentlicht wurde.⁴⁹⁸ Doch schon kurze Zeit nach dem Erfurter Parteitag und Programm (1891) und dem Beginn der „Ära Berlepsch“ (inauguriert durch die beiden kaiserlichen Erlasse Wilhelms II. vom 4. Februar 1890) schöpften die unbelehrbaren lassalleanischen und staatssozialistischen Elemente in der Sozialdemokratie schon wieder neue Hoffnung auf ein „soziales

⁴⁹⁶ Karl Kautsky, *Der Parteitag und der Staatssozialismus*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 214 ff. und 219 f.

⁴⁹⁷ August Bebel, *Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Zeit*, ebd., S. 301 f.

⁴⁹⁸ Karl Marx, *Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogramms 1891*, aus dem Nachlass von Karl Marx, herausgegeben von Friedrich Engels, in: *Die Neue Zeit*, tX. Jg., (1891), Bd. I, S. 561 ff., sowie in: *MEW22*, S. 225 ff.

Volkskaisertum“. Nur in dieser geschichtlichen Beleuchtung wird der Standpunkt solcher Genossen wie Vollmar verständlich, und man wird sich davor hüten, die Wandlung der SPD erst von Bernstein an zu datieren. Tatsächlich beginnt sie sofort nach dem Sozialistengesetz, in dem Augenblick, als der Staat in der Person des Kaisers der Arbeiterbewegung die „sozialpolitische“ Hand entgegenstreckt.⁴⁹⁹ Heyde berichtet auch in diesem Zusammenhang, dass Georg von Vollmar „durchaus geneigt“ war, mit Wilhelm II. positiv zusammenzuarbeiten.⁵⁰⁰

Wenig später (1893) kam es zu jener großen Debatte im Reichstag, in der die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie zwingen wollten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie sie sich die Einrichtung des „Zukunftsstaates“ vorstellte. Bebel, dem Eugen Richter später vorwarf, einst selbst ein Lassalleaner gewesen und mit dem Gothaer Programm für Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe eingetreten zu sein, hat in dieser Debatte klipp und klar erklärt, dass der Parteitag und das Programm von Erfurt 1891 mit der früheren lassalleanischen Auffassung vom Staate völlig gebrochen hätten. Aus diesem gleichen Grunde wolle man auch gar keinen „Zukunftsstaat“ mehr haben. Bebel bekannte ehrlich, auch ihm als Sozialisten habe es nicht über Nacht eingeleuchtet, dass der Staat einmal aufhören könnte. Indem Bebel in solcher Weise den neuen, im marxistischen Programm von Erfurt niedergelegten Parteistandpunkt vertrat, war er zweifellos seinen bürgerlichen Gegnern weit überlegen, die - wie z. B. Eugen Richter - „die Vergesellschaftung alles Kapitals“ mit der „Verstaatlichung des Kapitals“ durcheinanderwarfen. Er konnte ihnen mit Recht sagen, ihr Denkvermögen erlaube ihnen nicht, „einen Unterschied zwischen einer Staats- und einer Gesellschaftsordnung zu machen“. Bebel dagegen unterschied sehr richtig das bürgerliche Privateigentum vom bürgerlichen Staatseigentum und beide vom gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Wilhelm Liebknecht sagte dann abschließend, der „Zukunftsstaat“ sei zwar in gewisser Beziehung ein *Ideal*, jedoch habe weder die *Wissenschaft* etwas mit ihm zu tun gehabt, noch habe jemals die Sozialdemokratie ihn in ihr Parteiprogramm aufgenommen.⁵⁰¹

In dieser Debatte nun, in welcher der Marxismus, vertreten durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, wirklich gut abgeschnitten hat (auch Karl Frohme fügte sich deren Standpunkt einigermaßen ein), musste der Staatssozialismus - gerade weil die bürgerlichen Gegner wie die Lassalleaner Etatismus und Sozialismus miteinander verwechselten - schwere Schläge und prophetische Vorwürfe einstecken.

Es war schon bezeichnend, dass verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien beanstandeten, dass für die Sozialdemokratie immer nur dieselben Vertreter sprachen und fragten, warum z.B. nicht Georg von Vollmar zu Worte käme. Aber indem sie sich den künftigen Sozialismus eben nur als Staatssozialismus vorstellen konnten, also für alle Zukunft am Staate als *der* Form einer gesellschaftlichen Organisation festhielten, wiesen sie damals schon in einer eindrucksvollen und antizipierenden Weise unwiderleglich nach, dass jeder bloße Etatismus zum „Totalitarismus“ führen muss. Der Abgeordnete Dr. Bachem wies auf das Problem Verteilung der Arbeiten hin: entweder suche sich jeder die angenehmste Tätigkeit, dann habe man allgemeine Anarchie, oder man sei dazu gezwungen, jedem Einzelnen seine Arbeit anzuweisen; im letzteren Falle hebe man sowohl die freie Berufswahl wie die Freizügigkeit auf und

⁴⁹⁹ Ernst Nölting, *Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik*, Berlin 21932, S81-85.

⁵⁰⁰ Ludwig Heyde, *Abriss der Sozialpolitik*, Leipzig 71931, S. 37.

⁵⁰¹ *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat‘. Verhandlungen des deutschen Reichstags am 31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893.* Veröffentlicht nach dem offiziellen stenographischen Bericht, Berlin 1893, S. 12, 45, 15, 48, 72, 85 und 118.

lande in der „vollkommensten Tyrannei, die jemals gewesen ist“. Den gleichen Einwand erhob Eugen Richter, indem er noch hinzufügte:

„Die Arbeiter stehen im sozialdemokratischen Staat genau im Verhältnis der Soldaten, die man heute zu einem Dienst kommandiert, morgen dann beurlaubt und übermorgen von solcher Beurlaubung zur Disposition wieder zurückruft... Der sozialdemokratische Staat ist noch weit schlimmer als der Militärstaat. Dessen eiserne Disziplin und Zucht ist eine ganz humane und milde Behandlung im Verhältnis zu der Ordnung, wie sie im sozialdemokratischen Staat eingeführt werden muß.“

Anstatt also die Zwangsgewalt abschaffen zu können, müsste der „Zukunftsstaat“ diese seiner Ansicht nach sogar verstärken. Wenn der Staat zum „Eigentümer alles Kapitals“ werde, dann werde er auch zum „alleinigen Arbeitgeber“: „Die Folge davon ist, dass jeder Arbeiter, wenn er nicht verhungern will, bei diesem Staat arbeiten muss, und dass er diejenige Arbeit verrichten muss, welche ihm der Staat zudiktirt“.

Ferner wies Eugen Richter daraufhin, dass eine „planmäßige Produktion“ durch den Staat auch eine „planmäßige Konsumtion“ durch den Staat zur Folge habe. Wie die Produktion vorgeschrieben werden müsse, so auch die Konsumtion des Einzelnen. Dadurch würden die Bürger des „Zukunftsstaates“ zu „Stiften einer großen mechanischen Produktions- und Konsumtionsmaschinerie“ degradiert. Schließlich werde der Staat auch noch „durch Regelung der Nahrweise die Fortpflanzung regeln“. Die Arbeiter aber würden sich daran gewöhnen, nichts von ihrer eigenen Vervollkommnung und Besserung, sondern „alles vom Staat zu erwarten“. Dieser „Zukunftsstaat“ werde „hundert Mal mehr Juristen“ benötigen als die kaiserliche Regierung:

„Je mehr Gesetze, desto mehr Juristen braucht man. Mögen Sie das nun Gesetze nennen oder anders - ein Staat, der die ganze Produktion und Konsumtion regelt, bedarf einer Fülle von Anordnungen von oben herab, mit denen Sie unsere Gesetzessammlung nicht entfernt vergleichen können, und die Befolgung dieser Anordnungen kann streitig werden, ebenso die Auslegung; die Beschwerden darüber, mögen Sie das nun Prozesse nennen oder mögen Sie es nennen Beschwerdeverfahren an die oberste Staatsbehörde - in der Sache ist es gleich -, die Juristen werden zu entscheiden haben, ob der individuelle Fall der allgemeinen Anordnung entspricht.“

Womit Eugen Richter unbewusst einen Beitrag zur Ergänzung gewisser Ausführungen von Friedrich Engels geleistet hatte, indem er nachwies, dass der Etatismus notwendig auf einen „Juristensozialismus“ hinausläuft!⁵⁰²

Wenn also auch die Marxisten sich aus der „Zukunftsstaat-Debatte“ ehrenvoll zurückziehen konnten, indem sie darauf hinwiesen, dass es für die Arbeiterbewegung gar keinen „Staatssozialismus“ geben kann, sondern dass dieser nur im Sinne der Kapitalisten, also als *Staatskapitalismus möglich ist*,⁵⁰³ so war doch durch die bürgerliche Kritik in prophetischer Weise auf die „totalitären“ (in Wahrheit aber: lassalleanischen) Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen worden.

⁵⁰² *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat‘*, a.a.O., S. 35, 42 f., 45, 48 f., 50, 51 und 110 f.; Friedrich Engels, *Juristen-Sozialismus*, zuerst in: *Die Neue Zeit*, V. Jg., (1887), S. 49-62; jetzt in: *MEW21*, S. 491 ff.

⁵⁰³ Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, in: *Die Neue Zeit*

Die bürgerliche Kritik hatte jedoch auch noch Prophezeiungen anderer Art ausgesprochen. Als sich die marxistischen Führer der SPD von der lassalleanischen Tradition distanzieren, sagte man ihnen:

„Der Herr Marx, der geistige Führer Ihrer Partei, den Sie heute noch nicht so ganz über Bord geworfen haben wie den Herrn Lassalle, den Sie aber auch schon im Begriff sind, so ganz allmählich zum alten Eisen zu werfen - wir werden es zweifellos erleben, dass Herr Marx gerade so zum alten Eisen geworfen wird wie Herr Lassalle, gerade so, wie das Gothaer Programm und das kommunistische Manifest, von dem Sie heute nicht mehr viel haben“ (Bachem).

Die bürgerliche Volksvertretung konnte sich offenbar nicht vorstellen, dass mit der *Abkehr von Marx eine Wiederhinwendung zu Lassalle* möglich wurde. Man muss aber doch ihren Weitblick bewundern, wenn man bei Eugen Richter als Erwiderung auf Bebels Hinweis auf die „Mau- serung“ der Sozialdemokratie folgendes liest: „Sie sind eigentlich in dieser Mau- serung nicht revolutionär geworden, sondern Sie sind zahmer geworden. Das erkenne ich an... Die Mau- serung kann also auch dahin gehen, dass Sie mit *allmählicher Abwendung von Ihrem eigentlichen sozialdemokratischen Programm zu einer radikalen Volkspartei entwickeln, die radikaler ist als wir, die aber im Grunde genommen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht.*“

Bachem stürzte sich auch auf einen der schwachen Punkte der Rede Karl Frohmes, wo dieser gesagt hatte, es falle der Sozialdemokratie nicht ein, „den Staat ‚stürzen‘ zu wollen“, der „das naturnotwendige Ergebnis der Entwicklung“ sei; man verteidige vielmehr nur „die nächste Etappe der organischen Evolution, nicht mehr und nicht weniger“. Bachem hatte sofort erfasst, was diese Ausführungen bedeuten und schlug unerbittlich zu:

„Das bedeutet den *ausdrücklichen Verzicht auf die Revolution. Sie wollen also fortan eine Evolution ohne Revolution.* Das nagle ich hiermit fest. Wenn Ihnen also ihre Haltung in dieser Debatte ernst war, dann haben Sie in diesem Augenblick *aufgehört, eine revolutionäre Partei zu sein*, dann sind Sie von jetzt an nichts anderes als *eine radikale bürgerliche Partei*, dann unterscheiden sie sich in nichts mehr von den Herren, die links von Ihnen sitzen, von der Volkspartei...“

Wir überlassen das Urteil darüber, ob die Kritik der bürgerlichen Parteien⁵⁰⁴ auch in diesem Falle die künftige Entwicklung der Sozialdemokratie richtig vorausgesehen hat, dem Leser, weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass sie bereits zwei Jahre nach dem Siege des „Mar- xismus“ auf dem Erfurter Parteitag und im Erfurter Programm ausgesprochen wurde.

Die bürgerliche Kritik hat schließlich noch auf einen wunden Punkt hingewiesen: Bachem zeigte den Widerspruch zwischen den Ausführungen der marxistischen Führer im Reichstag und den Reden in den zahllosen kleineren Versammlungen der Partei auf, in denen man das Volk mit dem „Zukunfts-Staat“ fanatisiere. (Und man kann dieses Argument nicht dadurch entkräften, dass sich auch der Vortrag eines Theologen auf einem Konzil von der Predigt eines Dorfpfarrers unterscheidet.) Ebenso wage die SPD auch nicht mehr im Reichstag, die soziale Revolution als nahe bevorstehend anzukündigen, aber in Tausenden von sozialdemokrati- schen Versammlungen im Lande fanatisiere man die Arbeiter mit dieser Hoffnung und ziehe sie mit dieser Täuschung in den Bann der Partei.⁵⁰⁵ Hier wurde m.E. auf einen Zwiespalt in der Sozialdemokratie hingewiesen, der nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden kann. Das verständnisvolle Studium von Marx konnten nur wenige betreiben, und es braucht

⁵⁰⁴ *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat‘*, a.a.O., S. 33, 46, 57 f., 101 f.

⁵⁰⁵ *A.a.O.*, S. 40 und 102f.

nur die Frage aufgeworfen zu werden, ob zwei Jahre nach dem Erfurter Programm, dem zwölf bittere und unruhige Kampffahre vorausgegangen waren, der Marxismus in die Partei mehr als nur „hauttief“ eingedrungen sein kann. Auf jeden Fall wird es 1893 noch nicht viele Partei-referenten gegeben haben, die Marx besser kannten als ihren Lassalle - weltanschaulich standen sie ja auch Häckel näher als Hegel.

Man darf also wohl annehmen, dass in den zahllosen sozialdemokratischen Parteiversamm-lungen eher eine lassalleanische Ideologie tonangebend war als die marxistische Theorie. Und dies scheint auch für die wohlfeile Agitations- und Broschüren-Literatur gegolten zu haben, die unmittelbar für den Arbeiterleser bestimmt war.

Hatte Wilhelm Liebknecht noch im Reichstag den „Zukunftsstaat“ als eine „Phantasiesache“ bezeichnet und empfohlen, stattdessen mehr „den gegenwärtigen Staat zu studieren“⁵⁰⁶, so gab man trotzdem tatsächlich noch 1905 dem Arbeiter „Phantasiesachen“ über den „Zukunfts-staat“ in die Hand. Darin berief man sich z. B. nicht nur auf Bellamy, sondern sogar auf den „Sonnenstaat“ Campanellas! Im Übrigen konnte hier der Arbeiter in einer von Problemen völ-lig unbeschwerten Darstellung lesen,⁵⁰⁷ er werde im „Zukunftsstaat bei einer halbstündigen Tätigkeit in hohem Wohlstand, von Luxus umgeben“, leben. In der Propaganda und in der Agitation verzichtete man also keineswegs auf die „Phantasiesache“ des „Zukunftsstaates“, um sich der lassalleanischen Ideologie der Arbeiter anzupassen.

Sieht man sich aber diese Broschüre näher an, so entpuppt sie sich als ein Versuch eklektizis-tischer Art, marxistische Ergebnisse auf lassalleanische Tradition aufzupropfen - also als ein genaues Spiegelbild des geistigen Wesens der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende.

In dem Maße nun, in dem sich in Preußen-Deutschland unter den besonderen organisatori-schen und technischen Bedingungen seines nach 1871 aufstrebenden Kapitalismus der be-kannte entscheidende Umschwung in seiner staatlichen Wirtschaftspolitik anbahnte⁵⁰⁸, der so wenig liberal war, dass auch Bismarck erklärte: der Staatssozialismus paukt sich durch, in dem gleichen Maße verstanden sich auch die aus dem Proletariat entstandenen Verbände und Par-teien trotz ihrer grundsätzlichen Vorbehalte immer mehr dazu, „an der staatlichen und kom-munalen Politik praktisch mitzuwirken“.⁵⁰⁹ Diese Praxis wurde immer maßgebender und die prinzipielle Verwahrung auf den Parteitagen immer feierlicher und wirkungsloser. Im Prinzip wusste man natürlich auch, dass eine Vermehrung des Staatseigentums nur auf eine Erweite-rung des Gemeineigentums der Bourgeoisiklasse, also des Kapitals, hinauslief, doch nahmen die Verstaatlichungsvorschläge der Partei ständig zu. (1895 zahlreiche Vorschläge im Rahmen des Entwurfes eines Agrarprogramms; später auf dem Gebiete des Verkehrs- und Versiche-rungswesens; der Parteitag zu Mainz sprach sich 1900 für die Übernahme der Bahnen durch das Reich aus; 1910 forderte die Sozialdemokratie volle Verstaatlichung des Kali-Syndikats.) Selbst Bebel erklärte, es liege im Zuge der Zeit, „den Einfluss des Reiches zu stärken“, als es sich um die Verstaatlichung der Eisenbahnen handelte; und bei der Beratung des Kaligesetzes verlangte Hue, dass das Reich die Ausnützung der Bodenschätze übernehme, wobei er schon den Staat als „die Repräsentanz der Gemeinschaft“ definierte! So hatte die Sozialdemokratie bereits lange vor dem I. Weltkrieg immer mehr Kurs auf den Etatismus genommen. Nur

⁵⁰⁶ A.a.O., S. 118 und 123.

⁵⁰⁷ Theodor Reese, *Der Zukunftsstaat*, Hamburg 1905, S. 20 und 34.

⁵⁰⁸ Hans Staubinger, *Der Staat als Unternehmer*, mit einer Einleitung von Walther Schreiber, Berlin 1932, S. 25.

⁵⁰⁹ Ferdinand Tönnies, *Die Entwicklung der sozialen Frage bis zum Weltkriege*, Berlin/Leipzig 1926, S. 137.

wenige Marxisten sahen die mit diesen Verstaatlichungstendenzen auftauchenden Gefahren für das eigentliche sozialdemokratische Programm: dass die Verstaatlichung gerade für das Unternehmertum die „Potenzierung der bestehenden Kapitalgewalt“ und Monopolmacht bedeutete, und dass sie imstande war, das Wirkungsgebiet der Arbeiterbewegung einzuschränken.⁵¹⁰

Die Mehrheit der Partei aber begrüßte diese Entwicklung als - „Staatssozialismus“!

⁵¹⁰ Heinrich Laufenberg, *Sozialdemokratie und Verstaatlichung*, a.a.O., S. 473ff.

Vom Sozialistengesetz zum Kriegssozialismus

Immer mehr verbreitete sich in den Kreisen der sozialdemokratischen „Praktiker“ (Abgeordnete, Parteiangestellte, Parteijournalisten usw.) die gleiche Überzeugung, welche Dr. Bachem 1893 in den Reichstagsdebatten um den „Zukunftsstaat“ vertreten hatte: „Ich habe schon zugegeben, dass ich es für möglich halte, dass unsere Entwicklung in Deutschland einen gewissen sozialistischen Charakter haben werde. Die bisherige Entwicklung im Deutschen Reich seit den letzten zehn Jahren hat ja unverkennbar, wenn man das Wort richtig versteht, in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange eine sozialistische Richtung.“

Und indem er auf die Arbeitergesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, Arbeitsschutz, Steuererleichterungen etc.) verwies, verkündete Bachem: „Von einer derartigen sozialistischen Entwicklung werden wir uns nicht abbringen lassen ... Das ist der ganze Unterschied zwischen uns und Ihnen: wir sind redliche, aber praktische Sozialisten, Sie sind revolutionäre, aber darum unfruchtbare Sozialisten.“⁵¹¹

Es dauerte nicht lange, und „praktische Sozialdemokraten“ wiederholten die gleichen Worte und Argumente gegenüber ihren revolutionären Parteigenossen.

Der objektiven Entwicklung der Ausbreitung des Etatismus in der Sozialökonomik entsprach also auf der subjektiven Seite, in der Wandlung des sozialdemokratischen Bewusstseins, ein Wiederaufleben der staatssozialistischen Ideologie. Hatte nicht sogar Bebel in der „Zukunftsstaat“-Debatte 1893 erklärt, dass auch die Sozialdemokratie „in gewissem Sinne für die Expropriation durch den Staat“ sei, „weil wir diese Staatsbetriebe in sozialistische mit Leichtigkeit umwandeln können, sogar mit Herrn von Boetticher als Staatssekretär des Innern an der Spitze“?⁵¹² (Herr von Boetticher war der Verfasser des zweiten der beiden sozialpolitischen Erlasse des Kaisers vom 4. Februar 1890, den gegenzeichnen Bismarck sich geweigert hatte.) Wenn schon Bebel dies für möglich hielt, was sollte man dann erst von den „praktischen“ Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern erwarten? So warf der „Kaisersozialismus“ schon lange vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges seine Schatten voraus.

Einsichtige wurden aufmerksam und warnten, so z. B. William English Walling in seinem Buche „Socialism as it is“ (New York 1913), in dem er prophezeite, dass die herrschenden Klassen selber darauf kommen würden, der sozialen Revolution des Proletariats dadurch vorzubeugen, dass sie den Privatkapitalismus durch den „Staatssozialismus“ ablösen, unter dem wohl alle wichtigen Industrien verstaatlicht sein könnten, die Ausbeutung der Arbeiter aber nicht abgeschafft werde. Er hat sogar auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass die Sozialdemokratie eine solche staatssozialistische Periode als eine unvermeidliche Vorstufe des Sozialismus ansehen könnte.⁵¹³

Eine wichtige und weit vorausschauende theoretische Konzeption entwickelte vor allen anderen Arturo Labriola in Italien; seine Prognose wurde am 15. Januar 1908 in den „Pagine libere“ veröffentlicht und bald darauf von Oda Olberg in der „Neuen Zeit“ referiert. Labriola ging von den verschiedenen Formen der proletarischen Aktion aus: die eine müsse auf

⁵¹¹ *Der sozialdemokratische ‚Zukunftsstaat‘*, S. 104 f.

⁵¹² *Ebd.*, S. 19.

⁵¹³ Vgl. hierzu die kritische Rezension: I. B. Askew, *Modernisierter Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXXII. Jg. (1914), Bd. I, S. 692.

Verbesserung und Anpassung der Lage der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus und an dessen Entwicklung gerichtet sein; die andere den Umsturz der kapitalistischen Ordnung bezwecken. Die erste Form sei mit der bestehenden Ordnung vereinbar, als bloße Reformbewegung, und bewege sich notwendig auf politischem Gebiet, anerkenne und setze den Staat voraus: ihr Organ sei folglich die Partei. Die andere Form dagegen könne sich nicht auf die Partei, sondern müsse sich auf eine reine Klassenorganisation stützen; als solche betrachtete Labriola damals die Gewerkschaften, die ihrem immanenten Zweck nach revolutionär seien. Inzwischen habe sich aber die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in ihrer Praxis von diesen Grundsätzen entfernt: die ökonomische Aktion der Arbeiter sei der politischen ebenso untergeordnet worden wie die Gewerkschaften der Partei. Dies konnte nur infolge einer auch von Marx nicht vorhergesehenen Entwicklung des modernen Staates, der nicht nur seine politische, sondern auch seine ökonomische Macht unheimlich verstärkte, geschehen. Der Staat gewann dadurch für das Proletariat den Anschein einer über den Klassen stehenden Instanz, und er erschien keineswegs mehr als ein Staat der Junker oder der Unternehmer. Vor allem in Staaten mit demokratischen Verfassungen konnte der Staat als Beschützer der Arbeiterinteressen auftreten. Indem sich die Revisionisten und Reformisten an diesen Schein hielten, setzten sie sich allmählich in den sozialdemokratischen Parteien durch und traten überall für eine Ausdehnung der Staatsmacht ein. Sie verkannten aber nur die kapitalistische Wesenheit auch des modernen Staates, des wirklichen Gesamtkapitalisten. An die Stelle der sozialen Revolution trat die langsame Durchdringung des Staates durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen. Aber der Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital werde nicht dadurch aufgehoben, dass das letztere dem Arbeiter als Staatskapital gegenübertrete. Dieser Klassengegensatz verlagere sich nur allmählich vom Privatkapitalismus auf den Staatskapitalismus. „So wird sich in der Folge der Gegensatz Lohnarbeiter : Kapitalist in den Gegensatz Lohnarbeiter : Staat verwandeln“⁵¹⁴

Implizit besagte diese theoretische Prognose, dass der aufkommenden Omnipotenz des Staates nicht mit den bisherigen Arbeiterparteien, sondern nur mit einer umfassenden proletarischen Klassenorganisation zu widerstehen sei.

Die Sozialdemokratie folgte nicht diesen und anderen Theoretikern, die eine Epoche einer nie dagewesen Staatstyrannie heraufziehen sahen, sondern die Führungsschicht, die in ihr maßgebend geworden war, lauschte ganz anderen Hinweisen, die auf sie wie Sirenenklänge wirken mussten. „Im Großbetrieb und in den Interessenvertretungen, in den Vereinen der organisierten Arbeiter, sogar im Staate selbst bildet sich dieser neue Typ der Organisatoren mit weitem gesellschaftlichem Blickfeld und mit disziplinierter Tatkraft. Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee, deren Kunst es ist, dass sie befehlen und anordnen können und sich in eine Organisation einzupassen verstehen.“

Und auf dieser Schicht, meinte unser Autor, beruhe nicht nur unsere soziale Zukunft, sondern auch der Aufbau des Sozialismus, eines „Sozialismus“ dieser „sozialen Funktionäre“ allerdings, den er ebenso gut auch als „Sozialismus der Organisatoren“ hätte bezeichnen können.⁵¹⁵ Wenige Jahre später wird Professor Plenge seinen „Sozialismus“ schlicht als „Organisation“ bestimmen.

⁵¹⁴ Oda Olberg, *Der kritische Augenblick des Marxismus*, in: *Die Neue Zeit*, XXVI. Jg. (1908), Bd. LS. 819.

⁵¹⁵ Johann Plenge, *Marx und Hegel*, Tübingen 1911, S. 180 f. Plenge hat 1950 unter Hinweis auf die zitierte Stelle beansprucht, einer der allerersten deutschen Denker gewesen zu sein, die das Managerproblem vor Burnham und Groß gesehen hätten. Als man ihn auf die bekannten Äußerungen von Marx über die „Manager“ hinwies,

Die „Organisatoren“ innerhalb der proletarischen Organisationen begannen sich jedenfalls als Träger eines „modernen Sozialismus“ zu fühlen, der eher mit dem System Lassalles als mit den Grundsätzen von Marx vereinbar war.

Man kann nicht einmal sagen, dass Plenge diese aufstrebenden „Neuen Herren“ idealisiert hätte: er sagte 1911 von dieser Gruppe, dass sie sich selbst nicht einmal begriffen und ihre Aufgaben keineswegs erfasst hätte; sie sei vorwiegend vom Gedanken einer bloßen Interessenpolitik geleitet. Und er schildert das Bild dieser neuen Beamten-schicht folgendermaßen: „Schwankend zwischen den Herrengewohnheiten des kapitalistischen Unternehmers und dem Klassenbewusstsein eines auf den Löhnerstandpunkt herabgedrückten geistigen Proletariats, sehr viel Unteroffizierston im Sinne eines ungeschlachten Militarismus und die ständige Gefahr, in die selbstgenügsame Schwerfälligkeit der autoritativen Bürokratie zu verfallen.“⁵¹⁶

Steigt bei diesen Worten nicht die Gestalt Noskes vor unserem geistigen Auge auf, der damals schon seit mehreren Jahren die deutsche Heeres- und Kolonialpolitik unterstützt hatte?

Nichts offenbarte jenseits aller sozialistischen Sonntagspredigten und marxistischen Feiern den wahren Geist der sozialdemokratischen Partei so deutlich wie der Wandel ihrer Einstellung zur Budget- und Steuerpolitik. Während die Partei bisher durch die Budgetverweigerung ihre grundsätzliche Opposition gegenüber Staat und Gesellschaft ausgedrückt hatte, begann die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages damit, ein Budget zu bewilligen. Auf dem Lübecker Parteitag (1901) wurde dies noch von Emanuel Wurm und August Bebel gerügt, von dem späteren Kriegsideologen Anton Fendrich jedoch verteidigt, wobei er von Wilhelm Bios unterstützt wurde. Bezeichnend hierbei war, dass Fendrich behaupten konnte, es liege hier keine „Mauserung“ vor, da die badische Fraktion schon seit 1891 so verfuhr. Das Ergebnis der Auseinandersetzung war typisch: prinzipiell hielt man an der Budgetverweigerung fest, ließ aber Ausnahmen „aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen“ zu.⁵¹⁷

bedauerte er zwar, diesen kurzen theoretischen Lichtblick 1911 vergessen zu haben, stellte aber anklagend die Frage, warum ihn damals „kein marxistischer Leser seines *Marx und Hegel* auf diese Stelle bei Marx in *Das Kapital*, Bd. III, aufmerksam gemacht“ habe. Ganz davon abgesehen, dass schon 1910 Rudolf Hilferding darauf hingewiesen hat, dass „die Angestellten ... in hierarchischer Abstufung zu den eigentlichen Leitern der Produktion werden“ (*Das Finanzkapital*, Berlin 1947, S. 482), erlaubte ich mir, Prof. Plenge meine Kritik an Burnham (in: *pro und contra*, 1949, Nr. 3) als Antwort auf seine Feststellung eines „tödlichen Widerspruchs im Marxismus“ zuzusenden. (Siehe: *Finanzarchiv*, Tübingen 1951, Bd. XII., Heft 3, S. 389 ff. und *Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis*, Wolfenbüttel 1950, Heft 11, S. 685 ff.). In zwei Briefen vom 13. Februar und 16. März 1951 versuchte mich dann Plenge davon zu überzeugen» dass ich „nun einmal über Marx hinaus die richtige Formel aufgestellt“ hätte» »dass das Proletariat bestenfalls nur durch die soziale Kontrolle der Manager zur Herrschaft aufsteigen kann“. Ich musste ihm darauf am 30. März erwidern, dass er meine geistige Originalität überschätze. Es wird soviel Gutes und Richtiges vergessen, dass ich mich gerne darauf beschränke, daran zu erinnern im Sinne des Goethe-Wortes: „Alles Gescheite ist schon einmal gedacht worden, man muss nur den Mut haben, es nochmals zu denken!“ Und sachlich hatte Plenge meine Ansicht nicht genau wiedergegeben, wie sich jeder überzeugen kann (a. a. O., S. 19 und 22). Im Übrigen kann auf die Beziehungen des hier behandelten Etatismus in der Sozialdemokratie mit dem Managerproblem nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls darf man es sich nicht so einfach machen wie die *Arbeiterpolitik*, die erklärt, innerhalb des kapitalistischen Lohnsystems fungiere der Manager als Lohnarbeiter und nicht als Unternehmer! (1949 Nr. 8.) Auf diese Weise verbaut man sich jeden Weg zum Verständnis der neuen Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

⁵¹⁶ A.a.O., S.19.

⁵¹⁷ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901, Berlin 1901, S. 263 - 273 und die Resolution Nr. 110 auf S. 99 und 284.

Die neue Auffassung über die Steuer wurde anlässlich der Auseinandersetzungen über die Erbschaftssteuer am klarsten von Eduard Bernstein formuliert; im Interesse einer „positiven Politik“ verwarf er die bisher geübte schematische Entscheidung nach dem Verwendungszweck: „Bei den Abstimmungen über die Steuer aber muss die Stellung zum System der Steuer und ihre Verteilung entscheiden und nichts anderes. Denn wenn man in diese Frage die Frage der Verwendung hineinwirft, dann öffnet man der Fälschung und der Entkräftung der eigenen Aktion Tür und Tor.“⁵¹⁸

Unnötig zu sagen, dass diese Haltung vom Bürgertum anerkannt wurde: jetzt erst entwickelte sich die SPD von der Sekte zur Partei.

Welche Folgen hatte die von Bebel eingebrachte und 1910 vom Lübecker Parteitag angenommene Resolution zur Frage der Budgetbewilligung? Nach dem Rücktritt Bülow's wurde von Maurenbrecher das Heraustreten der SPD aus der parteipolitischen Isolation gefordert, und die Chancen einer Koalition mit dieser oder jener bürgerlichen Partei ernsthaft erwogen, was auch Bernstein schon im Zusammenhang mit der Frage der Abstimmungen bei Steuern berücksichtigt hatte. Maurenbrecher argumentierte folgendermaßen: das Schicksal sowohl Caprivis wie Bülow's habe bewiesen, dass man eine Modernisierung des kaiserlichen Staates nicht durch eine „Revolution von oben“ erreichen könne, die Demokratisierung müsse also durch eine Mehrheit der Linken verwirklicht werden. Es sei aber eine utopistische Hoffnung, darauf zu rechnen, dass die SPD in absehbarer Zeit die absolute Mehrheit erhalten würde. Infolgedessen müsse die Partei in bestimmten Fragen eine „Blockpolitik“ mit anderen Parteien betreiben.⁵¹⁹

Damals wurde auch von Friedrich Naumann der Gedanke eines Blockes „von Bassermann bis Bebel“ vertreten, und der ehemalige „Nationalsoziale“ Maurenbrecher hatte offensichtlich die geistigen Brücken zu seiner früheren Partei noch nicht abgebrochen. Naumanns Idee wurde für das Reich zwar abgelehnt, aber in - Baden verwirklicht: hier stimmte in Konsequenz einer solchen Großblockpolitik die sozialdemokratische Landtagsfraktion 1910 wieder für das Budget, und zwar unter Führung jenes Ludwig Frank, der 1914 als Kriegsfreiwilliger einrückte und einer der ersten Gefallenen der Partei im I. Weltkriege war. Auch andere süddeutsche Revisionisten und Reformisten traten publizistisch für diese ersten Formen der späteren sozialdemokratischen Koalitionspolitik ein, z. B. Kolb, Leuthner und Quessel.⁵²⁰

Als dann die kaiserliche Regierung 1913 ihre für damalige Verhältnisse unerhörten Milliardenforderungen im Rahmen einer Wehrvorlage vorlegte, wurde sie zwar von der SPD zum Ausdruck ihrer „unbedingten Bekämpfung des Militarismus“ abgelehnt, aber sie betonte gleichzeitig unter dem Eindruck der weltpolitischen Vorgänge die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes. Doch in der Frage der Deckung dieser gewaltigen Wehrausgaben vertrat die Sozialdemokratie den Gedanken des Wehrbeitrages und nahm sogar für das ihm zugrundeliegende Prinzip die Priorität in Anspruch: hatte doch David 1912 die Ansicht vertreten, wenn nach Posadowsky die Heeresausgaben eine Versicherungsprämie für den Frieden seien, dann müssten diejenigen, die am meisten zu versichern hätten, auch am meisten dazu beitragen, und zwar in der Form einer „Nationalsteuer“ auf die großen Vermögen und Einkommen.

⁵¹⁸ Eduard Bernstein, *Zur Reichsfinanzaußbesserung*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 773.

⁵¹⁹ *Sozialistische Monatshefte*, 1909, Bd. II, S. 939.

⁵²⁰ Hanns Maximilian Calmann, *Die Finanzpolitik der deutschen Sozialdemokratie*, S. 155 ff; Calmann, *a. a. O.*, S. 199 ff.

Mit einem solchen „Wehrbeitrag“ erklärten Südekum und Emmel sich 1913 „grundsätzlich einverstanden“⁵²¹ und in der entsprechenden Budgetkommission erreichten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion: David, Emmel, Frank, Haase, Lensch, Noske, Südekum und Wurm, tatsächlich eine progressive Gestaltung der Steuersätze für den einmaligen Wehrbeitrag.

Bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung setzte sich schließlich die revisionistische Auffassung durch, indem die SPD für den außerordentlichen Wehrbeitrag und die Besitzsteuer stimmte!

Wir haben nur einige Stationen des Leidensweges der Bebel-Resolution vom Lübecker Parteitag (1901) und das Ende derselben verzeichnet (Calmann nennt noch: Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages für das Budget 1907, entsprechende Abstimmungen der bayerischen und badischen Sozialdemokraten 1908), für das Calmann unter Berufung auf Friedrich Lenz folgende Formulierung findet: „Wir sahen, sowie der deutsche Staat sich der Sozialdemokratie näherte, wird diese differenziert und angeglichen.“⁵²²

Die Wehrvorlage von 1913 war faktisch die militärpolitische Vorbereitung auf das nächste Jahr, also auf den Ausbruch des 1. Weltkrieges. Mit diesem Ereignis wurde die Sozialdemokratie nur gezwungen, den längst eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Konnten schon bis dahin diejenigen Sozialdemokraten, deren Denken mehr durch die ewigen Kategorien Lassalles als durch die historischen Kategorien Marx' bestimmt wurde, im Hinblick auf die etatistische und sozialpolitische Entwicklung im deutschen Kaiserreich ausrufen: „Sozialismus, wohin wir blicken!“ - so gab ihnen dazu der Ausbruch des I. Weltkrieges mit seiner „Kriegswirtschaft“, die durch einen bis dahin unbekanntem Umfang staatlicher Eingriffe in die verschiedensten Gebiete der Volkswirtschaft gekennzeichnet war, erst recht Anlass zu einem solchen Glauben. Mehr als in den anderen kriegführenden Staaten wurde in Deutschland fast die gesamte Wirtschaft von staatlicher Leitung getragen und beherrscht, um sie dem modernen Materialkrieg dienstbar zu machen. Und mit den mehrheitssozialdemokratischen Ideologen wetteiferten nun auch bürgerliche Propagandisten, um dem deutschen Volke den Anbruch eines neuen „sozialistischen“ Wirtschaftssystems einzureden.⁵²³

In der Sozialdemokratie trat jetzt eine Richtung hervor, vertreten durch David, Hänisch, Lensch, Renner, Winnig u.a.m., welche von Karl Diehl als „Neu-Marxismus“ bezeichnet wird, obwohl er bereits auf der nächsten Seite berichtet, sie hätte den Ideen von Hegel, Fichte und Lassalle „neue Geltung und Anerkennung auch innerhalb der Sozialdemokratie verschaffen“ wollen.⁵²⁴ Zweifellos wäre es demnach richtiger, von einem „Neu-Lassalleanismus“ zu sprechen.

Diese neue geistige Bewegung, deren Organ vor allem „Die Glocke“ von Parvus wurde, lieferte sozusagen den Überbau zum Unterbau des ökonomischen Abwehrsystems der kaiserlichen Regierung gegen die „Kriegsnot“, und es war Paul Lensch, der in einem Artikel der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme“ dieses kriegswirtschaftliche System erstmalig

⁵²¹ Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz, 8. Jg., Nr. 9 vom 3. Mai 1913, S. 155 ff; Calmann, a. a. O., S. 199 ff.

⁵²² Calmann, a. a. O., S. 221 f.; Friedrich Lenz, *Staat und Marxismus*, Stuttgart 1921, S. 175.

⁵²³ Vgl. hierzu: Hans Staudinger, a. a. O., S. 32 f.

⁵²⁴ Karl Diehl, *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Fünfundzwanzig Vorlesungen*, Jena 1923, S. 378 f.

„Kriegssozialismus“ nannte. Zweifellos gibt es zwischen diesem Kriegssozialismus und dem Marxismus gar keine, wohl aber zahlreiche Berührungspunkte mit dem sozialdemokratischen Lassalleanertum. Und welche Züge der Kriegswirtschaft waren es, welche die Hoffnungen auf den sich „durchpaukenden“ Staatssozialismus verstärkten?

Es ist kein anderer als ... Eugen Varga, der sie Ende 1914/Anfang 1915 deutlich bezeichnet hat: für ihn ist einer der wichtigsten Grundzüge der Kriegswirtschaft „die überwiegende Bedeutung des Staates in allen Teilen der Volkswirtschaft“, die fast ganz in seinen Dienst gestellt worden ist. Die meisten Industrieprodukte werden für den Staat hergestellt, er ist es, der die meisten davon kauft. Der Staat ist es, der im Interesse der Kriegsführung die Ausfuhr der verschiedenartigsten Produkte untersagt. Das ganze Transportwesen wird vom Staate unter Hintansetzung volkswirtschaftlicher Interessen in den Dienst des Krieges gestellt. Der Staat bestimmt Verbrauch und Verzehr des einzelnen Staatsbürgers. Er greift in die Lohnverhältnisse ein, indem er den auszuzahlenden Arbeitslohn vorschreibt; der Staat bestimmt weitgehend die Geldverhältnisse durch Verordnungen über Zahlungsaufschübe, Hintanhaltung der Konkurse usw. In solcher und vielfältiger anderer Weise stellt der Staat die Privatwirtschaft in seinen Dienst, und die Bedeutung des Staates als wirtschaftlicher Faktor wächst in der Kriegswirtschaft derart „ins Ungeheure“, schreibt Varga wörtlich, „dass die Kriegswirtschaft viele Züge der sozialisierten Wirtschaft aufweist“. „Die ordnende Gewalt des kriegführenden Staates“ also ist es, welche jedes Wirtschaftsgebiet mehr oder weniger verändert. „Sozialistisch ist in der Kriegswirtschaft hauptsächlich jene Tätigkeit des Staates, welche die Allgemeinheit gegen die Profitwut der Kapitalisten beschützt.“

Nach Varga handelt damit der kriegführende Staat ausgesprochen antikapitalistisch, wenn auch im Gesamtinteresse der herrschenden Klassen, da ja allgemein das Profitstreben als das hervorragendste Merkmal des Kapitalismus gilt. Doch wendet er sich gegen Heinrich Cunow, der in der Kraft der deutschen Kriegswirtschaft eine überraschende Stärke und Elastizität des deutschen kapitalistischen Wirtschaftssystems sah. Vielmehr verdanke Deutschland diese Energie dem Gegenteil des Kapitalismus, nämlich „dem ins Ungeheure angewachsenen ordnenden Einfluss des Staates“. Dies sei eben der „antikapitalistische Zug der Kriegswirtschaft“.

Hier werden also deutlich Anti-Kapitalismus und Etatismus identifiziert. Trotzdem blieb die kapitalistische Wirtschaftsweise aufrechterhalten, doch dies verdankt sie nicht mehr ihrer eigenen inneren Kraft, sondern dem ausgiebigen Schutze, „den der Staat ihr angedeihen ließ“. So kann der Kapitalismus in der Kriegswirtschaft gerade „nur durch die seinem Wesen absolut widersprechende staatliche Organisation der Wirtschaft bestehen“. Wie man sieht, hatte Varga offensichtlich vergessen, was Engels einmal über die Verwandlung des „ideellen“ in den „reellen Gesamtkapitalismus“ und über die bürgerliche Gleichsetzung von Staat und Sozialismus geschrieben hatte. Varga geht noch weiter und schreibt: „In der Kriegswirtschaft hört die Anarchie der Produktion zum erheblichen Teile auf; die staatliche Regelung ergreift fast das ganze Gebiet der Volkswirtschaft und unterscheidet sich von der sozialistischen Regelung hauptsächlich durch die Zielsetzung.“

Wir wollen uns hier über die undialektische Trennung von Mittel und Zweck, Methode und Ziel nicht äußern; Varga stellt jedenfalls die verschiedenen Zielsetzungen folgendermaßen gegenüber: hier kriegerischer Erfolg, dort Entwicklung der Produktivkräfte; Erhaltung des Kapitalismus einerseits, das allgemeine Wohl aller Mitbürger andererseits. Diese letzte Konfrontation widerspricht allerdings einer früheren seltsamen Feststellung Vargas; im Hinblick auf die staatliche Überwachung der von den Heereslieferanten gezahlten Arbeitslöhne schreibt er nämlich: „Der Krieg hat eben den unersetzbaren Wert des Menschen (vom Autor durch

Sperrdruck hervorgehoben! W. H.) für den Staat ins hellste Licht gerückt, und die Kriegswirtschaft zeichnet sich durch erhöhte sozialpolitische Tätigkeit des Staates und der Gemeinden aus.“⁵²⁵ Was soll man davon halten, dass der unersetzbare Wert des Menschen einem Staate aufgegangen sein soll, der neben dem Hauptschuldigen Österreich an einem Kriege mitschuldig ist, in dem das deutsche Volk rund zwei Millionen Gefallene verlor, von denen 60% aus den produktivsten Altersklassen (19 bis 29) stammten?⁵²⁶

Drei Jahre später veröffentlichte der Neu-Lassalleaner Karl Renner ein Buch, in dem er bekannte, durch den Krieg zu einer neuen Auffassung des Sozialismus gekommen zu sein und dem Marxismus vorwarf, er habe zwischen der liberalen und der sozialistischen Gesellschaft die unvermeidlichen Zwischenstufen einer „Durchstaatlichung der Ökonomie“, einer durch den Staat bewirkten Organisation der Wirtschaft, übersehen. Darunter verstand er eine politische Durchdringung der Privatwirtschaft „selbst bis in ihr Zellgewebe durch die Staatlichkeit, also nicht... Verstaatlichung einiger Betriebe, sondern ... die Durchsetzung der gesamten Privatwirtschaft durch deren gewollte und bewusste Bestimmung und Leitung, also gerade durch das, was Karl Marx' System logisch und praktisch ausgeschlossen hat.“⁵²⁷

Renner bekannte sich zu Lassalle, Varga zu Lenin - wenn sich aber beide für die Durchstaatlichung der Ökonomie als eines antikapitalistischen bzw. sozialistischen Prinzips einsetzten, wo liegt dann der Unterschied zwischen dem lassalleanischen und dem leninistischen Revisionismus? Varga selbst hat darauf wenige Jahre nach dem Erscheinen des Buches von Renner die Antwort gegeben, Renner sehe wie Lenin „das Grundproblem der sozialistischen Umgestaltung in der Organisation. In dieser Charakterisierung der Aufgabe der proletarischen Revolution trifft Lenin vollkommen mit den Ansichten des auf dem äußersten rechten Flügel der Marxisten (!) stehenden Karl Renner zusammen. Nur sieht er (Renner) bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundformen des sozialistischen Gemeineigentums vorgebildet, welche Keime nur einfach weiterzuentwickeln wären, während die Kommunisten eine grundlegende Änderung im Aufbau der Staatsgewalt zur Einrichtung der sozialistischen Organisation für unumgänglich notwendig halten.“⁵²⁸

Die Neu-Lassalleaner (Reformisten und Revisionisten) unterscheiden sich demnach von den Bolschewiki nur dadurch, dass sie eine andere Vorstellung über den Staat haben, der den Sozialismus organisieren soll: sie glaubten, dass sowohl der kaiserlich-konstitutionelle wie der demokratisch-parlamentarische Staat dazu imstande wäre, während die Leninisten ihren Einparteienstaat, die Diktatur ihrer Partei dafür für nötig halten. Für beide ist also die staatliche Organisationsform wesentlich und nicht die gesellschaftliche, die für beide lediglich Objekt des staatlichen Subjekts ist. So erklärt es sich auch, dass sowohl Trotzki wie Lenin und andere Bolschewiki gebannt auf das Vorbild des deutschen „Kriegssozialismus“ starrten und nichts sehnlicher wünschten, als ihn unter der Hegemonie ihrer Partei auf Russland zu übertragen. Mitte April 1917 schrieb Lenin z. B., dass die - selbstverständlich von der bolschewistischen Partei geleiteten - Räte „besser, praktischer, richtiger entscheiden, welche Schritte man zum Sozialismus tun kann und wie man sie tun kann. Die Kontrolle der Banken, die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen (Staatsbank, W. H.) das ist noch kein Sozialismus, aber

⁵²⁵ Eugen Varga, *Probleme der Kriegswirtschaft*, in: *Die Neue Zeit*", XXXIII. Jg., 1915, Bd. 1, S. 457 ff.

⁵²⁶ E. J. Gumbel, *Das Stahlbad des Krieges*, hrsg. Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin o. J., S. 6 und 7.

⁵²⁷ Karl Renner, *Marxismus, Krieg und Internationale*, Stuttgart 1918, S. 12; vgl. auch bei Diehl, *a. a. O.*, S. 380.

⁵²⁸ Eugen Varga, *Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur*, Wien 1921, S. 51, Fußnote.

ein Schritt zum Sozialismus. Solche Schritte tut heute der Junker und der Bourgeois in Deutschland gegen das Volk. Viel besser wird sie morgen für das Volk der Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat tun können, wenn die ganze Staatsmacht in seinen Händen liegen wird.“ Auch Lenin erblickte also in den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Deutschlands „Schritte zum Sozialismus“!⁵²⁹ Lenin, Varga und Renner waren immerhin Sozialdemokraten, das einte sie, so verschieden auch ihre staatssozialistischen Auffassungen sein mochten. Doch wurde Lenins Ansicht schon zwei Jahre früher fast mit den gleichen Worten von dem Gründer des „Nationalsozialen Vereins“ (1896), Friedrich Naumann, vertreten. Er meinte, die Kriegswirtschaft stelle „sicherlich nicht ganz das dar, was Marx einmal ‘Diktatur des Proletariats’“ genannt habe, es sei aber immerhin „ein Schritt zum Sozialismus unter Führung der Regierung“! Weiter erklärte er:

„Der Staatssozialismus hat über Nacht Riesenschritte vorwärts getan ... Die Regelung der Produktion ist auf dem Marsch. Was vor 40 Jahren (also 1875, zur Zeit des Einigungsparteitages der Lassalleaner und Marxisten in Gotha, W. H.) als weltferne Ideologie von sozialistischen und staatssozialistischen Träumern erschien, tritt mit fabelhafter Sicherheit als inzwischen fertig gewordene Wirklichkeitsform auf. Deutschland ist nicht nur auf dem Wege zum Industriestaat, sondern zum Organisationsstaat überhaupt.“⁵³⁰

Wieder sehen wir: ein Organisationsstaat ist ein sozialistischer Staat. So ähnlich hatte uns vorhin auch Varga erklärt, dass die staatliche Organisation der Wirtschaft dem Wesen des Kapitalismus widerspreche. Demnach wäre ja „Organisation = Sozialismus“? (Und die „Organisatoren“ = „praktische Sozialisten“!) Diese knappe Definition wurde tatsächlich zu Anfang des Jahres 1915, also vor Friedrich Naumann, von dem Professor in Münster/Westfalen, Johann Plenge, aufgestellt. Plenge, der als einer der ersten die Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee als den „neuen Typ“ der „sozialen Funktionäre“ und „Organisatoren“ erkannt hatte, ist zweifellos der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus“ geworden. (Dessen Weiterentwicklung und Wiederaufleben in einer noch konsequenteren und „totaleren“ Form als „Nationalsozialismus“ wurde zwar von Plenge abgelehnt, aber sowohl die Dinge wie die Gedanken haben oft ihre eigene Logik, auch da, wo ihre Schöpfer sie wegen ihrer Konsequenzen nicht wahrhaben wollen.)

Lassen wir ihn selber sprechen: „Wir sind durch den Krieg mehr wie bisher eine sozialistische Gesellschaft geworden. Aber Sozialismus ist als gesellschaftliche Organisation nur die vollbewusste Gestaltung der Gesellschaft zur höchsten Kraft und Gesundheit; Sozialismus ist als Gesinnung nur die Befreiung des Einzelnen zur bewussten Einordnung in das begriffene Lebensganze von Staat und Gesellschaft. Mehr ist Sozialismus nicht: weder schlechthin Verstaatlichung noch schlechthin Verbeamtung.“⁵³¹

Trotzdem behauptete Plenge im Anklang an Fichte, „der geschlossene Handelsstaat“ der Kriegszeit sei „die Grundlage für einen kommenden deutschen ‘Zukunftsstaat’“ geworden, und meinte ausdrücklich: „Ich glaube, dass sich so manche deutsche Arbeiter, deren Gewerkschaften mit so kluger Überlegung und so starkem Einfluss an der Erhaltung unseres

⁵²⁹ W. I. Lenin, *Briefe über Taktik. Erster Brief*, in: Ders., *Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen. Briefe an das ZK, an das Petrograder und das Moskauer Komitee der SDAPR*, in: *Werke Bd 25*, Berlin 1961, S. 1- 3.

⁵³⁰ Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 108 und 140

⁵³¹ Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, Münster i. W. 21915, S. 85, 99 und 171 f.

Wirtschaftslebens mitarbeiten, ruhig gestehen werden: anders wie dieser neue deutsche Gemeinstaat kann auch der geträumte Zukunftsstaat nicht aussehen.“

Bekanntlich wollten die Marxisten noch 1893 gar keinen „Zukunftsstaat“ haben; jetzt empfahl ein dem mehrheitssozialdemokratischen Flügel der SPD sehr nahestehender Denker die Kriegswirtschaft als den verwirklichten lassalleanischen Zukunftsstaat!

Wie sah aber jener Mann die Kriegswirtschaft an, der sie von Anfang an organisiert hat, der Schöpfer der „Kriegs-Rohstoff-Organisation“, Walther Rathenau? Er hielt am 20. Dezember 1915 in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ einen Vortrag über seine Tätigkeit in der wirtschaftlichen Kriegsführung, der mit Genehmigung des preußischen Kriegsministeriums veröffentlicht worden ist. Hier führte er gleich zu Beginn aus, dass die deutsche Kriegswirtschaft nicht nur auf den Verlauf und Erfolg des Krieges von großem Einfluss sein werde, sondern es handle sich auch um „ein wirtschaftliches Geschehnis, das eng an die Methoden des Sozialismus und Kommunismus streift, und dennoch nicht in dem Sinne, wie radikale Theorien es vorausgesagt und gefordert haben.“⁵³²

Rathenau bekannte hier offen, dass es Wichard von Moellendorff gewesen sei, der zuerst den Finger auf diese „ernste Wunde“ der deutschen Wirtschaft - die Rohstoffknappheit - gelegt habe. Er bezeichnet es auch als die Aufgabe, die ihm, Moellendorff, Klingenberg u.a.m. gestellt war, „das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft... dem Kriege dienstbar zu machen“, es einem einheitlichen Willen zu unterwerfen und seine titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken. Auch bei Rathenau erscheinen also die Methoden einer bloßen „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens“, wie sich der spätere USPD-Sozialminister Prof. Jaffe in der provisorischen Regierung Bayerns vom November 1918 ausdrückte,⁵³³ als sozialistische bzw. kommunistische Methoden schon deshalb, weil sie etatistischer Art sind. Wichard von Moellendorff selbst hat 1916 die Kriegswirtschaft richtig als eine „im Stillen ersonnene und verwirklichte Gemeinwirtschaft des Militärs“ definiert.⁵³⁴ So kam also - um mit Moltke zu sprechen - „das gewaltige Triebrad in der Staatsmaschine“, nämlich das Militär, zu der Ehre, an der Spitze der Entwicklung zum Sozialismus zu stehen!

Selbstverständlich handelt es sich hier nur um die letzte Konsequenz der etatistischen Ideologie, nur darf man nicht annehmen, dass das Militär selbst von dieser frei gewesen sei und sie nur als Kriegspropaganda geduldet hätte - mit dem üblichen Lächeln der Auguren, die an ihren eigenen Zukunftsschwindel nicht glauben. Gerade die jüngere Generation der hohen Generalstabsoffiziere, von Seeckt bis Schleicher, war ehrlich davon überzeugt, dass die Zukunft dem Staatssozialismus gehörte, wobei allerdings der Staat mehr oder weniger diktatorisch-militärisch regieren müsse. Ein klares Zeugnis für diese Einstellung finden wir gerade bei von Seeckt, und zwar in einer ganz privaten, keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung, nämlich in einem Weihnachtsbriefe an seine Mutter, den er ihr alljährlich schrieb (hier handelt es sich um den vom 25. Dezember 1915):

„Zwei Dinge sind meines Erachtens ganz unausbleiblich: ein starkes Anwachsen der Staatsidee und damit der Macht des Staates, also verstärkter Staatssozialismus, nachdem das Volk zur Armee wurde... Unser Existenzkampf ist noch lange nicht zu Ende, auch nicht, wenn es in absehbarer Zeit zu einem sogenannten Frieden kommt, von dem sich niemand ein richtiges Bild

⁵³² Walther Rathenau, *Deutschlands Rohstoffversorgung*, Berlin 1918, S. 5, 11 und 12.

⁵³³ Edgar Jaffe, *Volkswirtschaft und Krieg*, Tübingen 1915, S. 12.

⁵³⁴ Wichard von Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916, S. 29.

machen kann. Es gilt also stark und gerüstet sein, bleiben und werden. In einer Konferenz kurz vor dem Kriege fiel vor dem erschütterten Reichskanzler, dem der Begriff des Belagerungszustandes klar gemacht wurde, das Wort: Eine erleuchtete Militärdiktatur ist vielleicht überhaupt die beste Regierungsform...“⁵³⁵

Wenn solche Gedanken 1915 sogar an der militärischen Spitze vertreten wurden, dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Propaganda und in der Publizistik der Militarismus zum Begründer der Sozialpolitik und zum Vorkämpfer des Sozialismus erhoben wurde. War es nicht schon 1828 der Generalleutnant von Hörn gewesen, der darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der erschreckende Umfang und die erbarmungswürdigen Umstände der Kinderarbeit von Jahr zu Jahr die Rekrutenaushebung mehr und mehr beeinträchtigte? Und war es nicht zuletzt durch dieses Argument zum ersten sozialpolitischen Gesetz Preußens, Einschränkung und Verbot der Kinderarbeit, wenn auch erst im April 1839, gekommen? Damit hatte doch das preußische Militär schon frühzeitig „den unersetzbaren Wert des Menschen für den Staat ins hellste Licht gerückt“! Und nach dieser Methode wurde dann im I. Weltkrieg z. B. von Wilhelm von Blume erklärt: „Der deutsche militaristische Staat war es, der den Gedanken der Arbeiterversicherung zur Tat machte.“⁵³⁶ Ja, Selbst Otto von Gierke schrieb: „Die gesamte Aktion zur Abwehr wirtschaftlicher Schäden ist vom sozialen Geiste erfüllt und muss, um ihr Ziel zu erreichen, vielfach geradezu staatssozialistische Züge annehmen.“⁵³⁷

Am Ende erwartete man gar von der Armee, dass sie mit ihren speziellen Methoden der Militarisierung der Ökonomie und der Direktion großer Menschenmassen die Wirtschafts- und Gesellschaftsformen der Zukunft organisieren. Und es war ein nationalistischer Jude, dem der traurige Ruhm gebührt, in dieser Panegyrik [Festrede] des Militarismus als eines sozialen Organisators den Vogel abgeschossen zu haben. Man höre sich nur das folgende an: „Es gibt kein zweites Gebilde in unserer Zeit, das die große und schwere Aufgabe, aus einer Anzahl von Einzelmenschen einen neuen, geschlossenen und einheitlichen Organismus zu schaffen, so vollkommen gelöst hat wie die Armee... Der Geist der modernen Wirtschaft ist nichts anderes als militaristischer Geist; diese Fabriken sind in der Tat Kasernen, diese Arbeiter in Wirklichkeit Soldaten. Es ist die militaristische Form des Zusammenwirkens, die das Wesen unserer heutigen Wirtschaftsform geformt hat... Nur der militaristische Geist kann ... die Lösung der sozialen Frage, oder was dasselbe ist, die Organisation des neuen Gesellschaftssystems, vollbringen.“

Sogar die Ideologisierung des militärischen Organisationsprinzips als eines „organischen“ fehlt hier nicht: „Welcher Gedanke aber kommt in dieser höchsten Leistung des militärischen Geistes zur Verwirklichung, wenn nicht die Idee des Organismus?“ Träger dieser Idee des Organismus war in Preußen-Deutschland stets der Staat: „Die Ausdehnung und Entfaltung der deutschen Wirtschaft ist ohne den Staat gar nicht denkbar.... Stets war der Staat, das Kollektivum, ein Hauptfaktor des deutschen Wirtschaftslebens.“⁵³⁸

Stehen wir nicht mit dieser und den anderen Auffassungen des modernen Etatismus und Kriegssozialismus schon vor recht entwickelten Keimformen des späteren „Nationalsozialismus“?

⁵³⁵ Hans von Seeckt, *Aus meinem Leben 1866 - 1917*, Hrsg. Friedrich von Rabenau, Leipzig 1941, S. 302.

⁵³⁶ Wilhelm von Blume, *Der deutsche Militarismus*, Tübingen 1915, S. 21.

⁵³⁷ Otto von Gierke, *Der deutsche Volksgeist im Kriege*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 18.

⁵³⁸ Nachum Goldmann, *Der Geist des Militarismus*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 13, 16 f., 39 und 27.

Die Ideen von 1914 und die Folgen

Die Identifizierung des Militarismus mit dem Staatssozialismus ist übrigens nicht erst im I. Weltkrieg aufgetreten, insofern war sie nicht einmal neu. Neu daran war nur, dass sie spätestens seit 1914 von der SPD akzeptiert wurde. Als etwa 1887 das Werk von Gustav Tuch erschien, für den - nach Karl Kautsky - der Militarismus „der einzig wahre nationale und zivilisierte Sozialismus war, gegenüber dem vaterlandslosen und barbarischen Sozialismus der Sozialdemokratie“, da wurde dies von der letzteren noch energisch zurückgewiesen.⁵³⁹

Eine Generation zuvor hatte Tuch also schon den preußischen Militarismus für einen solchen Segen erklärt, dass man ihn bloß „total“ durchzuführen brauche, um auch die soziale Frage zu lösen. Vorausgesetzt - so wandte Kautsky damals ein - man scheute sich nicht davor, Europa in ein System von Kasernen zu verwandeln!

Beim Ausbruch des I. Weltkrieges aber erfüllte sich auch an der deutschen Sozialdemokratie die Voraussage Eduard Bernsteins aus seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ von 1899, auf die man sich 1915 berief: „Im weiteren Verlaufe wird das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Munizipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten.“⁵⁴⁰

So wurde die Mehrheitssozialdemokratie, welche sich mit dieser Begründung auf den Boden der Landesverteidigung und der Bewilligung der Kriegskredite, vor allem aber auf den des „Kriegssozialismus“ stellte, vor der Weltgeschichte die erste nationalsozialistische Partei! Und es war kein Zufall, dass Anton Fendrich zu jenen gehörte, die diesen mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus begründeten:

„Um in der Zeit der schwersten Prüfung der Nation bestehen zu können, musste der Sozialismus national, die Regierung der Nation aber auch sozialistisch empfinden und handeln lernen ... Eine der großen Schlagadern des neuen Volksorganismus aber wird der Sozialismus sein, den in seinen Anfängen ein deutsches Gewerkschaftsblatt mit Recht jetzt schon in einer Reihe von staatlichen Maßnahmen während des Krieges erblickt... Als gewaltige Reformpartei wird die Sozialdemokratie innerhalb des staatlichen Organismus in den nächsten Jahren nationale Arbeiterpolitik treiben.“⁵⁴¹

Am 15. April 1915 erschien das erste - und einzige! - Heft der Zeitschrift des Spartakusbundes „die Internationale“, an der Spitze ein Aufsatz von Rosa Luxemburg, mit weiteren Beiträgen von Mehring, Thalheimer, Zetkin usw. In einem Bericht aus der preußischen Landtagsfraktion der SPD schreibt dort Heinrich Ströbel unter dem 17. März 1915:

„Dass die Geister sich scheiden, und *der neue Geist des nationalen Sozialismus* (man kann auch sagen *National-Sozialismus*, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundete, ist hochehrfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich

⁵³⁹ Gustav Tuch, *Der erweiterte deutsche Militärstaat in seiner sozialen Bedeutung*, Leipzig 1887; vgl. die kritische Rezension von Karl Kautsky in: *Die Neue Zeit*, V. Jg., 1887. S. 331 ff.

⁵⁴⁰ Zitiert in der Broschüre *Sozialdemokratie und nationale Verteidigung!*, gedruckt vom *Vorwärts*, Berlin o. J., S. 22.

⁵⁴¹ Anton Fendrich, *Der Krieg und die Sozialdemokratie*, Stuttgart/Berlin 1915, S. 16,27,30.

die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben.“⁵⁴²

Die letzten Konsequenzen aus den nationalsozialistischen Tendenzen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie hat u. a. August Winnig gezogen, der später tatsächlich zur NSDAP übertrat. Es war aber das regelmäßige Jahrbuch einer freien Gewerkschaft, nämlich des Deutschen Bauarbeiterverbandes für 1914, in dem er seine Gedanken veröffentlichen durfte. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes identifizierte sich aber nicht nur mit diesen Gedanken, „auf die sich unsere Stellung (zum Kriege, W. H.) gründet“, sondern er ließ sogar einen Sonderdruck davon herstellen, weil das Jahrbuch nur einen kleinen Personenkreis erreichte. August Winnig vertrat also im Frühjahr 1915 folgende Gedanken über den I. Weltkrieg: staatssozialistische Maßnahmen wie die Verstaatlichung großer Produktionszweige lägen nicht mehr im Bereiche des Unfassbaren und Unmöglichen, seitdem der Staat im Kriege begonnen habe, Getreidevorräte zu beschlagnahmen, den Brotverbrauch zu regeln, ein Stickstoffmonopol zu schaffen usw. Die Kriegsnot habe eben die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen, „die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen.“ Ohne die Massen des Proletariats könne heute kein Krieg organisiert und gegen sie keine Politik mehr gemacht werden; sie mussten also durch ihre Organisationen an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens teilnehmen: „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaftliches und politisches Wirken jene Elemente eines neuen Deutschtums schufen, in denen die Masse heute das Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.“

Damit waren die aus dem proletarischen Klassenkampf entstandenen Arbeiterorganisationen nicht nur zu Partnern des kaiserlichen Staates, sondern auch zu den wichtigsten Säulen der Kriegswirtschaft erklärt worden. Das bedeutet die Antizipation der späteren „Arbeitsfront“ im „Dritten Reiche“. Ferner erklärte Winnig, dass es nach außen keine „Zweiheit“, d.h. keine Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat geben könne: „Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.“ In diesem Kriege habe es sich ja erwiesen, dass dort, „wo die nationale Selbständigkeit und die ökonomischen Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen, die nationale Solidarität der internationalen vorausgeht.“ Im Hinblick auf die ökonomischen Lebensinteressen der Nation geht Winnig bis zur Unterstützung der imperialistischen Politik: die Arbeiterschaft könne den Imperialismus weder einfach verneinen noch „bekämpfen“, da er eine unaufhaltsame Entwicklungsstufe und die historische Voraussetzung des Sozialismus sei.

„Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im Ganzen hindurchmüssen. ... In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, ... in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen... Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen, denn diese wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“⁵⁴³

Es ist bekannt, dass in den ersten Monaten des Jahres 1933 durchaus die Möglichkeit einer neuen Spaltung der SPD bestand und dass Tendenzen beobachtet werden konnten, die kommunistischen und marxistischen Elemente der Partei abzustoßen, sich erneut als

⁵⁴² Ebd., S. 47.

⁵⁴³ August Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters*, Hamburg 1915, S. 29, 33 f., 31.

„Mehrheitssozialdemokratie“ zu konstituieren und gemeinsam mit der „Harzburger Front“ sich der NSDAP, „um Schlimmeres zu verhüten“, zur Verfügung zu stellen. Damals erhielten Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes noch von Göring die Reisemöglichkeit, um im Ausland den Veröffentlichungen der außerdeutschen Presse über die Nazi-Gräueltaten entgegenzutreten, und dazu wurden sie nicht einmal gezwungen. Es kann auch nicht geleugnet werden, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 17. Mai 1933 für die nationalsozialistische Erklärung zur Außenpolitik gestimmt hat, anstatt sie als bloßes Propagandamanöver zu demaskieren. Wahrscheinlich wäre Paul Löbe der Führer dieser neuen Mehrheitssozialdemokratie geworden, wie Ebert derjenige der alten von 1914 bis 1921, jedenfalls schreibt Evelyn Anderson in ihrem 1945 in London erschienenen Buche:

„Ein Teil der Reichstagsfraktion der Partei, geführt von Paul Löbe, dem Präsidenten des Reichstages, machte Konzession auf Konzession an das neue Regime, in der vergeblichen Hoffnung, dass Hitler die Unterwerfung mit der Anerkennung eines Unterschiedes zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Sozialdemokraten und der Tolerierung der ‚guten‘ belohnen würde.“⁵⁴⁴

Es lag nicht an diesen „Mehrheitssozialdemokraten“ von 1933, wenn sie nicht dazu kamen, die Rolle ihrer geschichtlichen Vorläufer zu rekapitulieren; die Konsequenz der Nazis machte einen dicken Strich durch ihre klugen, staatsmännischen Kalkulationen. Wenn die Nazis aber diese „guten“ Sozialdemokraten tatsächlich „toleriert“ hätten, so würden letztere 1939 Hitler ebenso in den II. Weltkrieg gefolgt sein, wie ihre Vorgänger dem Kaiser in den I. Weltkrieg. Sie hätten sich ja wie Winnig darauf berufen können, dass sie durch ihre Kriegsteilnahme die folgenden drohenden Gefahren von Deutschland absenden müssten:

„Im Westen der Rhein als die deutsch-französische Grenze, im Osten Verlust der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien an Russland. Das wäre die Vernichtung der deutschen Nation gewesen. Deutschland wäre als politische Macht ausgeschaltet und wirtschaftlich erdrosselt worden.“⁵⁴⁵

Die Frage der „Kriegsschuld“ und das Problem des „Aggressors“ hätte man ja 1939 genauso wie 1914 mit dem Argument erledigen können, das man in den sozialdemokratischen Broschüren zu Beginn des I. Weltkrieges findet: die Kriegsschuldfrage könne immer erst nach dem Kriege untersucht werden; wenn das eigene Haus brenne, müsse man erst retten und löschen helfen, und könne dann erst den Brandstifter suchen.⁵⁴⁶ Im Falle des Kriegsausbruches 1914 hatte allerdings die deutsche Sozialdemokratie schon kurz vorher den Brandstifter namhaft gemacht, indem sie den „Handstreich Österreichs gegen den europäischen Frieden“ angeprangert und der Parteivorstand am 25. Juli 1914 eine „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung“ festgestellt hatte - also prinzipiell dasselbe, was später die Geschichtsforschung ergeben hat.⁵⁴⁷

Als der Krieg aber ausgebrochen war, vergaß der Parteivorstand seine eigenen Feststellungen über die am serbischen Konflikt Schuldigen, wiederholte bis zum Überdruß die Behauptungen der offiziellen Kriegspropaganda zur Schuldfrage und predigte die Landesverteidigung

⁵⁴⁴ Evelyn Anderson, *Hammer oder Amboss. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Nürnberg 1948, S. 217 ff.

⁵⁴⁵ Winnig, a.a.O., S. 42 und 45 ff.

⁵⁴⁶ *Sozialdemokratie und Landesverteidigung*, hrsg. Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg, Berlin 1915, S. 2.

⁵⁴⁷ *Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz*, 9. Jg., Nr. 16 vom 27. Juli 1914, S. 301 ff. und 315.

für die „gerechte Sache“ Deutschlands. Immerhin forderte der Parteivorstand noch am 23. Juni 1915 einen „Frieden ohne Eroberungen“, folgte also damals keineswegs der von Winnig vorgeschlagenen Unterstützung der imperialistischen Politik. Das änderte sich aber bald. 1916 stellte der Reichstagsabgeordnete Max Cohen (Reuß) fest: wenn der Reichskanzler „Sicherungen“ fordere, „die uns in Gegenwart und Zukunft vor neuen Angriffen schützen sollten“, dann befinde er sich in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke. Damit wurden die „Annexionsbestrebungen“ auch von mehrheitssozialdemokratischer Seite unterstützt, Eroberungsabsichten wurden nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, nur aus einer Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse heraus könne man sich für oder gegen wirklich vorhandenen Eroberungsmöglichkeiten entscheiden, meinte Cohen-Reuß:

„Denn auch die Eroberungen anderer Gebiete und die Aufsaugung fremder Völker kann unter Umständen ein wirtschaftlicher und geschichtlicher Fortschritt sein. Durchaus unrichtig aber wäre es, Eroberungen aus sozialistischen Grundsätzen von vornherein abzulehnen.“⁵⁴⁸

Mit diesen und anderen Bekenntnissen zur Annexionspolitik trat auch in der mehrheitssozialdemokratischen Kriegspropaganda ein Wandel ein: erst hatte man nur die „Landesverteidigung“ vor allem gegenüber dem „blutigen Zarismus“ hervorgehoben; in dem Maße, in dem man „Sicherungen“ guthieß und Eroberungen verteidigte, sah die Mehrheitssozialdemokratie ihren Hauptgegner nicht mehr in Russland, sondern in England.

Wieder begegnen wir hierbei dem „deutschen Sozialdemokraten“ Fendrich, der nicht nur Kriegsbücher „Gegen Frankreich und Albion“ verfasste, sondern auch „am Tage der Ernennung Hindenburgs zum Generalstabschef“ (29. August 1916) eine Propagandabroschüre gegen England schrieb, das den „gierigen, roh zugreifenden Riesen Russland und das von Rachsucht und unbefriedigter Eitelkeit ganz irre gewordene Frankreich mit der kühlen Überlegenheit des Bändigers der ihm verbündeten Nationen führt, sie geistig beherrscht, finanziell hält, also der eigentliche und erste Feind ist.“ Auch Fendrich verlangt „greifbare Garantien“ gegen „ähnliche Einkesselungen“ Deutschlands in der Zukunft.⁵⁴⁹

Schon Winnig hatte sich 1915 auf Paul Lensch berufen und zugegeben, sich manchen seiner Schlüsse zu eigen gemacht zu haben⁵⁵⁰; und Lensch gehört auch zu den wenigen Auserwählten, die von einem späteren Vorläufer des Nationalsozialismus, Oswald Spengler, Ende 1919 zustimmend zitiert werden: mit den Syndikaten sei der deutsche Kapitalismus sozialistisch geworden.⁵⁵¹ Wie Plenge außerhalb der Sozialdemokratie, wenn auch mit ihr liiert, so ist Paul Lensch, innerhalb der MSPD der hervorragendste Ideologe des „Kriegssozialismus“ geworden. Wir müssen uns deshalb mit ihm hier etwas gründlicher beschäftigen. Wir heben natürlich, „einseitig“ wie bisher (weil das „Andere“ oft genug gesagt und gedruckt, das von uns hier Hervorgehobene meistens verschwiegen und vergessen wurde!), nur jene Linien seiner Gedanken hervor, die den Nationalsozialismus vorwegnehmen.

Lensch hebt richtig hervor - richtig dann, wenn man sich an das nie abgestoßene oder überwundene Lassalleantertum in der Sozialdemokratie hält -, dass die Bewilligung der

⁵⁴⁸ Max Cohen (Reuß), *Das Volk und der Krieg*, Berlin 1916, S. 42 f. und 46.

⁵⁴⁹ Anton Fendrich, *Ein Wort an die unten und an die oben von einem deutschen Sozialdemokraten*, Stuttgart 1916, S. 22 f.

⁵⁵⁰ Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg*, Berlin 1915; Winnig, a. a. O., Fußnote S. 15.

⁵⁵¹ Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1925, S. 51; Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1918.

Kriegskredite keineswegs zur bisherigen Einstellung der Sozialdemokratie in Widerspruch stehe, wobei er sich auf eine Schrift seines Fraktionskollegen David beruft. Dabei hatte Lensch einst mit Rühle und Liebknecht zu den 14 Abgeordneten gehört, die am 3. August 1914 in einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Kriegskredite verweigern wollten! Er verweist auf die moderne Entwicklung in der Wirtschaft, die ja zur Bildung von Syndikaten und Kartellen geführt habe, aus dem Bestreben heraus, „durch Organisation den Markt monopolartig zu beherrschen.“ Das Prinzip der Organisation sei aber auch schon das Lebensprinzip des alten preußischen Staates gewesen, es habe sich dann nur später auch auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgedehnt. Auch der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft habe sich im Zeichen des Organisationsprinzips vollzogen, und zwar schließlich „ohne die Blitze eines revolutionären Bürgerkrieges“, aber „unter dem Donner eines revolutionären Weltkrieges.“ Die Sozialdemokratie habe eingesehen, dass „die gleiche Ursache, die aus Preußen ‚den Militärstaat‘ machte“, „ihn auch zum ‚Staat der Organisation‘ machte“ Insofern sei das Zusammenfinden von Staat und Arbeiterorganisation unausbleiblich gewesen. Infolge dieses Prozesses und unter dem Druck des Krieges sei zuerst im deutschen Kaiserreich „eine neue Zeit und mit ihr ein neues soziales Ideal“ heraufgezogen: „die sozialisierte Gesellschaft. Ihr Degen aber ist Deutschland.“ Es zwingt seine Revolution in den Gewittern des Weltkrieges den Europäern genauso auf, wie einst die große Französische Revolution. Die Mehrheitssozialdemokratie war also doch noch eine revolutionäre Partei, wenn sie auch die Führung dieser Weltrevolution der OHL bzw. dem deutschen Generalstab überließ! Und dies, obwohl der kaiserliche Staat in der höchsten nationalen Gefahr auf die Sozialdemokratie angewiesen war:

„Das war wiederum ein Zug jener tiefen Ironie, an der die Weltgeschichte so reich ist: Der Sozialismus als Retter des Nationalismus!“ Selbstverständlich erklärte Lensch auch „Schlagworte“ wie „Keine Annexionen“, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, „Allgemeine Abrüstung“ etc. für abstrakte, ungeschichtliche Forderungen.

Von besonderem Interesse sind die mehr in die Zukunft weisenden Äußerungen: die individualistischen Ideen von 1789 werden abgelehnt, weil „das Freiheitsideal des Sozialismus“ sich von dem des Individualismus nicht nur wesentlich unterscheidet, sondern umgekehrt „Disziplin und Organisation zur Voraussetzung“ habe. Keine Partei habe den Wert der Disziplin mehr betont, keine ihre Lockerung in den eigenen Reihen furchtbarer zu büßen gehabt als die deutsche Sozialdemokratie: „Sie ist auf unverbrüchliche Haltung der Disziplin ebenso angewiesen, wie die Heeresleitung, und ihrer ganzen Natur nach könnte sie nie für eine Heeresorganisation eintreten, die eine Lockerung der Disziplin bedeuten würde.“

Ja, es sei geradezu der „historische Beruf der Arbeiterklasse, den Vorkampf zu führen für die soziale Reorganisation der Armee“. Die Sozialdemokratie sei eben im Zeichen des aufgehenden Sozialismus der geschichtliche Träger der Reform, auch der militärischen, denn am 4. August 1914 sei sie zur „deutschen Zentralpartei“ geworden. Erst mit ihrem erwachenden „Staatsbewusstsein“ habe sie sich aus einer Agitationsgruppe in eine politische Partei gewandelt. Damit werde sie auch wieder „zur Partei der Intellektuellen, nicht zuletzt auch die Partei der Beamten und der Offiziere“, und könnte nicht mehr ausschließlich die Partei des Industrieproletariats sein, wenn auch diese Klasse nach wie vor „ihre Kerntruppe“ bliebe. Am 4.

August 1914 habe sich erstmalig die „*Identität sozialistischer und nationalistischer Arbeit*“ entfaltet.⁵⁵²

Stehen wir hier nicht vor einem besonders deutlich ausgedrückten mehrheitssozialdemokratischen Nationalsozialismus?

1916 erschien in Berlin ein weiteres Buch von Johannes Plenge über den deutschen Kriegssozialismus. Vor allem in diesem Werke hat der englische Professor F. A. Hayek einen wichtigen Vorläufer der nationalsozialistischen Ideologie erblickt: denn Plenge versuchte darin, dem Kriegssozialismus eine geschichtsphilosophische Begründung zu geben: dem Ideal der Freiheit von 1789 stellte er das Ideal der Organisation (für ihn mit dem „Sozialismus“ identisch) von 1914 gegenüber. Betrachten wir die „Ideen von 1914“ etwas näher:

1914 ist das „Wendejahr“ der „Idee der Organisation überhaupt“, denn in diesem Jahre erfolgte in vorbildlicher Weise die „freiwillige Eingliederung der großen wirtschaftlichen Organe in den Staat“, und dieser wurde damit „der alles vereinigende Mittelpunkt aller Glieder des Wirtschaftslebens“. Ganz so freiwillig scheint sich allerdings diese Entwicklung doch nicht vollzogen zu haben, denn erst unter der Not des Krieges, so schreibt Plenge später, „schlug die sozialistische Idee in das deutsche Wirtschaftsleben ein.“ Die neuen Ideen von 1914 entstanden also aus dem Drang zur Selbstbehauptung der deutschen Nation, und sie bestehen im Wesentlichen aus der Idee „der deutschen Organisation“ und der „Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus.“ Die Ideen von 1914 sind nicht extrem, halten vielmehr den goldenen Mittelweg ein: „Sie sind weder rein staatssozialistisch, noch rein demokratisch. Sie stehen in der Spannung zwischen Organisation und Individualismus, Beamtentum und Volksfreiheit, zwischen einem System der Menschenpflichten und der Menschenrechte, immer auf der geschichtlichen Fahrt zwischen Scylla und Charybdis.“ Plenge sieht aber voraus, dass diese Seereise niemals mit völlig geradem Kurs vor sich gehen kann, sondern in wechselnden Abweichungen nach rechts und links, und dass sich auf dem Boden der Ideen von 1914 auch einmal eine Partei mit einem „Mehr der autoritären Organisation“ bilden kann. Ihren Vorzug erblickt er trotzdem in der folgenden Verwandlung der bisherigen sozialistischen Idee:

„Aus einem verworrenen, an den Anarchismus anklingenden Programm einer demokratischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird sie zu der straffen Zusammenfassung aller Kräfte des nationalen Produktionsorganismus mit einer zunehmenden Regelung des Verbrauchs, bei der man nach dem Diktator ruft, weil man den Organisator braucht.“

Diese Ideen von 1914, der deutschen Organisation, treten einen ebenso nachhaltigen Siegeszug über die Welt an, wie einst die Ideen von 1789, die sie ablösen werden, und zwar keineswegs mit friedlichen Mitteln. Im Jahre 1915 hatte Plenge bereits auf Napoleon I. angespielt, indem er schrieb: „Zum zweiten Mal zieht ein Kaiser durch die Welt als der Führer eines Volkes mit dem ungeheuren weltbestürmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit.“ Die Idee der Organisation darf sich eben nicht darauf beschränken, nur im Inneren der „Nationen zu siegen, sondern sie muss dies auch „im Aufbau des Staatensystems“ und des europäischen Gleichgewichts tun, also zum Prinzip der Neuordnung Europas werden:

„Es kommt aber darauf an, ob wir selber dabei führen, oder ob wir einer anderen Nation die Erbschaft unseres Geistes überlassen wollen.“

⁵⁵² Paul Lensch, *Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück*, Leipzig 1916, S.58, 120 f., 123 f., 149 f., 157 ff., 175, 188 f., 207 ff, 211 f., und 217.

Plenge sieht „in einem zertrümmerten Europa“ ein neues Deutschland mit seinen neuen Ideen und seinen neuen geschichtlichen Aufgaben entstehen und „die starke Stütze eines aus dem Fugen geratenen Europas werden“ (1915). Schade nur, dass die neue Idee von 1914 im Grunde gar nicht neu ist, da ja die Aufgabe Plenges - wie er selbst zugibt - nur darin bestand und besteht, „das von einem ganzen Volk in der Stunde der geschichtlichen Not in ganzer Hingabe Vollbrachte in die Idee zu erheben.“⁵⁵³

Hayek hat auf die gerade in diesem Buche feststellbare Beeinflussung Plenges durch H. G. Wells, in dem Plenge einen hervorragenden Vertreter des modernen Sozialismus sah, aufmerksam gemacht. Nun war Wells bekanntlich der große dritte Mann der englischen „Fabian Society“ [https://de.wikipedia.org/wiki/Fabian_Society], und sein Lieblingstraum war der moderne Überstaat, den er sich noch 1933 nach dem von ihm für 1940 prophezeiten II. Weltkrieg als eine „sozialistische Welt-Diktatur der Wissenschaftler und Techniker über den dezimierten Resten der Menschheit“ vorstellte. Doch auch die beiden Webbs „waren ostentative Imperialisten“, und der Franzose Halevy erinnert sich in seinem Buche: „L'Ere des Tyrannies“ (Paris 1938) an die folgenden Äußerungen dieser Mitbegründer der Fabian Society: „Ich höre noch, wie Sidney Webb mir auseinandersetzte, dass die Zukunft den zentral verwalteten Großstaaten gehöre, die durch Büros regiert würden und in denen die Ordnung von Gendarmen aufrechterhalten würde.“⁵⁵⁴ Übrigens haben die Webbs auch vor Plenge das Aufkommen des Managersystems vorausgesehen.

Plenge war auch Mitarbeiter der bereits erwähnten, von Parvus herausgegebenen und von Haenisch geleiteten Zeitschrift „Die Glocke“, in der sich letzterer zu der Notwendigkeit bekannt hatte, auf dem Boden des nationalen Staates und durch diesen den Sozialismus zu verwirklichen; hier veröffentlichte Plenge zuerst als Aufsatzreihe seine Gedanken über „Die Revolutionierung der Revolutionäre“ (dann [?] Leipzig 1918). An einem engen Kontakt Plenges mit „neu-lassalleanischen“ Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie und einigen späteren Programmatikern des rechten Flügels des Parteitages der MSPD in Görlitz 1921 kann demnach nicht gezweifelt werden. Tatsächlich ist zu beobachten, dass die Gedanken von Plenge und Lensch vom einen zum anderen hin und herüber einwirken und von den kleineren Geistern dieses prä-nazistischen Braintrusts aufgegriffen und propagiert werden.

Wir schreiben hier nun keine Geschichte des I. Weltkrieges, sondern haben uns nur die Aufgabe gestellt, anhand der wichtigsten Schriften einiges zur Vorgeschichte der nationalsozialistischen Ideologie aufzuzeigen, soweit es sich auf dem geistigen Boden der mehrheitssozialdemokratischen „Kriegssozialisten“ feststellen lässt. Wir dürften also eigentlich mit dem „Kaiser“- oder Kriegssozialismus unsere Studie bzw. unseren Literaturbericht abschließen. Trotzdem glauben wir, dass wir wenigstens noch einen Ausblick auf die Revolutionsperiode 1918/1919 und die ersten Nachkriegsjahre tun dürfen.

Plenge hat sich auch zu den durch die Novemberrevolution 1918 aufgeworfenen Problemen in seinem Sinne geäußert. Zunächst bezweifelte er, dass die Novemberbewegung 1918 eine „eigentliche wirtschaftliche Revolution gewesen“ sei, da sie sich nicht gegen unsere Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, gerichtet habe. Im Widerspruch zu dieser Feststellung forderte Plenge, „die äußere Wiederherstellung des Kapitalismus“, dies müsse die wichtigste Sorge der am Ende des Weltkrieges durchgebrochenen sozialistischen Revolution sein! Bei

⁵⁵³ Johann Plenge, *1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*, Berlin 1916, S. 15, 72, 82, 86, 130 und 146 f.

⁵⁵⁴ Edgar Reichel, *Der Sozialismus der Fabier*, Heidelberg 1947, S. 52; F. A. Hayek, *a. a. O.*, S. 215.

dieser Wiederherstellung des Kapitalismus müssten „alle Lehren der Kriegsorganisation ausgenutzt werden.“ (Ein Jahr später wird der Sozialdemokrat Otto Neurath Arbeiter- und Soldatenräte sowie eine sozialistische Landesregierung mit seiner These belehren: „Was der Militarismus gelehrt hat, wird der Sozialismus vollbringen.“⁵⁵⁵ Alle Kräfte sollten aufs äußerste angespannt werden, „damit die Organisation unserer Kriegswirtschaft erhalten bleibt“. Doch „zum Glück war die Organisation unserer Kriegswirtschaft schon eingespielt, so dass sie im Wesentlichen nur erhalten zu werden braucht, und die Revolution selbst, namentlich die Matrosen- und Soldatenbewegung, war ... im Wesentlichen zielloos und jedenfalls nicht imstande, die eingeschulte, große Arbeiterbewegung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei völlig zu verdrängen.“

Plenge sieht also nach wie vor in den Gewerkschaften und in der Mehrheitssozialdemokratie die Träger des „Kriegssozialismus“, des eigentlichen Sozialismus, der im Grunde nur in der „Organisation und Zusammenfassung der Kräfte“ bestehe. Dies habe sich wieder einmal in der Bewahrung der straffen Ordnung und Disziplin des deutschen Volkes und der deutschen Arbeitermassen gezeigt. Die Mehrheitssozialisten hätten die Revolution „mit ihren geordneten Reihen im Wesentlichen aufgefangen“, weil nun einmal „gerade die an unserem Militarismus geschulte Sozialdemokratie ihre Bataillone in leidlicher Ordnung aufmarschieren lassen kann.“ Allerdings müsse die wirkliche und endgültige Mauserung der Mehrheitssozialdemokratie noch über den bisherigen Revisionismus und Reformismus hinaus bis zum „organisatorischen Sozialismus“ gehen.

Der Kern dieses Sozialismus bestehe in Ordnung und Pflicht, wofür sich Plenge auf... Lenin beruft; für ihn gelten die organisatorischen Notwendigkeiten des Großbetriebes mit ihrer straffen Einheitlichkeit, wie sie auch von Lenin für die Leitung der großen Wirtschaftsbetriebe⁵⁵⁶ anerkannt worden sei. Ja, Plenge akzeptiert sogar die Losung Trotzki: „Arbeit, Disziplin und Ordnung können die russische Sowjetrepublik retten!“ (Diese fand er in der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. November 1918 als Anzeige der Schrift gleichen Titels.) „Selbstverständlich braucht“ dieser organisatorische Sozialismus „einen kräftigen Staat“. Dieser bestand damals - nach dem ersten Stoß der Revolution - zunächst in „einer ganz undemokratischen Autokratie unserer Sozialdemokraten“. Ein zweiter Stoß werde aber mit der Rückkehr des Frontheeres kommen, denn die Front sei das unschuldige Opfer der Revolution - womit wir vor einer milderer Version der berüchtigten Dolchstoßlegende stehen. Dieser zweite Stoß lasse sich jedoch in eine Bewegung verwandeln, welche die „Wiederkehr der Ordnung“ wesentlich stärke. Der dritte Stoß ergebe sich aus den Demobilisierungsschwierigkeiten; wegen der fehlenden Rohstoffe werde es bei der Wiedereingliederung des Heeres in die Arbeitsordnung Schwierigkeiten geben, die sich durch die beschleunigte Entlassung weiblicher Arbeitskräfte noch verstärkten.

Plenge trat deshalb für eine möglichst baldige Nationalversammlung ein, bis dahin sollte aber der immer noch legale Reichstag „einen Übergangsausschuss nach Art eines Kriegskabinetts“ bestimmen, der bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung an der Spitze des Deutschen Reiches stehe. Denn: „Wir brauchen in dieser schwierigen Übergangszeit auf einem vom ganzen Volke anerkannten Boden in Form rechtens die Gewalt der *Diktatur*.“

⁵⁵⁵ Zitiert bei Otto Rühle (Carl Steueremann), *Weltkrise - Weltwende. Kurs auf Staatskapitalismus*, Berlin 1931, S. 160.

⁵⁵⁶ Lenin, in: *Internationale Korrespondenz*, Nr. 45 vom 12. Juni 1918.

Eine solche geordnete Gewalt müsse vor der Nationalversammlung da sein und für die Wirtschaft des Volkes und seine Arbeit sorgen. Doch erklärt Plenge den Parlamentarismus in Deutschland als „eigentlich von vornherein unmöglich.“ Daher solle auch ein neugewählter Reichstag die ganze Verwaltungsarbeit einem „Reichsausschuss“ übertragen, der gewissermaßen den „Aufsichtsrat“ der „sozialen Demokratie“ darstelle. Die Minister sollen nicht nur aus dem Parlament, sondern aus allen irgend geeigneten Kreisen ausgewählt werden, sozusagen als „Verwalter der Demokratie“. Der Kanzler verkörpere dann gewissermaßen den „Generaldirektor“, seine Minister wären quasi seine Mitdirektoren. Wir stehen hiermit vor der echten politischen Spitze einer „direktorialen Gesellschaft“, wie der französische Marxist Maximilien Rubel das Managerregime bezeichnet.⁵⁵⁷

Aber es ist ja noch gar nicht die Spitze des Staates! Plenge schlägt allen Ernstes vor, in die kommende (Weimarer) Verfassung „die Krone einzugliedern“. Der Reichsausschuss brauche einen Vorsitzenden, gewissermaßen einen „Verwaltungskaiser“, eine Ausgestaltung des Königtums, das auch als „Wahlkönigtum“ gedacht und versuchsweise über eine „Regentschaft“ eingeführt werden könnte.⁵⁵⁸

Die Gedanken Plenges und die anderer Staatssozialisten außerhalb und innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie haben nicht nur auf die bisherigen grundsätzlichen Anhänger einer planwirtschaftlichen Gesellschaft kräftig eingewirkt, sondern infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Kaiserreiches auch in gewissen Kreisen der Beamtenschaft Anklang gefunden. Ja, manche Formen der Kriegswirtschaft wurden sogar zum Vorbild der sozialistischen Projekte und der Sozialisierungskommission in der Epoche 1918/1919. Es war daher kein Zufall, dass Rudolf Wissel zum Mitarbeiter an seinen Sozialisierungsideen ausgerechnet den Initiator der Kriegs-Rohstoff-Organisation, Wichard von Moellendorff, heranzog.⁵⁵⁹

Die Nachwirkung der kriegssozialistischen Ideen von 1914 lässt sich auch noch deutlich in den Debatten auf dem Görlitzer Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie (1921) verfolgen, obwohl das auf ihm beschlossene Programm Konzessionen nach links, an die Adresse der USPD, machte. Ludwig Quessel erklärte, dass auf diesem Parteitag Jean Jaures, der auf dem Internationalen Kongress in Amsterdam (1904) für das Hineingehen in den Staat gegenüber Bebels Staatsverneinung auf dem Dresdner Parteitag (1903) eingetreten war, über August Bebel gesiegt habe.⁵⁶⁰

Die Mehrheitssozialdemokratie erklärte offiziell, dass sie auf dem „Umwege“ über den von ihr anerkannten Staat zum Sozialismus kommen wolle; also mit den legalen Mitteln der parlamentarisch-demokratischen Republik, deren Form seit 1891 ebenfalls von der Bebelschen Sozialdemokratie als „Bourgeois-Staat“ unter die grundsätzliche Staatsverneinung gefallen war. Dabei waren sich die führenden mehrheitssozialdemokratischen Ideologen vollkommen klar darüber, dass der I. Weltkrieg den Staatsgedanken „bis in seine Wurzeln hinein erschüttert“ hätte. Friedrich Stampfer z. B. führte aus:

„Der Weltkrieg war in allen Ländern die Omnipotenz, die Allmacht des Staates; der Mensch war nichts mehr, der Staat war alles. Der Staat nahm die Menschen in die Hand und

⁵⁵⁷ Maximilien Rubel, *Reflexions sur la Societe Directoriale*, in: *La Revue Socialiste*, Paris, Februar 1951.

⁵⁵⁸ Johann Plenge, *Durch Umsturz zum Aufbau*, Münster i. W. 1918. S. 7 f., 18 f., 20, 21 ff., 27, 30, 39, 44, 47, 54 ff, 58, 62 f., 63, 65, 68 f. und 73.

⁵⁵⁹ Hans Staudinger, *a. a. O.*, S. 33 und 39 f..

⁵⁶⁰ Ludwig Quessel, *Der moderne Sozialismus*, Berlin 1919, S. 11.

schleuderte sie gegen feindliche Tanks und Maschinengewehre; der Staat erteilte Aufträge, der Staat bezahlte, der Staat regulierte die Kriegswirtschaft. Er schnitt jedem sein Brot zu, er kontrollierte die öffentliche Meinung. Dieser Überspannung des Staatsgedankens ist notwendigerweise eine ruckartige Entspannung und Erschlaffung gefolgt.“

Damit bestand die Gefahr, dass mit dem Sturz des Kaisertums auch der Staat selbst zusammenbrach. Dass dies nicht geschah, sondern dass der Staat in der neuen Form der demokratisch-parlamentarischen Republik fortbestehen konnte, dies sei wesentlich das Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie gewesen:

„Durch die Republik hat die Sozialdemokratie dem Volke sein höchstes Gut, den Staat gerettet; denn wo kein Staat ist, da ist Anarchie. (Sehr richtig!) Wo Anarchie ist, da kann wohl Kapitalismus gedeihen, aber niemals Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich sage: Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie gehören zusammen, dann heißt das auf die heutigen Verhältnisse angewandt genau so viel, als wenn ich sage: Staat und Sozialismus, Staat und Sozialdemokratie gehören zusammen.“⁵⁶¹

Das war also weniger der Sieg von Jaures über Bebel, es war vor allem der Sieg von Ferdinand Lassalle über Marx und Engels! Es ist an dieser Stelle nicht angebracht, eine Kritik dieser Ausführungen Friedrich Stampfers und der Görlitzer Illusion überhaupt zu beginnen. Eines verdichtet sich mir jedenfalls zu immer stärkerer Gewissheit: hätte Sinowjew nicht die USPD gespalten, so dass der linke Flügel in die KPD ging, und der rechte in die SPD heimkehrte, dann wäre wohl die Mehrheitssozialdemokratie einen politischen Weg weitergegangen, der dem Nationalsozialismus kaum noch etwas übriggelassen haben würde. So hielten die zurückkehrenden USPD-Genossen den in Görlitz programmatisch bestimmten Kurs auf, der die Mehrheitssozialdemokratie mit jener Funktion belastet hätte, welche die NSDAP nach 1925 immer bewusster auf sich nahm, seit dem Jahre also, in dem das neue Heidelberger Programm (als Kompromiss zwischen dem Erfurter und Görlitzer!) die Mehrheitssozialdemokratie daran hinderte, allzu offen und allzu bald nationalsozialistisch zu werden. Die sozialen Kräfte, die bis dahin ihre Hoffnungen auf die MSPD gesetzt hatten, mussten sich ab 1925 nach einer anderen Massenbasis umsehen bzw. eine solche finanzieren und organisieren. Der deutsche Nationalsozialismus entstand also 1914 und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie, und er endete hier bald nach dem Görlitzer Programm von 1921, um auf einer anderen Grundlage teils konsequenter, teils variiert fortentwickelt zu werden. Diese Weiterentwicklung haben wir hier nicht mehr zu verfolgen.

⁵⁶¹ *Das Görlitzer Programm* (1921), Offenbach 1947, S. 48 f.

KARL MARX

Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei

Mit einer ausführlichen Ein-
leitung und sechs Anhängen

Herausgegeben von

KARL KORSCH



V ★ I ★ V ★ A

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten (Frankes Verlag) GmbH

Berlin ★ Leipzig

1922

Karl Marx: Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei

Einleitung von Karl Korsch

1. Die äußere Geschichte des Gothaer Programm- briefes.

Nächst dem *Kommunistischen Manifest* von 1847/48⁵⁶² und der „*Allgemeinen Einleitung*“ in die *Kritik der politischen Ökonomie* vom 23. 8. 1857⁵⁶³ gibt es keine unter den kleineren Schriften von Karl Marx, die die Grundgedanken und Konsequenzen seiner Ökonomie und Gesellschaftslehre so vollständig, klar und zwingend zum Ausdruck bringt, wie die *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei* von 1875⁵⁶⁴. Sie gehört aber dafür auch, wie die beiden anderen, nicht eben zu den leichtverständlichen Werken des Meisters. Schon rein äußerlich wird ihr Verständnis dadurch erschwert, dass sie nicht in der Form einer zusammenhängenden Darstellung geschrieben ist, sondern sich aus lauter lose

aneinander gereihten „Randglossen“ zu den einzelnen Paragraphen eines selbst durchaus nicht streng logisch gegliederten Programmentwurfs zusammensetzt. Aber auch in sachlicher Hinsicht muss der Leser, um sich den reichen und tiefen Inhalt dieser Schrift voll aneignen zu können, zu ihrem Studium schon einige Vorkenntnisse mitbringen. Er muss über bestimmte zeitgeschichtliche Tatsachen und Zusammenhänge, und auch über die theoretische Bedeutung gewisser Begriffe im System des Marxismus schon einigermaßen Bescheid wissen. Sonst könnte es ihm gehen, wie es den ursprünglichen Adressaten dieses Marxschen Sendschreibens im Jahre 1875 ergangen ist: Sie verstanden in keiner Weise die theoretische und praktische Tragweite der Marxschen Kritik und waren deshalb auch nicht in der Lage, auf Grund dieser Kritik irgendwelche wesentliche Änderungen an dem Programmentwurf vorzunehmen. Die vom Gothaer Parteitag noch im selben Monat, Mai 1875, angenommene endgültige Fassung des Programms weist infolgedessen gegenüber dem von Marx kritisierten „Entwurf“ nur so wenige und geringfügige Veränderungen auf, dass dadurch kein einziger der kritischen Einwände Marxens gegenstandslos geworden ist. Nicht einmal in Kleinigkeiten verstanden sie ihn. Dies zeigt sich z. B. darin, dass sie es sogar unterließen, die von Marx am Ende seines Schreibens als „kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm“ gerügte „Regelung der Gefängnisarbeit“ aus dem Entwurf zu streichen oder in der von Marx angegebenen Weise auf ein höheres Niveau zu erheben. Und das war doch nach Marx' treffendem Ausdruck „das Geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte“. So wie nun

⁵⁶² Beste Ausgabe von Duncker („Viva“-Verlag), mit ausführlichem Namen- und Fremdwörterverzeichnis.

⁵⁶³ Diese von Kautsky 1902 im Marxschen Nachlass vorgefundene Schrift erschien zuerst in der *Neuen Zeit* 21 I (1903), seit 1907 dann auch in der Dietzschens Ausgabe der „*Kritik der politischen Ökonomie*“ von 1859.

⁵⁶⁴ Diese von Marx kurz vor dem Gothaer Parteitag für seine deutschen Freunde (Bracke, Geib, Auer, Bebel und Wilhelm Liebknecht) geschriebene Kritik des für den Parteitag bestimmten Programmentwurfs blieb ungedruckt bis Anfang 1891, wo sie auf Wunsch von Engels in der *Neuen Zeit* (9,1) veröffentlicht wurde, um als Beitrag zu der damals schwebenden Vorberatung des Erfurter Programms von 1891 zu dienen – Vergl. die in unserem Anhang IV abgedruckten Begleitbriefe von Marx (1875) und Engels (1891).

diese Forderung als eine von den acht „großen“ Gegenwartsforderungen der vereinigten Arbeiterklasse Deutschlands im Programm stehen geblieben ist, wirkt sie tatsächlich ähnlich, als ob eine neugegründete revolutionäre Umsturzpartei etwa die „Abschaffung der Hundesteuer“ auf ihre Fahnen schreiben würde! – Wer sich noch einen genaueren Eindruck davon verschaffen will, wie wenig wirkliches Verständnis die Marxsche Programmschrift selbst bei den besten Vertretern der marxistischen Sache innerhalb der deutschen Grenzpfähle damals gefunden hat, braucht nur den ausführlichen Bericht zu lesen, den August Bebel in seinen Lebenserinnerungen über die ganze Programmangelegenheit gegeben hat („Aus meinem Leben“, Bd. 2, S. 305–338). Bebels tiefbefriedigtes Endergebnis lautet: „Man sieht, es war kein leichtes Stück, mit den beiden Alten (Marx und Engels) in London sich zu verständigen. Was bei uns kluge Berechnung, geschickte Taktik war, das sahen sie als Schwäche und unverantwortliche Nachgiebigkeit an, schließlich war doch die Tatsache der Einigung die Hauptsache. Diese trug logisch die weitere Entwicklung in sich selbst, dafür sorgten auch nach wie vor unsere Freunde, die Feinde.“ Der einzige richtige Kern dieser tröstlichen Betrachtungen des alten Parteiführers steckt im letzten Satz: Die Feinde des Sozialismus machten allerdings auch diesmal, wie so oft schon vorher und auch noch nachher in der Geschichte der sozialistischen Bewegung die Prinzipienlosigkeit seiner Freunde nach Kräften wieder gut. Und dieser historische Trostgrund versöhnte denn schließlich nachträglich auch Marx und Engels noch einigermaßen mit diesem „im höchsten Grade unordentlichen, konfusen, unzusammenhängenden, unlogischen und blamablen“ Programm. Dies wird ausdrücklich klargelegt in einem letzten „Programmbrief“, den Friedrich Engels am 12. 10.75 in seinem und Marxens Namen an August Bebel geschrieben hat (abgedruckt als Anhang V dieser Ausgabe). In diesem Briefe bestätigt Engels zunächst noch einmal das von ihm⁵⁶⁵ und Marx vorher begründete theoretische Verdammnisurteil über das Programm, welches die Partei, „wenn unter der Bourgeoisie ein einziger kritischer Kopf wäre“, der die in dem Programm enthaltenen „Widersprüche und ökonomischen Schnitzer“ handgreiflich zu entwickeln vermöchte, ohne Zweifel einer „gräulichen Lächerlichkeit“ preisgeben würde. Stattdessen aber, fährt Engels einigermaßen beruhigt fort, „haben die Esel von Bourgeoisblättern dies Programm ganz ernsthaft genommen, hineingelesen, was nicht darinsteht, und es kommunistisch gedeutet. Die Arbeiter scheinen dasselbe zu tun. Es ist *dieser Umstand allein*, der es Marx und mir möglich gemacht hat, uns nicht öffentlich von einem solchen Programm loszusagen. Solange unsere Gegner, und ebenso die Arbeiter, diesem Programm unsere Ansichten unterschieben, ist es uns erlaubt, darüber zu schweigen.“

Die von Marx gegen den Gothaer Programmentwurf gerichtete Kritik ist so ungewollt zu einer Kritik des in Gotha angenommenen Programms selbst geworden. Und es kann daher der Leser, der sich den für das Verständnis der kritischen Randglossen Marxens notwendigen Gesamtüberblick über das Objekt dieser Kritik verschaffen will, dieses Ziel ebenso gut wie durch die Lektüre des von Marx eigentlich kritisierten vorläufigen Programmentwurfs auch durch die Lektüre des vom Parteitag beschlossenen endgültigen Programms erreichen. In ihrem sachlichen Inhalt stimmen beide vollständig überein. Und überall, wo es auf den Wortlaut des Entwurfes ankommt, wird dieser von Marx in seinen Randglossen selbst ausführlich angegeben. Wir haben deshalb im Anhang II nur *die endgültige Fassung des Programms* zum Abdruck gebracht.

⁵⁶⁵ Vergl. das in Anhang III abgedruckte ausführliche Schreiben von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875, welches in leichter verständlicher Form, als die zwei Monate später verfassten „Randglossen“ Marxens die wichtigsten kritischen Einwendungen der beiden „Alten“ gegen den Programmentwurf zum Ausdruck bringt.

2. Die Wiedererstarkung der Arbeiterbewegung von 1849-1875.

In den sechziger Jahren des XIX. Jahrhunderts war, nach einer langen Periode des Darniederliegens der 1848/49 blutig unterdrückten Emanzipationsbestrebungen der proletarischen Klasse, endlich ein „Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbtätigsten Ländern Europas“ zu spüren gewesen, in dessen Folge am 28. September 1864 in London unter führender Teilnahme von Karl Marx die „Internationale Arbeiterassoziation“ (1. Internationale) gegründet wurde, die bis 1874 bzw. 1876 bestand. In der „Inauguraladresse“, welche Karl Marx zur Gründung der I. A. A. verfasst hat, finden wir über den allgemeinen Charakter der ihrer Gründung vorhergehenden „nachrevolutionären Epoche“ 1848 bis 1864 eine ebenso knappe wie inhaltreiche Schilderung:

„Nach dem Fehlschlagen der Revolution von 1848 wurden auf dem Kontinent alle Parteioorganisationen und Parteiblätter der Arbeiterklasse durch die eiserne Hand der Gewalt zermalmt, die vorgeschrittensten Söhne des Proletariats flohen in Verzweiflung nach der transatlantischen Republik, und die kurzlebigen Träume von einer Emanzipation der Arbeiterklasse zerrannen in einer Epoche fieberhafter Industrietätigkeit, sittlicher Versumpftheit und politischer Reaktion. Die Niederlage der Arbeiterklasse auf dem Kontinent verbreitete bald ihre ansteckende Wirkung auf die andere Seite des Kanals. Während die totale Niederlage ihrer kontinentalen Brüder die Arbeiterklasse Englands entmannte und ihr Vertrauen auf ihre eigene Sache brach, gab sie den Grundbesitzern und Kapitalisten die einigermaßen erschütterte Zuversicht wieder. Übermütig zogen sie Zugeständnisse zurück, die bereits angekündigt waren. Die Entdeckung neuer Goldländer führte zu einer Massenauswanderung, die in die Reihen des britischen Proletariats eine unausfüllbare Lücke riss. Andere, früher tatkräftige Glieder des Proletariats wurden durch die zeitweiligen Vorteile vermehrter Arbeit und erhöhter Löhne bestochen und in Gutgesinnte umgewandelt. Alle Anstrengungen, die Chartistenbewegung aufrechtzuerhalten oder in anderen Formen fortzuführen, schlugen ganz unzweideutig fehl, die Presseorgane der Arbeiter starben eins nach dem anderen an der Teilnahmslosigkeit der Massen, und tatsächlich schien die englische Arbeiterklasse so ganz und gar mit dem Zustand ihrer politischen Nichtexistenz ausgesöhnt wie nie zuvor. Wenn damals zwischen den englischen und den kontinentalen Arbeiterklassen auch keine Gemeinschaft der Aktion bestanden hatte, so doch auf alle Fälle eine Gemeinschaft der Niederlage.“

Als nun nach einer derartigen Epoche des Darniederliegens die ersten Hoffnungen wieder rege wurden, waren sich auch Marx und Engels, so eifrig sie die erste Gelegenheit ergriffen, im Befreiungskampf der Arbeiterklasse wieder in größerem Maßstabe praktisch-politisch „bedeutend zu wirken“, darüber doch völlig klar: Die im Kommunistischen Manifest von 1847/48 angewandte „alte Kühnheit der Sprache“ war in diesem Zeitpunkt noch nicht wieder erlaubt. Die Aufgabe bestand jetzt vielmehr darin, eine entschiedene, kein Prinzip preisgebende sachliche Stellungnahme *politisch wirksam* zu machen durch eine behutsame und weite, keinen gutwilligen Mitkämpfer von vornherein ausschließende Form. In diesem Sinn unternahm Karl Marx die Niederschrift der *Inauguraladresse* und der provisorischen, später (1866) vom Genfer Kongress mit wenigen Änderungen endgültig angenommenen Statuten der Association, deren wichtigsten grundsätzlichen Teil wir im Anhang I wörtlich zum Abdruck bringen. Der Leser wird daraus ersehen, dass diese Prinzipienklärung, abgesehen von ihrem nichtssagenden, von Marx nur der Not gehorchend widerwillig angehängten Schlussteil, in sachlicher Hinsicht tatsächlich die Grundgedanken und Konsequenzen des Kommunismus ganz ebenso unverfälscht zum Ausdruck bringt, wie das im sprachlichen Ausdruck soviel leidenschaftlichere und wuchtigere Manifest des Kommunistenbundes von 1847/48.

In dem Jahrzehnt zwischen 1864 und 1874 war nun nach Meinung von Marx und Engels die „Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation“ in den Köpfen der Arbeitermassen Europas schon wieder erheblich erstarkt. Friedrich Engels gibt uns über die Bedeutung dieses Zeitabschnittes in der 1890er Vorrede zum K. M. folgende Darstellung:

„Als die europäische Arbeiterschaft sich wieder hinreichend gestärkt hatte zu einem neuen Anlauf gegen die Macht der herrschenden Klassen, entstand die Internationale Arbeiterassoziation. Sie hatte zum Zweck, die gesamte streitbare Arbeiterschaft Europas und Amerikas zu einem großen Heereskörper zu verschmelzen. Sie konnte daher nicht ausgehen von den im Manifest niedergelegten Grundsätzen. Sie musste ein Programm haben, das den englischen Trade-Unions, den französischen, belgischen, italienischen und spanischen Proudhonisten und den deutschen Lassalleanern die Tür nicht verschloss. Dies Programm – die „Erwägungsgründe“ zu den Statuten der Internationale⁵⁶⁶, wurde von Marx mit einer selbst von Bakunin und den Anarchisten anerkannten Meisterschaft entworfen. Für den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Sätze verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehen musste. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation. Und Marx hatte recht. Die Arbeiterklasse von 1874, bei der Auflösung der Internationale, war eine ganz andere, als sie 1864 bei ihrer Gründung gewesen war. Der Proudhonismus in den romanischen Ländern, der spezifische Lassalleanismus in Deutschland waren im Aussterben, und selbst die damaligen stockkonservativen englischen Trade-Unions gingen allmählich dem Punkt entgegen, wo 1887 der Präsident ihres Kongresses in Swansea in ihrem Namen sagen konnte: „Der kontinentale Sozialismus hat seine Schrecken für uns verloren.“ Der kontinentale Sozialismus, der war aber schon 1887 fast nur noch die Theorie, die im Manifest verkündet wird.“

So war denn in der Mitte der siebziger Jahre nach Meinung von Marx und Engels für die sozialistisch-kommunistische Bewegung der vorgeschritteneren Länder die Möglichkeit, bei der Aufstellung eines „Prinzipienprogramms“ zu der „alten Kühnheit“ des Manifests von 1847, 48 zurückzukehren, schon wieder weit eher gegeben, als zehn Jahre zuvor. Jedenfalls aber war die historische Entwicklung nach ihrer Beurteilung jetzt soweit gediehen, dass ein *Rückschritt* hinter das, was man schon 1864 sagen konnte, ihnen als ein unverzeihliches Verbrechen an der Zukunft der Arbeiterbewegung erscheinen musste. Man vergleiche, was Marx im Begleitschreiben zum Programmbrief⁵⁶⁷ selbst darüber sagt: Dass man ja nicht unbedingt ein „Prinzipienprogramm“ zu machen brauche, wenn es die Zeitumstände nicht zuließen, auf keinen Fall aber die Partei jetzt, unter den gegenüber 1864 soviel weiter entwickelten Verhältnissen, durch ein flaches und prinzipienloses Programm „demoralisieren“ dürfe.

Hieraus ergibt sich nun schon ein Teil der Gesichtspunkte, von denen Karl Marx bei seiner Kritik des Gothaer Programms ausgegangen ist: Von dem „Prinzipienprogramm“ der fortgeschrittensten nationalen sozialdemokratischen Partei forderte er als *Allermindestes* denselben Grad von Entschiedenheit des grundsätzlichen Bekenntnisses und der darauf gegründeten sachlichen Forderungen, den er selbst zehn Jahre zuvor unter ungünstigeren Zeitumständen einer Prinzipienklärung zu geben vermocht hatte, die das gemeinsame Programm für die verschiedensten ganz-, halb- und viertelsozialistischen Richtungen Europas und Amerikas darstellen sollte. Überall wo das Gothaer Programm das hierdurch gesteckte Mindestziel

⁵⁶⁶ Das ist die in unserem Anhang I abgedruckte „Prinzipienklärung der I. A. A.“.

⁵⁶⁷ Das ist das in Anhang IV abgedruckte Schreiben an Bracke vom 5. 5. 1875.

nicht erreicht, steht es nach Marx unterhalb des von der Bewegung bereits erreichten Standpunktes und bleibt darum, mag es die Parteientwicklung auch äußerlich zunächst zu fördern scheinen, auf alle Fälle eine Versündigung an der geschichtlichen Bewegung der Zukunft.

3. Marx und Lassalle.

Noch einen Schritt weiter in das Verständnis der grundlegenden Ausführungen des Programmbriefes führt die Vertiefung in die geschichtlichen und geistigen Zusammenhänge und Gegensätze zwischen den beiden weltgeschichtlichen Persönlichkeiten *Marx* und *Lassalle*. Der Leser muss den Marxschen Programmbrief als die große Auseinandersetzung zwischen Lassalle und Marx, d. h. zwischen dem schon *gewordenen* deutschen idealphilosophischen Sozialismus und dem mit seinen mächtigeren Dimensionen noch im ersten Prozesse des Werdens steckenden internationalen materialistischen Kommunismus begreifen lernen. Den äußeren Anlass dazu, dass eine solche *Auseinandersetzung* von Karl Marx gerade in diesem Zeitpunkt für notwendig gehalten wurde, boten die Umstände, unter denen der Gothaer Einigungskongress stattfand. Bekanntlich vereinigten sich in Gotha die bisherigen Lassalleaner (der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein) mit den bisherigen Eisenachern (der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) zu einer einheitlichen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Bis dahin galt aus historischen und teilweise rein persönlichen und zufälligen Zusammenhängen heraus, über die man sich näher in *Mehring's* Marxbiographie oder in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie unterrichten kann, die Eisenacher Richtung als die eigentlich marxistische. Gleichwohl muss es zunächst wundernehmen, mit welcher ungeheuren Einseitigkeit Karl Marx, der doch bei der Gründung und Leitung der „Internationale“ so viel behutsame Duldung gegenüber den gänzlich unkommunistischen Prinzipien zahlreicher Sektionen der Association gezeigt hatte, in seiner Kritik des Programmentwurfs der deutschen Einheitspartei alle Gebrechen und Verbrechen dieses Entwurfs ausnahmslos gerade der einen „Lassalleanischen“ Richtung in die Schuhe schiebt. Lassalle selbst war seit mehr als einem Jahrzehnt tot, er hatte schon die Gründung der I. A. A. von 1864 nicht mehr miterlebt, die „Lassalleaner“ aber waren, wie sich aus ihren theoretischen Schriften und ihrer praktischen Stellungnahme zu vielen Fragen ergibt und besonders durch Mehring's Darlegungen einwandfrei nachgewiesen ist, größtenteils eher bessere als schlechtere „Marxisten“, im Vergleich zu denen, die die Eisenacher Richtung damals in ihren eigenen Reihen zählte. Auch das „Eisenacher“ Programm von 1869 lehnte sich zwar in einigen seiner grundsätzlichen Formulierungen äußerlich an die Internationalen Statuten an, bekannte sich aber in den übrigen mindestens ebenso stark zu „Lassalleanischen“ Grundsätzen wie der Gothaer Programmentwurf selbst. So muss man denn, um die scheinbar so weit über das Ziel hinausschießenden Anklagen Marxens über die verflachende und demoralisierende Wirkung des Lassalleanismus in dem Programmentwurf in ihrem wirklichen Sinn und in ihrer historischen und theoretischen Berechtigung voll zu begreifen, etwas tiefer hinabsteigen und erkennen, dass es sich für den seiner geschichtlichen Verantwortung höchst bewussten, „für die Welt arbeitenden“ Denker und Politiker Karl Marx in der ganzen Programmangelegenheit durchaus nicht darum gehandelt hat, den Kampf der „Eisenacher“ Richtung gegen die „Lassalleanische“ Richtung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu unterstützen, sondern dass es sich für ihn vielmehr um die Bekämpfung und Vernichtung des unter den Eisenachern wie unter den Lassalleanern immer noch kräftiger als der Marxistische Geist wirksamen *Lassalleanischen Geistes* gehandelt hat. Karl Marx hat den größten Teil seines Programmbriefes gegen den „lebenden Lassalle“ geschrieben. Es handelt sich für ihn um die nachträgliche und endgültige Überwindung der Lassallischen, rechts- und staatsphilosophisch, also „idealistisch“ begründeten Gesellschaftsauffassung und ihre theoretische und praktische Ersetzung durch die ökonomisch begründete, „materialistische“ Gesellschaftsauffassung, für deren Durchsetzung er mit den Wenigen, die ihn wirklich verstanden, nun schon seit über 30 Jahren gekämpft und gearbeitet hatte. Man kann sagen, dass seit

dem Jahre 1843 (wo Marx durch die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ seine entscheidende „materialistische“ Einsicht gewonnen hatte) alle Marxschen Schriften und Taten im letzten Grunde der Durchsetzung dieser materialistischen Einsicht und Praxis gegen das *intra et extra muros*⁵⁶⁸ immer nachwachsende Heer der Gegner gedient haben, und wir Heutigen wissen nur zu genau, dass die Fortsetzung dieses Kampfes auch jetzt noch gerade so wichtig ist wie vor 50 und wie vor 80 Jahren. Die Ironie der Geschichte will, dass gerade in unseren Tagen die zahlenmäßig stärkste sozialistische Richtung in Deutschland, die SPD., in ihrem neuen *Görlitzer Programm* vom 23.9. 1921 jeglichem Marxismus förmlich entsagt und gerade die Schlagworte Lassalles, um deren Vernichtung es sich für Karl Marx bei der Kritik des Gothaer Programmwurfs handelte, von neuem auf ihr Banner geschrieben hat. Freilich auch nur die *Worte*. Denn im *Geiste* Lassalles hat natürlich die im Jahre 1921 den Marxismus abschwörende Sozialdemokratische Partei Deutschlands so wenig wie im Geiste Marxens gehandelt. Steht doch in Lassalles großer Rede „Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ von 1862 (dem sog. „Arbeiterprogramm“) neben vielen anderen das Görlitzer Programm von 1921 vernichtenden Aussprüchen auch der klare Satz, „dass die Geschichtsperiode, in die wir mit dem Frühjahr 1848 eingetreten sind, keinen Staat mehr erträgt, welcher, *gleichviel ob in monarchischer oder republikanischer Form*, das herrschende politische Gepräge des *dritten Standes* der Gesellschaft aufdrücken oder *in ihr erhalten* will.“ Gleichwohl aber behält die Berufung auf Lassalles Worte im Munde der Verteidiger des Görlitzer Programms immerhin noch einen gewissen Sinn. Denn wenn wir heute 1862 geschrieben und nicht 1922, so würde das Programm einer „Partei des arbeitenden Volkes“, welches den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats in einem Atemzuge als „geschichtliche Notwendigkeit“ und als „sittliche Forderung“ bezeichnet und den Entschluss bekundet, um die Herrschaft „des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens“ über die Wirtschaft und Gesellschaft zu kämpfen, sich als ein Produkt Lassalleischer Lehren „unter den Linden“ immerhin noch sehen lassen können; – freilich auch nur unter der Bedingung, dass man „zu Hause“ sich anders begrüßte. Denn es fällt ja auf alles, was Lassalle über das „allgemeine Wahlrecht“ und verwandte Dinge jemals gesprochen und geschrieben hat, ein ganz ungeheures neues Licht durch jenen einen Satz, den er im vertrauten Kreise wohlverbürgtermaßen ausgesprochen hat: „So oft ich „allgemeines Wahlrecht“ sage, muss es von euch „Revolution“ und wieder „Revolution“ verstanden werden! Wie dem aber auch sein mag, so haben wir leider *diesen* „lebenden Lassalle“ heute nicht mehr unter uns, um die „toten“ Braun, Cunow, Kampffmeyer und Konsorten zu widerlegen, und der zu Druckpapier und Literatur gewordene Lassalle steht allerdings dem verbrecherischen Missbrauch seiner 1862 revolutionären Schlagworte zur historischen Beglaubigung und Verzierung eines völlig unrevolutionären und antirevolutionären, kleinbürgerlichen und bei aller Bescheidenheit zugleich hoffnungslos utopischen Reformprogrammes sehr viel wehrloser gegenüber, als der selbst in Form von Druckpapier solchem Gebrauch noch immer kräftig genug widerstrebende Marx.

4. Die materialistische und die ideologische Gesellschaftsauffassung.

Als eigentliches Angriffsziel, gegen das alle kritischen Ausführungen des Gothaer Programmbriefes gerichtet sind, erscheint hiernach jene Lassalleianisch-sozialdemokratische, durchaus ideologische Staats- und Gesellschaftsauffassung, welche damals noch die Köpfe der meisten deutschen Sozialdemokraten beherrschte und gerade auch in dem Programmwurf besonders deutlich zum Ausdruck kam. Auf's neue galt es für Marx in dieser Schicksalsstunde der

⁵⁶⁸ = innerhalb und außerhalb der Umwallung (des proletarischen Lagers!).

sozialistischen Bewegung, da die bis zum heutigen Tage zahlenmäßig stärkste sozialistische Arbeiterpartei der Welt ins Leben gerufen wurde, gegen die in dem Programmentwurf neu aufgewärmten, wissenschaftlich längst überholten, ideologischen Irrtümer des Lassalleanischen Sozialismus mit rücksichtsloser, jeder opportunistischen Anwendung trotzenscher Schärfe zu protestieren und ihnen gegenüber jenes „materialistische“ Grundprinzip in seiner ganzen Strenge und in allen seinen Konsequenzen zur Geltung zu bringen, dessen wesentlichen Inhalt er schon einige Jahrzehnte früher zu dem prägnanten Satze zusammengefasst hatte, dass

„Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen „bürgerliche Gesellschaft“ zusammenfasst, dass aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.“⁵⁶⁹

Im geraden Gegensatz zu dieser materialistisch-ökonomischen Grundauffassung von Marx bekennt sich das Gothaer Programm gleich in seinem ersten Satze zu der durchaus ideologischen, Lassalleanischen Auffassung, wonach der Anspruch aller Gesellschaftsglieder auf ihr gesamtes Arbeitsprodukt auf die Idee eines „gleichen Rechtes“ gegründet sein soll, und schreitet auf dieser luftigen Grundlage im II. Teile folgerichtig weiter zur Forderung des „freien Staates“, in dem „alle sozialen und politischen Ungleichheiten“ beseitigt sein sollen, um dann als einzige ökonomisch-soziale Forderung die „mit Staatshilfe“ zu errichtenden Produktivgenossenschaften auf den Schild zu erheben. Daran schließen sich im Entwurf (und ebenso auch im endgültigen Programm!) nicht weniger als 7 rein politische, und zwar bürgerlich-demokratische, Forderungen, die nach Engels⁵⁷⁰ sämtlich „direkt und wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und kleinbürgerlichen Demokratie“. Als einziger „Internationalismus“ tritt hinzu ein ebenfalls rein ideologisch-politisch ausgedrücktes, abstraktes Bekenntnis zu dem Gedanken der „internationalen Völkerverbrüderung“ (im endgültigen Programm umgewandelt in die „Verbrüderung der Menschen“!).

Dass ein Karl Marx, der sein ganzes Leben daran gesetzt hatte, für die Umwandlung des Sozialismus aus einer theoretischen Ideologie und praktischen Utopie in eine realistisch-materialistische Wissenschaft und Praxis zu wirken, durch ein solches Programm aufs tiefste enttäuscht und empört sein musste, ist ohne weiteres klar. So ist denn der ganze Programmbrief zu einer einzigen lodernden Anklageschrift gegen dieses nach Marxens ausgesprochener Überzeugung seinem ganzen Inhalt nach „durchaus verwerfliche, die Partei demoralisierende Programm“ geworden. Die Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus ist materialistisch, der Programmentwurf ist lassalleanisch, d. h. ideologisch und utopisch. Aber selbst, wenn man hiervon noch absehen wollte und könnte, auch an und für sich genommen „taugt das Programm nichts“. Karl Marx hält es daher für seine „Pflicht“, ein solches theoretisch und praktisch gleich bodenloses Programm „auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen“, sondern es vielmehr mit größter Gründlichkeit zu „glossieren“ und zu „kritisieren“.

⁵⁶⁹ S. Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie von 1859.

⁵⁷⁰ Vgl. seinen im Anhang III abgedruckten Brief an Bebel vom 18./28. März 1875.

5. Die dialektische Methode.

Im höchsten Grade charakteristisch für die ganze Geistesart Marxens ist nun aber die Form, in der er seinen Entschluss, das Programm zu kritisieren, in dem Programmbrief zur Ausführung gebracht hat. Hier zeigen sich in besonders hellem Lichte die ungeheuren Vorzüge jener von Marx auch auf die theoretische Gedankenproduktion übertragenen „materialistischen“ Methode, die man in Anknüpfung an den hergebrachten, und auch von Marx und Engels beibehaltenen Sprachgebrauch gewöhnlich die „dialektische Methode“ nennt.⁵⁷¹ Nach der materialistischen Grundauffassung Marxens braucht man, wie zu jeder anderen Produktion, so auch zum Denken, einen bestimmten und konkreten Stoff, der zu Gedanken verarbeitet wird. Gänzlich unfruchtbar ist jenes Denken, welches lauter abstrakte Gedanken „ins Allgemeine“ produziert. Auch beim Denken kann nur durch Anwendung der Denkkraft auf einen denkend zu bearbeitenden Gedankenstoff ein wirkliches, „materielles“ Gedankenprodukt zustande gebracht werden. So kritisiert also Marx auch den vorliegenden Programmentwurf nicht etwa in der Weise, dass er nach der Aufdeckung des falschen und oberflächlichen allgemeinen Prinzips, welches allen seinen einzelnen Sätzen und Forderungen deutlich zugrunde liegt, diesem allgemeinen Prinzip nun einfach das wahrere und tiefere Prinzip seines Materialismus in ebenso allgemeiner Form gegenüberstellt. Vielmehr geht er umgekehrt davon aus, zunächst jeden einzelnen Satz des Programmbriefes für sich in der ausführlichsten Weise zu kritisieren. In einer höchst kunstvollen Gedankenarbeit, deren einzelne Behauptungen auf den ersten Blick bisweilen als willkürliche Konstruktion oder doch als Haarspalterei erscheinen können, bei näherem Zusehen aber doch immer als wichtige und notwendige Schritte innerhalb des gesamten Gedankenganges sich erweisen, wird aus den zunächst oft ganz unverfänglich aussehenden Sätzen des Entwurfs alles das herausgeholt, was an grundsätzlichen Unklarheiten, schwächlicher Halbheit, phrasenhafter Nichtigkeit und Nichtswürdigkeit in ihnen verborgen liegt, so dass gerade dadurch *mittelbar* nun auch die abgrundtiefe Falschheit des allen diesen Sätzen zugrundeliegenden allgemeinen Prinzips in der eindringlichsten Weise klaggestellt wird. So wird also der große grundsätzliche Gegensatz zwischen der materialistisch-Marxistischen und der ideologisch-Lassalleianischen Gesellschaftsauffassung, der in Wirklichkeit von Anfang bis zu Ende alle einzelnen Ausführungen des Programmbriefes beherrscht, in dem Brief selbst doch kaum irgendwo in allgemeiner Form ausgesprochen, sondern läuft nur als ein für den Kundigen überall deutlich sichtbarer roter Faden durch alle einzelnen „Randglossen“ hindurch, sie zu festgeknüpfter Einheit verbindend. Niemals aber lässt es nun der *positive Dialektiker und Revolutionär Karl Marx* – diese herrlichste Eigenschaft seines Geistes tritt gerade im Programmbrief mit am klarsten zutage! – in der Ausführung seines kritischen Geschäftes bei einer bloßen *Negation* der dem Programmbrief anhaftenden Falschheiten und Schiefheiten bewenden. Vielmehr geht er stets noch einen Schritt darüber hinaus zu einer Darlegung oder doch kurzen Andeutung des *Positiven* und *Wahren*, was an die Stelle der von ihm kritisierten Falschheit und Schiefheit zu treten hat. Er begnügt sich nicht damit, die als Konsequenzen eines oberflächlichen und falschen Prinzips erkannten Sätze des Programms kritisch zu *widerlegen*, sondern diese Widerlegung geht am Ende über in eine positive *Entwicklung* der an ihre Stelle tretenden Konsequenzen des tieferen und wahreren Standpunktes der materialistischen Auffassung selbst und findet erst in dieser *positiven* Weiterentwicklung ihren für den „materialistischen Dialektiker“ wahrhaft befriedigenden Abschluss.

⁵⁷¹ Näheres darüber findet man in meinem demnächst erscheinenden Buch: „Die philosophischen Grundlagen des Marxismus“

6. Von Marx zu Lenin.

Und gerade in diesen seinen *positiven Entwicklungen* liegt nun natürlich die wichtigste sachliche Bedeutung des Gothaer Programmbriefes für die gegenwärtige Theorie und Praxis des Marxismus. Wir finden in ihm nicht nur eine Reihe von schon anderswo anders ausgesprochenen Marxschen Einsichten in die prägnanteste und zwingendste Formel zusammengefasst, sondern wir finden darin auch die von Karl Marx selbst vollzogene folgerichtige *Anwendung* seines materialistischen Grundprinzips auf eine Reihe höchst wichtiger gesellschaftlicher Probleme, über die er sich sonst nirgends mit gleicher Klarheit und Ausführlichkeit ausgesprochen hat. Vor allem anderen gehört hierher die von Karl Marx gegenüber der Lassalle'schen Rechts- und Staatsideologie vollzogene grundsätzliche Klarstellung des wirklichen theoretischen und praktischen Verhältnisses zwischen der gegenwärtigen und künftigen „*Gesellschaft*“ und dem (gegenwärtigen und künftigen) „*Staat*“. Welche ungeheure Bedeutung dem Gothaer Programmbrief in dieser Beziehung zukommt, braucht heute nicht mehr besonders nachgewiesen zu werden. Der Leser findet die im echtsten marxistischen Geiste gehaltene kritische Auswertung und Weiterentwicklung aller hierhergehörigen Stellen des Programmbriefes im fünften Kapitel des klassischen Werkes über die Theorie und Praxis der Marxschen Staatsauffassung: Lenins „*Staat und Revolution*“. Alle Ausführungen dieser höchst konzentrierten 20 Seiten Lenins über das Problem des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat und die damit zusammenhängenden Fragen des Überganges vom Kapitalismus zum Kommunismus, über die verschiedenen Formen der Demokratie und der Diktatur und ihre Überwindung durch die allmähliche *Weiterentwicklung* der aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehenden und von ihren Formen und Traditionen zunächst noch für lange Zeit bestimmten und in ihrer „freien Entfaltung gehemmten *kommunistischen Gesellschaft* der Zukunft erscheinen ausgesprochenermaßen als folgerichtige Weiterentwicklung jener Grundeinsichten, die Karl Marx über diese Fragen gerade im Gothaer Programmbrief vom Jahre 1875, als er auf der höchsten Höhe seiner Erkenntnis stand, in schroffem Gegensatz zu der Lassalle'schen und deutsch-sozialdemokratischen, zugleich ideologischen und utopischen Staatsauffassung, die in der europäisch-amerikanischen Arbeiterbewegung noch bis zum heutigen Tage die vorherrschende geblieben ist, zuerst entwickelt hat. Und da die praktische Politik eines wirklichen Marxisten ja nie etwas anderes sein kann als die Fortsetzung seiner theoretischen Erkenntnis- und Propagandaarbeit mit anderen Mitteln,⁵⁷² so stellt schließlich in einem bestimmten Sinne sogar das ganze ungeheure weltgeschichtliche Ereignis der proletarischen Revolution in Russland seit 1917 nur eine in die *praktische Wirklichkeit* umgesetzte Folgerung aus diesem selben materialistischen Grundprinzip der Entwicklung von Geschichte und Gesellschaft dar, für dessen theoretische Durchsetzung Karl Marx in allen seinen Werken, am entschiedensten aber gerade in der Kritik des Gothaer Programms, gekämpft und gearbeitet hat.

7. Die Gliederung des Programmbriefes.

Entsprechend der Gliederung des kritisierten Programmentwurfs (die im endgültigen Programm nur in einigen Kleinigkeiten geändert ist) zerfallen die Marxschen „Randglossen“ in vier, bzw., wenn man vom IV. Teil die ersten Ausführungen über den Begriff des „freien

⁵⁷² Wer sich hiervon einen starken Eindruck verschaffen will, der lese das berühmte, zwölfzeilige „Nachwort“ zu „*Staat und Revolution*“, welches Lenin am 30.11. 1917 in Petrograd geschrieben hat und welches mit dem Satze schließt: „Es ist angenehmer und nützlicher, die ‚Erfahrungen der Revolution‘ *mitzumachen*, als über sie zu *schreiben*.“

Staates“ als einen selbständigen Abschnitt ansieht, in fünf Abschnitte.⁵⁷³ Von diesen bezieht sich der letzte (V.) auf die *politischen und kulturellen Gegenwartsforderungen* des Entwurfs. Über die von Marx an diesen Forderungen geübte, höchst klare und gründliche Kritik braucht nichts Näheres ausgeführt zu werden, da liier alles dem Leser ohne weiteres verständlich sein wird. Für eine nähere Beschäftigung mit diesem Teil der marxistisch-kommunistischen Kritik sozialdemokratischer Parteiprogramme sei vor allem auf *Engels* Brief „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891 (Erfurter Programm)“ verwiesen, der im Jahre 1901 in der *Neuen Zeit* (20,1) veröffentlicht worden ist und in gewissem Sinne eine Fortsetzung der von Marx und Engels gemeinsam am Gothaer Programmentwurf geübten Kritik darstellt. Was Marx oder Engels zum „Görlitzer Programm“ der deutschen Sozialdemokratie von 1921 sagen würden, bleibt am besten dem eigenen, durch das Studium der hier veröffentlichten Dokumente geschärften Urteil des Lesers überlassen. Wer näheren Bescheid wünscht, lese die einschlägigen Schriften von Rosa Luxemburg, Lenin, Trotzki und Radek.

Der für alles übrige grundlegende Teil des Programmbriefes ist der ausführliche *erste Teil*. Er enthält einerseits (unter Ziffer 1 und 2), zusammen mit dem kurzen II. Teil, eine Art *politischer Ökonomie* des Marxismus in konzentriertester Form. Andererseits dient er (unter Ziffer 3), zusammen mit dem III. Teil, der Vorbereitung jener wichtigen Ausführungen des IV. Teiles über das Verhältnis von *Gesellschaft und Staat* in Gegenwart und Zukunft, an die dann in unseren Tagen die theoretische und praktische Weiterentwicklung durch Lenin angeknüpft hat. Schließlich werden unter Ziffer 4 und (5) noch einige, gerade heute besonders wichtige Bemerkungen über das geschichtliche Verhältnis der Arbeiterklasse zu den übrigen *Klassen* in den verschiedenen Phasen der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft sowie über den notwendigerweise *internationalen Inhalt* der proletarischen Klassenbewegung und speziell über die internationalen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse gemacht, die in der Hauptsache das weiter entwickeln, was schon das Kommunistische Manifest (Dunckersche Ausgabe S. 21, 22, 23, 27, 37) über diese Fragen gesagt hat.

Es ist nun natürlich ebenso unmöglich wie unnötig, in dieser kurzen Abhandlung alle jene Grundbegriffe und Grundlehren der politischen Ökonomie des Marxismus, zu deren Klärung der I. und II. Teil des Programmbriefes einen bei aller Kürze höchst wesentlichen Beitrag geliefert haben, noch einmal ausführlich zu besprechen. Der Leser, dem diese Teile des Programmbriefes noch Schwierigkeiten bereiten, sei auf *meine* im gleichen Verlage soeben erschienene „*Quintessenz des Marxismus*“ verwiesen. Er findet dort in denkbar kurzer und präziser Form, in 37 Fragen und Antworten, eine Erklärung aller Grundbegriffe und Lehren der marxistischen Ökonomie, sowie auch des wesentlichsten Inhalts der marxistischen Gesellschaftslehre. Und er wird dadurch vorbereitet werden, auch diejenigen Stellen des Programmbriefes zu verstehen, die ohne einige Kenntnis der Marxschen Begriffe und ihrer Bedeutung im ökonomisch-gesellschaftlichen Gesamtsystem des Marxismus schlechterdings nicht verstanden werden können und bis zum heutigen Tage auch noch sehr häufig, sogar von guten Anhängern der marxistischen Lehre, in katastrophaler Weise missverstanden worden sind.

⁵⁷³ Diese Gliederung ist in der vorliegenden Ausgabe durch Hinzufügung einiger [zum Unterschied von den übrigen in eckige Klammern gesetzt!] römischer und deutscher Ziffern schärfer markiert worden.

8. Zwei schwierige Fragen (Ehernes Lohngesetz, und Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe).

Von diesen schwierigeren und leicht missverständlichen Stellen des Programmbriefes sollen hier nur noch die beiden etwas näher erörtert werden, von denen ich glaube, dass sie dem Anfänger am meisten zu schaffen machen.⁵⁷⁴ Es sind dies die Ausführungen des II. und des III. Abschnittes über das sogenannte „eherne Lohngesetz“ und die „Produktivassoziationen mit Staatshilfe“. Man hat gerade in diesen Punkten die scharfe Kritik Marxens am Gothaer Programm häufig sehr stark missdeutet und hat in ihr den „übertriebenen“ Ausdruck einer besonderen, sozusagen persönlichen Feindschaft Marxens gegen Lassalle sehen wollen. In Wahrheit folgt Marx, bei aller unbestreitbaren persönlichen Schärfe des von ihm und Engels zu dieser Zeit gegen Lassalle angeschlagenen Tones, auch bei diesen Ausführungen nur dem strengen Gebote einer unabweisbaren sachlichen Notwendigkeit. Gerade hier, wo sich die Sätze und Forderungen des materialistisch-kommunistischen Marxismus und des ideologisch-sozialistischen Lassalleanismus äußerlich sehr nahekomen, dabei aber ihr innerer Gegensatz nur um so klaffender ist, würde eine Außerachtlassung dieses Gegensatzes die Erhaltung und Weiterentwicklung der endlich errungenen wissenschaftlichen Einsicht am aller schwersten gefährden.

Wir beginnen mit dem *Lohngesetz* und knüpfen hier zunächst an, an die kritische Bemerkung Marxens im Programmbrief, wonach „Arbeitsertrag“ eine „lose“ (d. h. unpräzise) Vorstellung sein soll, die „Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat“. Die „bestimmten ökonomischen Begriffe“, von denen Marx hier spricht, sind natürlich die Begriffe seiner Lehre vom Wert und Mehrwert, und darunter besonders die für das gesamte Verständnis des marxistischen Kommunismus grundlegende, heute aber von allen seinen Gegnern und sogar von vielen seiner Anhänger häufig als „bedeutungslos“ betrachtete wissenschaftliche Einsicht, dass der *Arbeitslohn* nicht, wie die bürgerlichen Ökonomen wollen, der Wert (bzw. Preis) der *Arbeit*, sondern „nur eine maskierte Form für den Wert (bzw. Preis) der *Arbeitskraft*“ ist, die auf dem Arbeitsmarkt als Ware verkauft wird, noch ehe ihr produktiver Gebrauch (die Arbeit) in dem Betriebe des kapitalistischen Eigentümers beginnt. Mit Bezug auf die nähere theoretische Begründung dieser Begriffe und Sätze verweise ich auf die „Quintessenz des Marxismus“. Was aber der Leser in der Quintessenz nur theoretisch begreifen gelernt hat, davon wird er nun im Programmbrief selbst noch eine ungeheuer wichtige praktische Nutzenanwendung kennen lernen. Nicht von ungefähr, und auch nicht aus blinder Abneigung gegen Lassalle und die Seinen, unterstreicht Karl Marx mit so ungeheurem Nachdruck diesen Kernsatz seiner Mehrwertlehre und bekämpft mit solcher erbarmungslosen Heftigkeit das Lassallesche Schlagwort vom „ehernen Lohngesetz“. Auf den ersten Blick allerdings scheint ein sachlicher Gegensatz zwischen der Marxschen und der Lassalleschen Behauptung überhaupt nicht zu bestehen. Auch das Kommunistische Manifest hatte ja gelehrt, dass die „Kosten“, die der Arbeiter dem Kapitalisten verursacht, sich „fast nur auf die Lebensmittel beschränken, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf (Dunckerische Ausgabe. S. 18, 24). Und es hatte mit diesem Satz zweifellos dieselbe Tatsache konstatieren wollen, die von den bürgerlichen Ökonomen Malthus und Ricardo in dem später so genannten „ehernen Lohngesetz“ zuerst zum Ausdruck gebracht worden ist. So ergibt sich also der Grund für den heftigen Angriff des Gothaer Programmbriefes gegen dieses Lassallesche „Lohngesetz“ erst aus dem Verständnis derjenigen tieferen Einsichten in die Gesamtstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und die Gesetze ihrer geschichtlichen Entwicklung, die der

⁵⁷⁴ Eine Anzahl anderer Grundbegriffe der Marxschen Ökonomie und Gesellschaftslehre sind in dem Namen- und Fremdwörterverzeichnis (Anhang VI dieser Ausgabe) kurz erläutert.

wissenschaftliche Marxismus als Konsequenzen aus seinem zentralen Begriffe des „Mehr-werts“ ableitet. Die Auffassung des Lohnes als Wert der Arbeitskraft, und nicht der Arbeit, soll eben *nicht* nur (wie manche gemeint haben) eine klarere und einfachere *Begriffsbildung* für die ökonomische Theorie und Wissenschaft des Marxismus ermöglichen. Vielmehr ist in der Einsicht in dieses Verhältnis schon die gesamte Einsicht in das wahre Wesen der Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft im Keime enthalten; sie erklärt, folgerichtig durchgeführt, die materiellen Ursachen der Entstehung dieser Klassengegensätze und ihrer Weiterentwicklung und Verschärfung trotz fortschreitender Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, und sie erklärt damit zugleich auch die durch eben diese Steigerung der Produktivität endlich herbeigeführte „materielle“ Möglichkeit und Notwendigkeit der gänzlichen Überwindung der Klassengegensätze in einer kommunistischen Gesellschaft. Dagegen vermag die halb naturwissenschaftlich, halb rechtsphilosophisch unterbaute Theorie des „ehernen Lohngesetzes“ weder den wirklichen gesellschaftlichen Ursprung der Klassengegensätze zu erklären, noch vermag sie – und gerade darin liegt die besondere Gefährlichkeit dieses von den bürgerlichen Ökonomen übernommenen Lassalleschen Dogmas für den praktischen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse! – eine andere als eine ethisch-idealistische „Notwendigkeit“ anzugeben für die real zu vollbringende „Aufhebung“ dieses Gesetzes und des mit ihm der arbeitenden Klasse auferlegten „Fluches“. Hat man sich diesen großen Zusammenhang einmal klargemacht, so wird man nun auch die volle Tragweite jenes eindrucksvollen Vergleiches am Ende des II. Abschnittes des Programmbriefes verstehen, wo die Begründung der proletarischen Emanzipationsbewegung auf das „eherne Lohngesetz“ Lassalles verglichen wird mit der Begründung eines Sklavenaufstandes auf die mit dem System der Sklaverei verbundene *niedrige Beköstigung* der Sklaven.

Ganz ähnlich komplizierte und auf den ersten Blick nicht sofort. übersehbare Motive liegen auch der im III. Teil des Programmbriefes tobenden unversöhnlichen Feindschaft Marxens gegen die einzige, vom Gothaer Programm aufgestellte ökonomisch-soziale Forderung zugrunde: die Forderung der „mit Staatshilfe zu errichtenden Produktivgenossenschaften“. Auch hier, ganz ähnlich wie beim ehernen Lohngesetz, richtet sich der scharfe Angriff von Marx in Wirklichkeit gar nicht gegen die Forderung der Produktivgenossenschaften selbst, sondern nur gegen die besondere Rolle, die sie im Lassalleschen System zu spielen hatte. Marx hatte ja zehn Jahre zuvor „die Gründung von Produktivassoziationen und anderen der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen“ selbst mit unter die praktischen Forderungen der Statuten der I. A. A. aufgenommen, und in seiner „Inauguraladresse“ die Kooperativbewegung neben dem Zehnstundengesetz als die „bisher größten Siege der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Besitzes“ gefeiert, und er hatte damals sogar auch schon die „Entwicklung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen“ mit Hilfe von „Staatsmitteln“ nachdrücklich gefordert. Auch hier scheint also ein wirklicher Gegensatz zwischen dem Marxschen Standpunkt und der Forderung des Programmentwurfs bei oberflächlicher Betrachtung gar nicht vorhanden zu sein. In Wirklichkeit aber ist auch an dieser Stelle die grimmige Form Marxens nur der scharfe Ausdruck eines tiefen sachlichen Gegensatzes zwischen seiner und der Lassalleanischen Auffassung. Nach der Marx nur zu wohl bekannten und durch den sonstigen Inhalt des Programms vielfach bekräftigten tatsächlichen Lage der Dinge kam es ja in dem „Lassalleanisch“ gedachten Plan der Kooperativassoziationen der siebziger Jahre (gleichviel, was Lassalle selbst sich ursprünglich bei der Aufstellung dieser Forderung gedacht haben mag⁵⁷⁵ auf die vom *Staate* zur Durchführung dieser Maßnahme zu

⁵⁷⁵ Hierüber vergleiche man die Bemerkung von *Engels* in der Fußnote zur 1890er Vorrede des Komm. Man., wo es über die Lassalleaner heißt: „Lassalle bekannte sich persönlich uns gegenüber stets als „Schüler von Marx und stand als solcher selbstredend auf dem Boden des Manifestes. Anders mit denjenigen seiner Anhänger, die nicht über seine Forderung von

gewährende Hilfe weit mehr an als auf die Verwirklichung der genossenschaftlichen *Wirtschaft* selbst, und man wollte also im Grunde mit Hilfe der Produktivgenossenschaften nur die Umwandlung des „bürgerlich beschränkten Staates“ in den „die sittliche Freiheitsidee voll erfüllenden *sozialistischen Staat*“ erlisten, anstatt in der (evtl. auch durch Produktivgenossenschaften zu befördernden) Durchsetzung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gegenüber der politischen Ökonomie des Besitzes die unerlässliche *materielle* Grundlage für die zu erkämpfende *sozialistische Gesellschaft* zu erblicken. Dies aber war ein gröblicher Verstoß gegen den in der Prinzipienklärung der I. A. A. (s. Anhang I) aufgestellten großen Grundsatz, wonach „die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen muss“. Diese in krasse ideologisch-utopische Irrtümer zurückführende Grundauffassung „Staatskreditgenossenschaftler“ (die heute in den gleich bodenlosen Vorstellungen vieler deutscher Sozialisten über solche Schlagworte wie „Sozialisierung“ oder „Erfassung der Sachwerte“ ihre würdigen Nachfolger gefunden hat) will Karl Marx im III. Abschnitt des Programmbriefes kritisch vernichten, indem er ihr gegenüber den wahren, *materialistisch-revolutionären* Sinn der Parole der „Produktivgenossenschaften auf nationalem Maßstabe“ wieder hervorkehrt: „Dass die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, dass sie an der *Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen* arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgenossenschaften mit Staatshilfe.“

9. Der Kern des Programmbriefes.

Die Bedeutung dieses Satzes, in dem Karl Marx die Konsequenzen des streng materialistischen Standpunkts zunächst nur mit Bezug auf die „Produktivgenossenschaften mit Staatskredit“ entwickelt hat, beschränkt sich nun durchaus nicht auf jene Frage der Vergangenheit. Vielmehr lässt sich sein Prinzip auch noch auf die modernsten Bestrebungen der Arbeiteremanzipationsbewegung, also z. B. auf die „Sozialisierung“ von 1918-20 und auf die „Erfassung der Sachwerte“ von 1921-22 unmittelbar anwenden. Und das von Marx hier aufgestellte Prinzip kann daher auch noch am heutigen Tage als ein *Probierstein* dienen, an dem sich die Geister in der Stellungnahme zu solchen Fragen scheiden. Ja, seine Bedeutung wird sogar im Laufe der zukünftigen Entwicklung noch eine größere werden, wenn allmählich die großen taktischen Entscheidungen der sozialen Revolution und die noch größeren praktischen Aufgaben der langen Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus immer näher und irdisch-wirklicher an uns herantreten. Und dies ist nun überhaupt die hervorstechendste Eigenschaft des gesamten Gothaer Programmbriefes. Wie keine andere Schrift von Marx und Engels ist er geeignet, uns einen zuverlässigen Schlüssel zu geben für die Lösung der großen politischen und gesellschaftlichen Probleme, zu deren Bewältigung die Arbeiterklasse in jener zugleich schwersten und herrlichsten Periode ihrer geschichtlichen Entwicklung berufen sein wird, wo es gilt, den großen Übergang von der kapitalistischen zu der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht mehr bloß im Kopfe, sondern in der harten Wirklichkeit des Lebens zu vollziehen. Selbst das Kommunistische Manifest, sonst die reichste Fundgrube für die Erkenntnis des marxistischen Standpunktes in allen den Fragen, die über den Bereich des rein Ökonomischen hinausgehen, lässt hier einigermassen im Stich. Es gibt uns außer der bekannten Aufzählung der nur für die allererste Umwälzungszeit gedachten zehn Übergangsmaßnahmen und einer noch sehr abstrakt philosophisch

Produktivgenossenschaften mit Staatskredit hinausgingen und die ganze Arbeiterklasse einteilten in Staatshilfler und Selbsthilfler.“

gehaltenen Kennzeichnung des kommunistischen Endziels⁵⁷⁶ nur noch die eine immer wiederholte Einschärfung, dass die Kommunisten in allen revolutionären Bewegungen (und dazu gehört natürlich auch noch eine lange Periode *nach* der Aufrichtung der proletarischen Diktatur) „die Eigentumsfrage“ als „die Grundlage“ hervorzuheben haben. Diese Hervorhebung der „Eigentumsfrage“ ist aber noch einer doppelten Auslegung fähig. Sie kann als ein durch Veränderungen der *Staatsform* lösbares *rechtliches Verteilungsproblem* betrachtet werden, und sie kann andererseits „materialistisch“ als ein nur durch die Umwälzung der *ökonomischen* Struktur der Gesellschaft lösbares *soziales Produktionsproblem* betrachtet werden. Und gerade vermittels einer bis in die letzten Konsequenzen durchgeführten Klärung dieser Auslegungsfrage entwickelt nun Marx im Gothaer Programmbrief den tiefsten Sinn des Gegensatzes zwischen dem ideologisch-Lassalleanischen Staatssozialismus und dem materialistisch-marxistischen Kommunismus. Den Lassalleanern schwebt, wie Karl Marx im Programmbrief unermüdlich in immer neuen Wendungen zum Ausdruck bringt, als absolutes Endziel ihrer Bestrebungen überhaupt noch keine kommunistische Gesellschaft vor, sondern nur ein trüber Mittelzustand, in welchem zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln mit den ihm heute anhaftenden „Ungleichheiten“ und „Ungerechtigkeiten“ der Güterverteilung beseitigt sein wird, die aber in jeder anderen Beziehung, ökonomisch, sittlich und geistig, noch den Stempel der alten kapitalistischen Gesellschaft von heute an sich trägt, und in der besonders auch das bürgerliche *Recht* und der bürgerliche *Staat* noch nicht zu einem völlig überwundenen und beinahe schon vergessenen Standpunkt einer barbarischen Vorzeit geworden sind. Auch Karl Marx ist sich bewusst, ja, er hat diese „materialistische Einsicht gerade im Programmbrief mit der zwingendsten Logik für jedermann einleuchtend nachgewiesen, dass mit der Errichtung einer proletarischen Diktatur und der ihr folgenden Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den Arbeitsmitteln eine in sich vollendete, sich „frei ihren eigenen Naturgesetzen entsprechend zu ungeahnten Höhen weiter entwickelnde kommunistische Gesellschaft noch nicht geschaffen sein wird. Vielmehr liegt „zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere“, und die nach der Errichtung der proletarischen Diktatur geschaffene gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsordnung ist „eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie

⁵⁷⁶ gl. Dunckersche Ausg. S. 29: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Diese Bestimmung des *kommunistischen Freiheitsbegriffes* geht zwar über den kategorischen Imperativ Kants schon sehr weit hinaus, stellt aber ihrerseits doch nur eine einfache Umkehrung des *Hegelschen Freiheitsbegriffes* dar, dessen genaueste Umschreibung in folgendem etwas komplizierten Satze Hegels enthalten ist: „Es kommt fürs erste die nichtige Abstraktion eines Begriffes der allgemeinen Freiheit aller, die von der Freiheit der einzelnen getrennt wäre, vor: alsdann auf der anderen Seite eben diese Freiheit des Einzelnen, ebenso isoliert. Jede für sich gesetzt, ist eine Abstraktion ohne Realität; beide aber absolut identisch und dann bloß an dieser ersten zugrundeliegenden Identität gesetzt, sind sie etwas ganz anderes als jene Begriffe, welche ihre Bedeutung allein in der Nichtidentität haben.“ (*Wissenschaftliche Behandlungsarten des Naturrechts*, Lassonsche Ausgabe, S. 367). – Hegel verknüpft also zwar die Freiheit der einzelnen als etwas Gleichberechtigtes mit der Freiheit aller, will aber dabei diese Freiheit der einzelnen nur an jener Freiheit des Ganzen und also durch sie verwirklicht sehen. Marx macht umgekehrt die freie Entwicklung eines jeden zur *Bedingung* für die mit ihr verknüpfte Freiheit aller. Eine irdisch-materielle *Ausführung* findet aber dieser abstrakt-philosophische Freiheitsbegriff Im Kommunistischen Manifest noch nicht.

sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, sie bleibt infolgedessen auch der Herrschaft der Naturgesetze der kapitalistischen Epoche, die ihrem neuen eigenen Wesen innerlich fremd und zuwider sind und ihre eigene, freie Entwicklung hemmen und stören, noch auf lange Zeit hinaus unterworfen. Alles dies ist *unvermeidbar* für eine kommunistische Gesellschaft, die aus der kapitalistischen eben „nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist“. Aber der Lassalleanische rechts und staatsphilosophisch begründete Sozialismus, d. h. also praktisch gesprochen, auch der sozialdemokratische Staatssozialismus unserer Tage mit seinem Lassalleanisch gefärbten Görlitzer Programm ist nun, von dem höheren marxistisch-kommunistischen Standpunkt aus beurteilt, der verbrecherischen Torheit schuldig zu sprechen, dass er diesen unvermeidlichen, aus geschichtlichen Gründen notwendigen, bloßen Übergangszustand für einen idealen Endzustand versieht, und zwar natürlich darum, weil er selbst den „engen Horizont“ der bürgerlichen Rechts- und Staats- und Sittlichkeitsauffassung noch gar nicht überschritten hat. Er schwärmt darum ideologisch-utopisch von dem Ideal einer „gerechten Verteilung“ und der Herstellung einer vollkommenen „sozialen und politischen Gleichheit in einem „freien Staat“, während in Wahrheit das höchste und letzte, heute schon sichtbare Ziel der kommunistischen Entwicklung gerade darin besteht, alle solche noch halb barbarischen Vorstellungen von rechtlich und staatlich garantierten Freiheiten gänzlich gegenstandslos zu machen und in dem „neuen Leben“ der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ durch neue Bewusstseinsformen zu ersetzen, von denen wir Heutigen, die wir erst in der „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft leben, uns schlechterdings noch keine realistische Vorstellung machen können.

Weil *Marx* und *Lenin* diese hohen Ziele nicht vermittels des reinen Denkens oder einer sich aus sich selbst befruchtenden Einbildungskraft in einem luftigen Traumreich des Geistes, sondern auf Grund der materiellen Entwicklung der Produktivkräfte in der irdisch-diesseitigen Wirklichkeit des realen gesellschaftlichen Lebens durch lauter materielle, irdisch-diesseitige Handlungen zustande gebracht wissen wollen, nennt man sie „Materialisten“ und glaubt damit etwas *gegen sie* gesagt zu haben. Die Bürger haben hierfür ihre guten materiellen Gründe, die ihnen durch theoretisch-immaterielle Mittel auch nicht genommen werden können. Anders aber steht es mit den Proletariern, die unter den „materiellen Verhältnissen der Gegenwart sowie unter den „ideellen“ Auswirkungen dieser Verhältnisse zu leiden haben, und denen „ideell“ und „materiell“ nur durch die gänzliche Umwälzung dieser Verhältnisse geholfen werden kann, und denen diese „materielle“ Hilfe aus ihrer Lage niemand bringen kann und bringen wird, wenn sie sie sich nicht selber bringen. Sie müssen darum endlich alle *Materialisten* werden.

Anhang

Zum Verhältnis von Staat, Eigentum, Freiheit, Krieg und Frieden

Der Staat

Roger Köppel, Chefredakteur der Schweizer *Weltwoche*, gab in seinem täglichen Beitrag auf YouTube zur Einschätzung der Weltlage am 2. Dezember 2024 eine grundsätzliche Bemerkung zum Verhältnis Staat und Freiheit ab:

„Das liberale Denken, auch das liberal konservative Denken, das muss jetzt in Deutschland wieder zurückkommen. Deutschland geht am Sozialismus kaputt, und das ist ein grüner Sozialismus, egal wie der angestrichen, angepinselt ist. Sozialismus führt ins Elend, zerstört die Wirtschaft, macht die Leute unglücklich und führt zu Unfreiheit. Darum stimmte auch der Titel von Frau *Merkels* Memoiren nicht: ‚Freiheit‘. Deutschland ist heute unfreier als jemals zu den Zeiten, an die ich mich erinnern kann. Frau *Merkel* hat dem Land nicht die Freiheit gebracht, sondern immer mehr Staat. Jetzt muss man da wieder herunterkommen.“

Der sich fortschrittlich links dünkende moderne Bürger rümpft die Nase: „So sind sie, die Konservativen, die Reaktionäre. Mit dem Schlachtruf ‚Freiheit‘ wollen sie den Fortschritt behindern oder gar verunmöglichen. Sie verstehen unter Freiheit nur die Freiheit des Kapitals, national und international ihr Geld profitabel anzulegen – und gehen dabei über Leichen. Welch ein Segen ist hier der Sozialstaat mit seiner Sozialpolitik. Man denke nur an die Sozialversicherungen, den sozialen Wohnungsbau, die zahlreichen Unterstützungen für Familien mit geringem Einkommen, die Maßnahmen zur Bildungsgerechtigkeit etc., die es ermöglichen, dass niemand in unserer Gesellschaft in der Not allein gelassen wird.“

Der eine oder andere „linke“ Mensch geht gar einen Schritt weiter. Er überlegt sich: „Was wäre, wenn das Kapital nicht mehr das Leben der Menschen und auch des Staates bestimmen könne, wenn die Produktionsmittel Schritt für Schritt der staatlichen Verfügungsgewalt unterworfen würden. Das wäre doch ein revolutionärer Akt, der den Sozialstaat auf eine neue ökonomische Grundlage stellen könnte. Die Versorgung der Bevölkerung sei von nun an nicht mehr der Willkür der Kapitalisten unterworfen.“

Man könnte annehmen, die Gegensätze zwischen den beiden Lagern – dem konservativ, reaktionären und dem fortschrittlich, linken – seien unüberbrückbar, sie schlossen sich gegenseitig aus. Aber gemeinsam haben sie, dass sie dem Staat, als übergeordnetem Gewaltapparat, eine bedeutende Rolle beimessen. Zum einen wünscht sich der freiheitlich Konservative möglichste Zurückhaltung des Staates, wenn es um seine wirtschaftlichen Tätigkeiten geht, wobei er dennoch auf dessen Unterstützung setzt, wenn Konkurrenten – insbesondere aus anderen Nationen – seine Geschäfte behindern oder notorische Nörgler von Gewerkschaftsseite die freie Gestaltung seiner Lohnpolitik behindern. Zum anderen setzt der fortschrittliche Linke ebenso auf den gut funktionierenden Staatsapparat, weil dieser die Gewähr bieten soll, dass die arbeitende und verarmte Mehrheit im Volke vor willkürlichen Maßnahmen des Kapitals geschützt ist und dass ihr die Segnungen der Zivilisationen – wenn auch in radikal abgespeckter Form – zugutekommt.

Die Freiheit

Unterscheiden sich nun die Freiheitsbegriffe von Konservativen und Linken? Der Konservative fordert die Freiheit im Umgang mit seinen Mitteln, dem Geld, dem Kapital, dem Grund und Boden ein. Der Linke setzt auf einen freien Lohnarbeiter, der in dieser Gesellschaft anständig sein Leben fristen kann und dazu eine Rundumbetreuung durch den Staat bedarf. Hier verlangt der Arbeitnehmersvertreter von der übergeordneten Gewalt eine ständige Kontrolle und – wenn notwendig – Eingriffe in die Freiheit des Unternehmers, der Wohnungsbesitzer, der Händler, wenn die Lebensbedingungen des Lohnarbeiters und der von Arbeit „Freigesetzten“ sich unzumutbar, d.h. nach staatlicher Definition die Funktionalität gefährdend, verschlechtern.

Die staatlich gewährte Freiheit ist also für den Unternehmer ein Mittel, sein Eigentum profitabel einzusetzen. Darum wehrt er sich gegen Eingriffe des Staates in seine Geschäfte. Der Lohnarbeiter setzt auch auf die Freiheit, durch geschickten Verkauf seiner Arbeitskraft einen vernünftigen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das wird ihm aber nicht immer gelingen, da der Arbeitgeber bestrebt ist, notorisch die Kosten für die Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten. Denn der Arbeiter ist das Mittel und der Garant für die Gewinnproduktion.

Während also die staatlich gewährte Freiheit für den Unternehmer sehr nützlich sein kann, kann der Arbeitnehmer aus dem freien Verkauf seiner Arbeitskraft kaum Vorteile erzielen.

Wenn in der bürgerlichen Gesellschaft die Freiheit im Umgang mit dem Eigentum eines der höchsten Güter ist, so kann dieses hohe Gut für den Eigentumslosen äußerst schädlich sein. Er ist gezwungen, seine Arbeitskraft dem Eigentümer zu verkaufen, und darf nicht damit rechnen, je seiner Rolle als Eigentumsloser entfliehen zu können.

Darum sollte die Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft unter Linken, die sich der Verbesserung der Lebenslage der armen Bevölkerung gewidmet haben, einen schalen Beigeschmack bekommen und nicht als eine „Errungenschaft“ der bürgerlichen Revolution – auch für den Lohnarbeiter – gefeiert werden.

Der Staat als Werkzeug des Kapitals oder umgekehrt?

In den Anmerkungen zum Freiheitsbegriff in der bürgerlichen Gesellschaft tauchte der „Staat“ als Dienstleister der verschiedenen Klassen auf. Einmal sollte er dem Kapital den Weg zur Profitmacherei freikämpfen, andererseits sich um die Lohnarbeiter kümmern, dass diese nicht unter die Räder kommen. Aus der Sicht von Kapital und Arbeit, die sich durch ständige Forderungen an die demokratische Gewalt bemerkbar machen, scheint der Staat das Fürsorgeinstitut einer Gesellschaft zu sein, die sich durch widerstreitende Interessen auszeichnet. Versöhnung, Kompromiss und Interessenausgleich sind das alltägliche Geschäft einer Gewalt, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu kümmern hat. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit gegenüber der herrschenden Gewalt gestaltet sich naturgemäß nicht immer unkompliziert. Jede Reform, jede Maßnahme, die der Staat beschließt, wird von beiden Seiten argwöhnisch begutachtet, ob nicht die andere Seite übervorteilt werde. Die Qualität staatlicher Führung wird nach dem Kriterium der Gerechtigkeit beurteilt. Und entsprechend preisen die staatlichen Agenten ihre Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse.

Selbstlos erscheinen Politiker, die „Verantwortung“ übernommen haben, „Gestalten“ ist deren Bestreben, bis tief in die Nacht kämpfen sie um Lösungen und Entscheidungen, schweren Herzens müssen sie unpopuläre Beschlüsse fassen.

Hingegen gibt es auch die optimistische Sorte von Agenten des Staates. Wenn der Verteidigungsminister die Kriegstüchtigkeit fordert, der Oppositionsführer den Raketenangriff auf den Erzfeind ankündigt, wenn er endlich die Zügel in seiner Hand hält. Dann ist Schluss mit der Kühnerei.

Hier verlässt der Staat seine zurückhaltende Position als Regler gesellschaftlicher Zwistigkeiten. Er wird offensiv. Je nach seiner Potenz zeigt er den Nachbarn oder sogar der ganzen Welt, dass er nicht nur innerhalb seiner Grenzen das Ruder in der Hand hält. Mit Diplomatie, Kriegsandrohungen, wirtschaftlichen Sanktionen und Belehrungen über korrektes Regieren macht er deutlich, dass seine Macht grenzenlos wirken soll. Die Freude über ein derartiges Auftreten auf der Weltbühne findet nicht immer ein positives Echo im Lande. Diverse Kapitalfraktionen fühlen sich in ihrem Tatendrang beschnitten, aber anderen wiederum eröffnen sich neue Geschäftsfelder.

Wichtig ist für den Staat eine gut funktionierende Wirtschaft, schließlich lebt er von deren Gewinnen in der Form von Steuern und anderen Abgaben. Auch eine gut beschäftigte Lohnarbeiterschaft verringert die Sozialausgaben und trägt mit der Lohnsteuer zur soliden finanziellen Basis des Staates bei.

Aber in zwischenstaatlichen Krisensituationen zeigt sich, dass die Selbsterhaltung oder Machterweiterung der Staatsgewalt der eigentliche Zweck einer Herrschaft ist. Nirgends zeigt der Staat besser, dass er nicht Büttel des Kapitals ist, wenn er zur handfesten Verteidigung seiner Interessen übergeht. In Kauf genommen wird die Zerstörung der materiellen und menschlichen Ressourcen des eigenen Landes. Weder das Kapital noch die Lohnarbeiterschaft können sich hiervon einen Nutzen versprechen. Von einer staatlicher Fürsorge kann höchstens gesprochen werden, wenn für den Fall des Sieges reichliche Entschädigung versprochen wird. Ein mageres Versprechen angesichts des immensen Zerstörungswerks eines Krieges.

Fürsorge für Lohnarbeit und Kapital betreibt der Staat, *weil* es um seine Existenz, seine Machterweiterung, seine Vorherrschaft auf dem Kapitalstandort, in der Region und der Welt geht. Zwar profitieren die verschiedenen Klassen in unterschiedlicher Weise mehr oder weniger von staatlichen Maßnahmen, aber auch negative Wirkungen staatlichen Handelns müssen sie zähneknirschend in Kauf nehmen, wenn die Bedürfnisse der Herrschaft dies verlangen.

Der Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes formuliert deutlich das Verhältnis von privaten und staatlichen Interessen:

„(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Da das „Wohl der Allgemeinheit“ souverän durch die Herrschaft in seinem Interesse bestimmt und ausgeführt wird, muss im Zweifel das private Wohl zurückstehen. Und das gilt für die Besitzer von Produktionsmitteln wie auch besonders für Lohnarbeiter und dem Teil der Gesellschaft, der von staatlichen Unterstützungsleistungen überleben muss.⁵⁷⁷

Krieg und Frieden

Kapitalistische Akkumulation, d.h. die Profitproduktion, ist die notwendige Bedingung für staatliche Handlungsfreiheit, denn aus ihr werden die dafür notwendigen Mittel generiert. Alle Sparten der Regierungstätigkeit widmen sich der Aufgabe der Wirtschaftsförderung.

Innenpolitisch werden Betriebe, die innovative, d.h. konkurrenzfähige Leistungen erbringen, gefördert, systemwichtige Einrichtungen gestützt, die Infrastruktur den Bedingungen

⁵⁷⁷ Es ist eine bewusste Fehlinterpretation von Liebhabern der Staatsgewalt aus der linken Ecke der Gesellschaft, wenn die Bedeutung des Artikel 14 als Aufforderung an den Staat verstanden wird, den Armen und Schwachen, wie sie notwendig in einer kapitalistischen Gesellschaft anfallen, hilfreich unter die Arme zu greifen.

angepasst, die Lohnarbeiterschaft per Gesetze unter Kontrolle gehalten, die Reservearmee des Proletariats und die Alten und Kranken mit einem Minimum an Leistungen abgespeist.

Außenpolitisch bemüht man sich, die Möglichkeiten der kapitalistischen Expansion auszuloten und in Verträgen zu fixieren. Das ist ein wesentlicher Anteil der Diplomatie. Aktuell, 2024, wurde ein Abkommen der EU mit einem lateinamerikanischen Staatenbund abgeschlossen, das den Freihandel zwischen den Staatenbündnissen zum Inhalt hat. Nicht widerspruchsfrei sind solche Verträge, da manche Staaten den Niedergang wichtiger eigener Wirtschaftssparten durch die freie ausländische Konkurrenz nun fürchten müssen.

Umgekehrt, die Trumpsche Propaganda fordert „Zölle, Zölle, Zölle“ zum Schutz der eigenen Wirtschaft. Auch ein zweischneidiges Schwert, da die kapitalistische Produktion nicht nur von der Ausfuhr, sondern auch von der Einfuhr billiger Produkte lebt. Ganz zu schweigen von Kapitalanlagen im Ausland, die oft wegen der billigeren Arbeitskraft errichtet wurden, nun ihre eigenen Produkte, wegen der hohen Zölle, teuer importieren müssen.

Konfliktpotenzial ist also in jedem zwischenstaatlichen Bemühen um die Benutzung der Wirtschaftskraft des anderen Landes gegeben. Und nach dem Goethe-Spruch im Erlkönig: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, ist die kriegerische Auseinandersetzung immer in den Kalkulationen eines Staates angelegt.⁵⁷⁸

Die gegenseitige Benutzung der jeweils begehrten Ressourcen des anderen Landes ist in der Regel keine Win-win-Situation. Der Vorteil des einen Landes ist der Nachteil des anderen. Der Grund, warum trotzdem alle Länder sich diesen Bedingungen unterwerfen, ist die Aussicht, im Falle des Nichtmitmachens ganz aus den internationalen Geschäften ausgeschlossen zu sein. Der folgende wirtschaftliche Niedergang wäre dann im Zeitalter des allumfassenden Weltmarktes ein Todesurteil für die Ökonomie.

Erpressung ist also die eine Seite der freundlichen wirtschaftlichen Diplomatie. Auf der politischen Ebene kommt auf der anderen Seite im Zweifelsfall noch die militärische Drohkulisse zum Einsatz, die in eine reale militärische Aktion mutieren kann.

Der Staat geht aber noch einen Schritt weiter. Mit seiner Herrschaft gebietet er über sein Volk und dessen materielle und ideologische Grundlagen. Entsprechend seinem ökonomischen Ausbreitungsbedürfnis über die eigenen Grenzen hinweg ist das politische Engagement. Das Hineinregieren in abhängige oder noch unabhängige Staatsgebilde ist das Geschäft der politischen Diplomatie. Garniert mit hehren Begriffen wie Freiheit, Recht, Eigentum, Werteordnung etc. wird versucht, auf unzuverlässige oder feindliche Staatengebilde Einfluss zu nehmen. Das Anzetteln von Bürgerkriegen, das Anzweifeln von Wahlergebnissen, die Verunglimpfung der gegnerischen Machthaber sind u.a. Resultate des Bestrebens, ein gefügiges Machtgebilde zu erzwingen.

Blickt man zurück in die letzten Jahrhunderte, so kämpften immer die mächtigen Nationen um die Vorherrschaft in der Welt. Im 18. und 19. Jahrhundert waren es die Franzosen und die Engländer, die um die Weltherrschaft stritten. Entschieden wurde der Kampf zugunsten der Engländer. Zwischenzeitlich versuchte Deutschland zwei Mal sich zur Weltmacht emporzukämpfen. Die Weltbevölkerung bezahlte dieses Ansinnen mit Millionen von Toten, Verletzten und Verkrüppelten.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert begann der Aufstieg der USA zur Weltmacht Nr. 1, eine Weltmacht, deren Wirkmächtigkeit von einer konkurrierenden Macht, der Sowjetunion, fast 50 Jahre lang bestritten wurde. Nach dem Selbstmord der UdSSR waren nun die USA die unumschränkten Herrscher der Welt. Allerdings tauchte im fernen Osten ein neuer Gegner

⁵⁷⁸ Die Drohungen der USA gegen die Volksrepublik China haben neben der Angst vor dem Verlust der Suprematie der USA in der Welt auch – und vielleicht vor allem – eine ökonomische Seite.

auf, die Volksrepublik China. Mit dem Einsatz von Millionen billigster Arbeitskräfte und einer streng realsozialistischen Herrschaft gelang es, den Amerikanern auf wirtschaftlichem Gebiet Paroli zu bieten. Militärisch begann auch eine beispiellose Aufrüstung, die es in wenigen Jahrzehnten in vielen Bereichen zu einer Gleichwertigkeit mit den US-amerikanischen Streitkräften gebracht hat. Ebenfalls hat der Nachfolgestaat der Sowjetunion nach dem Abtritt von Jelzin unter Putin die Reorganisation der Wirtschaft und vor allem des Militärs – unter besonderer Berücksichtigung der Atomstreitmacht – in Angriff genommen.

Die aufstrebenden Länder der Dritten Welt schlossen sich in dem BRICS – Bund zusammen, der an Bevölkerungszahl alle übrigen Staatenbündnisse – mit Ausnahme der UNO – weit übertrifft. Er bestreitet die ökonomische und politische Vormundschaft des sog. Freien Westens.

Nicht zu vergessen ist der Aufstieg der in der EU versammelten Länder zu einer ökonomischen Großmacht. Im Windschatten der USA, das heißt unter deren „Atomschirm“ ließ sich jahrelang eine bequeme Außenpolitik betreiben, die viele Wünsche erfüllte. Das Bestreben, auch eine politische Groß- bzw. Weltmacht zu werden, wurde bisher immer von internen Führungsstreitigkeiten be- bzw. verhindert. Großbritannien trat aus dem Verbund aus. Weder Frankreich noch Deutschland wollen auf eine absolute Führungsrolle zugunsten des anderen verzichten. So kommt kein einheitlicher Staatswille zustande, der Europa zu einer Weltmacht formen könnte.

Mit dem Ukraine-Krieg ergibt sich die Gelegenheit, losgelöst von den USA eine selbständige Rolle in einem „Weltkrieg“ zu übernehmen. Diese Frage ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden.

Neben den großen Gegensätzen in der Welt und ihren Verlaufsformen gibt es noch die zahlreichen regionalen Kämpfe. In erster Linie ist es der Nahe Osten, wo sich Israel einerseits mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sein Staatsgebiet verteidigt und andererseits – und das hat ihm die Freundschaft des Freien Westen eingetragen – mit den Kriegen gegen aufmüpfige Araber die „Feinde der Freiheit“ im Zaum hält.

Zuletzt genannt sei noch der Verbund der Völkerfamilie, die Vereinten Nationen. Hierauf beruhen die großen Hoffnungen der Friedensfreunde. Sie sollen Kriege und Völkermord verhindern, indem sie Regularien schaffen, unter denen Kriege geführt werden dürfen bzw. nicht. So ist beispielsweise ein Angriffskrieg verboten, hingegen der Verteidigungskrieg grundsätzlich geboten. Das ist alles andere als Kriegsverhinderung, wenn eine Sorte der Kriegführung erlaubt ist. So fühlt jede am Krieg beteiligte Partei sich berechtigt, den Krieg zu führen, denn sie findet immer „gute“ Gründe im Sinne des Völkerrechtes, dass sie beim Gegner mordet und brandschatzt. Und außerdem, wer soll die Beschlüsse der Vereinten Nationen definitiv durchsetzen? Schließlich gibt es keine überstaatliche Gewalt, die diese Aufgabe wahrnehmen kann. Oder doch? Sind die USA nicht, wie es nicht nur im Volksmund heißt, der Weltpolizist?, der nicht nur die Welt gewaltsam befriedet, sondern auch seine Gegner zum Widerstand aufstachelt. Das aber hat Weltkriegspotential!

Der Herausgeber